15. Landschaftsversammlung 2020-2025

Qualität für Menschen

An die Mitglieder
des Ausschusses für Inklusion und
des Beirates für Inklusion und Menschenrechte

Köln, 19.05.2023
Herr Woltmann
LVR-Direktorin

Ausschuss für Inklusion und

Beirat für Inklusion und Menschenrechte

Donnerstag, 01.06.2023, 10:00 Uhr

Köln, Horion-Haus, Rhein/Ruhr/Erft

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **9. gemeinsamen Sitzung** laden wir herzlich ein.

Weitere Hinweise:

Alle öffentlichen Unterlagen der Verwaltung haben einen sogenannten Zusatztext in leichter Sprache und bieten für Verständnisfragen eine Telefonnummer an.

Falls es Ihnen als Mitglied des Ausschusses nicht möglich ist, an der Sitzung teilzunehmen, bitte ich, dies umgehend der zuständigen Fraktionsgeschäftsstelle mitzuteilen, damit eine Vertretung rechtzeitig benachrichtigt werden kann.

Für eine **Vorbesprechung des Mitglieder-Pools des Landesbehindertenrates** steht im Landeshaus ab 8:45 Uhr der Raum "Eifel" zur Verfügung.

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung		**Beratungsgrundlage**
1.	Anerkennung der Tagesordnung	
2.	Niederschriften	
2.1.	Niederschrift über die 11. Sitzung vom Beirat für Inklusion und Menschenrechte am 03.03.2023	

Beratungsarten: B = Beschluss, E = empfehlender Beschluss, K = Kenntnis

2.2.	Niederschrift über die 8. gemeinsame Sitzung vom Ausschuss für Inklusion und Beirat für Inklusion und Menschenrechte am 23.03.2023	**folgt**
3.	LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2022 Berichterstattung: LVR-Direktorin Lubek	**15/1470** K
4.	Studien- und Informationsreise des Ausschusses für Inklusion im September 2023 nach Berlin, hier: Reiseprogramm Berichterstattung: LVR-Direktorin Lubek	**15/1704** K
5.	Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung: Dokumentation des 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte Berichterstattung: LVR-Direktorin Lubek	**15/1707** K
6.	Interkulturalität und Vielfalt (Diversity)	
6.1.	Entwurf des Gemeinsamen Arbeitsprogrammes 2023-2024 sowie Umsetzungsstand des Gemeinsamen Arbeitsprogrammes 2021-2022 der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und des LVR Berichterstattung: LVR-Dezernentin Hötte	**15/1489/2** K
6.2.	Europäische und internationale Kontakte und Projekte des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege Berichterstattung: LVR-Dezernentin Dr. Franz	**15/1416/1** K
7.	Weitere Kenntnisnahmen	
7.1.	Fachtagung "Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe - Ansatzpunkte aus Politik und Gesetzgebung in der Diskussion" am 7.11.2022 Berichterstattung: LVR-Dezernent Lewandrowski, LVR-Dezernentin Wenzel-Jankowski	**15/1602** K
7.2.	Genesungsbegleitung im LVR-Klinikverbund: Rahmenkonzept zum Einsatz von Genesungsbegleitenden und Bericht zum Stand der Umsetzung Berichterstattung: LVR-Dezernentin Wenzel-Jankowski	**15/1658** K
7.3.	Inklusive Bauprojektförderung - Vergangene Projekte, Projekte in 2022, Entwicklungen Berichterstattung: LVR-Dezernent Lewandrowski	**15/1598** K
7.4.	Kompetenzprofil Inklusion. Qualitätsrahmen zur Qualifizierung von Fachkräften in Kindertageseinrichtungen Berichterstattung: LVR-Dezernent Dannat	**15/1558/1** K
7.5.	Aktueller Stand des Modellvorhabens „Weiterentwicklung des digitalen Jobcoaches „InA.Coach" als technisches Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung - Überführung von der Forschung in die Praxis" Berichterstattung: LVR-Dezernentin Dr. Schwarz	**15/1586** K

8. Anfragen und Anträge

9. Bericht aus der Verwaltung

10. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen
Der Ausschussvorsitzende

W ö r m a n n

Mit freundlichen Grüßen
Die Beiratsvorsitzende

S c h m i t t - P r o m n y

TOP 1 Anerkennung der Tagesordnung

TOP 2 Niederschriften

Qualität für Menschen

Niederschrift
über die 11. Sitzung des Beirates für Inklusion und Menschenrechte
am 03.03.2023 in Köln, Landeshaus

Politische Vertretung:

CDU

Solf, Michael-Ezzo

SPD

Daun, Dorothee

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Schmitt-Promny M.A., Karin — Beiratsvorsitzende

FDP

Steffen, Alexander — für Clemens, Miriam

AfD

Frambach, Heribert

Die Linke.

Reuschel-Schwitalla, Klaus

Die FRAKTION

von Kruedener, Aaron — für Winkel, Petra

Landesbehindertenrat NRW:

Adam, Bettina
Gabor, Peter
Gottschalk, Berthold
Grimbach-Schmalfuß, Uta
Heiser, Sandra
Lindheimer, Martin
Tacken, Christoph

Landesverband NRW der Angehörigen psychisch Kranker e.V.:

Schubert, Wiebke

Verwaltung:

Woltmann, Bernd	LVR-Stabsstellenleitung 00.300
Derksen, Jens	LVR-Dezernat Soziales
Schröder, Monika	LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen
Wierum, Melanie	LVR-Stabsstelle 00.300 (Protokoll)

Gäste:

Michel, Claus (mit Rederecht)	LAG der Freien Wohlfahrtspflege NRW

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung		**Beratungsgrundlage**
1.	Anerkennung der Tagesordnung	
2.	Berufsbild Peer-Berater*in: Möglichkeiten der Weiterentwicklung und Professionalisierung der Peer-Arbeit in den KoKoBe und den SPZ	
3.	Anfragen und Anträge	
4.	Bericht aus der Verwaltung	
5.	Verschiedenes	

Beginn der Sitzung:	10:00 Uhr
Ende der Sitzung:	12:05 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1
Anerkennung der Tagesordnung

Die **Beiratsvorsitzende** entschuldigt zunächst den stellvertretenden Vorsitzendes des Beirates Herrn Wörmann, der wegen der Informationsreise des Sozialausschusses nicht an der Solo-Sitzung des Beirates teilnehmen könne.

Herr **Woltmann** richtet Grüße der LVR-Direktorin Lubek und der Landesbehindertenbeauftragten Frau Middendorf aus, die ebenfalls beide nicht teilnehmen können.

Herr **Lindheimer** kündigt unter TOP 3 Anfragen an, die er als Themen gerne schon auf der Tagesordnung gesehen hätte.

Herr **Woltmann** erinnert dazu an das Verfahren zur Aufstellung von Tagesordnungen und bittet ggf. um konkrete Abstimmung und Formulierung über die Beiratsvorsitzende. Die Zuständigkeiten des Ausschusses für Inklusion sind dabei zu beachten.

Die Tagesordnung wird im übrigen anerkannt.

Punkt 2
Berufsbild Peer-Berater*in: Möglichkeiten der Weiterentwicklung und Professionalisierung der Peer-Arbeit in den KoKoBe und den SPZ

Die **Beiratsvorsitzende** verweist auf den Vorschlag aus dem LBR-Pool, das Thema heute fachausschussübergreifend zu diskutieren. Insbesondere die Beiträge der externen Beiratsmitglieder sollen in der Sitzung Raum finden. Die Ausschussmitglieder werden

diese bewerten und in die politischen Beratungen ihrer Arbeitskreise mitnehmen können. Sie schlägt vor, zunächst über das allgemeine Verständnis von Peer-Arbeit und das bestehende Tätigkeitsprofil von Peer-Beratenden in den verschiedenen LVR-Kontexten Klinikverbund, SPZ und KoKoBe zu sprechen, um gemeinsame Ansatzpunkte für ein mögliches Berufsbild erkennen zu können. Dem wird gefolgt.

An der intensiven Diskussion beteiligen sich die **Beiratsvorsitzende, Herr Lindheimer, Frau Adam, Frau Schubert, Frau Daun, Herr Frambach, Herr Tacken, Herr Gabor** und **Herr Reuschel-Schwitalla**.

Allgemeines Verständnis

Unter Peer-Beratung seien grundsätzlich alle Beratungssituationen zu verstehen, in denen eine Person eine andere Person berate, die gleichermaßen betroffen oder erfahren sei ("peer-to-peer"). Dabei sei noch offen, worin genau die Gemeinsamkeit liege. Das könne in einer gleichen Form von Beeinträchtigung oder aber auch in der gemeinsamen Erfahrung von Teilhabebarrieren und Diskriminierung als solches liegen.

Im LVR-Kontext sind über Jahre verschiedene Peer-Strukturen entwickelt worden. Je spezifischer die Gemeinsamkeit von beratenden und beratenen Peers sein soll, desto anspruchsvoller sei es, die "passenden" Peers zu finden.

Peer-Beratung sei aber auch in jeder Lebenslage, in anderer Trägerschaft (vgl. Psychiatrie-Erfahrene, EUTB oder KSL) und im privaten Kontext bekannt.

Genesungsbegleitung in LVR-Kliniken

Eine Besonderheit bei den sog. Genesungsbegleitenden im Unterschied zu anderen Angeboten der Peer-Beratung sei, dass diese grundsätzlich Beschäftigte der LVR-Kliniken und somit selbst im psychiatrischen System eingebunden seien.

Wichtig sei daher, dass die in der Peer-Beratung tätigen Personen klar die Ziele und Grenzen ihres Beratungsauftrags kennen und in der Beratung kommunizieren sollten (keine ärztliche Aufklärung, medizinisch-therapeutische Beratung oder auch Rechtsberatung) und dass die Schnittstellen zu den Aufgaben des weiteren Klinikpersonals klar definiert seien (z.B. Umgang mit Suizidalität).

Genesungsbegleitende beraten im Einzelfall auch Angehörige psychisch Erkrankter. Das kann ggf. das Verständnis für das Erleben aus der Erfahrenenperspektive unterstützen. Für den Umgang mit psychisch erkrankten Familienangehörigen sei aber eher die Beratung durch andere Angehörige mit ähnlichen Erfahrungen und Herausforderungen im Sinne der klassischen Angehörigenselbsthilfe angezeigt.

Frau **Schröder** bestätigt, dass die Rollenklärung und das Rollenverständnis zentrale Themen bei der Einbindung der Genesungsbegleitenden in den LVR-Kliniken seien. Ein partizipativ entwickeltes Rahmenkonzept mit Empfehlungen für den Einsatz von Genesungsbegleitenden in den Kliniken sei Ende 2022 fertiggestellt worden.

Die **Beiratsvorsitzende** bittet darum, dieses auch dem Ausschuss für Inklusion und seinem Beirat zur Kenntnis zu bringen, möglichst in der Beratungsfolge vor dem Gesundheitsausschuss.

Peer-Beratung in SPZ

Ein wichtiger struktureller Unterschied zur Situation in den LVR-Kliniken sei, dass der LVR hier keine Arbeitgeber-Funktion habe. Der LVR fördere nach der SPZ-Richtlinie insbesondere freie Träger, die Angebote der Peer-Beratung dann nach den Maßgaben der

eigenen Konzepte ausgestalteten.

Es wird angeregt, analog der KoKoBe-Förderung einheitlichere Vorgaben für die Peer-Beratung zu prüfen. Auch in den SPZ solle Peer-Beratung über psychiatrische Patientenverfügungen gemäß § 1827 BGB informieren.

Peer-Beratung in KoKoBe

Herr **Derksen** berichtet, dass aktuell etwa 90 durch den LVR geschulte Peer-Berater*innen an 13 geförderten KoKoBe-Standorten eingesetzt würden. Die Beratung erfolge auf Anfrage. Die Berater*innen erhielten in der Regel eine Ehrenamtspauschale. Die vom LVR regelmäßig angebotene Schulung von neuen Peer-Beratenden sei bewusst niedrigschwellig konzipiert worden, weil der Schwerpunkt der KoKoBe weiterhin die Arbeit mit und für Menschen mit Lernschwierigkeiten sei.

Auf Nachfrage erklärte er, dass viele Peer-Berater*innen durchaus zufrieden mit einer begrenzten ehrenamtlichen Tätigkeit seien und weiter ihrer Haupttätigkeit (oftmals in einer WfbM) nachgehen wollten. Die tatsächliche Nachfrage an Peer-Beratung im KoKoBe-Konzext sei aktuell auch noch nicht so hoch, dass damit regelmäßig eine hauptberufliche Tätigkeit zu füllen sei. Die KoKoBe könnten den Arbeitsumfang und die Entgeltung oder Aufwandsentschädigung im Sinne des personenzentrierten Ansatzes sehr individuell mit den Peers ausgestalten.

In der Diskussion wird angeregt, die Angebote der Peer-Beratung in den sozialräumen noch bekannter zu machen und ggf. für einen größeren Personenkreis außerhalb der KoKoBe zu öffnen. Konkret angeregt wird z.B. die Verankerung in kommunalen Quartiersbüros. Zudem könnte geprüft werden, ob Peer-Berater*innen nicht zugleich in mehreren Beratungsstellen tätig seien könnten, um ihren Stundenumfang zu erhöhen.

Berufsbild Peer-Berater*in

Durch die Betrachtung der drei Aufgabenfelder für Peer-Beratung im LVR-Kontext wird deutlich, dass Ansätze eines Berufsbildes bzw. einer Professionalisierung im Bereich der Genesungsbegleitung in den LVR-Kliniken aktuell am weitesten fortgeschritten sind.

Mehrheitlich wird Peer-Beratung als ehrenamtliche Tätigkeit mit geeigneten Aufwandsentschädigungen ausgestaltet. Das entspricht auch der Situation in der Ergänzenden Unabhängige Teilhabeberatung (EUTB) des Bundes. (Nachtrag zur Niederschrift: Ausführliche Informationen zum Angebot an Peer Counseling und den Beschäftigungsverhältnissen der Peer-Berater*innen finden sich im Zwischenbericht 2021 zur Evaluation der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung, Bundestagsdrucksache 19/31168, Kapitel 3.2.)

Der Beirat verabredet, die Diskussion als einen inhaltlichen Einstieg über ein mögliches Berufsbild zu verstehen. Alle Mitglieder nehmen die Überlegungen und Erkenntnisse mit in die Beratungen der eigenen Gruppe.

Es ist deutlich geworden, dass einerseits noch ein langer Weg zu einer eventuell möglichen Professionalisierung einer Peer-Beratung als Hauptberuf zu gehen wäre, den der LVR nicht im Alleingang bewerkstelligen könne. Zum anderen sollte vermieden werden, dass ein solcher Prozess zur Verdrängung von sinnstiftendem niedrigschwelligem Peer-Engagement oder auch geringfügigen Beschäftigungen (Nebentätigkeiten) von Menschen mit Behinderungen z.B. in den KoKoBe führt.

Mit der Etablierung des Berufsbildes der "Medizinischen Tastuntersucherin" sei (auch gefördert durch den LVR) erfolgreich eine Professionalisierung von Menschen mit Sehbehinderungen erreicht worden, welche auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt

nachgefragt werden.

In jedem Fall sei eine gesellschaftliche und finanzielle Wertschätzung für Peer-Arbeit erforderlich. Das könne nach den Vorstellungen des LBR-Pools im Einzelfall z.B. auch durch die Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen zur Teilhabe am Arbeitsleben durch das Budget für Arbeit erfolgen.

Es sei noch nicht absehbar, ob und wie (auch etwa tariflich) der Einsatz von Peers als "Fachkräfte" ohne bisher einschlägige grundständige Ausbildung in der Erbringung von Leistungen der Eingliederungshilfe darstellbar wäre.

Die Beratungen sollen fortgesetzt werden.

Punkt 3
Anfragen und Anträge

Herr **Lindheimer** fragt, inwiefern im Kontext des Entlassmanagements der LVR-Kliniken eine aktive Beratung zu Patientenverfügungen (§ 1827 BGB) stattfinde. Er äußert sich zudem besorgt über die rechtliche Situation von Menschen, die nach PsychKG NRW untergebracht seien. Kritisch sehe er vor allem die Rolle der für die Betroffenen bestellten Verfahrenspflegerinnen und Verfahrenspfleger (§ 16 PsychKG NRW).

Frau **Schubert** merkt dazu ergänzend an, dass eine Patientenverfügung für einen psychiatrischen Notfall konkret genug gefasst sein müsse. Dabei könne ggf. eine Klinik helfen. Möglicherweise sei für diese Situationen aber auch eine Behandlungsvereinbarung zweckdienlicher. Sie regt an, dass das LVR-Klinikpersonal betroffene Patient*innen aktiv darauf hinweisen könnte, dass sie auch selbst eine verfahrensbevollmächtigte Person (z.B. eine*n Rechtsanwältin/-anwalt) für sich benennen könnten.

Herr **Woltmann** weist darauf hin, dass sich aus diesen Beiträgen der Beiratsmitglieder keine konkreten Auskunftsersuchen oder Anfragen an die Verwaltung ergeben. Die im Beirat vorgetragenen Themen könnten aber über die Fraktionen in die zuständigen Fachausschüsse getragen werden.

Frau **Schröder** sagt zu, das Thema Patientenverfügungen/Behandlungsvereinbarungen für den neuen trialogischen Beirat des LVR-Klinikverbundes vorzuschlagen.

Herr **Gabor** erbittet Auskunft, ob auch anonyme Beschwerden an den LVR möglich seien. Hierzu wird folgende Antwort zur Niederschrift geben: Das Zentrale Beschwerdemanagement (ZBM) im LVR nimmt grundsätzlich auch anonyme Beschwerden zur Kenntnis und adressiert sie intern als Meldung an den zuständigen Fachbereich. Allerdings ist dann eine konkrete Sachverhaltsermittlung kaum möglich, da ohne Schweigepflichtentbindung keine zielgerichteten fallbezogenen Informationen eingeholt werden könnten. Auch erhielten anonymen Beschwerdeführende keine Antwort.

Herr **Gabor** bittet aus aktuellem Anlass die Verwaltung auch noch um Prüfung, ob im Fall von Streiks im Öffentlichen Personennahverkehr Sonderfahrten zu den Sitzungen des Beirates für mobilitätseingeschränkte Mitglieder des LBR-Pools möglich seien.

Punkt 4
Bericht aus der Verwaltung

Herr **Woltmann** berichtet über die Themenwelt "Vielfalt und Gerechtigkeit", die beim diesjährigen Tag der Begegnung am 17. Juni 2023 erstmals stattfinden werde. Die Themenwelt stehe unter inhaltlicher Federführung der LVR-Stabsstelle Inklusion -

Menschenrechte - Beschwerden. Gerne berate man die Mitglieder des LBR-Pools, wie sie in der Themenwelt sichtbar werden können.

Punkt 5
Verschiedenes

Herr **Gabor** richtet an allen Fraktionen im LVR das Angebot, dass der LBR-Pool gerne zur Vorberatung von Vorlagen auch direkt für einen fachlichen Austausch zur Verfügung stehe.

Aachen, den 22.03.2023	Köln, den 15.03.2023
Die Vorsitzende	Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland Im Auftrag
S c h m i t t -P r o m n y	W o l t m a n n

Qualität für Menschen

Niederschrift
über die 8. gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Inklusion und des Beirats für Inklusion und Menschenrechte am 23.03.2023 in Köln, Landeshaus

Anwesend vom Ausschuss:

CDU

Dornseifer, Falk	
Kretschmer, Gabriele	
Lünenschloss, Caroline	
Mucha, Constanze	
Norkowsky, Arnold	
Cleve, Torsten	für Dr. Schlieben, Nils Helge
Solf, Michael-Ezzo	
Wörmann, Josef	Ausschussvorsitzender

SPD

Bausch, Manfred
Daun, Dorothee
Servos, Gertrud
Spinrath, Norbert
Stergiopoulos, Ioannis
Ullrich, Birgit

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Herlitzius, Bettina	
Schmitt-Promny M.A., Karin	Beiratsvorsitzende
Tuschen, Johannes	
Warnecke, Uwe Marold	

FDP

Clemens, Miriam
Steffen, Alexander

AfD

Frambach, Heribert

Die Linke.

Reuschel-Schwitalla, Klaus

Die FRAKTION

Winkel, Petra

Gruppe FREIE WÄHLER

Dipl.-Ing. Hagenbruch, Detlef

Anwesend vom Beirat:

Ausschuss (Fraktionen siehe oben)

Wörmann, Josef
Solf, Michael-Ezzo
Daun, Dorothee
Schmitt-Promny, Karin
Clemens, Miriam
Frambach, Heribert
Reuschel-Schwitalla, Klaus
Winkel, Petra

Landesbehindertenrat NRW

Brüning, Bärbel
Franke, Milena
Gabor, Peter
Gottschalk, Berthold
Grimbach-Schmalfuß, Uta
Tacken, Christoph
Thoms, Eva-Maria

Landesverband NRW der Angehörigen psychisch Kranker e.V.

Schubert, Wiebke

Verwaltung:

Lubek, Ulrike	LVR-Direktorin
Dr. Lietz, Melanie	LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie
Woltmann, Bernd	LVR-Stabsstellenleitung 00.300
Wierum, Melanie	LVR-Stabsstelle 00.300 (Protokoll)

Gäste:

Middendorf, Claudia (mit Rederecht)	Landesbehindertenbeauftragte
Lindheimer, Martin	Landesbehindertenrat NRW
Schmerbach, Cornelia	SPD-Fraktion
Trapp, Ullrich	LVR-Gesamtpersonalrat

T a g e s o r d n u n g

Öffentliche Sitzung		**Beratungsgrundlage**
1.	Anerkennung der Tagesordnung	
2.	Niederschriften	
2.1.	Niederschrift über die 7. gemeinsame Sitzung vom Ausschuss für Inklusion und Beirat für Inklusion und Menschenrechte am 09.02.2023	
2.2.	Niederschrift über die 11. Sitzung vom Beirat für Inklusion und Menschenrechte am 03.03.2023	
3.	Gewaltschutz im LVR	
3.1.	Erster Monitoring-Bericht zur Vorlage „Grundsätze des Gewaltschutzes im LVR"	**15/1044** K
3.2.	Beitritt des LVR zur Landesinitiative Gewaltschutz NRW	**15/1417** K
4.	Interkulturalität und Vielfalt (Diversity)	
4.1.	Entwurf des Gemeinsamen Arbeitsprogrammes 2023-2024 sowie Umsetzungsstand des Gemeinsamen Arbeitsprogrammes 2021-2022 der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und des LVR	**15/1489** K
4.2.	Europäische und internationale Kontakte und Projekte des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege	**15/1416** K
5.	Weitere Kenntnisnahmen	
5.1.	Kompetenzprofil Inklusion. Qualitätsrahmen zur Qualifizierung von Fachkräften in Kindertageseinrichtungen	**15/1558** K
6.	Anfragen und Anträge	
6.1.	Anfrage zu Qualifikation auf dem ersten Arbeitsmarkt und in Inklusionsbetrieben	**Anfrage 15/58 Die Linke.** K
6.2.	Beantwortung der Anfrage Nr. 15/58	
7.	Bericht aus der Verwaltung	
8.	Verschiedenes	

Beginn der Sitzung:	10:00 Uhr
Ende öffentlicher Teil:	11:20 Uhr
Ende der Sitzung:	11:20 Uhr

Öffentliche Sitzung

Punkt 1
Anerkennung der Tagesordnung

Der **Ausschussvorsitzende** schlägt aufgrund der nachfolgenden Sitzung des Landschaftsausschusses und der Landschaftsversammlung vor, den Tagesordnungspunkt 8 "Verschiedenes" direkt nach dem Tagesordnungspunkt 3 aufzurufen, um der Landesbehindertenbeauftragten Frau Middendorf Gelegenheit zum Bericht geben zu können. Im Anschluss daran solle Tagesordnungspunkt 6 "Anfragen und Anträge" aufgerufen werden. Die Sitzung solle spätestens um 11.20 Uhr beendet sein.

Die Vorlagen der Tagesordnungspunkte 4 "Interkulturalität und Vielfalt (Diversity)" und 5 "Weitere Kenntnisnahmen" werden auf die Sitzung am 01.06.2023 geschoben, wenn sich heute keine Beratungszeit mehr ergibt.

Dem Vorgehen wird zugestimmt.

Punkt 2
Niederschriften

Punkt 2.1
Niederschrift über die 7. gemeinsame Sitzung vom Ausschuss für Inklusion und Beirat für Inklusion und Menschenrechte am 09.02.2023

Gegen die Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben.

Punkt 2.2
Niederschrift über die 11. Sitzung vom Beirat für Inklusion und Menschenrechte am 03.03.2023

Auf Wunsch des **LBR-Pools** soll diese Niederschrift bei der nächsten gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Inklusion und des Beirates für Inklusion und Menschenrechte am 01.06.2023 beraten und genehmigt werden, weil sie erst am Morgen zugestellt wurde.

Punkt 3
Gewaltschutz im LVR

Punkt 3.1
Erster Monitoring-Bericht zur Vorlage „Grundsätze des Gewaltschutzes im LVR" Vorlage Nr. 15/1044

Die Vorlage wird gemeinsam mit Vorlage Nr. 15/1417 beraten.

Frau **Lubek** führt in die Vorlagen ein und hebt hervor, dass sich der LVR mit seinem Grundsatzpapier gemäß Vorlage Nr. 15/300 zu einer LVR-weiten Beschäftigung mit dem Thema Gewaltschutz verpflichtet habe. Dem LVR sei es ein besonderes Anliegen, dass auch die neue Landesinitiative Gewaltschutz NRW, der sich der LVR angeschlossen habe, nicht allein die Eingliederungshilfe betrachte. Auch in dieser Landesinitiative sei eine

breitere Befassung mit dem universellen Recht auf Gewaltschutz angezeigt.

Sie habe zudem sehr bewusst entschieden, dass für die beiden Gremien der Landesinitiative auf Steuerungs- und auf Arbeitsebene neben dem federführenden LVR-Dezernat Soziales auch (stellvertretend) die LVR-Dezernate Kinder, Jugend und Familie sowie Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen Führungskräfte benannt haben. Eine Berufung bzw. Konstituierung seitens des Landes stehe noch aus.

Es erfolgt eine intensive Diskussion zum ersten internen Monitoring-Bericht, an der sich der **Ausschussvorsitzende**, die **Beiratsvorsitzende**, Frau **Daun**, Herr **Reuschel-Schwitalla**, Frau **Herlitzius**, Herr **Solf**, Frau **Franke**, Frau **Schubert**, Herr **Lindheimer**, Frau **Servos** und Frau **Middendorf** beteiligen. Das Vorgehen des LVR wird in allen Beiträgen ausdrücklich positiv gewürdigt.

Für die folgende Beratung der Vorlage in den Fachausschüssen werden insbesondere diese Themen und Anregungen benannt, die in der Gliederung der Vorlage wie folgt zusammengefasst werden:

<u>Gewaltschutz in LVR-eigenen Einrichtungen für vulnerable Zielgruppen (vgl. Gliederungsziffer 2 der Vorlage)</u>

- Es wird auf die besondere Bedeutung einer **partizipativen Einbindung der Nutzenden** bei der Erstellung der einrichtungsbezogenen Gewaltschutzkonzepte in LVR-eigenen Einrichtungen hingewiesen. Eine konkrete Frage bezieht sich darauf, ob auch in der LVR-Jugendhilfe Rheinland und in den LVR-Förderschulen eine Beteiligung von Kindern und Jugendlichen vorgesehen sei.

- Es wird betont, dass sich die LVR-Einrichtungen für Kinder und Jugendliche bei ihren Gewaltschutzkonzepten auch mit dem Thema **Gewalt unter den Jugendlichen** befassen sollten.

- Auch **digitales Mobbing** solle als Thema in Gewaltschutzkonzepten aufgegriffen werden. Als besonders relevant wird dieses Thema etwa für die Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen gesehen.

- Bei den **LVR-Förderschulen** wird ein verzahntes Vorgehen beim Gewaltschutz angeregt, bei dem sowohl das Landespersonal, das Trägerpersonal des LVR sowie externe Dienstleister (z.B. Schulbegleitung und Fahrdienst) gemeinsame bzw. einheitliche Gewaltschutzkonzepte für die Schulen erarbeiten.

- Für den LVR-Klinikverbund wird eine enge Zusammenarbeit mit den **Genesungsbegleitenden** angeregt.

- Es wird darauf hingewiesen, dass in der Erwachsenenpsychiatrie auch eine intensive Befassung mit dem Thema Prävention und Intervention bei **Gewalt unter Patient*innen** stattfinden sollte.

- Die Bedeutung von Daten zur Entwicklung der **Zahl der Zwangsmaßnahmen** in der Psychiatrie und in der Eingliederungshilfe wird hervorgehoben.

- Es werden Möglichkeiten bei dem LVR-Institut für Forschung und Bildung angefragt, **Schulungsangebote auch für Angehörige** psychisch kranker Menschen zu den Themen Konfliktvermeidung und Deeskalation anzubieten.

- Es wird anregt, auch **ältere Menschen** als vulnerable Gruppe verstärkt in den Blick zu nehmen.

- Es wird kritisch angemerkt, dass das Vorliegen von Gewaltschutzkonzepten allein noch keine Einschätzung dazu erlaube, ob diese Konzepte auch gelebt und in ihrer Wirksamkeit überprüft würden.

LVR-Aktivitäten zur Stärkung des Gewaltschutzes durch externe Leistungserbringer für vulnerable Zielgruppen (vgl. Gliederungsziffer 3 der Vorlage)

- Es wird danach gefragt, welche weiteren Möglichkeiten der LVR sehe, **externe Leistungserbringer** in der Eingliederungshilfe z.B. durch Fortbildungsangebote bei der Erstellung und Umsetzung von einrichtungsbezogenen Gewaltschutzkonzepten zu **unterstützen**.

- Der LVR solle als Träger der Eingliederungshilfe insbesondere auf Defizite im **Gewaltschutz in Werkstätten** reagieren. In diesem Kontext weist der **Ausschussvorsitzende** ergänzend darauf hin, dass die staatliche Aufsicht über den Gewaltschutz in Werkstätten erst kürzlich geschaffen wurde.

- Gewünscht wird darüber hinaus eine Darstellung, wie der LVR als Träger der Eingliederungshilfe mit den örtlichen **WTG-Behörden** beim Gewaltschutz konkret zusammenarbeite.

Weitere LVR-Aktivitäten zur Stärkung des Gewaltschutzes in LVR-Einrichtungen und -Dienststellen (vgl. Gliederungsziffer 4 der Vorlage)

- Es wird anregt, das Thema Gewaltschutz auch systematisch in der **Ausbildung von Fachkräften** zu verankern (z.B. in den LVR-Pflegeschulen oder im LVR-Berufskolleg).

Übergreifende Themen

- Es wird wiederholt darauf hingewiesen, dass Gewaltschutz primär eine Frage von **Haltung** sei.

- Aus Sicht des **Ausschussvorsitzenden** bringe es nichts, wenn Einrichtungsträger gegenseitig ihre Konzepte abschreiben würden. Wesentlich sei, dass eine aktive Befassung mit dem Thema Gewaltschutz innerhalb der einzelnen Einrichtungen und Dienste stattfinde und die erforderliche Haltung in die Mitarbeitendenschaft hineingetragen werde. Voraussetzung dafür sei, die Einrichtungen dazu in die Lage zu versetzen, Gewaltschutzkonzepte auch tatsächlich leben zu können. Der **Fachkräftemangel** stelle hierfür eine erhebliche Herausforderung dar.

- Frau **Lubek** weist darauf hin, dass auch eine mögliche Erweiterung von Aufgaben des LVR im Kontext des Gewaltschutzes (z.B. eine Ausweitung von Fortbildung und Beratung) Ressourcenfragen aufwerfe. Angesichts des Fachkräftemangels sei auch der LVR in Sorge.

Landesebene

- Herr **Lindheimer** bittet Frau **Middendorf** die Frage mit in ihre Gremien auf Landesebene zu nehmen, ob und wann wieder eine Erfassung der Zahl der Zwangsmaßnahmen in Psychiatrien durch das Landeszentrum Gesundheit NRW geplant sei. Frau Middendorf sichert zu, dieses Thema an den Fachbeirat Psychiatrie heranzutragen.

- Frau **Middendorf** berichtet, dass die im reformierten WTG NRW vorgesehene zentrale "Monitoring- und Beschwerdestelle zur Gewaltprävention, Beobachtung und Beratung im Zusammenhang mit der Durchführung von freiheitsentziehenden Unterbringungen und freiheitsbeschränkenden und freiheitsentziehenden Maßnahmen" zukünftig bei ihr

als unabhängiger Stelle angesiedelt werden solle. Man werde zukünftig regelmäßig zur Entwicklung der freiheitsentziehenden Maßnahmen im Kontext der Angebote im Geltungsbereich des WTG NRW an den Landtag berichten.

- Ergänzend weist Frau **Lubek** darauf hin, dass der LVR zur Entwicklung der Zahl der Zwangsmaßnahmen in den LVR-Kliniken den LVR-Krankenhausausschüssen regelmäßig öffentliche Vorlagen zur Kenntnis bringe.

Frau **Lubek** dankt für die zahlreichen Wortbeiträge und erklärt, dass sie die Dezernatsleitungen gebeten habe, in den folgenden Beratungen der Fachausschüsse jeweils bezogen auf die Zuständigkeiten der Gremien in den Monitoring-Bericht einzuführen.

Die **Beiratsvorsitzende** regt abschließend an, die Vorlage mit Blick auf das angesprochene Thema der digitalen Gewalt auch dem Ausschuss für Digitale Entwicklung und Mobilität zur Kenntnis zu bringen.

Der erste interne Monitoring-Bericht zu den Grundsätzen des Gewaltschutzes im LVR wird gemäß Vorlage Nr. 15/1044 zur Kenntnis genommen.

Punkt 3.2
Beitritt des LVR zur Landesinitiative Gewaltschutz NRW
Vorlage Nr. 15/1417

Die Vorlage wird gemeinsam mit Vorlage Nr. 15/1044 beraten.

Die Vorlage Nr. 15/1417 zum Thema "Beitritt des LVR zur Landesinitiative Gewaltschutz NRW" wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 4
Interkulturalität und Vielfalt (Diversity)

Punkt 4 wird vertagt auf die nächste gemeinsame Sitzung am 01.06.2023.

Punkt 4.1
Entwurf des Gemeinsamen Arbeitsprogrammes 2023-2024 sowie Umsetzungsstand des Gemeinsamen Arbeitsprogrammes 2021-2022 der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und des LVR
Vorlage Nr. 15/1489

Die Vorlage wird vertagt auf die nächste gemeinsame Sitzung am 01.06.2023.

Punkt 4.2
Europäische und internationale Kontakte und Projekte des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege
Vorlage Nr. 15/1416

Die Vorlage wird vertagt auf die nächste gemeinsame Sitzung am 01.06.2023.

Punkt 5
Weitere Kenntnisnahmen

Punkt 5 wird vertagt auf die nächste gemeinsame Sitzung am 01.06.2023.

Punkt 5.1
Kompetenzprofil Inklusion. Qualitätsrahmen zur Qualifizierung von Fachkräften in Kindertageseinrichtungen
Vorlage Nr. 15/1558

Die Vorlage wird vertagt auf die nächste gemeinsame Sitzung am 01.06.2023.

Punkt 6
Anfragen und Anträge

Punkt 6.1
Anfrage zu Qualifikation auf dem ersten Arbeitsmarkt und in Inklusionsbetrieben
Anfrage Nr. 15/58 Die Linke.

Keine Wortmeldung zur Anfrage selbst.

Punkt 6.2
Beantwortung der Anfrage Nr. 15/58

Herr **Reuschel-Schwitalla** bedankt sich für die ausführliche Beantwortung, merkt aber an, dass ihm die Betrachtung des ersten Arbeitsmarktes zu kurz gekommen sei. Die Zeiten seien aktuell so günstig wie nie, Menschen mit Behinderungen den Zugang zum ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen.

Punkt 7
Bericht aus der Verwaltung

Herr **Woltmann** berichtet über den aktuellen Stand der Planungen für die Berlin-Reise des Ausschusses mit dem Beirat im September. Mittlerweile zeichne sich das Programm konkreter ab. Es soll in der nächsten gemeinsamen Sitzung ausführlich vorgestellt werden.

Punkt 8
Verschiedenes

Frau **Middendorf** berichtet über aktuelle Aktivitäten.

Sie berichtet über den Empfang der Beauftragten im März 2023 sowie über die erste Sitzung des Landesbehindertenbeirates. Als thematische Schwerpunkte haben man sich hier die folgenden drei Themen gesetzt: Wohnraumförderung, inklusiver Arbeitsmarkt sowie die Große Lösung im SGB VIII.

Frau **Middendorf** berichtet überdies von der ersten Sitzung des Fachbeirates

Partizipation NRW. Sie hoffe, dass jetzt nach der Gesetzesänderung eine neue zu beschließende Geschäftsordnung des Inklusionsbeirates der Landesregierung auch die Beschlüsse des Fachbeirates Partizipation aus der vergangenen Legislaturperiode weiter bewegt werden könnten.

Frau **Middendorf** bietet an, die von ihr beauftragte Studie zur "Sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Pandemie" im Beirat für Inklusion und Menschenrechte vorzustellen.

Die **Beiratsvorsitzende** merkt zu dem Bericht von Frau Middendorf an, dass bei der Debatte um die Größe Lösung auch der Schulbereich mitberücksichtigt werden sollte.

Der **Ausschussvorsitzende** weist auf die weiter bestehende landesseitige Benachteiligung von Kindern an KME-Förderschulen hin, da diesen in den Ferien kein Freizeitprogramm zur Verfügung stehe.

Herr **Bausch** bittet darum, bei der geplanten neuen Fachkräfteinitiative des Landes auch die Landschaftsverbände und ihre Expertise im Kontext eines inklusiven Arbeitsmarktes eng einzubinden.

Ergänzend weist Frau **Thoms** darauf hin, dass in der aktuellen Diskussion oft vergessen werde, dass es neben Fachkräften auch vielerorts an "Machkräften" fehle. Gerade hiermit seien aber viele Chancen für Menschen mit Behinderungen verbunden.

Frau **Herlitzius** berichtet über Ängste und Verunsicherung bei WfbM-Beschäftigten vor einer möglichen Auflösung der WfbM. Im internationalen Vergleich seien WfbM sehr unterschiedlich hinsichtlich der von ihnen betreuten Menschen. Das müsse in der Diskussion Berücksichtigung finden. Frau **Middendorf** versichert, dass eine Auflösung der WfbM in NRW nicht geplant sei und der spezielle NRW-Weg auch weiterhin gelte.

Duisburg, den 18.05.2023	Aachen, den 23.05.2023	Köln, den 18.04.2023
Der Ausschussvorsitzende	Die Beiratsvorsitzende	Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland
W ö r m a n n	S c h m i t t - P r o m n y	L u b e k

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1470

öffentlich

Datum: 16.05.2023
Dienststelle: LVR-Direktorin
Bearbeitung: Frau Wierum/Herr Woltmann

Ausschuss für Inklusion	**01.06.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2022

Kenntnisnahme:

Der Entwurf des Jahresberichtes 2022 zum LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention wird gemäß Vorlage Nr. 15/1470 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	ja

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

L u b e k

Worum geht es hier?

In leichter Sprache:

Menschen mit Behinderungen haben alle Menschen-Rechte.
Der LVR hat dafür im Jahr 2014 einen Aktions-Plan gemacht.

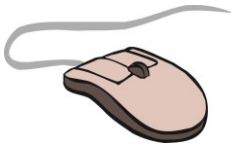
In dem Aktions-Plan erklärt der LVR:
So wollen wir die Rechte beachten und fördern.



Aktion heißt: Etwas tun!
Jetzt berichtet der LVR, wie er sich im Jahr **2022**
für die Rechte von Menschen mit Behinderungen
eingesetzt hat.

Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202

Viele Informationen zum LVR in leichter Sprache
finden Sie hier: www.leichtesprache.lvr.de



Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung:

Zentrale Grundlage zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) im LVR ist der 2014 verabschiedete LVR-Aktionsplan „Gemeinsam in Vielfalt".

Seit 2016 erstellt die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden in enger Zusammenarbeit mit den LVR-Dezernaten einmal jährlich einen Jahresbericht zur Umsetzung des Aktionsplans. In der Anlage zu Vorlage Nr. 15/1470 wird der Entwurf des Jahresberichtes zur Kenntnis gegeben. Er dokumentiert zentrale Aktivitäten zur Umsetzung der 12 Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans **im Berichtsjahr 2022**.

Die Umsetzung des LVR-Aktionsplans liegt in der Zuständigkeit aller LVR-Dezernate und Geschäftsbereiche des LVR („BRK-Mainstreaming").

In diesem Jahr wird der Berichtsentwurf zunächst im **LVR-Ausschuss für Inklusion** vorberaten. Der Ausschuss hat sodann die Gelegenheit, den Berichtsentwurf – ggf. ergänzt um konkrete Fragen und Anliegen – weiteren **LVR-Fachausschüssen** zur Kenntnis zu bringen (in Form einer Ergänzungsvorlage).

Nach Abschluss der Beratungen wird der Berichtsentwurf überarbeitet. Abschließend erfolgt eine **Beschlussfassung** durch den LVR-Ausschuss für Inklusion.

Der finale Jahresbericht wird als barrierefreies PDF im Internet veröffentlicht. Zusätzlich ist eine **begleitende ganzjährige Kommunikation** des besonderen Engagements des LVR für die Umsetzung der BKR auf Basis der im Bericht beschriebenen Aktivitäten geplant.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1470:

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention: Entwurf Jahresbericht 2022

1. Politischer Auftrag und Sachstand

Der LVR-Aktionsplan „Gemeinsam in Vielfalt" wurde am 7. April 2014 vom Landschaftsausschuss beschlossen (Vorlage Nr. 13/3448). Er bildet seither die zentrale Grundlage für die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) im LVR.

Seit 2016 erstellt die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden in enger Zusammenarbeit mit den LVR-Dezernaten einmal jährlich einen Jahresbericht zur Umsetzung des Aktionsplans. Im Jahresbericht wird rückblickend dargestellt, welche besonderen Aktivitäten der LVR zur Erreichung seiner 12 Zielrichtungen aus dem LVR-Aktionsplan ergriffen hat. Der Jahresbericht ist damit ein wichtiges Instrument zur Überwachung der Umsetzung der BRK im LVR.

In der Anlage zu Vorlage Nr. 15/1470 wird der **Entwurf des Berichtes** für das **Berichtsjahr 2022** zur Kenntnis gegeben.

Auf Anregung des LVR-Ausschusses für Inklusion wird in diesem Berichtsjahr ein **angepasstes Vorgehen für die Beratung des Berichtsentwurfs** vorgeschlagen:

1. In diesem Jahr wird der Berichtsentwurf zunächst im **LVR-Ausschuss für Inklusion** vorberaten, in gemeinsamer Sitzung mit dem LVR-Beirat für Inklusion und Menschenrechte.

2. Der Ausschuss hat sodann die Gelegenheit, den Berichtsentwurf – ggf. ergänzt um konkrete Fragen und Anliegen – **weiteren LVR-Fachausschüssen** zur Kenntnis zu bringen (in Form einer Ergänzungsvorlage). Schließlich liegt und bleibt die Umsetzung des LVR-Aktionsplans auch weiterhin in der Zuständigkeit aller LVR-Dezernate und Geschäftsbereiche des LVR („BRK-Mainstreaming").

2. Methodisches Vorgehen bei der Berichterstellung

Vor dem Hintergrund der Ziele des Berichtes und der eingesetzten Steuerungsinstrumente zur Umsetzung des LVR-Aktionsplans wurden für den Berichtsentwurf auch in diesem Jahr mehrere Informationsquellen ausgewertet und unterschiedliche methodische Herangehensweisen gewählt:

- Die in der LVR-Zielvereinbarungsdatenbank vorliegenden Informationen zu den vereinbarten strategischen Zielen zwischen der LVR-Direktorin und den LVR-Dezernent*innen wurden ausgewertet und mit den Steuerungsunterstützungen der LVR-Dezernate reflektiert.

- Vorliegende Tätigkeits- und Jahresberichte aus den LVR-Dezernaten wurden danach gesichtet, ob hier über Aktivitäten berichtet wird, die einen direkten oder indirekten Beitrag zu den Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans erkennen lassen.

- Es wurden alle Vorlagen gesichtet, die im Berichtsjahr 2022 im LVR-Ausschuss für Inklusion und seinem LVR-Beirat für Inklusion und Menschenrechte behandelt wurden.

- Es wurden die LVR-Pressemeldungen im Berichtsjahr 2022 auf Aktivitäten gesichtet, die direkt oder indirekt einen Beitrag zu den Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans darstellen.

- Es wurden einschlägige Newsletter des LVR ausgewertet (z.B. LVR-Newsletter Soziales).

Die Gliederung des Berichts folgt wieder den 12 Zielrichtungen des Aktionsplans. Da die einzelnen Zielrichtungen nicht trennscharf sind, wurden die berichteten Aktivitäten in diesem Bericht jeweils einer – besonders deutlich sichtbaren – Zielrichtung zugeordnet.

3. Weiteres Vorgehen

Nach Abschluss der Beratungen wird der Berichtsentwurf durch die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden überarbeitet. Abschließend erfolgt eine **Beschlussfassung** durch den LVR-Ausschuss für Inklusion (voraussichtlich im November 2023).

Der finale Jahresbericht wird als barrierefreies PDF im Internet veröffentlicht. Zusätzlich ist eine begleitende ganzjährige Kommunikation des besonderen Engagements des LVR für die Umsetzung der BKR auf Basis der im Bericht beschriebenen Aktivitäten geplant.

Alle bereits veröffentlichten Jahresberichte stehen im Internet zur Verfügung:
www.inklusion.lvr.de

L u b e k

Anlage
Entwurf Jahresbericht 2022

Anlage zu Vorlage Nr. 15/1470

LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention:

Entwurf Jahresbericht 2022

Einleitung 2

Schlagwortverzeichnis nach Kompetenzfeldern 2

ZIELRICHTUNG 1 Die Partizipation von Menschen mit Behinderungen im LVR ausgestalten 3

ZIELRICHTUNG 2 Die Personenzentrierung im LVR weiterentwickeln 7

ZIELRICHTUNG 3 Die LVR-Leistungen in Form des Persönlichen Budgets steigern 13

ZIELRICHTUNG 4 Den inklusiven Sozialraum mitgestalten 15

ZIELRICHTUNG 5 Die Barrierefreiheit in all LVR-Liegenschaften herstellen 19

ZIELRICHTUNG 6 Die Zugänglichkeit in allen Informations- und Kommunikationsmedien und -formaten im LVR herstellen 21

ZIELRICHTUNG 7 Ein universelles LVR-Veranstaltungsdesign entwickeln 24

ZIELRICHTUNG 8 Die Leichte Sprache im LVR anwenden 26

ZIELRICHTUNG 9 Menschenrechtsbildung im LVR systematisch betreiben 27

ZIELRICHTUNG 10 Das Kindeswohl und Kinderrechte im LVR als inklusiven Mainstreaming-Ansatz schützen 35

ZIELRICHTUNG 11 Die Geschlechtergerechtigkeit im LVR als inklusiven Mainstreaming-Ansatz weiterentwickeln 37

ZIELRICHTUNG 12 Vorschriften und Verfahren im LVR systematisch untersuchen und anpassen 39

In Zahlen 41

Einleitung

Der vorliegende Jahresbericht dokumentiert zentrale Aktivitäten, die der Landschaftsverband Rheinland (LVR) im **Berichtsjahr 2022** unternommen hat und die direkt oder indirekt auf Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans „Gemeinsam in Vielfalt" Bezug nehmen und auf diese Weise einen Beitrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) im LVR leisten.

Mehrjährige Aktivitäten, die bereits in den Berichten der Vorjahre enthalten waren, wurden nur dann aufgegriffen, wenn wiederum ein konkreter Anlass dafür im aktuellen Berichtsjahr 2022 vorlag. Der Jahresbericht folgt, wie in den Vorjahren, in seiner Gliederung den 12 Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans „Gemeinsam in Vielfalt".

Schlagwortverzeichnis nach Kompetenzfeldern

Das nachfolgende Verzeichnis weist die fünf Kompetenzfelder aus, in denen der LVR aktiv ist. Es ist angegeben, welche Aktivitäten des Jahresberichts sich auf die jeweiligen Kompetenzfelder beziehen. Einige Aktivitäten berühren mehrere Kompetenzfelder.

Kompetenzfeld	**Aktivitäten**
1. Leben und Arbeit	Z1.2, Z1.3, Z1.4, Z1.5, Z2.1, Z2.2, Z2.3, Z2.4, Z2.5, Z2.6, Z2.7, Z2.9, Z2.11, Z2.12, Z3.1, Z3.2, Z3.3, Z3.4, Z4.2, Z4.6, Z6.2, Z6.3, Z8.1, Z9.3, Z9.4, Z9.8, Z10.5, Z11.1, Z12.2, Z12.3
2. Bildung und Erziehung	Z2.10, Z4.3, Z4.4, Z9.8, Z10.1, Z10.2, Z10.3, Z10.5
3. (seelische) Gesundheit	Z1.4, Z2.8, Z4.5, Z5.2, Z9.3, Z9.4, Z9.12, Z10.2, Z10.4
4. Kultur	Z4.7, Z4.8, Z5.3, Z6.4, Z6.5, Z7.4, Z11.5
5. Der LVR (übergreifend)	Z1.1, Z1.6, Z4.1, Z5.1, Z6.1, Z7.1, Z7.2, Z7.3, Z8.2, Z9.1, Z9.2, Z9.5, Z9.6, Z9.7, Z9.9, Z9.10, Z9.11, Z11.2, Z11.3, Z11.4, Z12.1,

ZIELRICHTUNG 1
Die Partizipation von Menschen mit Behinderungen im LVR ausgestalten

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Partizipation im Sinne von Zielrichtung 1 des LVR-Aktionsplans meint die Mitsprache bzw. Mitbestimmung von Menschen mit Behinderungen und ihren Organisationen in öffentlichen Angelegenheiten, die Menschen mit Behinderungen betreffen.

Der LVR hat sich in seinem Aktionsplan zum Ziel gesetzt, Menschen mit Behinderungen über ihre Organisationen gemäß Artikel 4, Absatz 3 BRK bei der Ausarbeitung und Umsetzung von Rechtsvorschriften und politischen Konzepten zur Durchführung dieses Übereinkommens eng zu konsultieren und aktiv einzubeziehen.

Partizipation soll ein selbstverständlicher Bestandteil der Arbeit des LVR in Politik und Verwaltung sein und werden. Sie ist kein Selbstzweck, sondern dient der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen und ist ein zielführendes Mittel, um die Qualität von Ergebnissen zu verbessern.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z1.1 Politische Partizipation im LVR

Z1.2 Workshop für Werkstatträte und Frauenbeauftragte in WfbM

Z1.3 Ausbildung neuer Peer-Berater*innen

Z1.4 Erster LVR-Peer-Tag

Z1.5 Start der AG Partizipation im LVR-Verbund HPH

Z1.6 Verbändegespräch Selbsthilfe

Z1.1 Politische Partizipation im LVR

Auch in der 15. Wahlperiode der Landschaftsversammlung Rheinland wird die politische Partizipation von Menschen mit Behinderungen beim LVR weiter großgeschrieben.

Bereits 2015 wurde in der politischen Vertretung mit dem LVR-Ausschuss für Inklusion und seinem beratenden LVR-Beirat für Inklusion und Menschenrechte ein Verfahren zur Partizipation in öffentlichen Angelegenheiten des LVR fest institutionalisiert. 2021 wurden Ausschuss und Beirat neukonstituiert. Beide Gremien tagen in der Regel in gemeinsamer Sitzung.

Zusätzlich zu den sieben stimmberechtigten Mitgliedern des Landesbehindertenrates NRW e.V., die an den Sitzungen des LVR-Beirates teilnehmen können, wurde im März 2022 Wiebke Schubert, Vorsitzende des Landesverbandes NRW der Angehörigen psychisch Kranker e.V., als weitere natürliche Person als Ansprechperson und Fürsprecherin für die Belange von Menschen mit Behinderungen in den Beirat gewählt (vgl. Geschäftsordnung des Beirates Ziffer 2, Absatz d, Vorlage Nr. 15/796).

Sitzungstermine im Jahr 2022 waren:

18.02.2022 Sitzung des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte (ohne Ausschuss)

31.03.2022 Gemeinsame Sitzung des LVR-Ausschusses für Inklusion und des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte

31.05.2022 Gemeinsame Sitzung des LVR-Ausschusses für Inklusion und des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte

19.09.2022 Gemeinsame Sitzung des LVR-Ausschusses für Inklusion und des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte

01.12.2022 Gemeinsame Sitzung des LVR-Ausschusses für Inklusion und des LVR-Beirates für Inklusion und Menschenrechte

Mit der neuen Zuständigkeits- und Verfahrensordnung ist der LVR-Ausschuss für Inklusion nunmehr auch für weitere Themen zuständig: Vor dem Hintergrund der besonderen menschenrechtlichen Risiken, die sich für Menschen mit und ohne Behinderungen aus einem Zusammenwirken von Diskriminierungsgründen ergeben, berät der Ausschuss im Querschnitt auch über die Gleichstellung und Antidiskriminierung aufgrund von Rassismus oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, des Alters oder der sexuellen Identität (vgl. § 1 AGG).

Z1.2 Workshop für Werkstatträte und Frauenbeauftragte in WfbM

Nach zwei Jahren Corona-Pause kamen im Juni 2022 die gewählten Vertretungen der Beschäftigten mit Behinderungen sowie die Frauenbeauftragten der rheinischen Werkstätten zu einem Austausch beim LVR endlich wieder in Präsenz zusammen.

Bei zwei gemeinsamen Workshops diskutierten die insgesamt 180 Teilnehmenden in leichter Sprache über die wichtigsten Fragen rund um die Arbeit und das soziale Miteinander in den Werkstätten. Bereits die Vorbereitung erfolgte partizipativ durch ein inklusives Organisationsteam, bestehend aus Vertretungen der Werkstatträte und Frauenbeauftragten sowie dem LVR-Fallmanagement.

Die Themen der insgesamt fünf Arbeitsgruppen reichten dabei von den Aufgaben und Rechten von Werkstattrat und Frauenbeauftragten über Ideen zur Weiterentwicklung der Angebote vor Ort und Diskussionen zum Werkstattentgelt bis hin zu visionären Überlegungen, wie die Arbeit in Werkstätten in der Zukunft aussehen könnte und sollte.

Z1.3 Ausbildung neuer Peer-Berater*innen

30 Teilnehmende aus neun Regionen haben Ende Juni 2022 die Schulungsreihe „Peer-Beratung in der KoKoBe" des LVR-Dezernates Soziales erfolgreich abgeschlossen. 12 Frauen und zehn Männer bieten ab sofort als Peer-Berater*innen Beratungsgespräche für Menschen mit Behinderung in den Beratungsstellen der Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe) an. Acht der Teilnehmenden wurden innerhalb der Schulungsreihe zur Peer-Koordination ausgebildet.

Peer-Berater*innen sind Menschen mit Behinderungen, die andere Menschen mit Behinderungen beraten. Bereits seit 2019 finanziert und fördert der LVR den Auf- und Ausbau der Peer-Beratung an mittlerweile 13 Standorten der KoKoBe im Rheinland. Die Gespräche finden in den Räumlichkeiten der KoKoBe, nach Absprache auch an einem anderen Ort oder virtuell statt.

Die Beratungen sind kostenlos und richten sich an Menschen mit allen Behinderungsarten.

➔ Mehr Informationen zur Peer-Beratung bei der KoKoBe finden sich im LVR-Beratungskompass.

Z1.4 Erster LVR-Peer-Tag

Im Rheinland sind über 200 Peer-Berater*innen für den LVR im Einsatz. Der LVR fördert Peer-Beratungsangebote zum Beispiel an verschiedenen Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe) sowie fast allen Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ) im Rheinland. Auch an allen psychiatrischen Kliniken des LVR findet eine Peer-Beratung durch Genesungsbegleitende statt.

Um sich miteinander zu vernetzen, kamen am Samstag, den 17. September 2022, erstmals rund 100 Peer-Berater*innen aus dem ganzen Rheinland im LVR-Horion-Haus in Köln-Deutz zu einem gemeinsamen Peer-Tag zusammen.

LVR-Direktorin Ulrike Lubek brachte in ihrem digitalen Grußwort die Wertschätzung des LVR für die wichtige Arbeit der Peers zum Ausdruck. In Rahmen eines World-Cafés tauschten sich die Teilnehmenden anschließend intensiv miteinander aus.

Die Idee für den gemeinsamen Peer-Tag sowie die Planung und Umsetzung entstand im dezernatsübergreifenden Projekt „Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung" (SEIB) unter der Gesamtleitung von Bernd Woltmann (LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden) (vgl. Aktivität Z4.1. in diesem Bericht).

Z1.5 Start der AG Partizipation im LVR-Verbund HPH

Im Jahresbericht 2021 wurde über den Aufbau einer AG Partizipation im LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen berichtet (vgl. Aktivität Z1.4).

Im April 2022 hat die Kick-Off Veranstaltung der AG stattgefunden. Die AG ist selbst partizipativ besetzt: Neben fünf Mitarbeitenden des LVR-Verbund HPH aus verschiedenen Bereichen und Hierarchien und einer Vertreterin der Abteilung 84.30 im LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen nehmen zehn Kund*innen aus dem gesamten Verbund als feste Mitglieder an der AG teil. Benanntes Ziel der AG Partizipation ist es, Partizipation der Kund*innen im LVR-Verbund HPH zu ermöglichen und nachhaltig sicherzustellen. In mehreren AG-Terminen und Workshops wurden bereits „TOP-Themen" identifiziert und priorisiert, welche die AG im weiteren Verlauf bearbeiten und jeweils ein Mehr an Partizipation und Mitbestimmung erzielen möchte. Die AG arbeitet sowohl in Form von Präsenztreffen, als auch in Form von Online-Meetings, soweit dies technisch gewährleistet werden kann.

Über die AG Partizipation wurde in der Sitzung des Ausschusses für den LVR-Verbund HPH am 17. März 2023 berichtet.

Z1.6 Verbändegespräch Selbsthilfe

Am 14. Dezember 2022 fand ein Verbändegespräch mit der Selbsthilfe zum Thema „Teilhabe in Vielfalt - Diversity-Ansätze als Chance für die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen" statt. Gemeinsam hatten das LVR-Dezernat Soziales, das LVR-Dezernat Kin-

der, Jugend und Familie sowie das LVR-Dezernat Schulen, Inklusionsamt und Soziale Entschädigung die Vertreter*innen der Selbsthilfeverbände im Rheinland zu diesem Austausch eingeladen.

Zu Beginn präsentierte Bernd Woltmann (Leiter der LVR-Stabstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden) den Vertreter*innen der Selbsthilfe das Diversity-Konzept des LVR. Danach stellte Hannah Knipper (Projektkoordination NRW LSBTIQ* inklusiv) das Projekt „NRW LSBTIQ* inklusiv" vor. Das Projekt fokussiert die Lebenslagen von Menschen aus der LSBTIQ*-Community mit Behinderung, Beeinträchtigung und psychischen oder chronischen Erkrankungen (siehe hierzu www.lsbtiq-inklusiv.nrw) und setzt sich für mehr Sichtbarkeit und Barrierefreiheit ein. Die Beiträge und die anschließende Diskussion der Vertreter*innen der Selbsthilfe mit den Fachleuten der Verwaltung hat verdeutlicht, wie wichtig die Berücksichtigung der Interessen von „LSBTIQ* mit Behinderung" im Rahmen der Eingliederungshilfe ist, da dieser Personenkreis überdurchschnittlich oft Opfer von Diskriminierung wird.

ZIELRICHTUNG 2
Die Personenzentrierung im LVR weiterentwickeln

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Personenzentrierung bedeutet, stets den einzelnen Menschen als Träger von Rechten mit seinen individuellen Unterstützungsbedarfen in den Mittelpunkt des Handelns zu stellen.

Zudem geht es darum, den menschenrechtlichen Grundsatz der Selbstbestimmung bestmöglich zu achten. Das bedeutet vor allem, die Mitsprache der Menschen mit Behinderungen bei Entscheidungen zu gewährleisten, die persönliche Angelegenheiten, d.h. das eigene Leben berühren.

Ein personenzentriertes Vorgehen zeichnet sich auch dadurch aus, dass konsequent die Vielfalt der Menschen mit Behinderungen (z.B. hinsichtlich der individuellen Art der Beeinträchtigung, Herkunft und Nationalität, Alter, Geschlecht und geschlechtlicher Identität, sexueller Orientierung, Religion und Weltanschauung) berücksichtigt wird.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z2.1 Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber

Z2.2 Regionaltagungen des LVR-Inklusionsamtes

Z2.3 Förderung einer inklusiven Schauspielausbildung für Menschen mit geistiger Behinderung

Z2.4 Veröffentlichung der App „InA.Coach"

Z2.5 Neue LVR-Fachinformation: Zuständigkeiten für Leistungen der Eingliederungshilfe

Z2.6 Neue LVR-Fachinformation: Leben in Gastfamilien

Z2.7 Abschluss des Modellprojektes TexLL zur Erprobung des BTHG

Z2.8 Öffnung der Angebote der Traumaambulanzen

Z2.9 Personzentrierung im LVR-Verbund HPH

Z2.10 Ausstattung der Schüler*innen in den LVR-Förderschulen mit digitalen Endgeräten

Z2.11 Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen beim LVR

Z2.12 Inklusive Schiffswerft im Archäologischen Park Xanten

Z2.1 Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber

Viele Arbeitgeber möchten Menschen mit Behinderungen einstellen. Doch sie vermuten hohe bürokratische Hürden. Ihr Wunsch: Eine Ansprechstelle rund um das Thema Inklusion im Arbeitsmarkt. Mit den „Einheitlichen Ansprechstellen" wurde dies 2022 nun Realität: Sie koordinieren für die Arbeitgeber in der Mittlerrolle das gesamte Verfahren zur Beschäftigung von Menschen mit einer Behinderung.

Im Rheinland hat das LVR-Inklusionsamt verschiedene Träger mit dieser Aufgabe regional beauftragt: Acht neue Einheitliche Ansprechstellen, die Arbeitgeber bei der leichteren

Beschäftigung von Menschen mit Behinderung helfen, sind bereits an den Start gegangen. Sie gehören zu Trägern, wie beispielsweise der Industrie- und Handelskammer oder der Handwerkskammer, und informieren, beraten und unterstützen Arbeitgeber bei der Ausbildung, Einstellung und Beschäftigung von Menschen mit Behinderung aber trägerunabhängig. Arbeitgeber werden von den Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber auch proaktiv angesprochen, um diese für die Ausbildung, Einstellung und (Weiter-) Beschäftigung von schwerbehinderten Menschen zu sensibilisieren.

Die Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber sind nicht nur im Rheinland, sondern bundesweit flächendeckend eingerichtet und mit fachlich qualifiziertem Personal ausgestattet worden. Sowohl auf Landes- als auch Bundesebene wird eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung stattfinden. Die Einheitlichen Ansprechstellen werden aus Mitteln der Ausgleichsabgabe finanziert und beraten trägerunabhängig.

➔ Unter folgendem Link finden Arbeitgeber im Rheinland die für sie zuständigen Einheitlichen Ansprechstellen: www.inklusionsamt.lvr.de/eaa

Z2.2 Regionaltagungen des LVR-Inklusionsamtes

Das LVR-Inklusionsamt lud im Mai und Juni 2022 zu den „Regionaltagungen" nach Köln ein. Verschiedene Institutionen auf dem Gebiet der beruflichen Inklusion nutzten dort die Gelegenheit, gemeinsam zu reflektieren, sich auszutauschen, kennenzulernen und die Zusammenarbeit auf regionaler Basis zu stärken. Mit dabei waren Vertretungen der Fachstellen, der Agenturen für Arbeit, der Integrationsfachdienste, der Handwerks- sowie Industrie- und Handelskammern (HWK und IHK), des LVR-Inklusionsamtes, des LVR-Dezernates Soziales, der Jobcenter und der Deutschen Rentenversicherung (DRV Bund und DRV Rheinland).

Z2.3 Förderung einer inklusiven Schauspielausbildung für Menschen mit geistiger Behinderung

Im August 2022 wurde beschlossen, dass der LVR einen neuen Ausbildungsgang für Menschen mit geistiger Behinderung an der Schauspielschule des Kölner Theaters „Der Keller" fördert (vgl. Vorlage Nr. 15/1126). Die Finanzierung erfolgt im Rahmen eines zunächst auf fünf Jahre befristeten Modellprojektes. Die Mittel stammen aus der Eingliederungshilfe und der Ausgleichsabgabe.

Der neu einzurichtende Ausbildungsgang wird im August 2023 unter dem Namen „R(h)einkompanie" starten. Die Schauspielschule bietet eine professionelle Ausbildung an, in der die Schüler*innen inklusiv und klassenübergreifend unterrichtet und individuell gefördert werden. Sie profitieren dadurch auch von dem Renommee und der Vernetzung des Theaters „Der Keller". Vorgesehen ist der Start mit zunächst vier Beschäftigten aus Kölner Werkstätten, die ein reguläres Vorbereitungs- und Bewerbungsverfahren durchlaufen müssen. Nach einem Jahr startet ein weiterer Ausbildungsgang mit erneut vier Beschäftigten einer Werkstatt.

Z2.4 Veröffentlichung der App „InA.Coach"

Aus Mitteln der Ausgleichsabgabe lässt das LVR-Inklusionsamt die Förderung der digitalen und beruflichen Teilhabe von Menschen mit Lernschwierigkeiten beziehungsweise kognitiven Einschränkungen oder Autismus-Spektrum-Störungen in mehreren Forschungsprojekten wissenschaftlich untersuchen. Ausgehend von pädagogisch-didaktischen Thesen werden dabei im Hochschulkontext verschiedene digitale Hilfsmittel geschaffen und im realen Einsatz mit Proband*innen erprobt.

Im Juni 2022 wurde die App InA.Coach veröffentlicht. Sie ist ein digitales Hilfsmittel und wurde für die Begleitung von Arbeits- und Alltagsprozessen entwickelt. Die InA.Coach-App bietet die Möglichkeit, kleine Videosequenzen und Bilderreihen bspw. von Hand-

lungs- und Arbeitsabläufen, zu erledigende Aufgaben, Checklisten, Anleitungen etc. darzustellen und abzulegen und die einzelnen Arbeitsschritte nach und nach abzuarbeiten. Sie ist eine digitale Aufgabenassistenz, die Nutzer*innen an die wichtigsten Arbeitsschritte erinnert und ihnen im Arbeitsalltag hilft, ihre Aufgaben strukturiert zu erledigen.

Die App wurde von dem jungen Unternehmen BOS Connect GmbH zusammen mit Job-Coaches, Wissenschaftler*innen und dem LVR-Inklusionsamt entwickelt.

Die App wird derzeit im Bereich „Arbeit" erprobt, ist aber so konzipiert, dass sie auch in anderen Bereichen, wie zum Beispiel Schule, Leben, Haushalt einsetzbar ist. Die App ist seit Juni 2022 in den bekannten App-Stores kostenlos verfügbar und wird derzeit kontinuierlich weiterentwickelt.

➔ Zur InA.Coach-Webseite und App: https://ina.coach/

Z2.5 Neue LVR-Fachinformation: Zuständigkeiten für Leistungen der Eingliederungshilfe

Mit dem Bundesteilhabegesetz (BTHG) haben sich in NRW einige Zuständigkeiten bei den Unterstützungsleistungen für Menschen mit Behinderungen im Rahmen der Eingliederungshilfe geändert.

Die Landschaftsverbände sind für alle Leistungen für erwachsene Menschen mit Behinderung gebündelt zuständig. Bei den Eingliederungshilfeleistungen für Kinder und Jugendliche mit (drohender) Behinderung ist die Zuständigkeit differenzierter. Die Landschaftsverbände sind seit dem 1. Januar 2020 Eingliederungshilfeträger für Leistungen in Pflegefamilien, für heilpädagogische Leistungen in Kindertagesstätten sowie der Kindertagespflege und im Rahmen der Frühförderung. Darüber hinaus sind die Landschaftsverbände zuständig für heilpädagogische Tagesstätten.

Antworten auf die Frage „Wer hilft wann?" gibt daher eine im Januar 2022 veröffentlichte neue Fachinformation des LVR. Sie soll Leistungsberechtigten, Angehörigen und Fachleuten helfen, schnell die richtige Ansprechperson für die individuelle Unterstützungsleistung zu finden. Auf vier Seiten stellt die Publikation die Aufgaben und Zuständigkeiten der verschiedenen Leistungsträger unterteilt nach Altersgruppen dar. Die Fachinformation schließt dabei sowohl Leistungen für Kinder vor und während der Schulzeit als auch für erwachsene Menschen mit Behinderungen ein.

➔ Die Publikation kann unter diesem Link als PDF heruntergeladen werden.

Z2.6 Neue LVR-Fachinformation: Leben in Gastfamilien

Menschen mit Behinderungen, die regelmäßig Unterstützung benötigen, aber weder in einer besonderen Wohnform noch alleine leben möchten und sich in einem Familienverbund wohl fühlen, sind in Gastfamilien gut aufgehoben. Aktuell leben rund 200 erwachsene Menschen mit Behinderungen im Rheinland in einer solchen Pflegefamilie, die der LVR in besserer Abgrenzung zu den Unterstützungsleistungen in Pflegefamilien für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen „Gastfamilie" nennt. Das Altersspektrum der Leistungsberechtigten mit Unterstützung in einer Gastfamilie liegt zwischen 18 und 80 Jahren.

Eine im April 2022 veröffentlichte Fachinformation stellt diese Unterstützungsleistung vor und erklärt auch, wie die aufnehmenden Familien unterstützt und begleitet werden und welche finanziellen Aufwandsentschädigungen sie erhalten. Ziel der Broschüre ist es, weitere Familien und Einzelpersonen dafür zu begeistern, einen erwachsenen Menschen mit Behinderungen bei sich aufzunehmen.

➔ Die Publikation kann unter diesem Link als PDF heruntergeladen werden.

Z2.7 Abschluss des Modellprojektes TexLL zur Erprobung des BTHG

Seit 2018 haben die beiden Landschaftsverbände LVR und LWL das gemeinsame Verbundprojekt TexLL im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) durchgeführt. Das Projekt war Teil der modellhaften Erprobung neuer Regelungen im Rahmen der BTHG-Evaluation nach Artikel 25 BTHG. „TexLL" steht für „Trennung der existenzsichernden Leistungen von den Fachleistungen/neues Leistungssystem".

Im Fokus des Projekts standen neben der zum 1. Januar 2020 vollzogenen Trennung der Leistungen vor allem die Ausgestaltung der Assistenzleistungen, auch in gemeinsamer Leistungserbringung, sowie die Regelungen zu Zumutbarkeit und Angemessenheit. Dazu arbeitete das Projekt mit ausgewählten Leistungserbringern zusammen.

Das Projekt ist am 31. Dezember 2021 planmäßig abgeschlossen worden. In einer Vorlage für den LVR-Sozialausschuss informiert das LVR-Dezernat Soziales im März 2022 über den Abschlussbericht der beiden TexLL-Teilprojekte und stellt die Ergebnisse vor. Die Vorlage erhält zudem eine Auswertung der Ergebnisse durch das Unternehmen Kienbaum Consultants. Dieses wurde durch das BMAS beauftragt.

➔ Zur Vorlage Nr. 15/749.

Z2.8 Öffnung der Angebote der Traumaambulanzen

Das nordrhein-westfälische Gesundheitsministerium und die Landschaftsverbände Rheinland (LVR) und Westfalen-Lippe (LWL) haben im Mai 2022 die Angebote der Traumaambulanzen für von Krieg und Flucht traumatisierte Menschen aus der Ukraine kurzfristig zur Erstversorgung zugänglich gemacht. Neben dem regulären Angebot psychotherapeutischer Einzelbehandlungen werden auch Gruppentherapien und Behandlungen durch niedergelassene Ärztliche oder Psychologische Psychotherapeut*innen mit entsprechender Sprachkompetenz finanziert. Ebenso ist eine psychosoziale Beratung für schwer belastete Menschen durch psychosoziale Zentren für Geflüchtete möglich.

Die Traumaambulanzen sind regulär für traumatisierte Opfer von Gewalttaten, deren Angehörige und Hinterbliebene tätig.

Die Finanzierung der zusätzlichen Angebote, einschließlich notwendiger Kosten für die Überwindung von Sprachbarrieren, übernimmt das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Hierfür stellt das Ministerium in einem ersten Schritt Fördermittel in Höhe von 200.000 Euro zur Verfügung. Betroffene können sich unmittelbar an eine Traumaambulanz wenden. Informationen zu den Standorten sind hier zu finden:

➔ Mehr Informationen: www.lvr.de/traumaambulanzen

Z2.9 Personzentrierung im LVR-Verbund HPH

Neben dem eher leistungsrechtlich verorteten Begriff der Personenzentrierung existiert seit vielen Jahren der fachlich verortete Begriff der Personzentrierung (ohne „en"). Genau diese Personzentrierung in Anlehnung an das Handlungskonzept von Marlis Pörtner, bestehend aus den drei Kernelementen „Empathie", „Wertschätzung" und „Kongruenz", acht Handlungsgrundlagen und 16 Richtlinien, wird zum fachlichen Standard im LVR-Verbund HPH.

Ausgehend vom bereits entworfenen Standard „Personzentrierung" wurde dessen Umsetzung im Jahr 2022 weitestgehend vorbereitet. Der Roll-Out erfolgt im Jahr 2023.

Über die Personzentrierung als fachlichen Standard im LVR-Verbund HPH wurde in der Sitzung des Ausschusses für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen am 20. Januar 2023 berichtet.

Z2.10 Ausstattung der Schüler*innen in den LVR-Förderschulen mit digitalen Endgeräten

Der LVR als Schulträger gestaltet die Digitalisierung der LVR-Schulen aktiv, um die Teilhabe und die Chancengerechtigkeit für die Schüler*innen der LVR-Schulen deutlich zu erhöhen. Dies erfolgt auf Basis des aktualisierten Medienentwicklungsplans (MEP), der den Umfang der Ausstattung für die nächsten Jahre konkretisiert und in Abstimmung mit den LVR-Schulen umgesetzt wird (vgl. Vorlage Nr. 15/801).

Im Rahmen der Ausstattungsoffensive des Landes NRW hat der LVR 619 IPads für Studierende der LVR-Berufskollegs Essen und Halfeshof und 6.471 IPads für Schüler*innen der LVR-Förderschulen beschafft. Zusätzlich sind – auch mit Mitteln des LVR – 192 Laptops für sehbehinderte Schüler*innen beschafft worden, die wegen der Behinderung nicht mit einem IPad arbeiten können. Die Auslieferung der Endgeräte hat 2022 begonnen.

Z2.11 Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen beim LVR

Der LVR bietet Beschäftigungsmöglichkeiten für zahlreiche Menschen mit (Schwer-)Behinderung. Im aktuellen LVR-Personalbericht wird die Gesamtbeschäftigungsquote wie folgt ausgewiesen:

Kennzahl: Gesamtbeschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen im LVR gem. § 71 Abs. 1 SGB IX

Bezogen auf den Gesamt-LVR betrug die Beschäftigungsquote der Menschen mit Schwerbehinderung zum Stichtag 31. Dezember 2021 insgesamt 9,4 Prozent. Seit 2017 zeigt sich eine leicht sinkende Tendenz. Eine differenzierte Darstellung nach LVR-Dezernaten kann dem jährlichen Personalbericht entnommen werden (vgl. Vorlage Nr. 15/1200).

In den LVR-Dezernaten und Außendienststellen sowie bei LVR-InfoKom wurde bei 57 Prozent der Mitarbeitenden die Schwerbehinderung erst nach Eintritt in den Dienst des LVR festgestellt.

Z2.12 Inklusive Schiffswerft im Archäologischen Park Xanten

Im LVR-Archäologischen Park Xanten (APX) stellte das inklusive Team der Schiffswerft 2022 zur Vervollständigung der Rheinflotte als insgesamt sechstes Schiff die schwimmfähige Rekonstruktion einer sogenannten Pünte her. Das Passagierschiff diente vorrangig dem Übersetzen von Personen über den Fluss, konnte aber auch als Arbeitsboot verwendet werden und Lasten aller Art transportieren. Bislang ist der Fund dieses Bootstyps aus römischer Zeit einzigartig.

Der APX und das LVR-Integrationsamt nutzen das Projekt für eine neue und langfristig angelegte Kooperation zur betrieblichen Ausbildung von jungen Menschen mit einer Schwerbehinderung.

Seit 2014 wurden Schüler*innen mit Beeinträchtigung, Schulabgänger*innen mit Schwerbehinderung oder Beschäftigte einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung in Langzeitpraktika fachlich und individuell qualifiziert und so im weiteren Verlauf an eine betriebliche Ausbildung herangeführt.

Um diese berufliche Qualifikation direkt vor Ort anbieten zu können, wurde eine integrative Holzwerkstatt in der Werft aufgebaut, in der seit 2017 junge Auszubildende als Fachpraktiker für Holzverarbeitung ausgebildet werden.

➔ Mehr Informationen:
https://apx.lvr.de/de/lvr_archaeologischer_park/themenpavillons_und_ausstellungen/schiffsbau/schiffsbau.html

ZIELRICHTUNG 3
Die LVR-Leistungen in Form des Persönlichen Budgets steigern

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Mit Zielrichtung 3 hat sich der LVR zum Ziel gesetzt, die Inanspruchnahme des Persönlichen Budgets im Rheinland zu steigern.

Beim Persönlichen Budget handelt es sich um eine Form der Leistungsgewährung, die die Selbstbestimmung der Leistungsberechtigten in besonderer Weise in den Mittelpunkt stellt (siehe Zielrichtung 2). Mit dem Persönlichen Budget übernehmen Menschen mit Behinderungen selbst die Regie der Leistungsausgestaltung. Im Gegensatz zur Sachleistung werden ihnen in Form des Persönlichen Budgets direkt Finanzmittel zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln können sie sich selbst die erforderliche Unterstützung beschaffen, um ihre Bedarfe zu decken.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z3.1 Podiumsdiskussion auf der REHACARE

Z3.2 Praxisdialoge zum Persönlichen Budget

Z3.3 Fortbildungsveranstaltung zum Persönlichen Budget

Z3.4 Start einer empirischen Erhebung zum Persönlichen Budget

Kennzahl: Entwicklung der Persönlichen Budgets im Rheinland

Der LVR berichtet regelmäßig darüber, wie sich die Nutzung Persönlicher Budgets entwickelt und wie der LVR bei der Umsetzung von Zielrichtung 3 des LVR-Aktionsplans vorangekommen ist (zuletzt mit Vorlage Nr. 15/390 zur Entwicklung in den Jahren 2018 bis 2020). Für 2023 ist eine aktualisierte Information für die politische Vertretung geplant.

Die Zahl der Leistungsberechtigten, die die Leistungsform des Persönlichen Budgets in Anspruch nehmen, ist 2021 auf 2.155 gestiegen – ein Anstieg um etwa 240 Leistungsberechtigte oder umgerechnet 13 Prozent im Vergleich zum Vorjahr.

Genutzt wird das Persönliche Budget nahezu vollständig für Leistungen der sozialen Teilhabe (Wohnleistungen und Tagesstruktur). Jüngere Leistungsberechtigte nutzen das Persönliche Budget deutlich häufiger als ältere. 54 Prozent der Leistungsberechtigten mit Persönlichem Budget sind 40 Jahre oder jünger (im Vergleich zu 41 Prozent bei der Gesamtgruppe der Leistungsberechtigten beim LVR).

Z3.1 Podiumsdiskussion auf der REHACARE

Am 17. September 2022 zeigten die Kompetenzzentren Selbstbestimmtes Leben NRW (KSL) auf der REHACARE – Internationale Fachmesse für Rehabilitation und Pflege ihre Wanderausstellung zum Persönlichen Budget und veranstaltete eine Podiumsdiskussion mit dem Thema „Chancen und Grenzen des Persönlichen Budgets". Nach einem Impulsreferat durch die Kompetenzzentren Selbstbestimmtes Leben NRW (KSL) vertrat Jürgen Langenbucher, themenverantwortlicher Abteilungsleiter im LVR-Dezernat Soziales, die Perspektive des Leistungsträgers und zeigte Grenzen, vor allem aber die Möglichkeiten des Persönlichen Budgets für Menschen mit Behinderungen auf.

Z3.2 Praxisdialoge zum Persönlichen Budget

Die Durchführung der Praxisdialoge der Kompetenzzentren Selbstbestimmtes Leben NRW (KSL) in Kooperation mit dem LVR wurden auch in 2022 weitergeführt. An den Treffen nahmen Vertreter*innen der KSL, Budgetnehmer*innen, andere Kostenträger und LVR-Mitarbeitende des Fallmanagements, der Teamleitung und der Abteilungsleitung teil. Themenschwerpunkt war in diesem Jahr die Vernetzung der Beratungsstrukturen vor Ort.

Z3.3 Fortbildungsveranstaltung zum Persönlichen Budget

Die Fortbildungsveranstaltung zum Persönlichen Budget des LVR in Kooperation mit dem KSL Köln für das Fallmanagement des LVR-Dezernates Soziales als Teil des BTHG-Fortbildungscurriculums wurden auch 2022 fortgeführt (vgl. Jahresbericht 2021). Die Fortbildungsveranstaltung soll für die Belange der Menschen mit Behinderungen sensibilisieren, die ein Persönliches Budget in Anspruch nehmen (wollen).

Z3.4 Start einer empirischen Erhebung zum Persönlichen Budget

2022 hat das LVR-Dezernat Soziales eine Befragung zur Nutzung des Persönlichen Budgets bei verschiedenen Zielgruppen gestartet: Leistungsberechtigte und Angehörige wurden ebenso nach ihren Erfahrungen und Einschätzungen befragt wie das Fallmanagement und Führungskräfte des LVR-Dezernates Soziales oder Beratungsstellen. Die Erhebung wird derzeit ausgewertet; die Ergebnisse werden 2023 veröffentlicht.

ZIELRICHTUNG 4
Den inklusiven Sozialraum mitgestalten

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Mit Zielrichtung 4 hat sich der LVR zur Aufgabe gemacht, innerhalb seiner Zuständigkeiten an der Gestaltung eines inklusiven Sozialraum in den Kommunen vor Ort mitzuwirken. Dies bedeutet, Bedingungen zu schaffen, die ein selbstbestimmtes und gemeinschaftliches Leben aller Menschen in ihrer gesamten Vielfalt ermöglichen.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z4.1 Gesamtprojekt „Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung" (SEIB)

Z4.2 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung: „BTHG 106+"/ „Beratung vor Ort"

Z4.3 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung: „Fachberatung Kinderrechte"

Z4.4 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung: „Peer-Bildungsberatung"

Z4.5 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung: „Gemeindepsychiatrie"

Z4.6 Verlängerung des Modellprojektes „Inklusiver Sozialraum"

Z4.7 „Rheinland Reiseland" über inklusive Kulturangebote

Z4.8 Zertifizierung der LVR-Museen durch „Reisen für Alle"

Z4.1 Gesamtprojekt „Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung" (SEIB)

Im Juni 2022 endete die Erprobungsphase des Projektes zur „Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung" (vgl. Maßnahme Z4.1 im Jahresbericht 2021).

Mit Vorlage Nr. 15/797 wurde ausführlich über den Fortgang der vier durchgeführten Teilprojekt berichtet. Die abschließende Bewertung der SEIB-Projektarbeit hinsichtlich der dezernatsübergreifenden Erkenntnisse, Erfahrungen und Empfehlungen unter Federführung der Gesamtprojektleitung (LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden) folgt in 2023.

Z4.2 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung: „BTHG 106+"/„Beratung vor Ort"

Der LVR bietet Menschen mit Behinderungen und Eltern von Kindern mit (drohender) Behinderung im Rheinland eine individuelle, kompetente und umfassende Beratung rund um mögliche Unterstützungsleistungen als Träger der Eingliederungshilfe an. Hierzu wurden Beratungsbüros im ganzen Rheinland eingerichtet.

Die **Beratung für Eltern von Kindern mit (drohender) Behinderung** wird seit dem 1. Januar 2020 flächendeckend in den Regionen durch das Fallmanagement des LVR-Dezernates Kinder, Jugend und Familie angeboten.

Die Beratung für **erwachsene Menschen mit Behinderungen** in den Regionen wird schrittweise aufgebaut. Das SEIB-Teilprojekt BTHG 106+ hat die Etablierung der LVR-Beratungsangebote in den Pilotregionen Stadt Duisburg, dem Rhein-Erft-Kreis und dem Oberbergischen Kreis intensiv unterstützt.

In das Projekt wurden auch weitere regionale Beratungsakteure einbezogen, mit dem Ziel, die LVR-Beratung vor Ort in der Region vorzustellen und die Zusammenarbeit zwischen allen zu stärken. Angesprochen wurden hierbei z.B. die Sozialpsychiatrischen Zentren (SPZ), die Sozialpsychiatrischen Kompetenzzentren Migration (SPKoM), die Integrationsfachdienste (IFD), die Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB), die Arbeitsagentur und das Jobcenter sowie die Selbsthilfe.

Die LVR-Beratung vor Ort konnte in den Pilotstandorten erfolgreich etabliert werden, feste Beratungszeiten wurden aufgebaut und das LVR-Fallmanagement sammelte nicht nur Erfahrungen mit der Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX, sondern auch mit der Bedarfsermittlung mit dem Instrument BEI_NRW.

Die enge Zusammenarbeit der LVR-Beratung vor Ort mit allen regionalen Beratungsakteuren, insbesondere jedoch mit der KoKoBe und der Peer-Beratung, haben dazu beigetragen, dass der gesetzliche Auftrag der Beratung und Unterstützung nach § 106 SGB IX erfolgreich umgesetzt werden kann. Mit dem Abschlussbericht des Projekts BTHG 106+ wurde eine ausführliche Darstellung aller Aktivitäten und abgeleiteten Handlungsempfehlungen zum Aufbau und zur Etablierung der LVR-Beratung vor Ort im Rheinland vorgelegt (vgl. Vorlage Nr. 15/1388).

➔ Eine Übersicht aller Beratungsstellen des LVR finden Sie unter diesem Link. Weitere Beratungsstellen und Themen sind auf www.beratungskompass.lvr.de zu finden.

Z4.3 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung: „Fachberatung Kinderrechte"

Das LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie hat mit dem Teilprojekt „Fachberatung Kinderrechte" im Rahmen des Projektes „Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung" die Entwicklung eines inklusiven Mainstreaming-Ansatzes für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen erprobt. Dieses Ziel wurde bereits 2014 in Zielrichtung 10 des LVR-Aktionsplans zur BRK angelegt und befasst sich konzeptionell somit auch mit der UN-Kinderrechtskonvention (KRK).

Die seit 2019 gemachten Erfahrungen haben den Bedarf der Fachberatung als Anlaufstelle zum Thema Kinderrechte im LVR-Landesjugendamt bestätigt. Daher wurde beschlossen, die erfolgreich in der fachlichen Arbeit des LVR etablierte Fachberatung Kinderrechte über den Projektrahmen SEIB hinaus zu verstetigen. Sie kann in hervorragender Weise zur dezernatsübergreifenden Umsetzung der UN-KRK im LVR im Sinne eines Focal Points und des LVR-Diversity-Konzeptes mit der Vielfaltsdimension Lebensalter beitragen.

➔ Eine ausführliche Darstellung des Projektes findet sich in Vorlage Nr. 15/597.

Z4.4 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung: „Peer-Bildungsberatung"

Das Teilprojekt des LVR-Dezernates Schulen, Inklusionsamt und Soziale Entschädigung (Fachbereich Schulen) hat einen originellen Schulungs- und Empowerment-Ansatz für Schüler*innen mit und ohne sonderpädagogischem Förderbedarf unter Berücksichtigung eines mehrdimensionalen Diversity-Ansatzes im Rheinland erprobt.

Bis Ende 2022 konnte das Projektteam die Ergebnisse z.B. in einem „Methodenkoffer" sichern.

➔ Der Reader zur Workshopreihe „Stark für Vielfalt gegen Ausgrenzung" kann unter diesem Link heruntergeladen werden. Weitere Informationen zum Projekt sind unter diesem Link zu finden.

Z4.5 Sozialräumliche Erprobung Integrierter Beratung: „Gemeindepsychiatrie"

Das Teilprojekt des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen hat Möglichkeiten zur Stärkung der Selbstvertretung und der Partizipation von Menschen mit psychischen Erkrankungen und ihren Angehörigen erprobt.

Nach erfolgreicher Arbeit lief das Projekt nach der Erprobungsphase zum 30. Juni 2022 aus. Verschiedene Einzelmaßnahmen, die im Rahmen von SEIB angestoßen wurden, werden seit Mitte 2022 in den zuständigen Leistungseinheiten weiterentwickelt und umgesetzt.

➔ Eine ausführliche Darstellung der Aktivitäten des Projektes findet sich in Vorlage Nr. 15/797.

Z4.6 Verlängerung des Modellprojektes „Inklusiver Sozialraum"

Am 1. August 2021 ist das Modellprojekt „Inklusiver Sozialraum" im LVR-Dezernat Soziales gestartet (vgl. Maßnahme Z4.6 im Jahresbericht 2021). Dieses wird in drei Gebietskörperschaften (Stadt Essen, StädteRegion Aachen, Rhein-Sieg-Kreis) mit der jeweiligen Kommune und den vor Ort ansässigen Stakeholdern im Sozialraum durchgeführt.

Es sollen praxistaugliche Verfahren und Instrumente entwickelt werden, die es dem LVR-Fallmanagement ermöglichen, auf der Basis der ICF-Umweltfaktoren fallübergreifend und sozialraumorientiert Teilhabebarrieren zu erkennen, die der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe entgegenstehen. Die Verfahren und Instrumente sollen nach Abschluss des Modellprojektes auf alle Regionen im Rheinland übertragbar sein und im Rahmen der Gesamtplanung genutzt werden können.

Im bisherigen Projektverlauf konnten mittels einer quantitativen Datenanalyse interessante und aufschlussreiche Ergebnisse erzielt werden. Auf diesen Ergebnissen soll im weiteren Verlauf mittels qualitativer Befragungen mit Menschen mit Behinderungen und Akteuren aus der Kommune und im Sozialraum Lösungsvorschläge für die Umsetzung der Verfahren und Instrumente ermittelt werden.

Bereits nach einem Jahr Modelllaufzeit wurde deutlich, dass in der vorgesehenen Laufzeit von drei Jahren bis zum 31. Juli 2024 nicht die Ergebnisse erreicht werden können, die von dem Modellprojekt erwartet werden. Im Dezember 2022 wurde daher beschossen, die Laufzeit des Modellprojektes bereits jetzt um ein Jahr bis zum 31. Juli 2025 zu verlängern (vgl. Vorlage Nr. 15/1245/1).

Z4.7 „Rheinland Reiseland" über inklusive Kulturangebote

Alle Kultur-Highlights des LVR auf einen Blick – das bietet die im Januar 2022 erschienenen Ausgabe des Magazins „Rheinland Reiseland". In der Rubrik „Kultur für Alle – inklusives Erleben" werden Angebote für Menschen mit Behinderung vorgestellt: Interessierte erhalten Informationen darüber, wie sie sich möglichst barrierefrei durch die LVR-Museen bewegen können, wie zum Beispiel mit den neuen Informationsflyern zu allen 16 LVR-Museen in Leichter Sprache.

➔ Unter diesem Link kann die Ausgabe heruntergeladen werden.

Z4.8 Zertifizierung der LVR-Museen durch „Reisen für Alle"

Fast alle LVR-Museen sind inzwischen durch „Reisen für Alle" (Tourismus NRW in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Seminar für Tourismus Berlin e.V.) zertifiziert bzw. teilweise bereits mehrfach rezertifiziert. Im Rahmen der Zertifizierung werden die Gegebenheiten vor Ort umfänglich beschrieben und u.a. auf den Webseiten der Museen veröffentlicht. Menschen mit Behinderungen bekommen so eine wichtige Orientierung für einen möglichst selbstbestimmten Besuch.

Die Zertifizierung steht noch aus für das LVR-Niederrheinmuseum (im Aufbau), die LVR-Gedenkstätte Brauweiler/Kulturzentrum Abtei Brauweiler (Umbau) und das LVR-Industriemuseum Alte Dombach (Umplanung).

➔ Mehr Informationen: https://www.reisen-fuer-alle.de/

ZIELRICHTUNG 5
Die Barrierefreiheit in allen LVR-Liegenschaften herstellen

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Barrierefreiheit bedeutet, die Umwelt so zu gestalten, dass sie für Menschen mit Behinderungen genauso nutzbar und zugänglich ist wie für Menschen ohne Behinderungen.

Dies ist nur Schritt für Schritt möglich. Mit der Zielrichtung 5 hat sich der LVR genau auf diesen Weg gemacht. Ziel ist es, langfristig die Barrierefreiheit in allen LVR-Liegenschaften herzustellen.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z5.1 Verbesserung der Barrierefreiheit in Bestandsgebäuden des allgemeinen Grundvermögens des LVR

Z5.2 Verbesserung der Barrierefreiheit in Gebäuden des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen

Z5.3 Beteiligung der LVR-Museen am Projekt „Assistenzhund willkommen"

Z5.1 Verbesserung der Barrierefreiheit in Bestandsgebäuden des allgemeinen Grundvermögens des LVR

Für die Gebäude der LVR-Zentralverwaltung in Köln-Deutz wurde mit den Verbänden von Menschen mit Behinderungen am 18. November 2013 eine Zielvereinbarung gemäß § 5 Behindertengleichstellungsgesetz NRW (BGG NRW) zur Barrierefreiheit im Hinblick auf die Auffindbarkeit, Zugänglichkeit und Nutzbarkeit der Gebäude abgeschlossen. Sie ist im Zielvereinbarungsregister des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW veröffentlicht und bildet die wesentliche Arbeitsgrundlage zur Umsetzung der Zielrichtung 5 im LVR.

Für die Gebäude der Zentralverwaltung wurden konkrete, abgestimmte Handlungskonzepte vereinbart, über die das LVR-Dezernat Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, Bauen für Menschen GmbH bis zu deren Realisierung Zwischenberichte zum Umsetzungsstand der Zielvereinbarung vorgelegt hat, zuletzt zum Stichtag 30. November 2019 (vgl. Vorlage Nr. 14/3976).

Bis auf die Außenanlagen Landeshaus und flankierende Maßnahmen ist die Zielvereinbarung in der LVR-Zentralverwaltung umgesetzt. Nach derzeitigem Planungsstand werden die Außenanlagen bis 2024 baulich umgesetzt. Ergänzend wurde 2022 in der Südhalle des Landeshauses die vorhandene WC-Anlage barrierefrei hergerichtet und als Unisex nutzbare WC-Anlage ausgebaut.

Die Zielvereinbarung für die Zentralverwaltung gilt auch als Rahmenkonzept für die Herstellung von Barrierefreiheit in allen Liegenschaften des LVR und seiner wie Eigenbetriebe geführten Einrichtungen.

Im Berichtsjahr 2022 wurden die beschlossenen umfänglichen Anpassungen in den **LVR-Museen und Kulturstandorten** weiter umgesetzt, insbesondere im LVR-LandesMuseum Bonn im Rahmen der Neugestaltung der Dauerausstellung und im LVR-Max-Ernst-Museum. Es wurden u.a. neue Bodenleitsysteme geschaffen.

Für das Denkmal der Grauen Busse am LVR-Landeshaus wurde ein barrierefreies Infopult aufgestellt.

Für das LVR-Kulturzentrum Brauweiler wird bis Ende 2023 ein Konzept zur Reduzierung von Barrieren umgesetzt. Hierdurch wird der Besuch der ehemaligen Benediktinerabtei weitgehend barrierearm ermöglicht und die touristischen Ziele wie Park und Gedenkstätte verbessert erlebbar. Mit der baulichen Umsetzung des Konzeptes wurde in 2021 begonnen. Bis zum Jubiläumsjahr 2024 werden die Maßnahmen abgeschlossen.

Im Bereich der **LVR-Förderschulen** befanden sich seit 2020 an acht Schulen weitere Maßnahmen in Planung oder in der baulichen Umsetzung. Das Land NRW fördert viele dieser Projekte unter „Gute Schule 2020". Daher erfolgt deren Umsetzung prioritär in den nächsten Jahren. Weitere „Barrierefrei-Konzepte" für zehn Schulstandorte des LVR werden mittelfristig im Rahmen eines Schulsanierungsprogramms nach einer Prioritätenliste erstellt und in den nächsten zehn Jahren umgesetzt.

Z5.2 Verbesserung der Barrierefreiheit in Gebäuden des LVR-Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen

Bereits im Jahr 2019 wurden nicht-barrierefreie Gebäude des LVR-Verbund HPH identifiziert und deren Sanierung bzw. Ersatz priorisiert. Dem Ausschuss für den LVR-Verbund HPH wurde in der Sitzung am 7. August 2019 anhand der Vorlage Nr. 14/3551 berichtet.

Seitdem konnte lediglich der Standort in der Nordstr. 33 in Düren ersatzlos aufgegeben werden. Trotz kontinuierlicher Bemühungen konnten im Jahr 2022 u.a. aufgrund des schwierigen Immobilien- und Grundstückmarkts bislang keine geeigneten Grundstücke oder Immobilien gefunden werden, mit denen sich zeitgemäße, inklusive und attraktive neue Angebote realisieren ließen.

Seit dem Abschlussbericht der sogenannten Garbrecht-Kommission soll zudem nicht nur die Barrierefreiheit verbessert werden. In diesem Bericht sind u.a. Empfehlungen enthalten, die auf die Geeignetheit von Wohnangeboten für Menschen mit herausfordernden Verhaltensweisen abzielen. Davon ausgehend werden zukünftig die Bemühungen dahingehend intensiviert, dass neue Wohnangebote nicht nur barrierefrei konzipiert werden, sondern auch, dass diese für Menschen mit herausfordernden Verhaltensweisen geeignet sind. Die Empfehlungen der Garbrecht-Kommission sind hierbei Grundstein und Ausgangspunkt neuer konzeptioneller Überlegungen.

Z5.3 Beteiligung der LVR-Museen am Projekt „Assistenzhund willkommen"

Seit August 2022 signalisiert ein neuer Aufkleber an Museen des LVR: Assistenzhunde sind überall in den LVR-Museen, auch in Innenräumen und in der Gastronomie, erlaubt und willkommen. Diese besonders geschulten Vierbeiner wurden trainiert, ihrem Menschen mit einer Schwerbehinderung im Alltag zu helfen. Dabei handelt es sich nicht nur um Menschen mit einer Sehbehinderung, sondern auch um Personen mit chronischen Erkrankungen.

„Assistenzhund willkommen" ist ein Projekt des Vereins Pfotenpiloten e.V. aus Frankfurt/Main, gefördert durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Der LVR beteiligt sich an der Kampagne, um Barrieren abzubauen und seine Museen für alle Menschen zugänglich und erlebbar zu machen.

➔ Mehr Informationen unter diesem Link

ZIELRICHTUNG 6
Die Zugänglichkeit in allen Informations- und Kommunikationsmedien und -formaten im LVR herstellen

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Zielrichtung 6 macht deutlich, dass sich Zugänglichkeit nicht nur auf bauliche Begebenheiten, sondern ebenso auf Information und Kommunikation bezieht.

Um Informationen für alle zugänglich zu machen, müssen Informations- und Kommunikationsmedien so gestaltet sein, dass sie für Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungsformen wahrnehmbar und verständlich sind. Im Bereich digitaler Kommunikation sind neben Wahrnehmbarkeit und Verständlichkeit zudem Anforderungen an Bedienbarkeit und die Robustheit (Kompatibilität mit verwendeten individuellen Hilfsmitteln) zu beachten.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z6.1 Regelbetrieb des LVR-Beratungskompass

Z6.2 Online-Antrag auf Blindengeld

Z6.3 Gemeinsamer Reha-Grundantrag

Z6.4 Neue Web-Anwendung ClickRhein

Z6.5 Neue inklusive Vermittlungsformate in den LVR-Kultureinrichtungen

Z6.1 Regelbetrieb des LVR-Beratungskompass

Am 1. September 2021 ist der digitale LVR-Beratungskompass an den Start gegangen (vgl. Maßnahme Z6.1 im Jahresbericht 2021). Der LVR-Beratungskompass bietet umfassende Informationen über die Leistungen des LVR aus Sicht der Ratsuchenden. Das Portal soll es Menschen mit und ohne Behinderungen erleichtern, ihre Ansprechpersonen beim LVR oder bei Partnern des LVR zu finden.

Im September 2022 wurde die Aufnahme des Regelbetriebs des LVR-Beratungskompasses zur dauerhaften Unterstützung integrierter Beratung und der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG) beschlossen (vgl. Vorlage Nr. 15/988). Der LVR-Beratungskompass soll kontinuierlich inhaltlich und technisch weiterentwickelt werden.

➔ Link zum Portal: www.beratungskompass.lvr.de

Z6.2 Online-Antrag auf Blindengeld

Blinde Menschen und Menschen mit hochgradiger Sehbehinderung können ihren Antrag auf finanziellen Nachteilsausgleich seit September 2022 online und barrierefrei beim LVR stellen. Der Antrag auf Blindengeld beziehungsweise die Hilfe für Menschen mit hochgradiger Sehbehinderung ist einer der ersten Services, den der LVR im Rahmen des Umsetzungsprogramms zum bundesweiten OZG auf seinem Portal www.beratungskompass.lvr.de über den Menüpunkt „Anträge" zur Verfügung stellt. Eine Formularnavigation erleichtert das Ausfüllen und gibt Hilfestellungen für jeden Schritt des Antrags, wie zum Beispiel bei der elektronischen Identifizierung mittels des neuen Personalausweises.

Weitere Leistungen des LVR, wie zum Beispiel der digitale Antrag auf Gehörlosenhilfe, sollen als nächstes folgen und ebenfalls online bereitgestellt werden.

➔ Link zum Portal: www.beratungskompass.lvr.de

Z6.3 Gemeinsamer Reha-Grundantrag

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Rehabilitation e.V. (BAR) hat ein Projekt zur Erarbeitung eines gemeinsamen Grundantrags für Reha- und Teilhabeleistungen initiiert. Ziel dieses Projekts ist einen Antrag zu erarbeiten und in die technische Umsetzung zu bringen, mit dem alle Rehabilitations- und Teilhabeleistungen in Deutschland beantragt werden können. Dieser Antrag soll vorrangig digital umgesetzt werden.

Die fachlichen Anforderungen an einen solchen Antrag sind formuliert. Nun geht es an die Umsetzung. Der LVR arbeitet in seiner Rolle als Mitglied der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und der Eingliederungshilfe (BAGüS) an diesem Projekt aktiv mit und hat darüber hinaus Unterstützung bei der technischen Umsetzung der digitalen Version des Antrages angeboten.

Z6.4 Neue Web-Anwendung ClickRhein

Im Juli 2022 wurde die neue Web-Anwendung ClickRhein präsentiert, die das LVR-Dezernat Kultur und Landschaftliche Kulturpflege entwickelt hat. Ab sofort können Interessierte mit Hilfe von ClickRhein kulturlandschaftliche Orte im Kölner Raum online am heimischen PC oder unterwegs am Smart Phone entdecken und so planen.

Ziel ist unter anderem, neue Zielgruppen anzusprechen, die auf diesem Weg direkten Zugang zum kulturellen Erbe im Rheinland erhalten. Der digitale Reiseführer greift dabei auf die Einträge der LVR-Plattform KuLaDig (Kultur.Landschaft.Digital.) zurück. Spaziergänge, Wanderungen und Fahrradtouren werden als Entdeckungen angeboten, die aus interessanten Spots bestehen – direkt vor der Haustür und darüber hinaus.

ClickRhein startet zunächst in Köln. Die Orte sind in sogenannten Spots erfasst und werden in Routen thematisch zusammengeführt und mit praktischen Informationen angereichert. Interessierte können über eine interaktive Karte sowohl Entdeckungen als auch Spots in ihrer Umgebung erkunden. Mit Filtern kann man persönliche Interessen auswählen wie zum Beispiel „familienfreundlich", „inklusive Infos" oder auch „Architektur der 1920er Jahre" sowie „Stadtgeschichte".

Im aktiven Austausch mit den Nutzenden soll das Portal weiter ausgebaut werden und kontinuierlich neue Entdeckungen hinzugefügt werden. Künftig sollen auch Museen, Institutionen oder Vereine eigene Touren einbringen können und so zur Vielfalt von ClickRhein beitragen. Ziel ist ein flächendeckendes Netzwerk mit spannenden Entdeckungen im ganzen Rheinland.

Eine wichtige Rolle spielen beim Ausbau des Portals auch Informationen zur Barrierefreiheit. Auf der Webseite gibt es aktuell die Möglichkeit, sich die Inhalte mithilfe des Readspeakers vorlesen zu lassen. Außerdem gibt es zwei Gebärdensprachevideos, die die Idee von ClickRhein erläutern und bei der Navigation durch die Seite helfen. Die Idee von ClickRhein ist in Leichte Sprache „übersetzt". Bei jeder Entdeckung wird angegeben, ob Informationen zur Barrierefreiheit gegeben werden können. Hierfür ist die Filtermöglichkeit „inklusive Infos" eingefügt worden.

Zum aktuellen Zeitpunkt ist die Web-App ClickRhein mit den Anforderungen an barrierefreie Informationstechnik nicht vollumfänglich vereinbar, da sie auf dem Backend des LVR-Informationssystems www.kuladig.de basiert. KuLaDig soll in nächster Zeit einem technischen und inhaltlichen Relaunch unterzogen werden, was sich auch positiv auf die Barrierefreiheit von ClickRhein auswirken wird. Wir arbeiten aber schon jetzt daran, die

Punkte zur vollständigen digitalen Barrierefreiheit von ClickRhein fortlaufend anzupassen bzw. zu verbessern. Aktuell nicht barrierefreie Inhalte sind in der Erklärung zur Barrierefreiheit gelistet.

➔ Die Anwendung ist unter https://click-rhein.lvr.de/ abrufbar.

Z6.5 Neue inklusive Vermittlungsformate in den LVR-Kultureinrichtungen

Das **MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier** erarbeitete auch ohne festes Haus 2022 zahlreiche inklusive Vermittlungsformate: Für den Kölner Standort „Rom am Rhein" der Archäologischen Landesausstellung entwickelte das MiQua einen inklusiven Media-Guide mit Touren in deutscher Gebärdensprache, Leichter Sprache und für Blinde und Sehbehinderte. Im Rahmen des Begleitprogramms zu „Rom am Rhein" wurde ein Filmprojekt „Begrenzte Erfahrungen – erfahrene Grenzen" mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen mit und ohne Autismus realisiert.

Das zweite barrierearme outreach-Möbel der Reihe „MiQua…op Jöck!" ging 2022 unter dem Titel „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland" auf Tour: Der im Angebot enthaltene inklusive Tastplan zum mittelalterlichen jüdischen Viertel in Köln wurde gemeinsam mit dem Blinden und Sehbehinderten Verein Köln e.V. (BSV) evaluiert.

Die **Gedenkstätte Brauweiler** begann 2022 eine Zusammenarbeit mit dem LVR-Landesjugendamt im Rahmen des Programms „Jugend gestaltet Zukunft": Es fanden vier Workshops mit Jugendwerkstätten statt, also mit Menschen mit kognitiven Einschränken bis hin zu Lernbehinderungen, psychischen und Sucht-Erkrankungen.

Ende 2022 wurden die Informationstafeln am **Denkmal der Grauen Busse am LVR-Landeshaus** komplett überarbeitet. Ein barrierefreies Info-Pult vermittelt nun Informationen zu den Verbrechen in der NS-Zeit in deutscher, englischer und in Leichter Sprache. Ein QR-Code verweist auf die neue Webseite www.lvr.de/graue-busse: Hier findet sich vertiefendes Hintergrundwissen auch in Form von Gebärdensprach-Videos sowie mit einer Vorlese-Funktion. Unter der Adresse www.lvr.de/graue-busse-leichte-sprache lassen sich die Informationen in Leichter Sprache aufrufen.

ZIELRICHTUNG 7
Ein universelles LVR-Veranstaltungsdesign entwickeln

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Zielrichtung 7 bezieht sich wie Zielrichtung 6 auf einen bestimmten Teilaspekt von Zugänglichkeit und macht deutlich, dass auch Veranstaltungen Menschen mit und ohne Behinderungen offenstehen sollen.

Bei allen Veranstaltungen des LVR ist daher grundsätzlich die diskriminierungsfreie Zugänglichkeit für alle interessierten (bzw. eingeladenen) Menschen sicherzustellen. Dabei ist es wichtig, Zugänglichkeit für den gesamten Prozess des LVR-Veranstaltungsmanagements zu berücksichtigen, also auch bei der Planung, Einladung und Dokumentation. Von großer Bedeutung ist hierbei eine positive Grundhaltung in der Verwaltung zur „Begegnung in Vielfalt".

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z7.1 LVR-Konzert der Begegnung

Z7.2 LVR-Woche der Begegnung

Z7.3 LVR-Mobil der Begegnung wieder im gesamten Rheinland unterwegs

Z7.4 Übersetzung des ersten CSD in Solingen in Gebärdensprache

Z7.1 LVR-Konzert der Begegnung

Rund 3.000 Gäste besuchten am 11. Juni 2022 das „Konzert der Begegnung" des LVR und feierten im Kölner Tanzbrunnen – für ein gutes Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen. Die Besuchenden erlebten ein Musik-Festival, bei dem Vielfalt auf und vor der Bühne leitend war. Unter anderem traten Miljö, Druckluft, Alli Neumann, CassMae und der i-Chor auf.

Das Konzert der Begegnung fand während der Corona-Pandemie als Alternativangebot zum „Tag der Begegnung" statt.

Z7.2 LVR-Woche der Begegnung

In den Tagen vor dem „Konzert der Begegnung" veranstaltete der LVR vom 7. bis 11. Juni 2022 die Woche der Begegnung: Die Veranstaltungsreihe bot von Dienstag bis Freitag, jeweils zwischen 9 und 20 Uhr, zahlreiche digitale Angebote zum Mitmachen, darunter Workshops zu Leichter Sprache oder Gebärdensprachkurse. Zudem wurden zahlreiche Webinare ausgerichtet, etwa zu den Themen:

- „LVR-Beratung vor Ort"
- „Peer-Beratung bei den KoKoBe für und von Menschen mit Behinderung – wie geht das?"
- „Leben in Gastfamilien – Menschen mit Behinderung in der Familie aufnehmen und begleiten"
- „Digitale Barrierefreiheit - Möglichkeiten und der Weg dorthin"

- „Wahl der Schwerbehindertenvertretung"
- „Inklusion im Arbeitsleben"
- „Feiern für alle. Barrierefreie Veranstaltungen planen"

Die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden war mit einem Talk zum Thema „Was ist Diskriminierung? Erkennen und Helfen" in Kooperation mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) sowie mit einer Mittagspausenveranstaltung „Umsetzung des Diversity-Konzeptes im LVR" aktiv am Programm beteiligt.

Z7.3 LVR-Mobil der Begegnung wieder im gesamten Rheinland unterwegs

Nachdem das LVR-Mobil der Begegnung pandemiebedingt zwei Jahre vor allem auf den digitalen Raum verlegt werden musste, tourt es seit 2022 wieder zu vielfältigen Gelegenheiten und Festen durch das gesamte Rheinland. Dabei hat das Mobil spannende Mitmachangebote im Gepäck, darunter ein blindengerechtes *„Mensch ärgere dich nicht"*-Spiel, einen Crashkurs in Deutscher Gebärdensprache oder eine Virtual-Reality-Reise in die Welt eines Menschen im Rollstuhl. Auf der barrierefreien Aktionsfläche des Mobils können die Gäste außerdem erfahren, welche Leistungen der LVR Menschen mit und ohne Behinderungen im Rheinland anbietet.

➔ Weitere Informationen zum Mobil unter diesem Link

Z7.4 Übersetzung des ersten CSD in Solingen in Gebärdensprache

In Solingen wurden am 30. Juli 2022 zum ersten Mal der „Klingenpride" veranstaltet, der CSD in Solingen. Unter dem Motto „Liebe baut Brücken" setzte die Veranstaltung ein Zeichen für Vielfalt und Akzeptanz in ihrer Stadt. In Kooperation mit dem Brauchtumsverein Solingen finanzierte der LVR die Übersetzung in Deutscher Gebärdensprache auf der Hauptbühne und auf der Nebenbühne zwischen den Güterhallen und dem Café Stückgut. Zwischen 12:00 Uhr und 22:00 Uhr konnten Besuchende mit und ohne Behinderungen das Bühnenprogramm des LGBTIQ*-Festivals der Klingenstadt so barrierefrei genießen. Der Klingenpride steht beispielhaft für weitere Veranstaltungen, bei denen der LVR die kommunikative Zugänglichkeit unterstützt hat.

ZIELRICHTUNG 8
Die Leichte Sprache im LVR anwenden

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Leichte Sprache ist ein spezifisches Kommunikationsmittel, um die Zugänglichkeit von Informationen gezielt für Menschen herzustellen, die sich in Folge von Leseeinschränkungen standardsprachliche Texte kaum oder gar nicht erschließen können.

Zum primären Adressatenkreis zählen insbesondere Menschen mit Lernschwierigkeiten oder einer sogenannten geistigen Behinderung. Leichte Sprache ist somit ein besonderer Aspekt von Zielrichtung 6.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z8.1 Neue LVR-Fachinformation: Sag es einfach! Tipps und Hintergründe zum Einsatz von Leichter Sprache

Z8.2 Fortbildungen für den Einsatz von Leichter Sprache

Z8.1 Neue LVR-Fachinformation: Sag es einfach! Tipps und Hintergründe zum Einsatz von Leichter Sprache

Leichte Sprache ist keine leichte Sache. Bereits seit 2016 ist das Recht auf Informationen in Leichter Sprache im Behindertengleichstellungsgesetz (BGStG) des Bundes verankert, doch das Angebot ist immer noch überschaubar, und viele Akteur*innen tun sich schwer mit Leichter Sprache.

Um einige Fragezeichen und Unsicherheiten aufzulösen, die rund um das Thema existieren, hat das LVR-Dezernat Soziales die Publikation „Sag es einfach! Tipps und Hintergründe zum Einsatz von Leichter Sprache" entwickelt. Auf vier Seiten gibt die im August 2022 veröffentlichte Fachinformation einen Überblick über die Ziele und Zielgruppen der Leichten Sprache, erklärt die wichtigsten Regeln und bietet nützliche Links. Die Lesenden sollen so ermutigt werden, sich im Übersetzen auszuprobieren und eigene Erfahrungen zu sammeln.

➔ Die Publikation kann unter diesem Link als PDF heruntergeladen werden.

Z8.2 Fortbildungen für den Einsatz von Leichter Sprache

In verschiedenen Seminar-Terminen konnten LVR-Mitarbeitende auch 2022 wieder die Regeln für Leichte Sprache anhand von praxisnahen Beispielen erlernen. Sie erfuhren dabei, wie sie selbst Texte vereinfachen oder verständliche Texte schreiben können und erhielten Gelegenheit, ihren eigenen Sprachgebrauch bzw. den ihrer Organisation zu reflektieren. Entsprechende Fortbildungen werden im LVR seit vielen Jahren regelhaft angeboten.

ZIELRICHTUNG 9
Menschenrechtsbildung im LVR systematisch betreiben

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Mit Zielrichtung 9 hat sich der LVR ausdrücklich zur Aufgabe gemacht, systematisch Menschenrechtsbildung im LVR zu betreiben. Dahinter steht die Vorstellung, dass Menschenrechte erst dann umfassend im Verband umgesetzt und beachtet werden, wenn einerseits das Wissen über diese Rechte vorhanden ist, und andererseits die Fähigkeiten, diese Rechte auch tatsächlich für sich selbst oder andere einzufordern.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z9.1 LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte zum Thema Betreuungsrecht

Z9.2 Monitoring-Bericht zur Umsetzung der Grundsätze des Gewaltschutzes im LVR

Z9.3 Beitritt des LVR zur Landesinitiative Gewaltschutz in NRW

Z9.4 Fachtagung zum Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe

Z9.5 Umsetzung des LVR-Diversity-Konzeptes

Z9.6 Beteiligung des LVR am IDAHOBIT

Z9.7 Austauschgespräch in DGS am Deutschen Diversity-Tag

Z9.8 Abschluss der Ausbildung von Bildungsfachkräften durch das Institut für Inklusive Bildung NRW

Z9.9 Netzwerkarbeit der LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden

Z9.10 Menschenrechtsbildung durch die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden

Z9.11 Mitarbeit des LVR im Inklusionsbeirat und in den Fachbeiräten auf Landesebene

Z9.12 Ausstellungen im LVR-Landeshaus zu Menschen mit psychischer Erkrankung

Z9.1 LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte zum Thema Betreuungsrecht

Die Umsetzung der BRK braucht einen offenen Austausch auf Augenhöhe. Genau dazu ist der LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte da. Er steht ganz bewusst am Ende des jährlichen Berichtswesens zur Umsetzung der BRK im LVR. Er wird jährlich durch die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden organisiert.

Der 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte am 14. November 2022 beschäftigte sich mit dem Schwerpunktthema „Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung". Der Dialog wurde, wie bereits 2021, als reine Online-Fachveranstaltung durchgeführt. Insgesamt nahmen ca. 100 Personen an der Zoom-Veranstaltung teil, darunter vor allem Personen aus Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderungen, aus Fachverbänden der Leistungserbringer sowie aus der LVR-Politik und LVR-Verwaltung.

Um den Austausch bei Interesse fortzusetzen und zu vertiefen, fanden zwei Diskussions-Workshops am Mittwoch, 23. November 2022 sowie am Donnerstag, 24. November 2022 statt.

➔ Die Dokumentation der Veranstaltung wird aktuell erarbeitet und dann auf der Seite www.dialog.lvr.de veröffentlicht.

Z9.2 Monitoring-Bericht zur Umsetzung der Grundsätze des Gewaltschutzes im LVR

Im September 2021 hat der LVR erstmals ein verbandsweit übergreifend geltendes Grundsatzpapier „Gewaltschutz im LVR" vorgelegt (vgl. Vorlage Nr. 15/300 und Maßnahme Z9.1 im Jahresbericht 2021).

Das Grundsatzpapier definiert eine einheitliche Haltung des LVR zum Schutz vor Gewalt und beschreibt ein gemeinsames Verständnis der verschiedenen Erscheinungsformen von Gewalt. Zudem legt es fachliche Mindestanforderungen für einrichtungsbezogene Gewaltschutzkonzepte von Einrichtungen und Diensten des LVR fest. Das Grundsatzpapier „Gewaltschutz im LVR" soll einen Beitrag dazu leisten, dass alle Menschen, für die der LVR arbeitet und die im LVR arbeiten, eine einheitliche Qualität des Gewaltschutzes im LVR erwarten können und bestmöglich vor Gewalt geschützt werden. Zu diesem Zweck sollen an allen relevanten Stellen im LVR Vorkehrungen zum Gewaltschutz getroffen werden, die unter Umständen auch über gesetzliche Anforderungen hinausgehen.

Im Berichtsjahr 2022 hat die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden gemeinsam mit allen LVR-Dezernaten einen ersten internen Monitoring-Bericht erarbeitet. Der Monitoring-Bericht wurde im Frühjahr 2023 im LVR-Verwaltungsvorstand diskutiert und dann als politische Vorlage veröffentlicht.

➔ Zum ersten Monitoring-Bericht (Vorlage Nr. 15/1044)

Z9.3 Beitritt des LVR zur Landesinitiative Gewaltschutz in NRW

Am 27. September 2022 hat LVR-Direktorin Lubek die gemeinsame Erklärung zum Auftakt der Landesinitiative „Gewaltschutz Nordrhein-Westfalen" unterzeichnet (vgl. Vorlage Nr. 15/1417). Unter dem Dach der Initiative sollen bis zum Ende der laufenden Legislaturperiode im Jahr 2027 konkrete Maßnahmen vorbereitet und umgesetzt werden, um Gewalthandlungen in Einrichtungen für Menschen mit Behinderung zu vermeiden.

Ausgangspunkt der Landesinitiative bilden die Handlungsempfehlungen der Expertenkommission „Herausforderndes Verhalten und Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe".

➔ Mehr zur Landesinitiative „Gewaltschutz Nordrhein-Westfalen" unter diesem Link

Z9.4 Fachtagung zum Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe

Die Verwaltung wurde mit Antrag Nr. 15/60 durch die politische Vertretung beauftragt, eine Fachtagung zum Thema Gewaltschutz durchzuführen. Im Rahmen dieser Fachtagung sollten einschlägige Themen adressiert werden, die den Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe in unterschiedlichen Fassetten vertiefend behandeln (u.a. Vermeidung freiheitsentziehender Maßnahmen, Fachkräftemangel und Umgang mit Gewalterfahrungen durch das Betreuungspersonal, Zusammenarbeit des LVR und der WTG-Behörden im Rahmen von Qualitätsprüfungen).

Diesem Auftrag ist die Verwaltung am 7. November 2022 in Form einer hybriden Fachtagung nachgekommen. Die Veranstaltung richtete sich vor allem an Politik und Fachpublikum aus der Versorgungslandschaft der Eingliederungshilfe. Mehr als 600 Fachleute aus

dem Bereich der Leistungen für Menschen mit Behinderungen verfolgten live vor Ort im LVR-LandesMuseum Bonn oder im Online-Stream die Fachtagung. Diese wurde durch die politische Vertretung Martina Zsack-Möllmann, Vorsitzende des LVR-Sozialausschusses, Ute Krupp, Vorsitzende des LVR-Ausschusses Heilpädagogische Hilfen, und LVR-Landesdirektorin Ulrike Lubek eröffnet.

Die Fachtagung umfasste inhaltlich fünf Fachbeiträge und mündete in einer abschließenden Podiumsdiskussion zum Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe. Dabei wurden die zentralen Herausforderungen für Träger und Leistungserbringer der Eingliederungshilfe verdeutlicht.

Die Beiträge skizzierten u.a. die Arbeit von Konsulentendiensten und die große Effektivität dieses Ansatzes. Gleichzeitig wurden die sehr herausfordernden Arbeitsbedingungen für Mitarbeitende in Zeiten eines zunehmenden Fachkräftemangels eindrücklich beschrieben und hervorgehoben. Ebenso wurden die sehr komplexen und belastenden Arbeitsbedingungen und Anforderungen für Mitarbeitende in der Begleitung von Menschen mit herausfordernden Verhaltensweisen dargestellt.

Auch die überbehördliche Zusammenarbeit von WTG-Behörden und LVR war ein wichtiger Gegenstand der Tagung. Dabei wurde deutlich, dass enge Vernetzungen mit Blick auf das Prüfgeschehen bestehen, allerdings gemeinsame Qualitätsprüfungen aufgrund substantiell unterschiedlicher Prüfgegenstände nicht zielführend sind.

Im Fokus der abschließenden Podiumsdiskussion stand das Thema Partizipation und Förderung von Empowerment von leistungsberechtigten Personen durch neue und weitere Dialog-Formate für Frauen- und Gewaltschutzbeauftragte. Gleichzeitig wurde auch der Fachkräftemangel erneut Gegenstand der Diskussion, da dieser als Haupthindernis gesehen wird, individuelle und passgenaue Unterstützungs-Settings für Menschen mit herausfordernden Verhaltensweisen aufzubauen.

Zusammenfassend zeigt sich, dass die präsentierten und diskutierten Inhalte der Fachtagung wichtige Anhaltspunkt zur Verbesserung des Gewaltschutzes in der Behindertenhilfe auf operativer Ebene skizzieren.

➔ Die Präsentationen der Tagung sowie die Gesprächsrunden sind online dokumentiert. Die politische Vorlage ist unter der Nummer 15/1602 abrufbar.

Z9.5 Umsetzung des LVR-Diversity-Konzeptes

Im Juni 2021 stimmte der LVR-Verwaltungsvorstand einvernehmlich dem ersten LVR-Diversity-Konzept zu (vgl. Maßnahme Z9.3 im Jahresbericht 2021). Im Fokus des LVR-Diversity-Konzeptes stehen die sogenannten Diskriminierungsgründe nach § 1 Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz (AGG) und diese sechs daraus abgeleiteten Vielfaltsdimensionen: Lebensalter, Geschlecht und geschlechtliche Identität, sexuelle Orientierung und Identität, Behinderung, ethnische Herkunft und Nationalität sowie Religion und Weltanschauung.

Das Diversity-Konzept definiert zehn strategische Diversity-Ziele für den LVR als Arbeitgeber (drei Ziele), als Dienstleister für die Menschen im Rheinland (zwei Ziele) sowie fünf übergreifende Ziele. Ausgehend von den guten Erfahrungen mit dem LVR-Aktionsplan zur Umsetzung der BRK sollen diese Ziele im Rahmen eines Mainstreaming-Ansatzes erreicht werden. Die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden koordiniert federführend die strategische Umsetzung des Diversity-Konzeptes im Verband.

2021 wurden mit allen LVR-Dezernaten Aktivitäten vereinbart, um das Konzept im jeweiligen LVR-Dezernat bekannt zu machen. Im Laufe der Jahre 2021 und 2022 hat die LVR-Stabsstelle dafür in alle LVR-Dezernaten Veranstaltungen und Formate unterstützt und mitgestaltet. Hier eine exemplarische Übersicht über zentrale Aktivitäten:

LVR-Dezernat Organisationsbereich LVR-Direktorin

- Vorstellung des Diversity-Konzeptes bei der Leitungskonferenz im Dezember 2021
- Workshop zum Thema „Alltagsdiskriminierung" bei einer Sonder-Leitungskonferenz im Februar 2022

LVR-Dezernat Personal und Organisation

- Vorstellung des Diversity-Konzeptes beim Führungskräftemeeting im LVR-Dezernat 1 im November 2021
- Workshop mit dem LVR-Team Personalbeschaffung im Dezember 2021

LVR-Dezernat Finanzmanagement, Kommunalwirtschaft und Europaangelegenheiten

- Vorstellung des Diversity-Konzeptes bei der Strategieklausur des LVR-Dezernates im Mai 2022

LVR-Dezernat Gebäude- und Liegenschaftsmanagement, Umwelt, Energie, Bauen für Menschen GmbH

- Vorstellung des Diversity-Konzeptes im Rahmen eines Führungskräfte-Workshops im September 2022

LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie

- Redaktionelle Zusammenarbeit mit dem Jugendhilfe Report
- Vorstellung des Diversity-Konzeptes bei der LVR-Dezernatskonferenz im Oktober 2022

LVR-Dezernat Schulen, Inklusionsamt, Soziale Entschädigung

- Vorstellung des Diversity-Konzeptes bei der Strategieklausur des LVR-Dezernates im Juni 2022

LVR-Dezernat Digitalisierung, IT-Steuerung, Mobilität und technische Innovation

- Workshop mit den Mitarbeitenden des LVR-Dezernates im März 2022

LVR-Dezernat Soziales

- Vorstellung des Diversity-Konzeptes bei der LVR-Dezernatsversammlung im Dezember 2021

LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen

- Vorstellung des Diversity-Konzeptes bei einer Veranstaltung der Verbundzentrale im Februar 2022

LVR-Dezernat Kultur und Landschaftliche Kulturpflege

- Vorstellung des Diversity-Konzeptes bei der Konferenz des LVR-Dezernates im November 2022

Als eine wichtige konkrete Aktivität zur Umsetzung des LVR-Diversity-Konzeptes wurde zum Schutz der Mitarbeitenden vor Gewalt, Diskriminierung und Benachteiligung die Organisations- und Arbeitsstruktur der Beschwerdestelle nach dem AGG (Arbeitstitel: **ADS des LVR** = Antidiskriminierungsstelle) im LVR weiterentwickelt und Ende des Jahres 2022 an die Landesdirektorin zur Freigabe weitergeleitet. Grundlage dieser Neustrukturierung ist die Einrichtung eines empfehlenden Beratungsgremiums unter der Leitung einer Vorsitzenden/eines Vorsitzenden bei Letztentscheidung im konkreten Einzelfall durch die Landesdirektorin.

➔ Mehr zum Thema Diversity im LVR

Z9.6 Beteiligung des LVR am IDAHOBIT

Alljährlich findet am 17. Mai der IDAHOBIT statt. IDAHOBIT steht für „International Day Against Homophobia, Biphobia, Interphobia and Transphobia" (Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter*- und Transfeindlichkeit). Das Datum wurde zur Erinnerung an den 17. Mai 1990 gewählt, an dem die Weltgesundheitsorganisation (WHO) beschloss, Homosexualität aus ihrem Diagnoseschlüssel für Krankheiten zu streichen. Transsexualität wurde erst 2018 mit dem Erscheinen der ICD-11 von der WHO als „Krankheit" gestrichen.

Auch 2022 nutzte der LVR den Aktionstag, um intern auf die Diskriminierungsrisiken von Menschen aus der LGBTIQ*-Community aufmerksam zu machen (vgl. Maßnahme Z9.4 im Jahresbericht 2021). In diesem Jahr ging die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden in einem MySimpleShow-Video der Frage nach, was eine geschlechtergerechte Sprache mit Menschenrechten zu tun hat.

Die LVR-Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming veranstaltete an diesem Tag einen internen „Wissens-Lunch" mit dem Titel „Geschlecht im (Arbeits-)Alltag: Haben Sie da mehr Fragezeichen als Ausrufezeichen im Kopf?". Referent Dr. Johannes Breuer gab Einblicke in sexuelle und geschlechtliche Vielfalt, ihre verschiedenen Dimensionen und ihre Unterschiede.

Z9.7 Austauschgespräch in DGS am Deutschen Diversity-Tag

Am 31. Mai 2022 fand zum zehnten Mal der deutschlandweite Diversity-Tag statt. Der Aktionstag trägt den Vielfaltsgedanken in die Arbeitswelt und findet jährlich auf Initiative des Vereins „Charta der Vielfalt e.V." statt. Als Unterzeichner der Charta der Vielfalt hat der LVR auch 2022 die Gelegenheit genutzt, seine Mitarbeitenden an diesem Tag in besonderer Weise für das Thema Diversity zu sensibilisieren (vgl. Maßnahme Z9.4 im Jahresbericht 2021).

In diesem Jahr stand das Thema kulturelle Vielfalt im Fokus. Ein Ausdruck dieser kulturellen Vielfalt ist die Deutsche Gebärdensprache (DGS). LVR-Direktorin Ulrike Lubek und die LVR-Stabstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden luden daher an diesem Tag alle Mitarbeitenden im LVR, die sich in Gebärdensprache verständigen, zu einem Austausch über Zoom ein. Dabei ging es um die Frage, welche Erfahrungen Gebärdensprachler*innen im LVR machen und was sie sich wünschen. Die Veranstaltung fand in DGS statt. Für Frau Lubek und das Team der Stabsstelle war für Verdolmetschung gesorgt.

Als ein erstes Ergebnis des Austausches wurde ein LVR-interner DGS-Crashkurs mit Kolleginnen aus dem LVR-Botendienst entwickelt. Mit seiner Hilfe können sich alle LVR-Kolleg*innen grundlegende Gebärden für einen wertschätzenden Umgang aneignen.

Z9.8 Abschluss der Ausbildung von Bildungsfachkräften durch das Institut für Inklusive Bildung NRW

Am 1. Oktober 2018 startete das Modellprojekt zur „Ausbildung von Bildungsfachkräften durch das Institut für Inklusive Bildung NRW". Es wurde unter anderem aus Mitteln der Ausgleichsabgabe finanziert.

Die sieben Teilnehmenden des Projekts besuchten seit April 2020 die Technische Hochschule (TH) Köln. Neben Theorie und Praxis lernten sie hier auch, sich in einer Gruppe zu präsentieren. Inwiefern und in welchem Umfang sie ihre eigene Behinderung thematisieren, entscheiden sie selbst. Auch das zählt mit zum Lern- und Bildungsprozess. Alle sieben Teilnehmenden haben zuvor in einer Werkstatt für behinderte Menschen gearbeitet.

Im März 2022 haben die sieben Teilnehmenden erfolgreich ihre Prüfung bestanden. Die ausgebildeten Bildungsfachkräfte vermitteln seit Herbst 2022 als festangestellte Mitarbeitende der TH Köln in der gesamten Hochschulszene in NRW ihr Wissen und ihre Erfahrungen. Hierzu wurde eine neue Inklusionsabteilung Inklusive Bildung an der Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften an der TH Köln geschaffen (vgl. Vorlage Nr. 15/841). Das Institut für Inklusive Bildung NRW gGmbH wird als Tochterunternehmen des Kieler Instituts für Inklusive Bildung weiter bestehen bleiben – aber vorläufig keine operativen Aufgaben durchführen.

Z9.9 Netzwerkarbeit der LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden

Wie in den Vorjahren hat sich die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden wieder aktiv mit Akteur*innen im und außerhalb des LVR vernetzt, um die Anliegen der BRK gemeinsam voranzubringen (vgl. Maßnahme Z9.6 im Jahresbericht 2021). Wichtige externe Kooperationspartner*innen im Berichtsjahr 2022 waren:

- die Beauftragte der Landesregierung für Menschen mit Behinderung sowie für Patientinnen und Patienten, Claudia Middendorf,
- der Focal Point des Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) sowie der Focal Point der Landesregierung NRW,
- die Monitoringstelle BRK beim Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR),
- die Initiative Menschenrechtsstadt Köln e.V. (koordiniert durch Amnesty International (AI), Bezirk Köln) und
- Stadt Köln - Amt für Integration und Vielfalt
- Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V.

Z9.10 Menschenrechtsbildung durch die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden

Die Durchführung verschiedener Seminarformate zur Menschenrechtsbildung für unterschiedliche Zielgruppen im LVR gehört inzwischen zu einem großen Arbeitsschwerpunkt der LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden. Auch 2022 wurden die meisten Seminare pandemiebedingt als Online-Seminare umgestaltet und umgesetzt (vgl. Maßnahme Z9.7 im Jahresbericht 2021). Im Berichtsjahr 2022 wurden folgende Seminare **neu** konzipiert und angeboten:

- „Diversity im LVR": Wahlpflichtmodul für Führungskräfte nach dem Führungskräfte-Curriculum in der Säule „Haltung" (1 Termin in 2022)

- „Inklusion und Menschenrechte: Die Umsetzung der BRK im LVR": Wahlpflichtmodul für Führungskräfte nach dem Führungskräfte-Curriculum in der Säule „Wissen" (1 geplanter Termin in 2022, musste kurzfristig auf 2023 verschoben werden)

- „Barrierefreie Veranstaltungen planen": Grundlagenseminar im allgemeinen Fortbildungskatalog des LVR-Instituts für Training, Beratung und Entwicklung für alle interessierten Mitarbeitenden (2 Termine in 2022)

- „Diversity im LVR – ein Praxisseminar": Grundlagenseminar im allgemeinen Fortbildungskatalog des LVR-Instituts für Training, Beratung und Entwicklung für alle interessierten Mitarbeitenden (1 Termin in 2022)

Weitere Seminarangebote wurden erfolgreich **fortgesetzt**:

- „Neu im LVR – Vielfalt im LVR er-leben: Bedeutende Leitziele": Seminar für neue Mitarbeitenden des LVR, gemeinsam mit der LVR-Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming (4 Termine in 2022)

- Einführung in das Thema Inklusion und Menschenrechte für das Fallmanagement im LVR-Dezernat Soziales (3 Termine in 2022)

- „Grundlagen: Inklusion beim LVR" im Rahmen des Curriculums „Elementar geschult" für das Fallmanagement in den LVR-Fachbereichen 41 und 73 (1 Termin in 2022)

- „Einführung Inklusion und Menschenrechte": Grundlagenseminar im allgemeinen Fortbildungskatalog des LVR-Instituts für Training, Beratung und Entwicklung für allen interessierten Mitarbeitenden (1 Termin in 2022)

- Diversity-Tage für die Auszubildenden des LVR, gemeinsam mit der LVR-Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming (4 Termine in 2022)

Z9.11 Mitarbeit des LVR im Inklusionsbeirat und in den Fachbeiräten auf Landesebene

Auch 2022 hat sich der LVR aktiv in die Arbeit des Inklusionsbeirates und der Fachbeiräte auf Landesebene eingebracht (vgl. Maßnahme Z9.8 im Jahresbericht 2021). Bedingt durch die Corona-Pandemie fand jedoch erneut nur eine begrenzte Zahl an Sitzungen statt.

Mit der 18. Wahlperiode des Landtages NRW wurden die Beiräte auf Landesebene neukonstituiert. Der LVR ist mit folgenden Personen ständig in den Gremien vertreten (Stand Januar 2023):

Gremium	LVR-Mitglied	LVR-Vertretung
Inklusionsbeirat	LVR-Direktorin Ulrike Lubek	Bernd Woltmann
Arbeit und Qualifizierung	Christoph Beyer Dr. Dieter Schartmann	
Barrierefreiheit, Zugänglichkeit und Wohnen	Melanie Wierum	Barbara Kaulhausen Markus Schulzen
Gesundheit	LVR-Dezernentin Martina Wenzel-Jankowski	Monika Schröder
Kinder und Jugendliche mit Behinderung	LVR-Dezernent Knut Dannat	Andreas Jung
Partizipation	Bernd Woltmann	Melanie Wierum
Inklusive schulische Bildung	LVR-Dezernentin Dr. Alexandra Schwarz	Wilfried Kölzer

Z9.12 Ausstellungen im LVR-Landeshaus zu Menschen mit psychischer Erkrankung

Die „unsichtbaren" Erkrankungen sichtbar machen und Stigmata abbauen: Dieses Ziel verfolgten zwei Foto-Ausstellungen, die zusammen im LVR-Landeshaus in Kooperation mit dem Kölner Verein für seelische Gesundheit (KVsG e.V.) ab dem 17. August 2022 zu sehen waren. Diese beiden Doppelausstellungen wurden gezeigt:

- Die bekannte Fotografin Herlinde Koelbl schärfte mit „**Psychische Erkrankungen im Blick**" zusammen mit Prof. Dr. Leonhard Schilbach, Chefarzt der Abteilung für Allgemeine Psychiatrie 2 und stellv. Ärztlicher Direktor des LVR-Klinikums Düsseldorf, durch ihre Linse den Blick auf Menschen mit psychischen Erkrankungen. Die Portraitierten sind Patient*innen einer psychiatrischen Klinik oder Mitarbeitende des dortigen Behandlungsteams. Doch wer wer ist, wird bewusst offengelassen.

- „**CRAZY – Leben mit psychischen Erkrankungen**" präsentierte Arbeiten von fünf international renommierten Fotograf*innen, die sich aus ganz persönlichen Gründen mit psychischen Erkrankungen auseinandergesetzt haben. Die Bilder boten einen Einblick in sehr persönliche Schicksale.

Der LVR und KVsG als Initiatoren der Doppelausstellung wollten gezielt mit Tabus brechen und den Blick auf psychische Erkrankungen richten.

ZIELRICHTUNG 10
Das Kindeswohl und Kinderrechte im LVR als inklusiven Mainstreaming-Ansatz schützen

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Die UN-Behindertenrechtskonvention sowie die seit 1992 in Deutschland geltende Kinderrechtskonvention heben das besondere Schutzbedürfnis von Kindern und Jugendlichen hervor.

Daher hat sich der LVR mit Zielrichtung 10 das Ziel gesetzt, dass die besonderen Belange, die Rechte und das Wohl von Heranwachsenden mit und ohne Behinderungen bei allen Aktivitäten des LVR in besonderer Weise mitgedacht und beachtet werden. Diese Zielrichtung geht also über den Geschäftsbereich des LVR-Dezernates Kinder, Jugend und Familie sowie des LVR als Schulträger hinaus, sondern betrifft alle Kompetenzfelder des LVR.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z10.1 Arbeitshilfe Gewaltschutzkonzepte nach § 37a SGB IX – eine Unterstützung für Leistungserbringer der (interdisziplinären) Frühförderung

Z10.2 LVR-Ratgeber: Psychische Gesundheit im Kleinkindalter und im Schulkindalter

Z10.3 Online-Werkstattgespräch „Kinderrechte und Inklusion"

Z10.4 Online-Fachtagung: „Aus der Schule, aus dem Sinn?"

Z10.5 Fachberatungen für inklusive Bildung

Z10.1 Arbeitshilfe Gewaltschutzkonzepte nach § 37a SGB IX – eine Unterstützung für Leistungserbringer der (interdisziplinären) Frühförderung

Durch das im Juni 2021 verabschiedete Teilhabestärkungsgesetz wurde § 37a Abs. 1 SGB IX neu ins SGB IX aufgenommen. Demnach sind alle Leistungserbringer in der Eingliederungshilfe dazu verpflichtet, Gewaltschutzkonzepte zu entwickeln.

Um die Leistungserbringer im Bereich der (interdisziplinären) Frühförderung bei dieser Aufgaben zu unterstützen, haben die zuständigen Stellen im LVR und im LWL 2022 eine „Arbeitshilfe Gewaltschutzkonzepte nach § 37a SGB IX – eine Unterstützung für Leistungserbringer der (interdisziplinären) Frühförderung" erarbeitet (siehe Vorlage Nr. 15/1273).

Die Arbeitshilfe orientiert sich stark an dem Papier „Aufsichtsrechtliche Grundlagen – Organisationale Schutzkonzepte in betriebserlaubnispflichtigen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche nach § 45 SGB VIII" (vgl. Maßnahme Z10.1 im Jahresbericht 2021).

Z10.2 LVR-Ratgeber: Psychische Gesundheit im Kleinkindalter und im Schulkindalter

Kinder brauchen Zuwendung und Anerkennung, um sich gesund zu entwickeln. Und manchmal auch fachkundige Unterstützung, wenn Probleme und Beeinträchtigungen auftreten. Für Eltern und Angehörige ist es oft schwer einzuschätzen, was altersgemäß ist

und was nicht und wo die Grenze zwischen individuellen Eigenheiten und behandlungsbedürftigen Problemen liegt.

Der LVR-Klinikverbund bieten an zahlreichen Standorten im Rheinland Hilfen für psychisch erkrankte Kinder und ihre Eltern an: in Ambulanzen und Beratungsstellen, Tageskliniken und speziell auf Kinder ausgerichteten Klinik-Abteilungen.

Mit den beiden 2022 erschienenen Ratgebern „Psychische Gesundheit im Kleinkindalter" und „Psychische Gesundheit im Schulkindalter" erweitert der Klinikverbund des LVR diese Angebote durch eine ganz praktische Hilfestellung für Eltern und Angehörige.

➔ Die Ratgeber stehen sowohl in gedruckter Form als auch digital unter folgendem Link zur Verfügung: Die Ratgeber des LVR-Klinikverbundes - LVR-Klinikverbund

Z10.3 Online-Werkstattgespräch „Kinderrechte und Inklusion"

Am 10. Mai 2022 richtete die Fachberatung Kinderrechte im LVR-Dezernat Kinder, Jugend und Familie ein Online-Werkstattgespräch für Koordinationsfachkräfte von Netzwerken gegen Kinderarmut, von Präventionsketten und Frühen Hilfen sowie für Fallmanager*innen der Eingliederungshilfe aus. Unter dem Titel „Kinderrechte und Inklusion" wurde die Frage diskutiert, welchen Beitrag Präventionsketten zum gelingenden Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen mit Behinderung leisten können.

Z10.4 Online-Fachtagung: „Aus der Schule, aus dem Sinn?"

Das LVR-Inklusionsamt veranstaltete am 12. Mai 2022 die Online-Fachtagung „Aus der Schule, aus dem Sinn? (Um-) Wege in berufliche Bildung und Beschäftigung von Jugendlichen mit Beeinträchtigungen". Über 200 Teilnehmende informierten und diskutieren zum Thema Übergang Schule-Beruf und den damit verbundenen Chancen der Teilhabe.

Die zentrale Frage war: Wie kann der Übergang von der Schule in die berufliche (Aus-) Bildung und Beschäftigung der Schulabgänger*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf gelingen?

➔ Weitere Informationen sowie die Präsentationen zur Online-Fachtagung sind unter diesem Link zu finden.

Z10.5 Fachberatungen für inklusive Bildung

Junge Menschen mit Behinderungen stehen nach ihrem Schulabschluss vor der großen Herausforderung, eine Ausbildung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt zu finden. Sie benötigen Unterstützung beim Finden des passenden Ausbildungsberufes, der Ausbildungsstelle und der Berufsschule. Das Modellprojekt „Fachberatung für Inklusive Bildung" lief zwei Jahre von September 2020 bis Oktober 2022 sehr erfolgreich bei der IHK zu Köln mit dem Ziel, Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf bei ihrem Weg ins Berufsleben zur Seite zu stehen (vgl. Maßnahme Z10.7 im Jahresbericht 2021). Aufgrund der guten Resonanz wurde das Modellprojekt auf die IHK Düsseldorf (Start: 1. Juni 2022) und IHK Mittlerer Niederrhein (Start: 1. Juli 2022) ausgeweitet.

Bei der IHK zu Köln wurde die Fachberatung durch den Beschluss im LVR-Sozialausschuss in die dauerhafte Regelfinanzierung überführt (vgl. Vorlage Nr. 15/840).

Die „Fachberatung für Inklusive Bildung" geht am Ende von KAoA-STAR auf die Schüler*innen zu und unterstützt und begleitet diese beim Finden eines Ausbildungsplatzes. Vorzugsweise werden kleine und mittelständische Unternehmen angesprochen. Des Weiteren unterstützt die Fachberatung für inklusive Bildung bei der Suche einer wohnortnahen Berufsschule, indem sie gezielt mit Berufsschulen Kontakt aufnimmt und diese über die Fachpraktiker*innenausbildung und Fördermöglichkeiten informiert.

ZIELRICHTUNG 11
Die Geschlechtergerechtigkeit im LVR als inklusiven Mainstreaming-Ansatz weiterentwickeln

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Die BRK sowie die UN-Frauenrechtskonvention weisen auf das besondere Diskriminierungsrisiko von Frauen und Mädchen hin. Mit Zielrichtung 11 hat sich der LVR daher zur Aufgabe gemacht, bei allen Aktivitäten und in allen Kompetenzfeldern die Zielrichtung der Geschlechtergerechtigkeit systematisch zu beachten.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Überblick:

Z11.1 Untersuchung zum Stand der Umsetzung der Frauenbeauftragten in Werkstätten für behinderte Menschen

Z11.2 LVR-Gleichstellungsplan 2025

Z11.3 Sensibilisierung für Häusliche Gewalt

Z11.4 Beteiligung am Präventionsprojekt „Edelgard schützt"

Z11.5 Fortbildungsreihe „Gendern im Kulturbetrieb, aber wie?"

Z11.1 Untersuchung zum Stand der Umsetzung der Frauenbeauftragten in Werkstätten für behinderte Menschen

Um die Rechte von Frauen, die in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) arbeiten, zu stärken und zu schützen, wurde mit Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) zum 1. Januar 2017 die verbindliche Einführung von Frauenbeauftragten vorgeschrieben.

Das LVR-Dezernat Soziales hat 2022 eine schriftliche Befragung in allen rheinischen Werkstätten sowie Interviews mit sechs Frauenbeauftragten durchgeführt. Die Untersuchung zeigt, dass in allen 44 WfbM im Rheinland Frauenbeauftragte gewählt wurden, die Unterstützung der Frauenbeauftragten durch unter anderem Schulungen oder Ausstattung von Werkstatt zu Werkstatt unterschiedlich gehandhabt wird. In einigen Fällen wurden zum Beispiel keine Sachmittel wie ein Büro oder ein Computer bereitgestellt.

Das LVR-Dezernat Soziales wird die Ergebnisse mit den rheinischen WfbM besonders mit Hinblick auf Verbesserungspotentiale besprechen und die Vernetzung von Frauenbeauftragten weiter unterstützen.

➔ Detaillierte Infos finden sich in Vorlage Nr. 15/1073.

Z11.2 LVR-Gleichstellungsplan 2025

Im April 2022 hat der Landschaftsausschuss den neuen LVR-Gleichstellungsplan 2025 beschlossen (vgl. Vorlage Nr. 15/850/1).

Der Gleichstellungsplan mit einer Laufzeit bis zum 31.12.2025 wurde auf Grundlage des § 5 LGG NRW erstellt und weist nach § 6 LGG NRW konkrete Zielvorgaben und Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung, der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zum Abbau von Unterrepräsentanz von Frauen auf.

Grundlagen bilden gemäß § 6 Absatz 2 LGG NRW eine Bestandsaufnahme und Analyse der Beschäftigtenstruktur, die im Gleichstellungsbericht des Berichtszeitraums 2017 bis 2020 vorgenommen wurde.

Mit den im LVR-Gleichstellungsplan 2025 festgelegten Zielen und damit verbundenen Handlungsfeldern wird der Fokus auf die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Sorgearbeit von Frauen und Männern gelegt. Ergänzt werden die beiden Themenschwerpunkte mit dem Handlungsfeld „Schutz vor sexueller Belästigung am Arbeitsplatz". Zur Realisierung der Ziele weist der LVR-Gleichstellungsplan Maßnahmen auf, die aus den im Gleichstellungsbericht 2017 - 2020 (vgl. Vorlage Nr. 15/847/1) festgestellten Handlungsbedarfen resultieren.

Z11.3 Sensibilisierung für Häusliche Gewalt

Um für das Thema Häusliche Gewalt zu sensibilisieren, hat die LVR-Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming im Jahr 2022 zu einem digitalen „Wissens-Lunch" mit dem Titel „Häusliche Gewalt – Was tun?" am 25. November 2022 eingeladen. Die Veranstaltung diente der Information und Sensibilisierung von Mitarbeitenden im LVR, um betroffenen Kolleg*innen helfen zu können.

Im Rahmen der Wanderausstellung „Wenn`s zu Hause knallt", die zwischen dem 8. und 22. November 2022 im LVR-Landeshaus zu Gast war, wurde zudem die Möglichkeit geschaffen, das Thema in den öffentlichen Raum und direkt in den LVR zu bringen.

Z11.4 Beteiligung am Präventionsprojekt „Edelgard schützt"

Der LVR beteiligt sich bereits seit mehreren Jahren am Projekt „Edelgard schützt" und bietet geschützte Ort in den Gebäuden der LVR-Zentralverwaltung in Köln-Deutz.

„Edelgard schützt" ist ein Präventionsprojekt für Frauen und Mädchen in Köln und will zu mehr Sicherheit im öffentlichen Raum beitragen. Frauen und Mädchen sollen sich ohne Angst in Köln bewegen können, feiern, Bahn fahren und ihr Leben so gestalten, wie sie es wollen. Mit „Edelgard schützt" finden Frauen und Mädchen bei akuter Bedrohung schnell und unkompliziert einen geschützten Ort, um durchatmen, sich sammeln, ein Glas Wasser trinken und die nächsten Schritte planen zu können – sei es, sich gestärkt, auf den Weg zu machen, ein Taxi zu rufen, die Polizei zu informieren, was auch immer, von den Betroffenen im Edelgard-geschützten Raum entschieden wird.

Voraussetzungen für dieses niedrigschwellige Hilfsangebot ist ein gut sichtbarer Aufkleber im Eingangsbereich sowie eine Schulung des Pfortendienstes durch das Projekt. Die LVR-Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming hat im Berichtsjahr 2022 den LVR-Pfortendienst dabei unterstützt, die entsprechende Schulung der Pförtner*innen zu gewährleisten.

Z11.5 Fortbildungsreihe „Gendern im Kulturbetrieb, aber wie?"

Das LVR-Dezernat Kultur und Landschaftliche Kulturpflege organisierte von März bis Mai 2022 in Zusammenarbeit mit der LVR-Stabsstelle Gleichstellung und Gender Mainstreaming eine Fortbildungsreihe zum Thema „Gendern im Kulturbetrieb, aber wie?". Über 40 Mitarbeitende des Dezernats nahmen an zwei Impulsvorträgen und einem Praxis-Workshop mit der Journalistin Christine Olderdissen teil, um Texte im wissenschaftlichen Kontext oder in Vermittlung und Kommunikation gendergerecht und präzise wie auch flüssig und publikumsorientiert zu schreiben.

ZIELRICHTUNG 12
Vorschriften und Verfahren im LVR systematisch untersuchen und anpassen

Worum geht es im Kern bei dieser Zielrichtung?

Zielrichtung 12 verweist darauf, dass die Vorschriften und Verwaltungsverfahren des LVR mittelbare oder unmittelbare Auswirkungen für Menschen mit Behinderungen entfalten können. Der LVR muss daher sicherstellen, dass die Regelungen, Vorschriften und Weisungen, die er aufgrund seiner Kompetenzzuweisung erlassen hat, mit den Vorgaben der BRK vereinbar sind, insbesondere mit Blick auf das Diskriminierungsverbot nach Artikel 4, Absatz 1 BRK.

Welche zentralen Aktivitäten wurden im LVR zur Erreichung dieser Zielrichtung ergriffen?

Viele der bereits beschriebenen Aktivitäten zur Umsetzung der Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans betreffen letztlich Vorschriften und Verfahren des LVR. Diese Aktivitäten wurden in der Regel einer Zielrichtung zugeordnet, die ihre primäre inhaltliche Zielstellung abbildet. Die hier ergänzend beschriebenen Aktivitäten konzentrieren sich auf die Anpassung von Vorschriften oder Verfahren und/oder die Verbesserung der empirischen Datenlage im engeren Sinne.

Überblick:

Z12.1 Auswirkungen der Betreuungsrechtsreform auf den LVR

Z12.2 Neue Verfahren bei der Meldung besonderer Vorkommnisse in der Eingliederungshilfe

Z12.3 Neue LVR-Fachinformation: Qualitätsprüfungen: Philosophie und Umsetzung beim LVR

Z12.1 Auswirkungen der Betreuungsrechtsreform auf den LVR

Zum 1. Januar 2023 ist das neue Betreuungsrecht in Kraft getreten. Es wurde in einem aufwändigen, auch partizipativen Gesetzgebungsverfahren reformiert und soll die Selbstbestimmung von Menschen mit rechtlicher Betreuung stärken.

Der LVR ist in verschiedenen Rollen und Funktionen mit dem Thema der rechtlichen Betreuung befasst, insbesondere als Landesbetreuungsamt, als Träger der Eingliederungshilfe sowie als Leistungserbringer im Bereich Psychiatrie, Soziale Rehabilitation und Heilpädagogische Hilfen. In diesen Rollen und Funktionen muss der LVR seine Verfahren, die das Thema rechtliche Betreuung betreffen, an die neue Rechtslage anpassen.

In der dezernatsübergreifenden Vorlage (Vorlage Nr. 15/1061) wurden daher wesentliche Änderungen durch die Betreuungsrechtsreform skizziert und Anknüpfungspunkte im LVR beleuchtet. Das Thema wurde zudem beim 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte (14. November 2022) als Schwerpunkt behandelt (vgl. Aktivität Z9.1. in diesem Bericht).

➔ Informationsseite des Bundesministeriums der Justiz zum neuen Betreuungsrecht

Z12.2 Neue Verfahren bei der Meldung besonderer Vorkommnisse in der Eingliederungshilfe

Leistungserbringer sind nach dem Landesrahmenvertrag SGB IX verpflichtet, den Träger der Eingliederungshilfe über besondere Vorkommnisse während der Leistungserbringung unverzüglich zu informieren. Besondere Vorkommnisse können unter anderem tätliche Übergriffe von Mitarbeitenden gegenüber Leistungsberechtigten sein oder anders herum.

Erfasst werden aber auch Gebäudeschäden z.B. durch Hochwasser oder Sturmschäden, die eine geregelte Weiterführung der Leistungserbringung gefährden.

Der LVR hat für das Rheinland im Berichtsjahr 2022 ein neues Verfahren eingeführt: Meldungen sollen ab sofort ausschließlich über das neue Formular „Meldung – Besonderes Vorkommnis Eingliederungshilfe - für Leistungserbringer" angezeigt werden und können somit ausgewertet werden.

Z12.3 Neue LVR-Fachinformation: Qualitätsprüfungen: Philosophie und Umsetzung beim LVR

Mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) in Landesrecht hat das Land NRW ein anlassloses Prüfrecht für die Träger der Eingliederungshilfe eingeführt. Eine neue Fachinformation des LVR-Dezernats Soziales informiert seit Juni 2022 nun darüber, wie der LVR den neuen Prüfauftrag umsetzt.

- ➔ Die Publikation kann unter diesem Link als PDF heruntergeladen werden.
- ➔ Das 2-seitige Faktenblatt kann unter diesem Link in gedruckter Fassung bestellt werden.

In Zahlen

In diesem Bericht wurden für das Berichtsjahr 2022 insgesamt **69 Aktivitäten** dokumentiert, die direkt oder indirekt einen Beitrag zu den Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans darstellen.

Anzahl der berichteten Aktivitäten nach Berichtsjahren

Zielrichtung	Berichtsjahr 2022	Zum Vergleich (Berichte der 4 Vorjahre)			
		Berichtsjahr 2021	Berichtsjahr 2020	Berichtsjahr 2019	Berichtsjahr 2018
Aktionsbereich 1: Selbstvertretung und Personenzentrierung					
ZIELRICHTUNG 1	6	6	6	8	7
ZIELRICHTUNG 2	12	6	8	10	10
ZIELRICHTUNG 3	4	2	2	1	1
Aktionsbereich 2: Zugänglichkeit					
ZIELRICHTUNG 4	8	8	9	7	6
ZIELRICHTUNG 5	3	2	1	2	2
ZIELRICHTUNG 6	5	3	6	4	2
ZIELRICHTUNG 7	4	1	2		1
ZIELRICHTUNG 8	2	3	3	1	2
Aktionsbereich 3: Menschenrechtsbildung					
ZIELRICHTUNG 9	12	11	11	15	17
ZIELRICHTUNG 10	5	8	8	9	2
ZIELRICHTUNG 11	5	5	2	3	4
Aktionsbereich 4: Menschenrechtsschutz durch Verwaltungshandeln					
ZIELRICHTUNG 12	3	4	6	10	10
Insgesamt	**69**	**59**	**64**	**70**	**64**

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1704

öffentlich

Datum: 16.05.2023
Dienststelle: LVR-Direktorin
Bearbeitung: Herr Woltmann/Frau Wierum

Ausschuss für Inklusion	**01.06.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Studien- und Informationsreise des Ausschusses für Inklusion im September 2023 nach Berlin, hier: Reiseprogramm

Beschlussvorschlag:

Das Programm der Studien- und Informationsreise des Ausschusses für Inklusion im September 2023 nach Berlin wird gemäß Vorlage Nr. 15/1704 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	ja

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:		
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan	ca. 35.000 €
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan	
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:		
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten		

L u b e k

Worum geht es hier?

In leichter Sprache

Der Ausschuss für Inklusion im LVR muss wichtige Entscheidungen treffen.
Darum verreist der Ausschuss im September 2023 nach Berlin.
Gemeinsam mit seinem Beirat für Inklusion und Menschenrechte.

Der Ausschuss und sein Beirat möchten in Berlin
neue Ideen und Informationen bekommen.
Und wichtige Menschen kennen lernen.

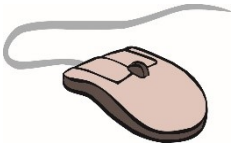


In dieser Vorlage steht:
Das ist das Programm für die Berlin-Reise.

Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202.



Viele Informationen zum LVR in Leichter Sprache
finden Sie hier:
www.leichtesprache.lvr.de



Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung

Der LVR-Ausschuss für Inklusion hat in seiner Sitzung am 01.12.2022 die Durchführung einer Studien- und Informationsreise nach Berlin gemäß Vorlage Nr. 15/1297 empfehlend beschlossen. Der LVR-Landschaftsausschuss hat am 07.12.2022 zugestimmt. Dabei wurde ergänzend beschlossen, dass auch der LVR-Beirat für Inklusion und Menschenrechte an der Reise des LVR-Ausschusses für Inklusion teilnehmen solle.

Mit dieser Vorlage wird das Reiseprogramm vom 25. bis 27.09.2023 vorgestellt.

Diese Vorlage berührt insbesondere die Zielrichtung 9 (Menschenrechtsbildung) des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1704:

Studien- und Informationsreise des Ausschusses für Inklusion nach Berlin, hier: Reiseprogramm

1. Auftrag 3
2. Thematische Ziele der Reise 3
3. Programm der Studien- und Informationsreise nach Berlin 4

1. Auftrag

Die Verwaltung hat mit der Vorlage Nr. 15/1297 einen Vorschlag für eine Studien- und Informationsreise des Ausschusses für Inklusion nach Berlin vorgelegt.

Der LVR-Ausschuss für Inklusion hat in seiner Sitzung am 01.12.2022 die Durchführung dieser Reise empfehlend beschlossen. Der Landschaftsausschuss hat am 07.12.2022 zugestimmt. Dabei wurde ergänzend beschlossen, dass auch der Beirat für Inklusion und Menschenrechte an der Reise des Ausschusses für Inklusion teilnehmen solle.

Mit dieser Vorlage berichtet die Verwaltung über das geplante Reiseprogramm.

2. Thematische Ziele der Reise

Mit der Reise nach Berlin werden zwei thematische Ziele verfolgt (vgl. Vorlage Nr. 15/1297):

Ziel 1

Die Mitglieder des Ausschusses für Inklusion sollen durch die Reise die Möglichkeit erhalten, sich vertieft mit dem **mehrdimensionalen und intersektionalen** (d.h., die Wechselwirkung der verschiedenen Dimensionen berücksichtigenden) **Ansatz von Gleichstellung und Antidiskriminierung** zu befassen.

In der neuen Wahlperiode wurde die **Zuständigkeit des Ausschusses für Inklusion** gemäß § 7 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihre Kommissionen erweitert:

> „Vor dem Hintergrund der besonderen menschenrechtlichen Risiken, die sich für Menschen mit und ohne Behinderungen aus einem Zusammenwirken von Diskriminierungsgründen ergeben, berät der Ausschuss im Querschnitt auch über die Gleichstellung und Antidiskriminierung aufgrund von Rassismus oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, des Alters oder der sexuellen Identität (vgl. § 1 AGG). Er bereitet diesbezügliche Entscheidungen der Landschaftsversammlung oder des Landschaftsausschusses vor."

Zwischenzeitlich wurde durch den LVR-Verwaltungsvorstand ein verbandsweit geltendes **LVR-Diversity-Konzept** beschlossen (vgl. Vorlage Nr. 15/584). Auch das LVR-Diversity-Konzept basiert auf den o.g. Diskriminierungsgründen des § 1 AGG und den sechs daraus

abgeleiteten Vielfaltsdimensionen Lebensalter, Geschlecht und geschlechtliche Identität, sexuelle Orientierung und Identität, Behinderung, Ethnische Herkunft und Nationalität, Religion und Weltanschauung.

Ziel 2

Die Mitglieder des Ausschusses für Inklusion sollen durch die Reise die Möglichkeit erhalten, sich mit dem aktuellen Stand bzw. dem Ergebnis (sog. „Abschließende Bemerkungen" des Fachausschusses) der neuen **Staatenprüfung** Deutschlands hinsichtlich der Umsetzung der **UN-Behindertenrechtskonvention** „aus erster Hand" in der Bundeshauptstadt zu befassen.

Gemäß § 7 der Zuständigkeits- und Verfahrensordnung für die Ausschüsse der Landschaftsversammlung Rheinland und ihre Kommissionen **berät der Ausschuss für Inklusion schwerpunktmäßig weiterhin „über Angelegenheiten der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK)** im Bereich des Landschaftsverbandes Rheinland, soweit diese nicht ausschließlich in anderen Fachausschüssen beraten werden."

Seit dem nationalen Inkrafttreten der BRK als einfaches **Bundesgesetz am 26. März 2009** werden die völkerrechtlichen Pflichten der Bundesrepublik Deutschland durch einen Fachausschuss der Vereinten Nationen mit Sitz in Genf gemäß Artikel 34 BRK überwacht.

Der **UN-Fachausschuss** wird sich in 2023 zum zweiten Mal nach 2015 auf der Grundlage einer Frageliste und eingereichten Berichten und Stellungnahmen die „Durchführung" der BRK in Deutschland in einem sog. „konstruktiven Dialog" anschauen. Diese Anhörung der Bundesregierung unter Beteiligung der staatlich unabhängigen nationalen Monitoringstelle, zivilgesellschaftlicher Interessensverbände und weiterer Expert*innen findet voraussichtlich am 29./30. August 2023 in Genf statt.

3. Programm und Kosten der Studien- und Informationsreise

Vor dem Hintergrund der beschriebenen thematischen Ziele der Reise wird der folgende Programmablauf vorgeschlagen:

1. Tag: Montag, 25. September 2023

Die Anreise erfolgt grundsätzlich am 25. September 2023 als **gemeinsame Gruppenreise mit der Deutschen Bahn** ab Köln Hbf (ab 8:23 Uhr) oder ab Düsseldorf Hbf (ab 8:52 Uhr). Die voraussichtliche Ankunftszeit in Berlin Hbf ist 13:15 Uhr.

Am Nachmittag ist ein **Gespräch mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte (DIMR) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)** geplant (15:30 Uhr bis 18:00 Uhr).

An dem Gespräch werden teilnehmen:

- Für die bpb: Prof. Dr. Gernot Wolfram, Professor für Medien- und Kulturmanagement an der Hochschule Macromedia
- Für das Deutsche Institut für Menschenrechte: Direktorin Prof. Dr. Rudolf

Geplanter Ablauf:

- Vorstellung der Arbeit der bpb
- Vortrag und Diskussion zum Thema „Rassismus und Hass"
- Vorstellung der Arbeit des DIMR (Struktur und Zweck, Nationales Monitoring von UN-Menschenrechtskonventionen)
- Gemeinsamer Austausch

Am Abend erfolgt ein gemeinsames **Abendessen** im barrierefreien Restaurant „**Schankhalle Pfefferberg**". Die Schankhalle Pfefferberg im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg ist ein anerkannter Inklusionsbetrieb.

2. Tag: Dienstag, 25. September 2023

Für 11:00 Uhr wurde ein einstündiges **Gespräch** mit Jürgen Dusel, dem **Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen** vereinbart.

Auf dem Weg dorthin hält der Bus am Gedenk- und Informationsort für die Opfer der NS-»Euthanasie«-Morde an der **Tiergartenstraße 4**. Hier besteht die Möglichkeit, sich in der Ausstellung über die Geschichte der nationalsozialistischen »Euthanasie«-Morde mit ihren Auswirkungen bis in die Gegenwart hinein zu informieren. Der LVR greift diese Thematik selbst mit dem „Denkmal der Grauen Busse" vor dem LVR-Landeshaus auf.

Nach einem **Mittagsimbiss** (im Restaurant „Hugo & Notte" am Gendarmenmarkt, zertifiziert nach „Reisen für Alle") erwartet die Reisegruppen ein **Gespräch mit dem „Focal Point BRK" im Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS)** (14:00 Uhr bis 15:30 Uhr).

An dem Gespräch werden teilnehmen: Torsten Einstmann, Leiter des Referates „UN-Behindertenrechtskonvention, Focal Point, Inklusion im Sport" im BMAS sowie ggf. weitere Mitarbeitende des Referates. Staatssekretär Dr. Rolf Schmachtenberg und Abteilungsleiterin Dr. Annette Tabbara sind voraussichtlich dienstlich verhindert.

Am Abend findet ein „**Parlamentarischer Abend des LVR**" in der Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen beim Bund statt.

Geplanter Ablauf:

- Ab 18:00 Uhr: Empfang
- Ab 18:30 Uhr: Programm
- Ab 19:30 Uhr: Come Together beim Abendessen

3. Tag: Mittwoch, 27. September 2023

Nach dem Frühstück und Check-Out bringt der Bus alle Teilnehmenden zur **Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS)** im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, wo von 10:00 Uhr bis 11:30 Uhr ein Gespräch vereinbart wurde.

Geplanter Ablauf:

- Begrüßung durch Ferda Ataman, Unabhängige Beauftragte für Antidiskriminierung
- Vortrag über die Aufgaben der ADS und die geplante Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)
- Gemeinsamer Austausch

Für den Mittagsimbiss wurden Tische im barrierefreien **Bistro Lebenswelten** im **Humboldt Forum Berlin** für die Reisegruppe reserviert.

Anschließend erfolgt die **Gruppenreise mit der Deutschen Bahn** zurück ins Rheinland. Die voraussichtliche Ankunftszeit in Düsseldorf Hbf ist 19:12 Uhr, in Köln Hbf 19:35 Uhr.

Die Reiseteilnehmenden erhalten rechtzeitig vor Reisebeginn alle Informationsmaterialien zu den Programmpunkten der Reise.

Kosten

Der Teilnehmendenkreis für die Reise wurde um den Beirat für Inklusion und Menschenrechte erweitert (s.o.). Ausgehend von 35 angemeldeten Teilnehmenden (ggf. plus 6 notwendige persönliche Begleitpersonen) werden – inklusive An-/Abfahrt und Fahrten vor Ort, Hotelunterkunft und Verpflegung für drei Tage (zwei Nächte) sowie Sachkosten für die Programmpunkte – für die Ausschussreise nun Kosten von ca. 35.000 Euro kalkuliert. Leistungen gemäß der Entschädigungssatzung sind darin nicht enthalten.

L u b e k

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1707

öffentlich

Datum: 11.05.2023
Dienststelle: LVR-Direktorin
Bearbeitung: Frau Wierum/Herr Woltmann

Ausschuss für Inklusion	**01.06.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen	**01.09.2023**	**Kenntnis**
Sozialausschuss	**05.09.2023**	**Kenntnis**
Gesundheitsausschuss	**15.09.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung: Dokumentation des 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte

Kenntnisnahme:

Die Dokumentation des 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte wird gemäß Vorlage Nr. 15/1707 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	ja

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

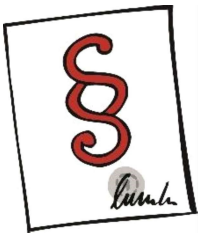
Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

L u b e k

Worum geht es hier?

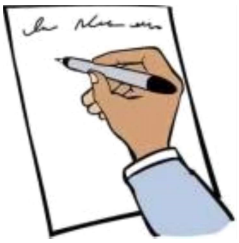
In leichter Sprache

Manche Menschen mit Behinderungen
brauchen Unterstützung bei wichtigen Entscheidungen.
Dann können sie eine rechtliche Betreuung bekommen.
Seit Januar 2023 gilt ein neues Betreuungs-Recht.
Das neue Gesetz soll die Selbst-Bestimmung
von Menschen mit einer rechtlichen Betreuung stärken.



Das neue Betreuungs-Recht war Thema
bei der Veranstaltung „LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte"
im November 2022.

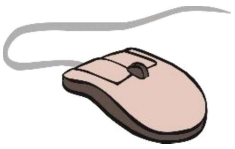
In dieser Vorlage steht:
Hierüber haben die Teilnehmenden beim Dialog zum
Thema Betreuungsrecht diskutiert.



Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202.



Viele Informationen zum LVR in Leichter Sprache
finden Sie hier:
www.leichtesprache.lvr.de



Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung

Der 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte am 14. November 2022 beschäftigte sich mit dem Schwerpunktthema: „Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung".

Anlass für dieses Schwerpunktthema waren die zum 1. Januar 2023 in Kraft getretenen Neuerungen im Betreuungsrecht sowie die dezernatsübergreifende Auseinandersetzung mit den wesentlichen Änderungen durch die Betreuungsrechtsreform für den LVR in seinen unterschiedlichen Aufgaben und Funktionen (vgl. Vorlage Nr. 15/1061).

Als **Anlage 1** zu dieser Vorlage wird die Dokumentation der Veranstaltung zur Kenntnis gebracht. Sie soll als barrierefreies PDF auf der Seite www.dialog.lvr.de veröffentlicht werden.

Als **Anlage 2** wird das Infopapier „DER RICHTIGE UMGANG MIT RECHTLICH BETREUTEN MENSCHEN –Relevante Änderungen im Betreuungsrecht für Sozialleistungsträger" des Bundesministeriums für Justiz zur Kenntnis gebracht.

Diese Vorlage berührt insbesondere Zielrichtung 9 (Menschenrechtsbildung) sowie Zielrichtung 12 des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im LVR („Vorschriften und Verfahren im LVR systematisch untersuchen und anpassen").

Begründung der Vorlage Nr. 15/1707

Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung: Dokumentation des 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte

Gliederung

1. Das Veranstaltungsformat „LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte“ 3
2. Das neue Betreuungsrecht als Schwerpunktthema 3
3. „Gemeinsam. Auf meinem Weg“. Informationskampagne des Bundesministeriums der Justiz 4

1. Das Veranstaltungsformat „LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte“

Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) braucht einen offenen Austausch auf Augenhöhe. Genau dazu ist der LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte da. Er steht ganz bewusst am Ende des jährlichen Berichtswesens zur Umsetzung der BRK im LVR. Er wird jährlich durch die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden organisiert.

Der 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte fand am 14. November 2022 statt. Der Dialog wurde, wie bereits 2021, als reine Online-Fachveranstaltung durchgeführt. Insgesamt nahmen ca. 100 Personen an der Zoom-Veranstaltung teil, darunter vor allem Personen aus Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderungen, aus Fachverbänden der Leistungserbringer sowie aus der LVR-Politik und LVR-Verwaltung.

Um den Austausch bei Interesse fortzusetzen und zu vertiefen, fanden zwei Diskussions-Workshops am Mittwoch, 23. November 2022 sowie am Donnerstag, 24. November 2022 statt (vgl. Aktivität Z9.1. im Jahresbericht 2022, Vorlage Nr. 15/1470).

2. Das neue Betreuungsrecht als Schwerpunktthema

Der 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte beschäftigte sich mit dem Schwerpunktthema: „Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung“.

Anlass für das Schwerpunktthema waren die zum 1. Januar 2023 in Kraft getretenen Neuerungen im Betreuungsrecht. Der LVR ist in verschiedenen Rollen und Funktionen mit dem Thema der rechtlichen Betreuung befasst, insbesondere als Landesbetreuungsamt, als Träger der Eingliederungshilfe sowie als Leistungserbringer im Bereich Psychiatrie, Soziale Rehabilitation und Heilpädagogische Hilfen. In der dezernatsübergreifenden Vorlage (Vorlage Nr. 15/1061) wurden wesentliche Änderungen durch die Betreuungsrechtsreform skizziert und Anknüpfungspunkte im LVR beleuchtet.

Als **Anlage 1** zu dieser Vorlage wird die **Dokumentation zum 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte** zur Kenntnis gebracht. Sie soll als barrierefreies PDF auf der Seite www.dialog.lvr.de veröffentlicht werden.

Für die Dokumentation wurden die Diskussionspunkte inhaltlich zusammengefasst, thematisch sortiert und ggf. anonymisiert, aber nicht durch den LVR kommentiert oder bewertet. Sie spiegeln insofern die Diskussionsbeiträge möglichst authentisch wider.

Die LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden plant, das Thema Betreuungsrecht auch beim diesjährigen LVR-Tag der Begegnung im Juni 2023 in der Themenwelt „Vielfalt und Gerechtigkeit" aufzugreifen. Auch eine interne Mittagspausenveranstaltung für LVR-Mitarbeitende ist in Planung.

3. „Gemeinsam. Auf meinem Weg". Informationskampagne des Bundesministeriums der Justiz

Inzwischen hat das Bundesministerium der Justiz eine Informationskampagne zum neuen Betreuungsrecht unter dem Titel „Gemeinsam. Auf meinem Weg" veröffentlicht. Die Materialien sind unter dem folgenden Link im Internet aufrufbar:

https://www.bmj.de/DE/Themen/FokusThemen/BetreuungsR-Reform/BetreuungsR-Reform_node.html

Zur Verfügung gestellt werden unter anderem Fragen und Antworten zum neuen Betreuungsrecht (auch in Leichter Sprache) sowie Merkblätter für verschiedene Berufsgruppen (Betreuungsrichter*innen, Rechtspfleger*innen und ärztliches Personal).

Das Infopapier „DER RICHTIGE UMGANG MIT RECHTLICH BETREUTEN MENSCHEN – Relevante Änderungen im Betreuungsrecht für Sozialleistungsträger" ist dieser Vorlage als **Anlage 2** hinzugefügt.

L u b e k

Landschaftsverband
Rheinland

Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung

Dokumentation 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte als Zoom-Veranstaltung am 14. November 2022 und Workshops zur Fortsetzung der Diskussion am 23. und 24. November 2022

Stand: 18. April 2023

Kontakt:

LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden

Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln

Tel 0221 809-2202

inklusion@lvr.de

www.inklusion.lvr.de

Gliederung

1. Ablauf der Veranstaltung 3
2. Einführung von LVR-Landesdirektorin Lubek: Ein neues Betreuungsrecht für mehr Selbstbestimmung..... 4
3. Vortrag „Mehr Selbstbestimmung wagen – das neue Betreuungsrecht gemeinsam umsetzen“..... 5
4. Ergebnisse der Diskussion: Herausforderungen und Erwartungen an den LVR..... 6
5. Fazit aus Sicht der LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden 10

1. Ablauf der Veranstaltung

Der 5. LVR-Dialog Inklusion und Menschenrechte am 14. November 2022 beschäftigte sich mit dem Schwerpunktthema: „Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung".

Der Dialog wurde wie bereits 2021 als reine Online-Fachveranstaltung durchgeführt. Insgesamt nahmen ca. 100 Personen an der Zoom-Veranstaltung teil, darunter vor allem Personen aus Selbstvertretungsorganisationen der Menschen mit Behinderungen, aus Fachverbänden der Leistungserbringer sowie aus der LVR-Politik und LVR-Verwaltung.

Die Dialog-Veranstaltung hatte folgenden Ablauf:

9.30 Uhr	**Begrüßung**
9.40 Uhr	**Endlich: Ein neues Betreuungsrecht für mehr Selbstbestimmung – 13 Jahre nach Inkrafttreten der BRK und 7 Jahre nach der ersten Staatenprüfung** Einführende Worte von LVR-Direktorin Ulrike Lubek
10.00 Uhr	**Mehr Selbstbestimmung wagen – das neue Betreuungsrecht gemeinsam umsetzen** Input von Prof. Dr. Dagmar Brosey (TH Köln) und Andreas Martin (Bildungsfachkraft der TH Köln)
10.30 Uhr	**Fragerunde und Austausch**
11.00 Uhr	**Digitale „Kaffeepause"**
11.20 Uhr	**Welche Herausforderungen und Erwartungen kommen auf den LVR zu?** Ein Gespräch über die Vorüberlegungen im LVR-Landesbetreuungsamt, im LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen und aus Sicht des Trägers der Eingliederungshilfe sowie Erwartungen an den LVR
12.20 Uhr	**Ausblick und Verabschiedung**
12.30 Uhr	**Ende der Veranstaltung**

Um den Austausch bei Interesse fortzusetzen und zu vertiefen, fanden zwei Diskussions-Workshops am Mittwoch, 23. November 2022, 10.00 bis 11.30 Uhr sowie am Donnerstag, 24. November 2022, 16.00 bis 17.30 Uhr statt. An diesen Angeboten nahmen jeweils ca. 5 Personen teil. In kleiner Runde war viel Raum für eine intensive Diskussion.

2. Einführung von LVR-Landesdirektorin Lubek: Ein neues Betreuungsrecht für mehr Selbstbestimmung

In ihren einführenden Worten am 14. November 2022 machte LVR-Landesdirektorin Ulrike Lubek darauf aufmerksam, dass in der Gruppe der Menschen, für die der LVR Leistungen finanziere oder erbringe, der Anteil der rechtlich betreuten Menschen ganz erheblich sei. Sie formulierte zwei Anliegen für die Umsetzung der Reform des Betreuungsrechts, die zu Beginn des Jahres 2023 in Kraft getreten ist: Das Gesetz müsse nicht nur im rechtlichen Sinne korrekt umgesetzt werden. Es sei ebenso wichtig, dass letztlich die Menschen mit rechtlicher Betreuung selbst das Gefühl der Unterstützung und der Teilhabe empfinden.

Erstaunlich sei, wie stark sich selbst 30 Jahre nach Inkrafttreten des ersten Betreuungsrechts (1992) noch Begriffe und Formulierungen der rechtlich überwundenen Vormundschaft von erwachsenen Menschen, die ggf. mit echter Entmündigung verbunden war, im allgemeinen Sprachgebrauch halten würden. Das deute darauf hin, wie tief das Problem sitze. Vielfach fehle es an Wissen um die Rechte und Pflichten einer rechtlichen Betreuung. Ebenso fehle es an einer entsprechenden Haltung gegenüber Menschen, für die zur Erledigung ihrer rechtlichen Angelegenheiten eine Betreuung bestellt wurde.

Das Instrument der rechtlichen Betreuung dürfte zukünftig nicht länger als Rechts-Einschränkung begriffen werden, so Frau Lubek. Die rechtliche Betreuung sei stattdessen eine staatliche Maßnahme eben zur Gewährleistung von höchstpersönlichen Rechten.

Frau Lubek betonte, dass der Dialog nicht als Fachtagung im Sinne einer Informationsveranstaltung angelegt sei. Sie bat die Teilnehmenden darum, mit ihren eigenen Beiträgen den LVR „auf Augenhöhe ohne Scheu und Zurückhaltung dabei zu unterstützen", die Herausforderungen des neuen Betreuungsrechts insbesondere aus der Perspektive der Betroffenen und der Angehörigen noch besser zu verstehen.

Zum Nachlesen:
LVR-Vorlage 15/1061: „Das neue Betreuungsrecht als Chance für mehr Selbstbestimmung von Menschen mit rechtlicher Betreuung" (September 2022)

https://dom.lvr.de/lvis/lvr_recherchewww.nsf/0/31B6BDB552DA96CBC12588B8003C3A6C/$file/Vorlage15_1061.pdf

3. Vortrag „Mehr Selbstbestimmung wagen – das neue Betreuungsrecht gemeinsam umsetzen"

In ihrem Vortrag gingen Prof. Dr. Dagmar Brosey (Professorin für Zivilrecht an der Fakultät für Angewandte Sozialwissenschaften der TH Köln) und Andreas Martin (Bildungsfachkraft an der TH Köln) anschließend folgenden Fragen nach:

1. Was ist rechtliche Betreuung?
2. Warum gibt es ein neues Gesetz?
3. Was steht in dem neuen Gesetz?
4. Was beutetet das für Menschen mit Betreuung?

Im Anschluss an den Vortrag bestand die Möglichkeit, den Referierenden Verständnisfragen zu stellen.

Zum Nachlesen:
Die gezeigten Vortragsfolien stehen unter www.dialog.lvr.de zum Download zur Verfügung.

4. Ergebnisse der Diskussion: Herausforderungen und Erwartungen an den LVR

Der LVR ist in verschiedenen Funktionen und Aufgaben mit dem neuen Betreuungsrecht befasst. Zu Beginn der Diskussion am 14. November 2022 führten zunächst **Fachkräfte aus der LVR-Verwaltung** aus der Perspektive ihrer jeweiligen Bereiche aus.

- Zum Thema „LVR als Leistungserbringer in der Eingliederungshilfe": **Andreas Hansch-Lohkemper**, Leiter der LVR-Abteilung „Heilpädagogische Hilfen" mit der Fachaufsicht für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen mit mehr als 2.500 Kund*innen (Leistungsberechtigten) im gesamten Rheinland (vgl. hierzu ausführlich LVR-Vorlage 15/1061, Gliederungsziffer 3.3).

- Zum Thema „LVR als Träger von Leistungen der Eingliederungshilfe für erwachsene Menschen mit wesentlichen Behinderungen": **Daniela Buheitel**, Regionalabteilungsleiterin im LVR-Dezernat Soziales (vgl. hierzu ausführlich LVR-Vorlage 15/1061, Gliederungsziffer 3.2).

- Zum „LVR als Landesbetreuungsamt": **Monika Schröder**, Leiterin der Abteilung „Psychiatrische Versorgung" im Dezernat LVR-Klinikverbund und des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen (vgl. hierzu ausführlich LVR-Vorlage 15/1061, Gliederungsziffer 3.1).

Zudem wurden kurze Videos gezeigt, in denen Mitglieder der „AG Partizipation" im LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen, für die selbst eine rechtliche Betreuung bestellt wurde, ihre Wünsche zur Umsetzung des neuen Betreuungsrechts zum Ausdruck brachten.

Aufgrund vieler thematischer Überschneidungen werden im Folgenden zentrale Diskussionspunkte, die während der Hauptveranstaltung am 14. November 2022, und bei den Workshops zur Fortsetzung der Diskussion von den Teilnehmenden benannt wurden, übergreifend dokumentiert.

Die Diskussionspunkte wurden für diese Dokumentation inhaltlich zusammengefasst, thematisch sortiert und ggf. anonymisiert, aber nicht durch den LVR kommentiert oder bewertet. Sie spiegeln insofern die Diskussionsbeiträge möglichst authentisch wider.

Fehlendes Wissen und Unsicherheiten im Umgang mit rechtlicher Betreuung:

(1) Wiederholt hingewiesen wurde auf bestehende **Wissenslücken** zum Thema rechtliche Betreuung, insbesondere auf Seiten der rechtlichen Betreuungspersonen selbst, auf Seiten von ärztlichem Personal und auch im Verwaltungskontext. Exemplarisch genannt wurden etwa Unklarheiten hinsichtlich der richterlich festgelegten Aufgabenbereiche (ehemals: Aufgabenkreise) und ihrer Konsequenzen für die Einbeziehung von rechtlichen Betreuungen zum Beispiel in Verwaltungsverfahren. Ein weiteres Beispiel waren bestehende Unsicherheiten hinsichtlich der Einwilligungsfähigkeit rechtlicher betreuter Menschen in ärztliche Maßnahmen und Eingriffe (z.B. Impfungen).

(2) In der Praxis sei oftmals auch die konkrete **Aufgabenteilung zwischen rechtlicher Betreuung und sozialer, pflegerischer und gesundheitlicher Unterstützung** noch unklar. Hingewiesen wurden in diesem Kontext auf eine Handreichung des Deutschen Vereins zum Verhältnis von Tätigkeiten an der Schnittstelle von rechtlicher Betreuung und Sozialleistungen mit Hinweisen zu Abgrenzung und Kooperation von Mai 2022.[1]

(3) In der Diskussion wurde deutlich, dass gerade die **Rolle von Eltern** als rechtliche Betreuungspersonen differenziert betrachtet werden sollte:

[1] Kooperation und Abgrenzung – Das Verhältnis von Rechtlicher Betreuung und sozialer, pflegerischer und gesundheitlicher Unterstützung (deutscher-verein.de)

Einerseits wurde von der Erfahrung berichtet, dass Eltern als rechtliche Betreuungspersonen in manchen Fällen zu viel „mitbestimmen" wollten. Andererseits dürften Eltern nicht grundsätzlich als ungeeignet für die Rolle der rechtlichen Betreuung angesehen werden. Sie seien etwa gerade für den Personenkreis der nicht-verbal kommunikationsfähigen Menschen sehr wichtig, um bei der Artikulation von Wünschen oder bei der Entscheidungsfindung zu unterstützen.

Das neue Betreuungsrecht in der Verwaltungspraxis:

(4) Grundsätzlich müsse geprüft werden, ob und welche **Prozesse in der LVR-Verwaltung** auf Grundlage des neuen Betreuungsrechts anzupassen seien (z.B. regelhafte Prüfung, welche Aufgabenbereiche bei einer betreuten Person konkret angeordnet wurden, Vorrang aller Formen der Beratung und Unterstützung, die auf sozialrechtlichen Vorschriften beruhen (etwa nach § 106 SGB IX), vor der Bestellung einer rechtlichen Betreuung).

(5) Sofern LVR-Schreiben in Zukunft auch an die betreuten Personen selbst versendet würden, müsse auch verstärkt über die **Verständlichkeit von Verwaltungssprache** nachgedacht werden (z.B. durch ergänzende schriftliche Erklärungen in Leichter Sprache, Angebote zur persönlichen Erklärung von Bescheiden im Kontext der Beratung nach § 106 BTHG).

(6) Bei allen Verfahren müsse im Sinne des **Datenschutzes bzw. Vertrauensschutzes** in Zukunft noch mehr darauf geachtet werden, dass rechtliche Betreuer keine Sachverhalte erfahren würden, „die sie nichts angingen" (z.B. im BEI_NRW-Verfahren).

(7) Insbesondere beim Verfahren der Bedarfsermittlung in der Eingliederungshilfe (BEI_NRW) sei besondere Aufmerksamkeit für die Wünsche der betreuten Personen, die auf **unterstützte Kommunikation** angewiesen seien, nötig. Es wurde dazu die Entwicklung eines „Methodenkoffers" angeregt.

Umsetzung der Betreuungsrechtsreform:

(8) Es wurde bemerkt, dass die Betreuungsrechtreform bisher **kaum öffentliche Aufmerksamkeit** erfahren habe.

(9) Es bestehe aktuell insbesondere noch große Unklarheit, welche Auswirkungen die Reform auf **Familienangehörige und andere ehrenamtliche rechtliche Betreuungspersonen** habe. Hier wurde ein großer Bedarf an Sensibilisierung und Schulung gesehen.

(10) Hinsichtlich der neuen, differenzierteren Bestimmung von Aufgabenbereichen wurde angemahnt, darauf zu achten, „dass die **Gesundheitsfürsorge** von betreuten Personen umsetzbar bleibe.

(11) Bei der im Gesetz vorgesehenen **Auswahl der Betreuungsperson** müsse darauf geachtet werden, dass sich die Beteiligten auch tatsächlich persönlich kennenlernen könnten. Betreute Personen sollten eine Wahlmöglichkeit haben.

(12) Es wurde grundsätzlich kritisch angemerkt, ob die **finanziellen Ressourcen** für die Übernahme der unterschiedlichen Aufgaben der rechtlichen Betreuung im Sinne des neuen Betreuungsrechts ausreichend seien. Eine ausreichende Finanzierung insbesondere der beruflichen Betreuertätigkeit sei die Voraussetzung dafür, dass sich qualifizierte Fachkräfte für diese wichtige Aufgabe finden würden.

Rechtliche Betreuung und Zwangsmaßnahmen:

(13) In der Diskussion wurde es als wichtig erachtet, an alle Beteiligten klar zu kommunizieren, dass ab 2023 Freiheitsentziehende Maßnahmen als eigenständiger Aufgabenbereich zu regeln seien (und nicht mehr über das allgemeine Aufenthaltsbestimmungsrecht abgedeckt seien). Für Bestandsbetreuungen gelte jedoch eine Übergangsfrist bis zum 1. Januar 2028.

(14)In diesem Kontext wurden nach den Ereignissen in Ostwestfalen-Lippe große Erwartungen an die neue Landesinitiative Gewaltschutz NRW geäußert.

5. Fazit aus Sicht der LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden

Die öffentliche Auseinandersetzung mit dem Instrument der rechtlichen Betreuung und der nun in Kraft getretenen Gesetzesänderungen für mehr Selbstbestimmung steht noch am Anfang. Es gibt Wissenslücken und Unsicherheiten bei allen Beteiligten. Die große Aufmerksamkeit für das Thema Gewaltschutz (Schwerpunktthema des Dialogs 2021) kann ggf. genutzt werden, auch hier Fortschritte zu erzielen.

Das Thema rechtliche Betreuung betrifft viele Menschen. So finanziert und erbringt der LVR in vielen Bereichen Leistungen für Menschen, für die eine rechtliche Betreuung bestellt wurde. Viele Menschen haben zudem im Privaten Berührungspunkte, etwa, wenn sie selbst als rechtliche Betreuung bestellt wurden und/oder Familienangehörige durch eine rechtliche Betreuung unterstützt werden. Und letztlich können alle Menschen durch Krankheit oder Unfall jederzeit in eine Situation geraten, die eine rechtliche Betreuung erforderlich machen kann.

Aus menschenrechtlicher Sicht ist es daher sicher notwendig, das Wissen um die Ziele des Betreuungsrechts noch stärker im öffentlichen Diskurs zu betonen.

Die Stabsstelle wird selbst Gelegenheiten und Formate suchen, um das Thema bekannter zu machen. Aktuell geplant ist zum Beispiel, das Thema beim diesjährigen LVR-Tag der Begegnung im Juni 2023 in der Themenwelt „Vielfalt und Gerechtigkeit" aufzugreifen. Auch eine interne Mittagspausenveranstaltung für LVR-Mitarbeitende ist in Planung.

Als Träger und Leistungserbringer der Eingliederungshilfe und als Landesbetreuungsamt wird der LVR das reformierte Betreuungsrecht zudem in eigener Zuständigkeit der Fachdezernate weiterverfolgen.

Wir danken allen Teilnehmenden sehr, die den LVR-Dialog 2022 mit ihren offenen und konstruktiven Beiträgen in Wort und Schrift zu einer spannenden Veranstaltung gemacht haben. Ebenso danken wir Prof. Dr. Dagmar Brosey und Andreas Martin (beide TH Köln) für ihren informativen und anschaulichen Vortrag und den LVR-Kolleg*innen, die uns fachlich (s.o.) und technisch (Ulrich Trapp und Selina Pick) bei der Durchführung unterstützt haben.

DER RICHTIGE UMGANG MIT RECHTLICH BETREUTEN MENSCHEN

Relevante Änderungen im Betreuungsrecht für Sozialleistungsträger

Bundesministerium der Justiz

GEMEINSAM. AUF MEINEM WEG.
Zu mehr Selbstbestimmung in der Betreuung.

GEMEINSAM.
AUF MEINEM WEG.
Zu mehr Selbstbestimmung in der Betreuung.

Zum 1. Januar 2023 tritt eine umfassende Reform des Betreuungsrechts in Kraft. Neben strukturellen Änderungen gibt es einige Neuerungen, die auch Sozialleistungsträger und sonstige Behörden betreffen. Die wichtigsten Punkte für Ihre Arbeit sind:

1.

Das neue Recht stärkt die Selbstbestimmung betreuter Menschen: Es gilt der Grundsatz „Unterstützen vor Vertreten". Nach § 1821 Abs. 1 Satz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) n.F. unterstützt der Betreuer[1] die betreute Person dabei, ihre Angelegenheiten rechtlich selbst zu besorgen, und macht von seiner Vertretungsmacht im Rechtsverkehr nur noch Gebrauch, wenn dies erforderlich ist. Die Anordnung einer rechtlichen Betreuung hat keinen Einfluss auf die Geschäftsfähigkeit der betreuten Person; die Entmündigung Volljähriger wurde bereits 1992 abgeschafft. Dies gilt auch bei der Geltendmachung von Sozialleistungen.

→ Was bedeutet das für die sozialbehördliche Praxis?

Kommunizieren Sie grundsätzlich immer zunächst mit der betreuten Person selbst und prüfen Sie, ob die Hinzuziehung des rechtlichen Betreuers im Einzelfall erforderlich scheint. Die Annahme, Personen mit einem rechtlichen Betreuer dürften nicht selbst entscheiden und ihre sozialrechtlichen Ansprüche, insbesondere im Wege der Antragstellung, nicht selbst geltend machen, ist falsch. Wenn die betreute Person selbst handlungs- und mitwirkungsfähig ist, hat der rechtliche Betreuer lediglich die Aufgabe, sie im Rahmen des vom Betreuungsgericht bestimmten Aufgabenkreises bei der eigenen Entscheidungsfindung und -umsetzung zu unterstützen. Informieren Sie in jedem Fall immer auch die betreute Person selbst über behördliche Entscheidungen und weitere Verfahrensschritte.

2.

Eine weitere Stärkung der Selbstbestimmung betreuter Menschen bewirkt die Neuregelung des § 53 der Zivilprozessordnung (ZPO). Der neue § 53 ZPO, der unmittelbar für den Zivilprozess gilt, findet in praktisch allen behördlichen Verfahren Anwendung, insbesondere in den für betreute Menschen besonders relevanten Verfahren bei den Sozialbehörden (vgl. § 12 Abs. 3 VwVfG des Bundes bzw. die entsprechenden Landesgesetze und § 11 Abs. 3 SGB X). Die Prozess- und Verfahrensfähigkeit betreuter Personen richtet sich ab dem 1. Januar 2023 nach den allgemeinen Vorschriften. Das bedeutet: Im Grundsatz ist jede volljährige Person – rechtlich betreut oder nicht – geschäfts- und damit auch prozess- und verfahrensfähig, sofern das Gegenteil nicht im Rahmen einer medizinischen Beurteilung im Einzelfall festgestellt wird. Von einer fehlenden Prozess- und Verfahrensfähigkeit ist ausnahmsweise nur dann auszugehen, wenn für die betreute Person ein Einwilligungsvorbehalt für den betreffenden Aufgabenbereich im Sinne des § 1825 BGB n.F. angeordnet ist. Betreute Menschen und Betreuer können also grundsätzlich – wie im zivilrechtlichen Rechtsverkehr – nebeneinander in behördlichen oder gerichtlichen Verfahren tätig werden. Die Vorgabe des § 1821 Abs. 1 Satz 2 BGB n.F. (s.o.) gilt auch hier. Der Betreuer kann jedoch nach der neuen Regelung vom Grundsatz des Nebeneinanders abweichen und im Verfahren durch eine so genannte Ausschließlichkeitserklärung gegenüber dem Gericht oder der Behörde erklären, dass der Rechtsstreit oder das behördliche Verfahren ausschließlich durch ihn geführt wird, § 53 Abs. 2 Satz 1 ZPO n.F. Diese Erklärung bezieht sich auf den gesamten Rechtsstreit bzw. das gesamte Verwaltungsverfahren bis zum rechts- bzw. bestandskräftigen Abschluss. Mit dem Eingang der Ausschließlichkeitserklärung steht die betreute Person einer prozess- oder verfahrensunfähigen Person gleich. Die Erklärung kann der Betreuer jederzeit, auch im laufenden Verfahren, mit Wirkung für die Zukunft zurücknehmen.

Zustellungen im behördlichen Verfahren erfolgen gemäß § 6 Abs. 1 Satz 3 VwZG n.F. zwar weiterhin an den Betreuer, wenn dieser über den entsprechenden Aufgabenbereich verfügt. Die betreute Person muss aber eine Abschrift des zugestellten Dokuments per Post oder eine elektronische Version des Dokuments erhalten. Im gerichtlichen Verfahren ist sowohl eine Zustellung an pro-

[1] *Rechtliche Begriffe werden in dieser Zusammenfassung zugunsten einer einfacheren Lesbarkeit entsprechend der Gesetzesbezeichnung im generischen Maskulinum verwendet. In dieses sind alle Geschlechter miteinbezogen.*

zessfähige Betreute als auch an den Betreuer möglich (§ 170a Abs. 1, 2 ZPO n.F.); der jeweils andere muss ebenfalls eine Abschrift erhalten.

→ Was bedeutet das für die sozialbehördliche Praxis?

Erläutern Sie betreuten Menschen auf adressatengerechte Weise das Verfahren und beschränken Sie die Kommunikation im Verfahren keinesfalls von Anfang an auf den Betreuer. Der Betreuer ist nicht gehalten, zur Vereinfachung des Verfahrens die Ausschließlichkeitserklärung abzugeben. Weisen Sie Erklärungen oder Anträge betreuter Menschen nicht pauschal mit Verweis auf die bestehende rechtliche Betreuung zurück.

3.

Im Sozialrecht ist durch das Reformgesetz nunmehr die Subsidiarität der rechtlichen Betreuung gegenüber anderen sozialrechtlichen Hilfen klar verankert: Gemäß § 17 Abs. 4 Satz 2 SGB I n.F. dürfen soziale Rechte nach den Sozialgesetzbüchern nicht versagt oder eingeschränkt werden, weil ein rechtlicher Betreuer bestellt worden ist oder bestellt werden könnte. Sozialleistungen dürfen also nicht mit Hinweis auf eine bestehende rechtliche Betreuung oder die Möglichkeit einer Betreuerbestellung versagt werden. Auch die vielfältigen Beratungs- und Unterstützungspflichten, die sich etwa im Bereich der Eingliederungshilfe aus § 106 SGB IX ergeben, sind nicht deshalb eingeschränkt, weil eine rechtliche Betreuung eingerichtet wurde oder werden kann. § 17 Abs. 4 Satz 1 SGB I n.F. bestimmt zudem, dass die Sozialleistungsträger mit den Betreuungsbehörden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben zur Vermittlung geeigneter Hilfen zur Betreuungsvermeidung zusammenarbeiten.

→ Was bedeutet das für die sozialbehördliche Praxis?

Ermitteln Sie bei der Prüfung und Gewährung von Sozialleistungen für betreute Menschen bzw. Menschen, bei denen die Bestellung eines Betreuers in Betracht kommt, den individuellen Beratungs- und Hilfebedarf unter Berücksichtigung der Zielrichtung der Sozialleistungen im Einzelnen. Entscheiden Sie nach den Umständen im Einzelfall, ob die notwendigen Leistungen nicht auch ohne Bestellung eines Betreuers gewährt werden können. Soweit eine umfassende Beratung und Unterstützung der Antragstellung für die betroffene Person ausreicht, muss und darf keine Betreuerbestellung erfolgen.

TOP 6 Interkulturalität und Vielfalt (Diversity)

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Ergänzungsvorlage Nr. 15/1489/2

öffentlich

Datum: 17.05.2023
Dienststelle: OE 2
Bearbeitung: Dr. Birgit Stermann/Florian Domansky

Ausschuss für Inklusion	**01.06.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Entwurf des Gemeinsamen Arbeitsprogrammes 2023-2024 sowie Umsetzungsstand des Gemeinsamen Arbeitsprogrammes 2021-2022 der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und des LVR

Kenntnisnahme:

Der Entwurf des Gemeinsamen Arbeitsprogrammes 2023-2024 sowie der finale Umsetzungsstand des Gemeinsamen Arbeitsprogrammes 2011-2022 der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und des LVR werden gemäß Vorlage Nr. 15/1489/2 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

H ö t t e

Zusammenfassung

Die Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens und der Landschaftsverband Rheinland haben am 04.05.2006 die „Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens" unterzeichnet und am 06.05.2022 erneuert und inhaltlich erweitert.

Auch in Zukunft soll für den Zeitraum von zwei Jahren ein zwischen den Verwaltungen abgestimmtes Arbeitsprogramm die jeweiligen Schwerpunkte und Vorhaben definieren.

Der finale Umsetzungsstand des Arbeitsprogrammes 2021-2022 sowie der zwischen den LVR-Dezernaten und den DG-Fachbereichen abgestimmte Entwurf des Arbeitsprogrammes 2023-2024 sind als **Anlagen** beigefügt.

Begründung der Ergänzungsvorlage Nr. 15/1489/2:

In der 8. Sitzung des Ausschusses für Inklusion am 23. März 2023 haben die Mitglieder des Ausschusses beschlossen, die Behandlung der Vorlage auf die Folge-Sitzung zu vertagen.

Begründung der Ergänzungsvorlage Nr. 15/1489/1:

In der 8. Sitzung der Kommission Europa am 23. Februar 2023 haben die Mitglieder der Kommission beschlossen, die Behandlung der Vorlage aus Zeitgründen auf die Folge-Sitzung zu vertagen.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1489:

Entwurf des Gemeinsamen Arbeitsprogrammes 2023-2024 sowie Umsetzungsstand des Gemeinsamen Arbeitsprogrammes 2021-2022 der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens und des LVR

Die Deutschsprachige Gemeinschaft (DG) Belgiens und der Landschaftsverband Rheinland (LVR) pflegen bereits seit vielen Jahren freundschaftliche Beziehungen und den kollegialen Austausch in zahlreichen Zuständigkeitsbereichen. Einen weitergehenden Institutionalisierungsgrad hat diese Partnerschaft durch eine förmliche Erklärung zur Zusammenarbeit erfahren, die am 04. Mai 2006 offiziell durch Vertretungen beider Seiten in Eupen unterzeichnet wurde.

Diese „Gemeinsame Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens" sah eine verstärkte Zusammenarbeit der beiden Verwaltungen und den Austausch von Erfahrungen vor. Hierfür benennt sie bislang die nachfolgenden vier Themenkomplexe:

- Soziales und Gesundheit
- Jugend und Schule
- Kultur
- Verwaltung und Organisation

Die Dauer wurde auf zunächst fünf Jahre festgelegt und verlängert sich jeweils um zwei weitere Jahre, sofern keine Kündigung ausgesprochen wird.

Für den Regelzeitraum von zwei Jahren soll ein zwischen den Verwaltungen abgestimmtes Arbeitsprogramm die jeweiligen aktuellen Schwerpunkte und Vorhaben definieren. Hierfür kommt alternierend zwischen der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem LVR der sogenannte gemeinsame Arbeitsausschuss zusammen, in dem die für die Fachthemen verantwortlichen Mitarbeitenden beider Seiten vertreten sind.

Mit Blick auf das 15-jährige Unterzeichnungsjubiläum und vor dem Hintergrund weiterer, im Laufe der Jahre hinzugetretener Zuständigkeits- und Kooperationsbereiche wurde im Rahmen der – pandemiebedingt erstmalig virtuellen – Sitzung zur Erstellung des Arbeitsprogrammes 2021-2022 im Januar 2021 aus dem Kreise der Arbeitsausschussmitglieder eine Erneuerung der gemeinsamen Erklärung samt einer inhaltlichen Fortschreibung angeregt.

Die nachfolgende Neugliederung des Kooperationsabkommens, mit der auch der inhaltlichen Weiterentwicklung Rechnung getragen wird, wurde mit Beschluss des Landschaftsausschusses vom 01. Oktober 2021 angenommen und im Rahmen einer gemeinsamen Feierstunde am 06. Mai 2022 in Eupen offiziell unterzeichnet:

- I. Allgemeine Bestimmungen
- II. Soziales und Gesundheit
- III. Jugend und Schule
- IV. Kultur
- V. Europa
- VI. Umwelt- und Klimaschutz
- VII. Verwaltung, Organisation und Digitalisierung
- VIII. Koordination und Monitoring
- IX. Schlussbestimmungen

Während das hierauf fußende Arbeitsprogramm 2021-2022 (finaler Umsetzungsstand s. **Anlage I**) pandemiebedingt insbesondere virtuell er- und bearbeitet werden musste, trat der gemeinsame Arbeitsausschuss zur Erarbeitung des Arbeitsprogrammes 2023-2024 erstmalig nach Pandemiebeginn wieder im September 2022 im Kloster Heidberg in Eupen in Präsenz zusammen.

Übereinstimmend wurde hierbei festgestellt, dass zur Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses und zur Sicherstellung eines kontinuierlichen Wissenstransfers ein besonderer Fokus auf das Thema Hospitationen gelegt werden soll, was pandemiebedingt im Zeitraum 2021-2022 nicht möglich gewesen war. Auch der Umgang mit den Folgen der Pandemie in beiden Verwaltungen sowie weitere Querschnittsthemen sollen künftig verstärkt bilateral adressiert werden. Das nunmehr zwischen den LVR-Dezernaten und DG-Fachbereichen final abgestimmte Arbeitsprogramm 2023–2024 ist als **Anlage II** beigefügt.

In Vertretung

H ö t t e

Anlage I

Landschaftsverband Rheinland - Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

Arbeitsprogramm 2021-2022

In Ausführung der Gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (DG) vom 04. Mai 2006 ist am 13. Januar 2021 erstmalig der in Punkt IV der Gemeinsamen Erklärung vorgesehene Arbeitsausschuss in einer Online-Arbeitssitzung zusammengetroffen und hat das vorliegende Arbeitsprogramm für die Jahre 2021 und 2022 zu vereinbart

Evaluierungsbericht

1. Themenübergreifende Maßnahmen

1.1. Hospitationen

Beschreibung: Um das wechselseitige Verständnis zu fördern und zu einem kontinuierlichen Wissenstransfer beizutragen, sind gegenseitige Hospitationen sehr hilfreich. Im Einzelfall und nach Bedarf werden Länge, Einsatzort und Aufgaben definiert. Mögliche Hospitationsangebote werden in beiden Organisationen festgelegt und in geeigneter Weise publik gemacht bzw. den Mitarbeitenden vorgeschlagen. Der Austausch soll insbesondere auch mit Blick auf Hospitationsmöglichkeiten in den Außendienststellen geplant werden.

Verantwortlich: Sophie Derichs, Janina Vomberg
Martin Steege, Ira Kontosis

Stand Dezember 2022:

In 2021 sowie 2022 bestand reger und kontinuierlicher Austausch zwischen den zuständigen Ansprechpersonen. Beide Seiten waren aufgrund der pandemischen Gesamtsituation allerdings übereingekommen, dass Hospitationen in diesem Zeitraum nicht möglich waren. Das 2. HJ 2022 wurde daher genutzt, sich einen Überblick zu jeweils geeigneten und gewünschten Hospitationsorten zu verschaffen, sodass nunmehr für das Arbeitsprogramm 2023/2024 Hospitationen detailliert geplant und umgesetzt werden können.

1.2. Europa- und internationale Angelegenheiten/ Akquise und Management von EU-Fördermitteln

Beschreibung: Es wird vereinbart, sich weiterhin zu Europa- und internationalen Angelegenheiten (u. a. Einbindung der DG in den LVR-EU-Azubi-Gipfel), In-House-Beratung/Akquise/Management von EU-Fördermitteln (u. a. INTERREG-Projekte im Rahmen der grenzüberschreitenden Kooperation), zu Möglichkeiten konzertierter Lobbyarbeit in Brüssel (u. a. durch gemeinsame Adressierung der MdEP aus dem Rheinland und Ostbelgien) und zu weiteren Querschnittsthemen auszutauschen. Dazu kann ebenfalls ein Austausch/eine Veranstaltung in Brüssel organisiert werden.

Verantwortlich: Sophie Derichs, Janina Vomberg, Luca Haas, Elena Schommers
themenabhängig weitere Personen aus dem MDG, wie z.B.
Armand Meys oder Lena Pankert für Jugend
Dr. Birgit Stermann, Florian Domansky

Stand Dezember 2022:

Im Zuge der Wiederbesetzung der Koordinationsstelle bzgl. der Kooperation mit dem LVR auf Seiten der DG im Vorfeld zur Erstellung des AP 2021/22 hat sich der Austausch wieder deutlich intensiviert und dank zunehmendem VK-Softwareeinsatz konnte ein regelmäßiger Jour Fixe etabliert werden (i. d. R. alle 2-3 Monate, anlassbezogen auch häufiger:

01.03.21, 04.05.21, 31.08.21, 26.10.21, 07.12.21; 15.02.22; 01.04.22; 03.05.22; 18.08.22; 14.09.22 und 28.11.22), der u. g. folgende Themen zum Gegenstand hatte:

- Vorbereitung der Feierstunde zur Erneuerung des gemeinsamen Kooperationsabkommens von DG und LVR am 06.05.2022 in Eupen unter Teilnahme von NRW-Europaminister Dr. Holthoff-Pförtner
- Vorbereitung der Sitzungen des gemeinsamen Arbeitsausschusses virtuell am 25.04.22 und am 22.09.22 in Eupen
- gegenseitige Information bzgl. des Stands des AP 21/22 und der erneuerten Kooperationsvereinbarungen in den jeweiligen politischen Gremien
- Vorbereitung ESIF und EU-Aktionsprogramme in NRW/der DG
- Stand der Interreg VI A-Förderung Euregio Rhein-Maas
- Vorstellung/Bewerbung der LVR-Europa-Projekt-Förderung gegenüber möglichen Antragsstellern in der DG
- Austausch über die jeweilige Beteiligung an der Konferenz zur Zukunft Europas
- Austausch über die jeweiligen Aktivitäten/Betroffenheit bzgl. des Krieges in der Ukraine
- DG-Teilnahme am LVR-EU-Azubi-Gipfel
  (pandemiebedingte Verschiebung auf 2023)

1.4 Inklusion

Beschreibung: Bezüglich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bereich Inklusion wird eine Fortsetzung des bestehenden wechselseitigen Austauschs zwischen der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben der DG und der LVR-Stabsstelle Inklusion und Menschenrechte vereinbart.

Verantwortlich: Guillaume Paquay
Bernd Woltmann, Christoph Beyer

Stand Dezember 2022:

Ein Informationsaustausch zum im Projektstatus befindlichen LVR-Konzept der Integrierten Beratung konnte 2022 nicht mehr terminiert werden und soll nunmehr 2023 nachgeholt werden. Zudem wäre für den LVR ein Austausch über die Einführung von sogenannten „Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber", die in Deutschland nach § 185a SGB IX als neue Leistung das Teilhabestärkungsgesetz ab dem 1.1.2022 vorgesehen sind, von Interesse.

2. Schule

2.1. Kooperation der Förderschulen

Beschreibung: Die Kooperation zwischen förderpädagogischen Ausbildungsstätten hängt von der jeweiligen Trägerschaft ab. Das Ministerium ist für die Organisation aller Förderschulen in Ostbelgien zuständig, der LVR ist Träger von Förderschulen mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten.

Die Partner halten daran fest, ihre förderpädagogischen Ausbildungsstätten im Interesse der betroffenen schulpflichtigen Förderschüler*innen gegenseitig im Bedarfsfall zu öffnen. Die Rahmenbedingungen der für einen reibungslosen Schulübergang erforderlichen Dokumentation sollen optimiert werden. Explizit wird ein Austausch zu den Schulzentren für Förderpädagogik in Ostbelgien vereinbart. Gleiches gilt auch für den pflegerischen Bereich an Förderschulen.

Verantwortlich: Ruth de Sy, Genevieve Simonis-Pelzer, Catherine Reinertz
Dr. Alexandra Schwarz, Kirsten Hack

Stand Dezember 2022:

Im Nachgang zur Verabschiedung des AP 21/22 erfolgte ein erster telefonischer Austausch. Weitergehende Vertiefungstreffen in Präsenz mussten pandemiebedingt und auf Grund des Wechsels der Fachbereichsleitung auf das Arbeitsprogramm 2023/2024 vertagt werden.

2.2. Austausch über (neue) Schulmodelle

Beschreibung: Es erfolgt eine Intensivierung des Austausches über neue Schulmodelle und zu Konzepten zur erfolgreichen schulischen Inklusion. Dies schließt auch den Austausch von Pflegekräften und Schulpsycholog*innen zu den beiderseits der Grenze verwendeten Behandlungsmethoden und Unterrichtsmaterialen sowie den Erfahrungsaustausch zur LVR-Inklusionspauschale und den Informationen bzgl. der im LVR politisch beschlossenen systemorientierten Unterstützung schulischer Inklusion ein, die ein Lotsensystem für ratsuchende Eltern vorsieht.

Verantwortlich: Ruth de Sy, Genevieve Simonis-Pelzer, Catherine Reinertz
Dr. Alexandra Schwarz, Kirsten Hack

Stand Dezember 2022:

Im Nachgang zur Verabschiedung des AP 21/22 erfolgte ein erster telefonischer Austausch. Weitergehende Vertiefungstreffen in Präsenz mussten pandemiebedingt und auf Grund des Wechsels der Fachbereichsleitung auf das Arbeitsprogramm 2023/2024 vertagt werden.

3. Jugend/Jugendhilfe

3.1. Beschulung von Pflegekindern aus Deutschland, die in der DG betreut werden

Beschreibung: Pflegekinder aus Deutschland werden vermehrt in Familien, die in Ostbelgien wohnhaft sind, untergebracht. Diese Kinder besuchen Schulen in Ostbelgien. Aufgrund des teilweise erhöhten Förderbedarfs der Kinder entstehen Zusatzkosten. Initiativen zur Integration von deutschen Pflegekindern aus dem Rheinland in Ostbelgien sollen weiterhin aufmerksam beobachtet werden, um ggf. rechtzeitig regulierend einzugreifen. Bei etwaigen grenzüberschreitenden Schulwechseln ist eine Aktenübergabe in Form eines „Überweisungszeugnisses" nach Erlaubniseinholung

bei den Eltern vorzunehmen (vgl. 2.1). Das Verfahren zur Vermittlung der Pflegekinder in die DG soll weiterhin den ggf. notwendigen Förderbedarf als festen Prüfpunkt vorsehen.

Verantwortlich: Karin Fatzaun, Ruth De Sy, Genevieve Simonis-Pelzer
Andreas Jung

Stand Dezember 2022:

Das Arbeitsprogramm wurde an dieser Stelle so weitergeführt.

3.2. Jugendhilfe

Beschreibung: Die Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen Jugendhilfe der DG und des LVR wird fortgesetzt.

- Die 10. Fachtagung soll im Sommer 2022 zum Thema „Einführung der Brüssel II b-Verordnung" stattfinden.
- Der Große Arbeitskreis „grenzüberschreitende Zusammenarbeit" zum Thema „Fachkräfte in der Jugendhilfe" soll nun am 30. September 2021 in Eupen stattfinden. Im Juli wird entschieden, ob als Präsenzveranstaltung oder im Online-Format.
- Fachlicher Austausch über innovative Ansätze und Voneinander-Lernen durch gegenseitige Besuche in Jugendhilfeeinrichtungen.
- Fortführung der Kooperation in trilateraler Form durch weitergehende Berücksichtigung auch der niederländischen Gemeinden in Süd-Limburg.
- Fortsetzung des kontinuierlichen Austauschs und der konstruktiven Kooperation in der Steuerungsgruppe „grenzüberschreitende Zusammenarbeit", die mindestens dreimal pro Jahr zur Beratung/Abstimmung tagt.
- Zudem sollen die Verträge zur Zusammenarbeit aus 1999 erneuert werden. Hierzu haben vier Arbeitstreffen zwischen Oktober 2018 und Dezember 2020 stattgefunden. 2021 haben zudem bereits zwei weitere Online-Besprechungen hierzu stattgefunden. Die beiden Verträge stehen kurz vor der Fertigstellung.

Verantwortlich: Karin Fatzaun, Yanaël Pommé
Andreas Jung, Sabine Lehmann

Stand Dezember 2022:

- 10. Fachtagung hat am 7. November 2022 in der Stadt Aachen zum Thema „Einführung der Brüssel II b-Verordnung" stattgefunden.
- Die Kooperation in trilateraler Form durch weitergehende Berücksichtigung auch der niederländischen Gemeinden in Süd-Limburg wurde auch 2021/22 über fortgeführt.
- Der kontinuierliche Austausch und die konstruktive Kooperation der Steuerungsgruppe „grenzüberschreitende Zusammenarbeit" die mindestens dreimal pro Jahr zu Beratung/Abstimmung tagt, wurde 2021/22 fortgesetzt. Treffen fanden am 10/02/2021, 12/05/2021, 23/06/21, 30/09/21, 17/02/22, 04/03/22 und 13/06/22 statt.

- Zudem wurden die Vereinbarungen zur Zusammenarbeit aus 1999 erneuert. Hierzu wurde eine Vorlage für folgende LVR-Gremien gefertigt:
  - Landesjugendhilfeausschuss (empf. Beschluss am 25.11.21)
  - Kommission Europa (Kenntnisnahme am 13.12.21)
  - Landschaftsausschuss (Beschluss am 14.12.21)

Diese Vereinbarungen sind am 6. Mai 2022 durch die Vertragsparteien in Eupen unterzeichnet worden.

3.3. Jugendarbeit

Beschreibung: Die Partner setzen den erfolgreichen Fachaustausch zur Jugendarbeit fort. Ein Schwerpunkt soll auf der offenen Jugendarbeit liegen.

- Fortgesetzter Austausch zur wissensbasierten Jugendarbeit auf Basis des 2018 erstmalig veröffentlichten DG-Jugendberichts.
- Austausch zum EU-Förderprogramm „Erasmus+".
- Austausch in Bezug auf die Evaluation des Jugenddekrets und den aktuellen Vorschlag des neuen Dekrettextes, welcher ab 2023 in Kraft treten soll.

Verantwortlich: Lena Pankert
Andreas Jung

Stand Dezember 2022:

- Am 15. Februar 2022 fand ein Austausch zwischen Yorick Pommée (FB KuJ), Lena Pankert (FB KuJ), Florian Domansky (LVR), Inga Ackermann (LVR) und Irene Engel (Jugendbüro) statt. Jugendspezifische TCAs (Training and Cooperation Activities im Rahmen des Erasmus+ Programms), die von der Nationalagentur Jugendbüro organisiert werden, werden zukünftig ebenfalls im Netzwerk des LVR beworben, um einen verstärkten Austausch der Jugendsozialarbeiter*innen zu ermöglichen. Erstmalig erfolgte dies bzgl. eines TCA zum Thema „Gaming" am 4./5. Mai in St. Vith LVR-seitig am 23.03.2022.
- Ein Austausch zur ab 2023 geltenden Struktur der „regionalen Jugendarbeit" in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie den Themenfeldern Jugendbeteiligung und Gesundheitsförderung junger Menschen wird für das Frühjahr 2023 anvisiert. Gleiches gilt für den Bereich der Selbstverwaltung und -organisation von Jugendgruppen im ländlichen Raum sowie zum Thema „Schutzkonzepte" sowie bzgl. einer möglichen Kooperation bei der Schulung von Fachkräften im Jugendbereich.
- Der zweite Jugendbericht zur Situation junger Menschen in Ostbelgien (mit dem Schwerpunkt „Wohlbefinden") wird im Oktober 2023 veröffentlicht. Die Kollegen des LVR werden zur Vorstellung des Jugendberichts eingeladen, sodass im Nachgang ein bilateraler Austausch hierzu erfolgt. Parallel dazu wird der LVR den ostbelgischen Kollegen die Ergebnisse der Studie „Neustart – Offene Kinder- und Jugendarbeit in Corona-Zeiten" zustellen.

3.4. Kinderarmut

Beschreibung: Vor dem Hintergrund des Armutsberichts der DG soll der Austausch zum Thema Kinderarmut fortgesetzt werden.

Verantwortlich: Karin Fatzaun
Andreas Jung, Alexander Mavroudis

Stand Dezember 2022:

Der Austausch wurde 2021/22 anlassbezogen fortgeführt.

4. Opferentschädigung

Beschreibung: Aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeitsstruktur sind die Aufgabenstellungen auf beiden Seiten nicht deckungsgleich. Gleichwohl soll der Kontakt und ein jährlicher Austausch fortgeführt werden, um bei der Aufgabenwahrnehmung im jeweiligen Ausland behilflich zu sein, z. B. wenn belgische Staatsbürger in Deutschland Opfer einer Gewalttat werden.

Verantwortlich: Diana Rauw
Peter Anders

Stand Dezember 2022:

In 2021 hat kein Treffen in Präsenz stattgefunden. Stattdessen gab es unterjährig Kontakte per E-Mail, wobei es um Fragen zum Leistungsumfang des OEG ging. Ein für Herbst 2022 geplantes Treffen in Eupen musste DG-seitig krankheitsbedingt abgesagt werden und soll 2023 nachgeholt werden.

5. Soziales/ Eingliederungshilfe

Beschreibung: Die DG möchte ihr Inspektionswesen (auf Seiten des LVR „Qualitätsprüfung) intern weiterentwickeln. Sie arbeitet gegenwärtig an einem Konzept zur Inspektion von Einrichtungen und Diensten für Menschen mit Behinderungen, so dass ein Erfahrungsaustausch für die DG von Interesse ist. Der LVR hat im Rahmen der BTHG-Projektstruktur ein internes Konzept entwickelt, das allerdings stark auf die Rahmenbedingungen in NRW fokussiert, die durch das Landesausführungsgesetz und den Landesrahmenvertrag gegeben sind. Im Rahmen einer Arbeitsgruppe der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Sozialhilfeträger wurde in 2020 eine Orientierungshilfe zum Thema entwickelt. Diese soll nach Veröffentlichung auch der DG zur Verfügung gestellt werden.

Verantwortlich: Joel Arens
Martina Krause

Stand Dezember 2022:

Die zum Thema „Inspektionswesen/Qualitätsprüfung" im Rahmen einer Arbeitsgruppe der Bundesarbeitsgemeinschaft der überörtlichen Träger der Sozialhilfe und Eingliederungshilfe entwickelte Orientierungshilfe wurde zwischenzeitlich der DG zur Verfügung gestellt und ist unter https://kurzelinks.de/ee4c abrufbar.

6. Mobilität und Digitalisierung

Beschreibung: Auf Seiten des LVR ist im Sommer 2019 ein neues eigenständiges Dezernat 6 „Digitalisierung, IT-Steuerung, Mobilität und technische Innovation" geschaffen worden, um der Bedeutung dieser Zukunftsfelder für ein modernes Verwaltungshandeln einen entsprechenden organisatorisch-strategischen Rahmen im Format einer Digitalen Agenda für den LVR zu geben. Auch die DG erstellt mit dem Projekt „Zukunft Digitalisierung" im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK III) einen Aktionsplan, der auf einer umfangreichen Bestandsaufnahme basiert. Darüber hinaus gibt es in der DG eine Arbeitsgruppe, welche sich mit der Digitalisierung von Verwaltungsabläufen befasst.
Es wird ein grundlegender Austausch zu nachfolgenden Punkten vereinbart:

- Digitale Kompetenzen: Aufbau und Vermittlung im Verwaltungsalltag
- Bildungsformate für die Digitale Transformation: eLearnings on demand
- Partizipations- und Kooperationsformate identifizieren: Wie miteinander in die Gestaltung kommen?
- Inklusion und Barrierefreiheit by Design: einen Beitrag zur Werteorientierung anstreben
- Arbeitsmodelle der Zukunft: „Mobiles Arbeiten, losgelöst von Raum und Zeit?"

Verantwortlich: Rita Bertemes, Tim Krott, Bruno Hick
Thomas Eichmüller (für IT-Themen), N. N. (für Mobilitätsthemen)

Stand Dezember 2022:

Auf Grund eines Zuständigkeitswechsels auf LVR-Seiten wurde der Austausch auf das Jahr 2023 verschoben.

7. Gesundheit

7.1. Kinder- und Jugendpsychiatrie

Beschreibung: Kinder und Jugendliche aus der DG, die an einer psychiatrischen Erkrankung leiden, benötigen angepasste Behandlungen in ihrer Muttersprache. Die Zusammenarbeit mit der LVR-Klinik Viersen wird fortgesetzt (u. a. Austausch zum Thema "Case-Management"). LVR-seitig besteht seitens sämtlicher LVR-Kliniken darüber hinaus Interesse an somatischen Kooperationskrankenhäusern für nicht-psychiatrische Fälle.

Auch an Hospitationen ist der LVR-Klinikverbund, insbesondere in Bezug auf alternative Behandlungsmethoden zur Vermeidung von Zwangsmaßnahmen, interessiert. Ein Austausch zwecks Kooperations- und Hospitationsmöglichkeiten zu den Themenfeldern „Jugendliche mit Abhängigkeitserkrankung" sowie „Kinder und Jugendliche mit psychischer Störung und Intelligenzminderung" wird vereinbart, unter dem Vorbehalt, dass der weitere Verlauf der Corona-Pandemie die dafür notwendigen Ressourcen nicht in anderer Weise bindet.

Verantwortlich: Karin Fatzaun, Sarah Paquet, Marion Wengenroth
Markus Brehmer, Christoph Weingarz

Stand Dezember 2022:

Das Arbeitsprogramm wurde an dieser Stelle so weitergeführt.

7.2. Erwachsenenpsychiatrie

Beschreibung: Die Partner setzen den Informationsaustausch auch im Bereich der Erwachsenenpsychiatrie fort; insbesondere wird ein berufsgruppenübergreifender, fachlicher und administrativer Austausch (Klärung der Frage der Kostenerstattung bei Behandlung von belgischen Staatsangehörigen) vereinbart, unter dem Vorbehalt, dass der weitere Verlauf der Corona-Pandemie die dafür notwendigen Ressourcen nicht in anderer Weise bindet. Von den Kliniken werden relevante Themenfelder und Schwerpunkte für den Austausch definiert (z.B. Viersen: psychische Störungen und Intelligenzminderung; Tagesklinik in St. Vith: Patienten mit Doppeldiagnosen; zudem Konzepte der Integrierten Versorgung, Umgang mit Zwang und Gewalt in der Psychiatrie, Konzepte der Personalentwicklung). Es erfolgt zudem eine gegenseitige Information über psychiatrische Fachveranstaltungen.

Verantwortlich: Sarah Paquet, Marion Wengenroth
Markus Bremer, Christoph Weingarz

Stand Dezember 2022:

Im Rahmen der Erwachsenenpsychiatrie wurde das Arbeitsprogramm so fortgeführt. Zuzüglich ist eine Zusammenarbeit in Punkto Sexualstraftäter besprochen worden. Folgende Themen stehen zur Diskussion: Gutachten – Behandlung und Begleitung – Schulungen/Weiterbildungen- Supervision als Unterstützung unserer Teams vor Ort. Die Konkretisierung dieser Zusammenarbeit wird im Jahr 2023 stattfinden.

7.3. Bereichsübergreifendes Projekt im Krankenpflegeschulbereich

Beschreibung: Auf Vorschlag der LVR-Stabsstelle EU-Angelegenheiten wird unter Berücksichtigung weiterer Prioritäten, insbesondere die Forcierung der Digitalisierung sowie die Umsetzung des Pflegeberufereformgesetzes, eine Bewerbung der LVR-Krankenpflegeschulen im EU-Förderprogramm Erasmus+ u. a. für einen Austausch mit den DG-Partnern geprüft.

Verantwortlich: Catherine Reinertz, Marion Wengenroth
Markus Bremer, Christoph Weingarz, Immanuel Baar

Stand Dezember 2022:

Im Falle eines positiven Prüfungsergebnisses, das für 2023 erwartet wird, ist vorgesehen, potentielle Austauschpartner*innen und -institutionen für die Pflegeschüler*innen auf Seiten der DG zu ermitteln.

7.4. Soziale Rehabilitation

Beschreibung: Ausgangspunkt war die seit Sommer 2019 bestehende sog. LVR-Europa-Projektförderung. Über diese Fördermöglichkeit waren auch die DG informiert worden. Daraufhin hatte das Psychiatrische Wohnheim in St. Vith sein Interesse an einem entsprechenden Austausch mit dem LVR bekundet. Nach Abstimmung innerhalb des Fachforums Soziale Rehabilitation der LVR-Kliniken hat dann die entsprechende Abteilung der LVR-Klinik Düren mit dem Psychiatrischen Pflegewohnheim St. Vith Kontakt aufgenommen.

Verantwortlich: Melanie Schröder (Psychiatrisches Pflegewohnheim vivias St. Vith)
Katharina Gawlak (LVR-Klinik Düren)

Stand Dezember 2022:

Der fachliche Austausch wurde intensiviert. In einem ersten Schritt wurden die für einen fachlichen Austausch relevanten Themenfelder geklärt. Die Beteiligten haben sich weiter darauf verständigt, den Austausch und die Hospitationen ressourcenorientiert zu planen und in einem mittelfristigen Zeitraum umzusetzen. Nach gegenseitigen Erstbesuchen im Mai und Juni 2022 wurde im Oktober 2022 eine erste gemeinsame Fortbildungsveranstaltung zum Thema „Austausch und Förderung fachlicher Standards in der Betreuung/Unterstützung von Menschen mit seelischen Beeinträchtigungen/Behinderungen in institutionellen Kontexten" in Düren durchgeführt. Darauf aufbauende Themen/Bedarfe für Fortbildungsveranstaltungen sollen für die Jahre 2023 und 2024 entwickelt werden. Eine Verstetigung gemeinsamer Fortbildungsveranstaltungen zur Förderung der fachlichen Ausrichtung könnten hieraus folgen. Thematisiert werden soll auch der Bereich „Pflegegeld für Senioren" sowie die Bewältigung des Personalmangels bzw. Fachkräftemangels.

8. Kultur

8.1. Museen

Beschreibung: Die Partner vereinbaren die Fortführung der Kooperationen im Bereich der Museumsbegutachtung und -beratung, z. B. bei der Einstufung der ostbelgischen Museen im Rahmen einer Expertenjury.

Die DG plant die Einrichtung eines zentralen Museumsdepots – ähnlich dem Depot des LVR-LandesMuseums (LVR-LMB) in Bonn im Jahr 2021 sollen der Austausch und die LVR-Archivberatung fortgeführt werden.

Die Museen in Ostbelgien planen einen jährliche stattfindenden Tag der Museen, terminlich orientiert am Tag der DG (15.11.). Hier könnte der LVR mit einbezogen werden.

Verantwortlich: Tatjana Cormann, Melanie Wirtz
Guido Kohlenbach (LVR-Fachbereich Regionale Kulturarbeit)
Prof. Michael Schmauder (LVR-LMB)

Stand Dezember 2022:

Bzgl. des Museumsdepots wurde der Austausch fortgeführt, momentan ist das Zeitfenster der Inbetriebnahme des Depots allerdings noch unklar.

8.2. Archäologie/Keramikforschung

Beschreibung: Das LVR-LandesMuseum Bonn verfolgt eine Projektmöglichkeit mit dem Titel: 'Bartmann goes global' – Frechen stoneware and the metamorphosis of an iconic object, its economic and cultural impact in the early modern period, c.1500–1750. Es geht um ein Projekt zu Bartmannkrügen mit den Universitäten Bonn und Tübingen und dem Museum of London in einer gemeinsamen Förderschiene des Arts and Humanities Research Council und der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

Verantwortlich: Audrey Olbertz, , Ralph Mennicken (Töpfereimuseum Raeren)
Prof. Michael Schmauder (LVR-LMB)

Stand Dezember 2022:

Das Töpfereimuseum Raeren hat auf Ersuchen des LVR-LMB einen Letter of Intent geschrieben. Im Falle einer Bewilligung ist vom Töpfereimuseum Raeren mit einer Unterstützung zu rechnen.

8.3. Industriekultur

Beschreibung: Das LVR-Industriemuseum plant ein gemeinsames Projekt mit dem Museum Vieille Montagne in Kelmis und dem Walcownia Muzeum Hutnictwa Cynku in Kattowitz. Es sollen Unterrichtsmaterialien für die Erwachsenenbildung zum Thema nachindustrieller Umgang mit ehemals zinkindustriell genutzten Flächen im internationalen Vergleich erstellt werden. Die Antragsstellung auf EU-Fördermittel erfolgt voraussichtlich noch im Laufe des Jahres 2021.

Verantwortlich: Melanie Wirtz, Céline Ruess (Museum Vieille Montagne Kelmis)
Dr. Burkhard Zeppenfeld (LVR-Imus)

Stand Dezember 2022:

Zu dem gemeinsamen Projekt im Rahmen von Erasmus+ wurde die Antragsarbeit wiederaufgenommen. Eine Antragstellung ist jetzt für 2023 vorgesehen

8.4. Bodendenkmalpflege

Beschreibung: Die DG ist ausschließlich begleitend bei Bauprojekten in archäologisch sensiblen Bereichen tätig und stellt Grabungsgenehmigungen aus. Indes werden weiterhin Mittel für Forschungs- und Grabungsbegleitung zur Verfügung gestellt. Im Falle von Beratungsbedarf wird wechselseitige Unterstützung zugesichert. Hospitationen sollen weiterhin durchgeführt werden.

Verantwortlich: Audrey Olbertz
Dr. Erich Claßen, Dr. Petra Tutlies (LVR-ABR)

Stand Dezember 2022:

Ein erster Bedarf für 2021 wurde bzgl. mittelalterlicher Mauer- und Gebäudestrukturen in St. Vith bekundet. Auch im Rahmen der Herstellung der archäologischen Karte ist die Fortführung des Austauschs erwünscht.

8.5. Digitales Kulturerbe/Regionale Kulturarbeit

Beschreibung: Die DG und der LVR bauen unabhängig voneinander Informationssysteme und Web-Portale zum Digitalen Kulturerbe auf, seitens des LVR nach strategischer Maßgabe der Digitalen Agenda 2025 des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege. Hierbei tauschen sich die Partner weiterhin regelmäßig aus und behalten im Auge, wo sich gemeinsame technische, semantische oder auch inhaltliche Lösungen zur Realisierung anbieten. Das gilt namentlich für KuLaDig (Kultur. Landschaft. Digital), das Wissensportal des LVR über die Historische Kulturlandschaft und das landschaftliche Kulturelle Erbe, dem inhaltlich besonders die LVR-Abteilung Kulturlandschaftspflege zuarbeitet.
Eine konkrete Zusammenarbeit beim Aufbau und der Pflege eines gemeinsamen Vokabulars zur Verschlagwortung der Inhalte der Informationssysteme wird fortgesetzt. Die DG nutzt das LVR-Wortnetz Kultur (WNK) und arbeitet in der LVR-Redaktion WNK mit. Die Kooperation von der DG und dem LVR-Archiv- und Fortbildungszentrum im Rheinland (LVR-AFZ) soll weiter ausgebaut werden. Seitens der DG wird eine Kooperation mit dem Staatsarchiv in Eupen angeregt.

Verantwortlich: Tatjana Cormann
Dr. Dagmar Hänel (Fachbereich Zentrale Dienste, Strateg. Steuerungsunterstützung), Torsten Böök (Abt. Digitales Kulturerbe), Dr. Martina Gelhar (Abt. Kulturlandschaftspflege), Dr. Mark Steinert (LVR-AFZ)

Stand Dezember 2022:

Die Zusammenarbeit zwischen DG und dem FB 92 ist abgeschlossen (betrifft: KuLaDig und WNK)

8.6. Medienkompetenz

Beschreibung: Seit Jahren besteht ein intensiver Austausch zwischen den Medienzentren NRW und dem Medienzentrum der DG, das nicht nur auf Schulen ausgerichtet ist, v.a. zum Thema Vermittlung der Medienkompetenz auch auf pädagogischer Ebene. Aufgrund der aktuellen Pandemie-Lage wurde mit dem Medienzentrum in Eupen verabredet, die Kooperation in angepasster Form und zum Teil zu einem anderen Zeitpunkt in 2021 fortzuführen:

- An jährlichen Netzwerktreffen der kommunalen Medienzentren (MZ) NRW nimmt mind. ein*e Vertreter*in des MZ teil.
- Der jährlich stattfindende grenzüberschreitende Fachaustausch zwischen den Medienzentren Eupen/der DG, dem Euregionalen Medienzentrum Aachen und dem LVR-Zentrum für Medien und Bildung (LVR-ZMB) wird fortgesetzt. Ein erster grenzüberschreitender Austausch zum Thema „Medien in der Kita - frühkindliche Medienförderung" zu dem das DG-Ministerium einlädt, soll 2022 durchgeführt werden. Die Vorbereitungen erfolgen 2021.
- Die Kooperation des LVR-ZMB-Service Bildungsmedien on Demand: EDMOND NRW mit der DG, die diesen Dienst für ihre Schulen über das MZ Aachen auch nutzt, wird fortgeführt.
- Das Thema Digitalisierung wird fortgeführt.
- Das Media- & GamesLab des LVR-ZMB lädt das MZ der DG zum Fachaustausch und zur Qualifizierungen nach Düsseldorf ein, um die Themen Coding/Programmieren und kreative Medienpraxis im schulischen und außerschulischen Kontext zu thematisieren.
- BIPARCOURS, die App von Bildungspartner NRW, einer vertraglichen Zusammenarbeit des LVR-Zentrums für Medien und Bildung, des LWL-Medienzentrums für Westfalen sowie des Ministeriums für Schule und Bildung NRW, wird im Rahmen der Kooperation vom Medienzentrum der DG für seine Arbeit mit Schulen genutzt. Ebenso stehen die Fortbildungsangebote zur pädagogischen Arbeit mit diesem digitalen Lernwerkzeug den Mitarbeitenden zur Verfügung.
- Bei der Entwicklung weiterer digitaler Angebote von Bildungspartner NRW, werden Kooperationen mit der DG rechtzeitig ausgelotet und nach Möglichkeit in wechselseitigem Interesse ausgebaut. Dies betrifft z. B. das BipaLab.NRW, eine neue digitale Plattform zur Vor- und Nachbereitung des Besuchs an einem außerschulischen Lernort.

Verantwortlich: Eliane Richter
Stefan Drewes (LVR-ZMB)

Stand Dezember 2022:

Das ZMB war mit dem MZ in Eupen übereingekommen, dass die Kooperation pandemiebedingt in 2021 in angepasster Form, teils online (hinsichtlich Tagungen, Fachaustausch) stattfand und teilweise im Rahmen des Arbeitsprogramms 2023/24 fortgeführt wird. Hinsichtlich der Nutzung der App Biparcours sowie entsprechender Online-Fortbildungen gab es keinerlei Einschränkung.

8.7. Denkmalpflege

Beschreibung: In Ostbelgien ist eine präventive/vorbeugende Denkmalpflege primäres Ziel. Die DG erstellt für Denkmaleigentümer*innen, alle fünf Jahre einen Zustandsbericht, wobei künftige Unterhaltungs- und Restaurierungsarbeiten aus Mitteln der DG gefördert werden. Ein Austausch zur Erarbeitung entsprechender Förderinstrumentarien wird vereinbart. Das LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland (LVR-ADR) lädt die Denkmalpfleger*innen der DG weiterhin zu seinen Tagungen (Kölner Gespräche) ein. Austausch und Beratung zwischen den Dienststellen erfolgen bei konkreten Objekten oder Einzelfällen und bei der laufenden Gutachtenerstellung.

Verantwortlich: Sabrina Goenen, Tatjana Corman
Dr. Andrea Pufke (LVR-ADR)

Stand Dezember 2022:

Fachrestauratorische Beratung erfolgte zum Umgang mit der Kunst am Bau: Kunstwerk aus Keramikfliesen aus dem 1980er Jahren von Jo Delahaut und großformatiger Wandteppich des Künstlers André Blank aus den 1970er Jahren, beide im Innenraum des Schwimmbades in Bütgenbach, Ortsteil Worriken installiert.

8.8. Regionalgeschichte

Beschreibung: 2014 wurde das Zentrum für Ostbelgische Geschichte (ZOG) gegründet. Aufgaben sind die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte Ostbelgiens sowie die breite Vermittlung der Geschichtsforschung durch Publikationen, Ausstellungen, Vorträge, Website etc.

Verantwortlich: Tatjana Cormann, Nicholas Williams (ZOG)
Dr. Helmut Rönz

Stand Dezember 2022:

Die Prüfung einer Vereinbarung bzgl. einer Kooperation des LVR mit dem ZOG, z. B. im Kontext eines außerschulischen Lernortes, ist bislang noch nicht abgeschlossen.

8.9. Immaterielles Kulturerbe

Beschreibung: Eine Expert*innenjury der DG nimmt die inhaltliche Begutachtung von fortlaufend gestellten Anträgen zur Aufnahme des immateriellen Kulturerbes in das Verzeichnis der DG vor. Die Partner kommen darin überein, dass der LVR bei Bedarf eine*n Expert*in in die Jury entsendet.

Verantwortlich: Melanie Wirtz
Guido Kohlenbach (LVR-Fachbereich Regionale Kulturarbeit)
Dr. Helmut Rönz (LVR-ILR)

Stand Dezember 2022:

Im Rahmen des Arbeitsprogramms 2023/24 wurde die Möglichkeit, auf eine*n Expert*in zurückzugreifen genutzt. Diese Zusammenarbeit soll auch weiterhin fortgeführt werden.

8.10. Vernetzung

Beschreibung: Beim LVR besteht Interesse, bzgl. geeigneten Marketings und Strategien der Öffentlichkeitsarbeit mit der DG ins Gespräch zu kommen. Der Fokus soll auf den Netzwerkprojekten des LVR liegen und deren touristische Vermarktung im dt.-belgischen Grenzraum. Die Netzwerkprojekte eignen sich auch als außerschulischer Lernort für die ost-belgischen Schulen. Voraussichtlich im Frühjahr 2022 soll das Förderprogramm der DG „Kultur macht Schule" evaluiert und dann um besondere Partnerschaften erweitert werden. Eine Aufnahme von ein bis zwei LVR-Museen bzw. Netzwerkpartnern in das Schulprogramm "Kultur macht Schule" ist geplant.

Verantwortlich: André Schmatz (FBL Kultur und Jugend)
Dr. Dagmar Hänel (Fachbereich Zentrale Dienste, strategische Steuerungsunterstützung); Ulrike Kessing und Stephanie Buchholz (Abt. Strategische Planung und Netzwerksteuerung)

Stand Dezember 2022:

Für das Jahr 2021 wurde im Programmheft „Kultur macht Schule" eine Anzeige der LVR-Museen geschaltet. Nach erfolgreicher Evaluation im Frühjahr 2022 soll das Förderprogramm der DG „Kultur macht Schule" ab 2023 um besondere Partnerschaften in Bezug auf den LVR erweitert werden. Es kann künftig im direkten Dialog evaluiert werden. Künstleraustausche und Partnerregionen im Bereich der Kunstszene sowie das Kulturmobil zur Bewerbung der Museen im LVR und in der DG sind weitere Vernetzungsmöglichkeiten.

Anlage II

Landschaftsverband Rheinland - Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens

Arbeitsprogramm 2023-2024

In Ausführung der Gemeinsamen Erklärung zur Zusammenarbeit zwischen dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) und der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens (DG) vom 04. Mai 2006, erneuert am 06. Mai 2022, ist der in Punkt VIII der Gemeinsamen Erklärung vorgesehene Arbeitsausschuss am 22. September 2022 in einer Arbeitssitzung in Eupen zusammengetroffen und hat das vorliegende Arbeitsprogramm für die Jahre 2023 und 2024 vereinbart:

Stand der redaktionellen Aktualisierung: 19.01.2023

1. Themenübergreifende Maßnahmen

1.1. Hospitationen

Beschreibung: Um das wechselseitige Verständnis zu fördern und zu einem kontinuierlichen Wissenstransfer beizutragen, sind gegenseitige Hospitationen sehr hilfreich. Im Einzelfall und nach Bedarf werden Länge, Einsatzort und Aufgaben definiert. Mögliche Hospitationsangebote werden in beiden Organisationen festgelegt und in geeigneter Weise publik gemacht bzw. den Mitarbeitenden vorgeschlagen. Beide Seiten waren aufgrund der pandemischen Gesamtsituation für 2021/2022 übereingekommen, dass Hospitationen in diesem Zeitraum nicht möglich waren. Das 1. HJ 2023 soll daher dazu dienen, perspektivisch konkreter zu planen sowie sich einen Überblick zu jeweils geeigneten und gewünschten Hospitationsorten zu verschaffen, sodass in der Folge Hospitationen detailliert geplant und umgesetzt werden können. Der Austausch soll insbesondere auch mit Blick auf Hospitationsmöglichkeiten in den Außendienststellen geplant werden. Beide Seiten prüfen zudem, über welche jeweiligen internen Veranstaltungs- und Informationsformate die gegenseitigen Hospitationsmöglichkeiten noch stärker unter den Mitarbeitenden beworben werden können.

Verantwortlich: Nathalie Miessen, Janina Vomberg
Dr. Kristina Bösel, Ira Kontosis

1.2. Organisationsentwicklung/Pandemie-Bekämpfung

Beschreibung: Mit Blick auf die grundlegende Bedeutung von organisationalen Aspekten beim Umgang mit der Corona-Pandemie und den sich hieraus ergebenden Folgeentwicklungen (Stichwort „neue Arbeitswelten") verständigen sich die zuständigen Partner*innen darauf, sich diesbezüglich im Rahmen des neuen Arbeitsprogramms 2023/24 auch auf diesem Themenfeld verstärkt auszutauschen.

Verantwortlich: Christine Bernrath
Daniel Wörmann, Dr. Ines Läufer

1.3. Europa- und internationale Angelegenheiten/ Akquise und Management von EU-Fördermitteln

Beschreibung: Es wird vereinbart, sich weiterhin zu Europa- und internationalen Angelegenheiten [u. a. In-House-Beratung/Akquise/Management von EU-Fördermitteln (u. a. INTERREG-Projekte im Rahmen der grenzüberschreitenden Kooperation), zu Möglichkeiten konzertierter Lobbyarbeit in Brüssel (u. a. durch gemeinsame Adressierung der MdEP aus dem Rheinland und Ostbelgien)] und zu weiteren Querschnittsthemen wie z. B. den Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auszutauschen. Dazu kann ebenfalls ein Austausch/eine Veranstaltung in Brüssel organisiert werden. Weiterhin geplant ist auch die Integration von ostbelgischen Nachwuchskräften im LVR-Fortbildungsformat des EU-Azubi-Gipfels.

Verantwortlich: Sophie Derichs, Janina Vomberg, Luca Haas, Felix Miessen, themenabhängig weitere Personen aus dem MDG, wie z.B. Armand Meys oder Lena Pankert für Jugend
Dr. Birgit Stermann, Florian Domansky

1.4. Inklusion

Beschreibung: Bezüglich der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Bereich Inklusion wird eine Fortsetzung des bestehenden wechselseitigen Austauschs zwischen der Dienststelle für Selbstbestimmtes Leben der DG und der LVR-Stabsstelle Inklusion und Menschenrechte vereinbart. Ein Informationsaustausch zum im Projektstatus befindlichen LVR-Konzept der Integrierten Beratung soll im 1 HJ 2023 stattfinden. Zudem wäre für den LVR ein Austausch über die Einführung von sogenannten „Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber", die in Deutschland nach § 185a SGB IX als neue Leistung des Teilhabestärkungsgesetzes ab dem 1.1.2022 vorgesehen sind, von Interesse.

Verantwortlich: Guillaume Paquay
Bernd Woltmann, Christoph Beyer

2. Schule

2.1. Kooperation der Förderschulen

Beschreibung: Die Kooperation zwischen förderpädagogischen Ausbildungsstätten hängt von der jeweiligen Trägerschaft ab. Das Ministerium ist für die Organisation aller Förderschulen in Ostbelgien zuständig, der LVR ist Träger von Förderschulen mit unterschiedlichen Förderschwerpunkten. Die Partner halten daran fest, ihre förderpädagogischen Ausbildungsstätten im Interesse der betroffenen schulpflichtigen Förderschüler*innen gegenseitig im Bedarfsfall zu öffnen. Die Rahmenbedingungen der für einen reibungslosen Schulübergang erforderlichen Dokumentation sollen optimiert werden. Explizit wird ein Austausch zu den Schulzentren für Förderpädagogik in Ostbelgien vereinbart. Gleiches gilt auch für den pflegerischen Bereich an Förderschulen. Weitergehende Vertiefungstreffen in Präsenz werden pandemiebedingt auf das 1. HJ 2023 vertagt.

Verantwortlich: Genevieve Simonis-Pelzer, Doris Falkenberg, Catherine Reinertz
Wilfried Kölzer, Kirsten Kaukorat, Dr. Andrea Weidenfeld

2.2. Austausch über (neue) Schulmodelle

Beschreibung: Es erfolgt eine Intensivierung des Austausches über neue Schulmodelle und zu Konzepten zur erfolgreichen schulischen Inklusion. Dies schließt auch den Austausch von Pflegekräften und Schulpsycholog*innen zu den beiderseits der Grenze verwendeten Behandlungsmethoden und

Unterrichtsmaterialen sowie den Erfahrungsaustausch zur LVR-Inklusionspauschale und den Informationen bzgl. der im LVR politisch beschlossenen systemorientierten Unterstützung schulischer Inklusion ein, die ein Lotsensystem für ratsuchende Eltern vorsieht. Weitergehende Vertiefungstreffen in Präsenz werden pandemiebedingt auf das 1. HJ 2023 vertagt.

Im Zuge dessen sind u. a. ein Austausch und etwaige Hospitationen bzgl. der laufenden Planungen des sog. DG-Dekrets für Schüler*innen, die im Ausland leben, vorgesehen. Auch die Schülerbeförderung soll 2023/2024 einen neuen Themenschwerpunkt bilden.

Verantwortlich: Genevieve Simonis-Pelzer, Doris Falkenberg, Catherine Reinertz
Wilfried Kölzer, Kirsten Kaukorat, Dr. Andrea Weidenfeld

3. Jugend/Jugendhilfe

3.1. Jugendhilfe

Beschreibung: Die Zusammenarbeit zwischen den Fachbereichen Jugendhilfe der DG und des LVR wird fortgesetzt:

- Gemeinsame Nachbereitung der Fachtagung im November 2022 zur Umstellung von der Brüssel IIa-Verordnung auf die Brüssel IIb-Verordnung;
- Planung eines großen Arbeitskreises „grenzüberschreitende Zusammenarbeit" für 2023; Themenfestlegung erfolgt später im Jahr;
- Fachlicher Austausch über innovative Ansätze und Möglichkeiten des voneinander Lernens durch gegenseitige Besuche;
- Fortbildungsangebote aus dem Bereich Soziale Dienste können vom Fachbereich Jugendhilfe in Anspruch genommen werden;
- Fortführung der Kooperation in trilateraler Form durch Berücksichtigung auch der niederländischen Gemeinden in Süd-Limburg;
- Fortsetzung des kontinuierlichen Austauschs und der konstruktiven Kooperation in der Steuerungsgruppe „grenzüberschreitende Zusammenarbeit", die mindestens dreimal pro Jahr zur Beratung/Abstimmung tagt.

Verantwortlich: Karin Fatzaun, Yanaël Pommé
Andreas Jung, Sabine Lehmann

3.2. Jugendarbeit

Beschreibung: Die Partner setzen den erfolgreichen Fachaustausch zur Jugendarbeit fort. Ein Schwerpunkt soll auf der offenen Jugendarbeit liegen. Der Austausch zur wissensbasierten Jugendarbeit auf Basis des 2018 erstmalig veröffentlichten DG-Jugendberichts, wird fortgesetzt. Es soll darüber hinaus ein Austausch in Bezug auf die Evaluation des Jugenddekrets sowie zum aktuellen Vorschlag des neuen Dekrettextes, der ab 2023 in Kraft treten soll, und zum EU-Förderprogramm „Erasmus+" stattfinden.

Jugendspezifische TCAs (Training and Cooperation Activities im Rahmen des Erasmus+ Programms), die von der Nationalagentur Jugendbüro organisiert werden, werden zukünftig ebenfalls im Netzwerk des LVR beworben, um einen verstärkten Austausch der Jugendsozialarbeiter*innen zu ermöglichen.

Ein Austausch zur ab 2023 geltenden Struktur der „regionalen Jugendarbeit" in der Deutschsprachigen Gemeinschaft sowie den Themenfeldern Jugendbeteiligung und Gesundheitsförderung junger Menschen wird für 2023 anvisiert. Gleiches gilt für den Bereich der Selbstverwaltung und -organisation von Jugendgruppen im ländlichen Raum sowie zum Thema „Schutzkonzepte" sowie bzgl. einer möglichen Kooperation bei der Schulung von Fachkräften im Jugendbereich.

Der zweite Jugendbericht zur Situation junger Menschen in Ostbelgien (mit dem Schwerpunkt „Wohlbefinden") wird im Oktober 2023 veröffentlicht. Die Kolleg*innen des LVR werden zur Vorstellung des Jugendberichts eingeladen, sodass im Nachgang ein bilateraler Austausch hierzu erfolgen kann. Parallel dazu wird der LVR den ostbelgischen Kolleg*innen die Ergebnisse der Studie „Neustart – Offene Kinder- und Jugendarbeit in Corona-Zeiten" zukommen lassen.

Verantwortlich: Lena Pankert
Andreas Jung

3.3. Kinderarmut

Beschreibung: Vor dem Hintergrund des Armutsdekrets der DG soll der Austausch zum Thema Kinderarmut neu initiiert werden und es soll gegenseitig über aktuelle Entwicklungen auf beiden Seiten informiert werden. Hierbei soll unter anderem konkret die Verfassung des Armutsdekrets der Deutschsprachigen Gemeinschaft thematisiert werden. Die LVR-Koordinationsstelle Kinderarmut berichtet ihrerseits über Entwicklungen im Rheinland.

Verantwortlich: Céline Zimmermann
Andreas Jung, Alexander Mavroudis

4. Opferentschädigung

Beschreibung: Aufgrund der unterschiedlichen Zuständigkeitsstruktur sind die Aufgabenstellungen auf beiden Seiten nicht deckungsgleich. Gleichwohl soll der Kontakt und Austausch fortgeführt werden, um bei der Aufgabenwahrnehmung im jeweiligen Ausland zu unterstützen, z. B. wenn belgische Staatsbürger*innen in Deutschland Opfer einer Gewalttat werden.

Verantwortlich: Diana Rauw
Peter Anders

5. Soziales/ Eingliederungshilfe

Beschreibung: Die DG möchte ihr Inspektionswesen (auf Seiten des LVR „Qualitätsprüfung) intern weiterentwickeln. Sie arbeitet gegenwärtig an einem Konzept zur Inspektion von Einrichtungen und Diensten für Menschen mit Behinderungen, so dass ein Erfahrungsaustausch für die DG von Interesse ist.

Verantwortlich: Guillaume Paquay
Martina Krause

6. Mobilität und Digitalisierung

Beschreibung: Auf Seiten des LVR ist im Sommer 2019 ein neues eigenständiges Dezernat 6 „Digitalisierung, IT-Steuerung, Mobilität und technische Innovation" geschaffen worden, um der Bedeutung dieser Zukunftsfelder für ein modernes Verwaltungshandeln einen entsprechenden organisatorisch-strategischen Rahmen im Format einer Digitalen Agenda für den LVR zu geben. Auch die DG erstellt mit dem Projekt „Zukunft Digitalisierung" im Rahmen des Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK III) einen Aktionsplan, der auf einer umfangreichen Bestandsaufnahme basiert. Darüber hinaus gibt es in der DG eine Arbeitsgruppe, welche sich mit der Digitalisierung von Verwaltungsabläufen befasst. Es wird daher ein Austausch zu nachfolgenden Punkten vereinbart:

- Digitale Kompetenzen: Aufbau und Vermittlung im Verwaltungsalltag
- Bildungsformate für die Digitale Transformation: eLearnings on demand
- Partizipations- und Kooperationsformate identifizieren: Wie miteinander in die Gestaltung kommen?
- Inklusion und Barrierefreiheit by Design: einen Beitrag zur Werteorientierung anstreben
- Arbeitsmodelle der Zukunft: „Mobiles Arbeiten, losgelöst von Raum und Zeit?"

Beide Seiten arbeiten im Rahmen der formulierten Punkte intensiv an der Digitalisierung ihrer Verwaltung und der Kundenservices und vereinbaren, sich im Bedarfsfall wechselseitig zu informieren. Darüber hinaus arbeitet der Fachbereich Medien, Sport, Tourismus an der so genannten Digitalstrategie für die Deutschsprachige Gemeinschaft. Nach Fertigstellung und Verabschiedung durch die Regierung wird der Text zur Information an den LVR geschickt. Digitalisierung ist ebenfalls ein Querschnittsthema im aktuellen Zukunftskonzept Ostbelgien Leben 2040, welches sich ebenfalls in der Entwicklung befindet.

Verantwortlich: Rita Bertemes, Tim Krott, Bruno Hick
Thomas Eichmüller (für IT-Themen), Dr. Monika Pavetic
(für Mobilitätsthemen)

7. Gesundheit

7.1. Kinder- und Jugendpsychiatrie

Beschreibung: Kinder und Jugendliche aus der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die an einer psychiatrischen Erkrankung leiden, benötigen angepasste Behandlungen in ihrer Muttersprache. Die Zusammenarbeit mit der LVR-Klinik Viersen wird deshalb fortgesetzt (u. a. Austausch zum Thema "Case-Management" oder zur Rehabilitation im Bereich Sucht).

LVR-seitig besteht seitens sämtlicher LVR-Kliniken darüber hinaus Interesse an somatischen Kooperationskrankenhäusern für nicht-psychiatrische Fälle. Auch an Hospitationen ist der LVR-Klinikverbund, insbesondere in Bezug auf alternative Behandlungsmethoden zur Vermeidung von Zwangsmaßnahmen, interessiert. Ein Austausch zwecks Kooperations- und Hospitationsmöglichkeiten zu den Themenfeldern wird vereinbart.

Verantwortlich: Karin Fatzaun, Julia Hepp
Markus Brehmer, Christoph Weingarz

7.2. Erwachsenenpsychiatrie

Beschreibung: Die Partner setzen den Informationsaustausch auch im Bereich der Erwachsenenpsychiatrie fort; insbesondere wird ein berufsgruppenüber greifender, fachlicher und administrativer Austausch (Klärung der Frage der Kostenerstattung bei Behandlung von belgischen Staatsangehörigen) vereinbart.

Von den Kliniken werden relevante Themenfelder und Schwerpunkte für den Austausch definiert (z.B. Viersen: psychische Störungen und Intelligenzminderung; Tagesklinik in St.Vith: Patient*innen mit Doppeldiagnosen; zudem Konzepte der Integrierten Versorgung, Umgang mit Zwang und Gewalt in der Psychiatrie, Konzepte der Personalentwicklung; Beratungs- und Therapiezentrum: Sexualstraftäter). Es erfolgt zudem eine gegenseitige Information über psychiatrische Fachveranstaltungen.

Verantwortlich: Julia Hepp
Markus Brehmer, Christoph Weingarz

7.3. Soziale Rehabilitation

Beschreibung: Ausgangspunkt war die seit 2019 bestehende sog. LVR-Europa-Projektförderung. Über diese Fördermöglichkeit wurde auch die DG informiert.

Daraufhin hatte das Psychiatrische Wohnheim in St. Vith sein Interesse an einem entsprechenden Austausch mit dem LVR bekundet. Nach Abstimmung innerhalb des Fachforums Soziale Rehabilitation der LVR-Kliniken hat dann die entsprechende Abteilung der LVR-Klinik Düren mit dem Psychiatrischen Pflegewohnheim St. Vith Kontakt aufgenommen.

Nach gegenseitigen Erstbesuchen im 1. HJ 2022 hat im Oktober 2022 ein erstes gemeinsames Fortbildungsseminar zum Thema „Austausch und Förderung fachlicher Standards in der Betreuung/Unterstützung von Menschen mit seelischer Beeinträchtigungen/Behinderungen in institutionellen Kontexten" in Düren stattgefunden.

Darauf aufbauende Themen/Bedarfe für Fortbildungsveranstaltungen sollen für die Jahre 2023 und 2024 entwickelt werden. Eine Verstetigung gemeinsamer Fortbildungsveranstaltungen zur Förderung der fachlichen Ausrichtung könnten hieraus folgen. Thematisiert werden soll auch der Bereich „Pflegegeld für Senioren" sowie die Bewältigung des Personalmangels bzw. Fachkräftemangels.

Verantwortlich: Melanie Schröder (Psychiatrisches Pflegewohnheim vivias St. Vith)
Katharina Gawlak (LVR-Klinik Düren)

7.4. Bereichsübergreifendes Projekt im Krankenpflegeschulbereich

Beschreibung: Auf Vorschlag der LVR-Stabsstelle Europangelegenheiten wird unter Berücksichtigung weiterer Prioritäten, insbesondere die Forcierung der Digitalisierung sowie die Umsetzung des Pflegeberufereformgesetzes und eine Bewerbung der LVR-Krankenpflegeschulen im EU-Förderprogramm Erasmus+ u. a. für einen Austausch mit den DG-Partnern geprüft. Im Falle eines positiven Prüfungsergebnisses ist vorgesehen, potentielle Austauschpartner*innen und -institutionen für die Pflegeschüler*innen auf Seiten der DG zu ermitteln.

Verantwortlich: Catherine Reinertz
Markus Brehmer, Christoph Weingarz, Dr. Immanuel Baar

7.5. Vernetzung und Digitalisierung

Beschreibung: Die Deutschsprachige Gemeinschaft baut aktuell ein Netzwerk im Bereich Psychiatrie auf. Dabei ist es auch wichtig, unterstützende Maßnahmen zu ergreifen, die die multidisziplinäre Zusammenarbeit unterstützen z.B. durch digitale Anwendungen. Der LVR und die Deutschsprachige Gemeinschaft werden gemeinsam relevante Themenfelder und Schwerpunkte für einen Austausch oder eine Kooperation definieren.

Verantwortlich: Julia Hepp
Katharina Gawlak (LVR-Klinik Düren)
Markus Brehmer, Christoph Weingarz

8. Kultur

8.1. Museen

Beschreibung: Die Partner vereinbaren die Fortführung der Kooperationen im Bereich der Museumsbegutachtung und -beratung, z. B. bei der Einstufung der ostbelgischen Museen im Rahmen einer Expertenjury.

Die DG plant die Einrichtung eines zentralen Museumsdepots – ähnlich dem Depot des LVR-LandesMuseums (LVR-LMB) in Bonn; momentan ist das Zeitfenster der Inbetriebnahme des Depots allerdings noch unklar. Im Jahr 2023 sollen der Austausch hierzu und die LVR-Archivberatung fortgeführt werden. Die Museen in Ostbelgien planen einen jährlichen stattfindenden Tag der Museen, terminlich orientiert am Tag der DG (15.11.). Hier könnte der LVR mit einbezogen werden.

Verantwortlich: Tatjana Cormann, Melanie Wirtz, Jörg Vomberg
Guido Kohlenbach (LVR-Fachbereich Regionale Kulturarbeit)
Prof. Michael Schmauder (LVR-LMB)

8.2. Archäologie/Keramikforschung

Beschreibung: Das LVR-LandesMuseum Bonn verfolgt eine Projektmöglichkeit mit dem Titel: 'Bartmann goes global' – Frechen stoneware and the metamorphosis of an iconic object, its economic and cultural impact in the early modern period, c.1500–1750. Es geht um ein Projekt zu Bartmannkrügen mit den Universitäten Bonn und Tübingen und dem Museum of London in einer gemeinsamen Förderschiene des Arts and Humanities Research Council und der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Das Töpfereimuseum Raeren hat auf Ersuchen des LVR-LMB einen Letter of Intent geschrieben. Im Falle einer Bewilligung ist vom Töpfereimuseum Raeren mit einer Unterstützung zu rechnen.

Verantwortlich: Audrey Olbertz, Ralph Mennicken (Töpfereimuseum Raeren)
Prof. Michael Schmauder (LVR-LMB)

8.3. Industriekultur

Beschreibung: Das LVR-Industriemuseum plant ein gemeinsames Projekt mit dem Museum Vieille Montagne in Kelmis und dem Walcownia Muzeum Hutnictwa Cynku in Kattowitz. Es sollen Unterrichtsmaterialien für die Erwachsenenbildung zum Thema nachindustrieller Umgang mit ehemals zinkindustriell genutzten Flächen im internationalen Vergleich erstellt werden. Die Antragsstellung auf EU-Fördermittel erfolgt voraussichtlich 2023.

Verantwortlich: Melanie Wirtz, Céline Ruess (Museum Vieille Montagne Kelmis)
Dr. Burkhard Zeppenfeld (LVR-Imus)

8.4. Bodendenkmalpflege

Beschreibung: Die DG ist ausschließlich begleitend bei Bauprojekten in archäologisch sensiblen Bereichen tätig und stellt Grabungsgenehmigungen aus. Indes werden weiterhin Mittel für Forschungs- und Grabungsbegleitung zur Verfügung gestellt. Im Falle von Beratungsbedarf wird wechselseitige Unterstützung zugesichert. Hospitationen sollen weiterhin durchgeführt werden. Ein erster Bedarf wurde bzgl. mittelalterlicher Mauer- und Gebäudestrukturen in St. Vith bekundet. Auch im Rahmen der Herstellung der archäologischen Karte ist die Fortführung des Austauschs erwünscht.

Verantwortlich: Audrey Olbertz
Dr. Erich Claßen, Dr. Petra Tutlies (LVR-ABR)

8.5. Medienkompetenz

Beschreibung: Seit Jahren besteht ein intensiver Austausch zwischen den Medienzentren NRW und dem Medienzentrum der DG, das nicht nur auf Schulen ausgerichtet ist, v.a. zum Thema Vermittlung der Medienkompetenz auch auf pädagogischer Ebene. Aufgrund der derzeitigen Pandemie-Lage wurde mit dem Medienzentrum in Eupen verabredet, die Kooperation in 2023 wieder normal fortzuführen, u. a. bzgl. der bilateralen Tagung zur Medienbildung 2023.

An den jährlichen Netzwerktreffen der kommunalen Medienzentren (MZ) NRW nimmt mind. ein*e Vertreter*in des MZ teil. Zudem wird der jährliche stattfindende grenzüberschreitende Fachaustausch zwischen den Medienzentren Eupen/der DG, dem Euregionalen Medienzentrum Aachen und dem LVR-Zentrum für Medien und Bildung (LVR-ZMB) fortgesetzt.

Das Media- & GamesLab des LVR-ZMB lädt das MZ der DG zum Fachaustausch ein, um kreative Medienpraxis im schulischen und außerschulischen Kontext weiter zu entwickeln. Darüber hinaus wird die Kooperation des LVR-ZMB-Service Bildungsmediathek NRW mit der DG, die diesen Dienst für ihre Schulen über das MZ Aachen auch nutzt, fortgeführt und auf weitere Bereiche wie die der frühkindlichen Bildung ausgeweitet.

BIPARCOURS, die App von Bildungspartner NRW, einer vertraglichen Zusammenarbeit des LVR-Zentrums für Medien und Bildung, des LWL-Medienzentrums für Westfalen sowie des Ministeriums für Schule und Bildung NRW, wird im Rahmen der Kooperation vom Medienzentrum der DG für seine Arbeit mit Schulen genutzt. Ebenso stehen die Fortbildungsangebote zur pädagogischen Arbeit mit diesem digitalen Lernwerkzeug zur Verfügung.

Bei der Entwicklung weiterer digitaler Angebote vom Bildungspartner NRW werden Kooperationen mit der DG rechtzeitig ausgelotet und nach Möglichkeit in wechselseitigem Interesse ausgebaut. Dies betrifft z. B. das BipaLab.NRW, eine neue digitale Plattform zur Vor- und Nachbereitung des Besuchs an einem außerschulischen Lernort.

Verantwortlich: Eliane Richter
Stefan Drewes (LVR-ZMB)

8.6. Denkmalpflege

Beschreibung: In Ostbelgien ist eine präventive/vorbeugende Denkmalpflege primäres Ziel. Die DG erstellt für Denkmaleigentümer*innen, alle fünf Jahre einen Zustandsbericht, wobei künftige Unterhaltungs- und Restaurierungsarbeiten aus Mitteln der DG gefördert werden. Ein Austausch zur Erarbeitung entsprechender Förderinstrumentarien wird vereinbart.

Das LVR-Amt für Denkmalpflege im Rheinland (LVR-ADR) lädt die Denkmalpfleger*innen der DG weiterhin zu seinen Tagungen (Kölner Gespräche) ein. Austausch und Beratung zwischen den Dienststellen erfolgen bei konkreten Objekten oder Einzelfällen und bei der laufenden Gutachtenerstellung.

Verantwortlich: Sabrina Goenen, Tatjana Corman
Dr. Andrea Pufke (LVR-ADR)

8.7. Regionalgeschichte

Beschreibung: 2014 wurde das Zentrum für Ostbelgische Geschichte (ZOG) gegründet. Aufgaben sind die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte Ostbelgiens sowie die breite Vermittlung der Geschichtsforschung durch Publikationen, Ausstellungen, Vorträge, Website etc. Die Vereinbarung einer Kooperation des LVR mit dem ZOG, z. B. im Kontext eines außerschulischen Lernortes, wird 2023 geprüft.

Verantwortlich: Tatjana Cormann, Nicholas Williams (ZOG)
Dr. Helmut Rönz (LVR-ILR)

8.8. Kulturgüterschutz

Beschreibung: Bewegliche Kulturgüter können zum Schutz in das Verzeichnis der beweglichen Kulturgüter von außerordentlicher Bedeutung der Deutschsprachigen Gemeinschaft eingetragen werden. Auf Anfrage sind der LVR Expert*innen zur Verfügung stellen, die ein Gutachten zu den vorliegenden Anträgen erstellen können. Auch bei der Notfallplanung und -prävention für Archive wird eine grenzübergreifende Kooperation angestrebt.

Verantwortlich: Tatjana Cormann
Dr. Mark Steinert

8.9. Immaterielles Kulturerbe

Beschreibung: Eine Expert*innenjury der DG nimmt die inhaltliche Begutachtung von fortlaufend gestellten Anträgen zur Aufnahme des immateriellen Kulturerbes in das Verzeichnis der DG vor. Die Partner kommen darin überein, dass der LVR bei Bedarf eine*n Expert*in in die Jury entsendet. Diese bewährte Zusammenarbeit sollte auch weiterhin fortgeführt werden.

Verantwortlich: Melanie Wirtz
Guido Kohlenbach (LVR-Fachbereich Regionale Kulturarbeit)
Dr. Helmut Rönz (LVR-ILR)

8.10. Vernetzung

Beschreibung: Beim LVR besteht Interesse, bzgl. geeigneten Marketings und Strategien der Öffentlichkeitsarbeit mit der DG ins Gespräch zu kommen. Der Fokus soll auf den Netzwerkprojekten des LVR liegen und deren touristische Vermarktung im dt.-belgischen Grenzraum. Die Netzwerkprojekte eignen sich auch als außerschulischer Lernort für die ost-belgischen Schulen. Nach erfolgreicher Evaluation im Frühjahr 2022 soll das Förderprogramm der DG „Kultur macht Schule" ab 2023 um besondere Partnerschaften in Bezug auf den LVR erweitert werden. Es kann künftig im direkten Dialog evaluiert werden. Künstleraustausche und Partnerregionen im Bereich der Kunstszene sowie das Kulturmobil zur Bewerbung der Museen im LVR und in der DG sind weitere Vernetzungsmöglichkeiten.

Verantwortlich: André Schmatz (FBL Kultur und Jugend)
Dr. Dagmar Hänel (Fachbereich Zentrale Dienste, strategische Steuerungsunterstützung); Ulrike Kessing und Stephanie Buchholz (Abt. Strategische Planung und Netzwerksteuerung)

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Ergänzungsvorlage Nr. 15/1416/1

öffentlich

Datum: 02.05.2023
Dienststelle: OE 9
Bearbeitung: Frau Buchholz

Ausschuss für Inklusion	**01.06.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Europäische und internationale Kontakte und Projekte des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege

Kenntnisnahme:

Die aktuellen europäischen und internationalen Kontakte und Projekte im LVR-Dezernat Kultur und Landschaftliche Kulturpflege werden gemäß Vorlage Nr. 15/1416/1 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

D r. F r a n z

Worum geht es hier?

In leichter Sprache



Der LVR übernimmt viele wichtige Aufgaben
für die Kultur im Rheinland.
Zum Beispiel hat der LVR viele eigene Museen.

Der LVR möchte seine Kultur-Arbeit gut machen.
Darum tauscht sich der LVR mit vielen Personen und Projekten aus.
Mit Personen und Projekten aus Deutschland.
Und aus der ganzen Welt.

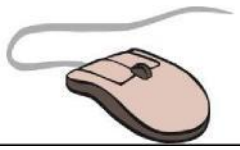
In dieser Vorlage berichtet der LVR
über die weltweite Zusammenarbeit im Jahr 2022.

Bei der Zusammenarbeit geht es auch um das Thema Inklusion.
Zum Beispiel arbeitet das Römer-Museum Xanten
in einer weltweiten Arbeitsgruppe mit.
Die Arbeitsgruppe diskutiert
über die Zugänglichkeit von historischen Orten.

Das LVR-LandesMuseum Bonn spricht regelmäßig
mit Menschen aus Finnland zum Thema Inklusion.



Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202.



Viele Informationen zum LVR in Leichter Sprache finden
Sie unter https://leichtesprache.lvr.de/.

Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung

Die Museen und Kulturdienste des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege verfügen über ein weit gespanntes Netz internationaler Kontakte. Regelmäßig kommen neue Kontakte und Projekte hinzu. Hierüber berichtet das Dezernat einmal jährlich. Die internationale Zusammenarbeit reicht von der Mitarbeit in Gremien und dem Engagement in Netzwerken über den wissenschaftlichen Austausch, die inhaltliche Ausgestaltung von Tagungen bis hin zu der Entwicklung und Realisierung mehrjähriger, teils (EU-)geförderter Projekte - analog wie digital.

Im Jahr 2022 richtete beispielsweise das LVR-Niederrheinmuseum Wesel die jährliche Mitgliederversammlung mit Kolloquium der Bundesgemeinschaft für deutsch-niederländische Zusammenarbeit e.V. aus. Beim Rheinischen Archivtag des LVR-Archiv- und Fortbildungszentrum referierte u. a. Anna Furman von der Stiftung und Holocaust-Gedenkzentrum Babyn Jar, Kiew, über die Situation des Kulturgutschutzes in der Ukraine.

Die Vorlage Nr. 15/1416 gibt einen Überblick über die wesentlichen Kontakte und Projekte im Jahr 2022.

Diese Vorlage berührt die Zielrichtung Nr. 4 (Den inklusiven Sozialraum mitgestalten) des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Begründung Vorlage Nr. 15/1416/1:

Europäische und internationale Kontakte und Projekte des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege

Die Vorlage Nr. 15/1416 wurde am 14.03.2023 vom Kulturausschuss zur Kenntnis genommen. Der Ausschuss für Inklusion hat die Vorlage als Ergänzungsvorlage Nr. 15/1416/1 in die nächste Sitzung am 01.06.2023 vertagt.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1416:

Europäische und internationale Kontakte und Projekte des LVR-Dezernates Kultur und Landschaftliche Kulturpflege

I. Ausgangssituation

Geschichte, Kunst und Kultur machen keinen Halt vor Landesgrenzen. Und so lässt sich auch die Arbeit der LVR-Museen und -Kulturdienste nicht alleine in den geografischen Grenzen einer Kommune, einer Region oder eines Bundeslandes denken. Ein selbstverständlicher Bestandteil des LVR-Dezernats Kultur und Landschaftliche Kulturpflege sind daher der Aufbau, die Pflege und die Gestaltung internationaler Kontakte und Projekte. Sie reichen vom einmaligen fachlichen Austausch bis hin zu festen institutionellen Kooperationen. Die internationale Zusammenarbeit entfaltet sich in Gremien- und Netzwerkarbeit, im wissenschaftlichen Austausch und der inhaltlichen Ausgestaltung von Tagungen bis hin zu einer Entwicklung und Realisierung mehrjähriger Projekte - analog wie digital. Immer wieder gelingt es den Museen und Kulturdiensten des LVR, an (EU-)geförderten Projekten mitzuwirken und diese zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen.

Im Jahr 2022 richtete beispielsweise das LVR-Niederrheinmuseum Wesel die jährliche Mitgliederversammlung mit Kolloquium der Bundesgemeinschaft für deutsch-niederländische Zusammenarbeit e. V. aus. Beim Rheinischen Archivtag des LVR-Archiv-und Fortbildungszentrum referierte u. a. Anna Furman von der Stiftung und Holocaust-Gedenkzentrum Babyn Jar, Kiew, über die Situation des Kulturgutschutzes in der Ukraine. Diesem Vortrag kam aufgrund der internationalen Lage höchste Bedeutung zu.

Auf Bitte der politischen Vertretung berichtet das LVR-Dezernat Kultur und Landschaftliche Kulturpflege einmal jährlich über seine neuen und aktuell laufenden internationalen Kontakte und Projekte.

Diese Vorlage stellt den Zeitraum von Januar bis Dezember 2022 vor. Dabei wird unterschieden zwischen binationalen und multinationalen Kontakten und Projekten.

Diese Vorlage berührt die Zielrichtung Nr. 4 (Den inklusiven Sozialraum mitgestalten) des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

II. Sachstand

Binationale Kontakte und Projekte

Belgien/Deutschsprachige Gemeinschaft

Das **LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland (LVR-ABR)** kooperiert im archäologisch-denkmalpflegerischen Bereich mit der Abteilung Kulturerbe und Archäologie im Ministerium für Kultur und Jugend der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG) in Eupen. Im Berichtsjahr besuchte die Assistentin Audrey Olbertz die Dienstelle in Nideggen und informierte sich über die regionale bodendenkmalpflegerische Arbeit.

Gemeinsam mit der Universität Gent (Tim Clerbaut) bereiten das LVR-ABR (Dr. Marion Brüggler) und der LVR-Archäologische Park Xanten (LVR-APX, Dr. Bernd Liesen und Dr. Armin Becker) ein Projekt zur Aufarbeitung der Grabungen in der Ziegelei des römischen Legionslagers „Vetera" in Xanten vor.

Die Referentin für Frühmittelalter des **LVR-LandesMuseums Bonn (LVR-LMB)** ist Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von „Mero Jewel 2.0". Weitere Projektbeteiligte sind die Museen für Geschichte und Kunst, Brüssel, die Universität Lüttich sowie das Belgian Science Policy Office. In diesem Zuge wurde die Antragstellung für „Belgian Research Action through Interdisciplinary Networks" begleitet. Dieses vierjährige Projekt erhielt Ende 2022 eine Bewilligung und nimmt seine Arbeit im April 2023 auf. Mit dem LVR-LMB Referat Frühmittelalter wird eine enge Zusammenarbeit zu Themen der Goldschmiedetechnik und der Herkunft von Steineinlagen erfolgen.

Das **LVR-Zentrum für Medien und Bildung (LVR-ZMB)** pflegt eine intensive Zusammenarbeit mit dem Medienzentrum der Deutschsprachigen Gemeinschaft (DG). Hierbei geht es um den Fachaustausch in den Bereichen Medienbildung sowie um die Bildungsmediathek NRW (Lizenzbeschaffungen in Abstimmung mit dem Euregionalen Medienzentrum Aachen). Im Kontext von Bildungspartner NRW betrifft dies außerdem die Nutzung der Biparcours-App.

Brasilien

Das **MiQua. LVR-Jüdisches Museum im Archäologischen Quartier Köln (MiQua)** hielt am 19.10.22 einen Vortrag im Museu Judaico in São Paulo. Dieser stellt den Beginn einer Kooperation über Kölner jüdische Migrant*innen nach São Paulo dar.

Bulgarien

Das **LVR-LMB** nahm vom 24.-28.10.22 an der 14. Konferenz des „International Committee for the Conservation of Mosaics" (ICCM) in Plovdiv (Plowdiw) teil. Hier erfolgte eine Präsentation des Projekts „Konservierung und Restaurierung des Bonner Medusen-Mosaiks (3. Jh. n. Chr.)", das aktuell in den Restaurierungswerkstätten des LVR-LMB bearbeitet wird.

Finnland

Über den Deutsch-Finnischen Verein für inklusive Kulturarbeit e.V. bestehen in Form von Online-Veranstaltungen regelmäßige Kontakte des **LVR-LMB** zu verschiedenen Kulturinstitutionen in Finnland zu Themen der Inklusion.

Frankreich

Der **LVR-APX** erhielt eine Kooperationsanfrage des Éveha - Bureau d'Études et de Valorisations archéologiques - Agence de Limoges, unterstützt durch die Kulturbeauftragte des Département Charente-Maritime. Es geht um Austausch, Beratung und ggf. Unterstützung bei der Bergung, Rekonstruktion und Inwertsetzung zweier römischer Wrackfunde in der Charente (Gem. Saintes).

Das **LVR-LMB** ist Partner im CELTIC GOLD-Projekt. Dieses zielt darauf ab, einen neuen Blick auf die westliche Latène-Kultur (5. Jh. bis 1. Jh. v. Chr.) durch das Studium der Produktion und des Konsums von Goldgegenständen zu werfen. Das LVR-LMB ist aufgrund seiner Expertise bei Fragen der antiken Herstellungstechnik vertreten. Zudem bilden die bekannten Fundkomplexe aus Waldalgesheim und Hambach Niederzier einen Schwerpunkt der Forschungen dieses deutsch-französischen Programms, das von der ANR (Agence nationale de la recherche) und der DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) unterstützt wird. Beteiligt sind: Université Toulouse, Musée Saint-Raymond, Toulouse, Musée d'Archéologie nationale – Domaine national de Saint-Germain-en-Laye, IRAMAT, Orléans, Römisch-Germanisches Zentralmuseum, Mainz und CEZ Archäometrie Mannheim.

Israel

Das **LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte (LVR-ILR)** nahm mit dem LVR-KULTURHAUS Landsynagoge Rödingen vom 08.-12.08.22 am World Congress of Jewish Studies in Jerusalem teil. Der Titel des Vortrags lautete „Presenting Jewish Life in the Rhineland in Times of a Pandemic".

Das **MiQua** ist mit der Stadt Köln (Michael Wiehen), der Open University of Israel (Dr. Neta Bodner) und der Bar Ilan University (Dr. Tzafrir Barzilay) an einem Forschungsprojekt zur mittelalterlichen Mikwe in Köln beteiligt. Geplanter Zeitrahmen ist von 2022-2025.

Im Hecht Museum an der Universität von Haifa sollen im Rahmen eines neuen Ausstellungsteils Biografien von deutschen Jüdinnen und Juden präsentiert werden, die nach Israel ausgewandert sind. Das **MiQua** ermittelt in Kooperation mit dem NS-DOK und der Monumenta Judaica, welche Biografien (auch aus der späteren Dauerausstellung des MiQua) für den neuen Ausstellungsteil „Yekes – Heritage of German-speaking Jewry" in Haifa geeignet sind.

Italien

Die Abteilung Restaurierung des **LVR-Amts für Denkmalpflege im Rheinland (LVR-ADR)** hat vom 17.-19.10.22 in Neapel mit einem Vortrag an der Tagung „Plastics Heritage 2022" an der Accademia di Belle Arti di Napoli mitgewirkt.

Japan

Tomoko Morimoto aus Tokio übernahm ehrenamtlich die Untertitelung von Filmen des **LVR-ILR** in die japanische Sprache. Frau Morimoto wurde auf die Filme im ILR-YouTube-Kanal aufmerksam.

Kanada

Gemeinsam mit dem NS-DOK ist das **MiQua** im November mit der Deutschen Botschaft in Ottawa (Kanada) eine Kooperation eingegangen. Hierbei wurden virtuelle Stadtführungen per Livestream für die kanadische Öffentlichkeit angeboten. Basis war die von NS-DOK und MiQua neu entwickelte App „Zwischen den Häusern". Die Führungen waren ein Veranstaltungsformat im Rahmen des Holocaust Education Month. Die Deutsche Botschaft hatte bislang „nur" Berlin im Angebot und ist an das MiQua herangetreten, um das Format auch auf weitere Städte auszuweiten.

Niederlande

Im Rahmen des UNESCO-Welterbes „Der Niedergermanische Limes" als Teil des UNESCO-Welterbes „Frontiers of the Roman Empire" kooperiert das **LVR-ABR** weiterhin mit den Niederlanden und Rheinland-Pfalz. Es übernimmt als Welterbebeauftragter für den Niedergermanischen Limes in NRW die Aufgaben in der deutsch-niederländischen Managementgruppe. Ein Aufgabenschwerpunkt bildete die Vorbereitung der periodischen Berichterstattung für die UNESCO. Das LVR-ABR hat sich in diesem Zusammenhang zudem intensiv in die Vorbereitung des Internationalen Limeskongress in Nimwegen eingebracht. Neben Vorträgen und Beiträgen einzelner Mitarbeitenden (Steve Bödecker, Dr. Marion Brüggler, Dr. Erich Claßen und Jens Wegmann) wurde eine Exkursion zu einzelnen Plätzen des Welterbes im Rheinland durchgeführt. Darüber hinaus hat Dr. Claßen in seiner Funktion als Vorsitzender der Deutschen Limeskommission am Treffen des Intergovernmental Committee (IGC) für die Welterbestätte „Grenzen des römischen Reichs" teilgenommen.

Bei der Aufarbeitung der Grabungen des neu entdeckten römischen Tempels in Herwen-Hemeling beraten Dr. Marion Brüggler und Steve Bödecker vom **LVR-ABR** das niederländische Team.

Die Abteilung Restaurierung, Werkstatt für organische Materialien des **LVR-ADR** steht im engen fachlichen Austausch mit dem Stichting Restauratie Atelier Limburg (SRAL) in Maastricht. Am 08.09.22 diente ein Besuch der niederländischen Kolleg*innen in Brauweiler der Diskussion über laufende Untersuchungs-, Ausbildungs- und Restaurierungsprojekte. Zudem fand ein Gegenbesuch von Mitarbeitenden des Amtes statt.

Das **LVR-ILR** kooperierte bei der internationalen Tagung „Die Großmacht Spanien im Rhein-Maas Raum von 1580 bis 1630. Niederländische und deutsche Perspektiven" vom 18.-19.11.22 in Roermond. Zudem zeichnete es verantwortlich für den bilingualen Veranstaltungsblog.

Im September wurde das Projekt „Limes und Legion. Die Wirkmächtigkeit römischer Militärpräsenz am Niedergermanischen Limes, Edition und Interpretation archäologischer Quellen" durch die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften und der Künste bewilligt. Hauptantragsteller ist Prof. Jan Bemmann (Abteilung Vor- und Frühgeschichtliche Archäologie, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn). Kooperationspartner sind Prof. Dr. Salvatore Ortisi (Provinzialrömische Archäologie, Ludwig-Maximilians-Universität München) und Prof. Michael Schmauder **(LVR-LMB)**. Ebenfalls am Projekt beteiligt ist Dr. Marinus Polak (Provinciaal-Romeinse Archeologie, Radboud Universiteit Nijmegen). Mit einer Laufzeit von 18 Jahren und einem Finanzvolumen von rund 10 Millionen Euro bietet das Projekt erstmals seit Beginn der Erforschung der Legionsstandorte die Chance, die archäologischen Funde und Befunde umfassend zu bearbeiten und zu edieren.
Das **LVR-Niederrheinmuseum Wesel (LVR-NRM)** ist Mitglied in der Bundesgemeinschaft für deutsch-niederländische Zusammenarbeit e.V. und richtete im September 2022 die jährliche Mitgliederversammlung mit Kolloquium in Wesel aus.

„Waar is de grens? Wo ist die Grenze?" ist ein niederländisch-deutsches Fotoprojekt mit anschließender Sonderausstellung, die 2022 auch im **LVR-NRM** gezeigt wurde. Das INTERREG-Projekt entstand mit der Provinz Limburg: Zwei Fotografen nahmen in ihrem jeweils eigenen Stil die Grenzregion in den Fokus. Die Ausstellung ist noch immer als Wanderausstellung unterwegs.

In Kooperation mit der Stadt Wesel und der VHS Wesel hat das **LVR-NRM** das bildungspolitische Vermittlungsangebot „Friedenslabor" nach Wesel geholt. In einem Container konnten vor allem junge Menschen Themen wie Demokratie, Toleranz und Integration selbst erarbeiten. Die Ausleihe dieses Angebots geht auf die Zusammenarbeit mit der Stichting Vredeseducatie *Democratiefabriek* DOEboek Burgerschap zurück.

Österreich

Mag.a Sabine Weigl vom Bundesdenkmalamt in Wien hospitierte für 2 Monate im **LVR-ADR**, in der Abteilung Inventarisation (07-08/2022). Zuvor absolvierte Dr. Gundula Lang eine dreimonatige Hospitation im Bundesdenkmalamt (0709/2020). Als Ergebnis des intensiven fachlichen Austauschs fand ein gemeinsamer Vortrag beim Architektursymposium „1972/2022 Monuments for future in practice #Reallabor (Nachkriegs-)Moderne – zum Umgang mit jungen Denkmalen" (17.-19.11.22) statt, der im Nachgang publiziert wurde.

Das **Archiv- und Fortbildungszentrum (LVR-AFZ)** beteiligte sich an einer Exkursion der Vereinigten Adelsarchive im Rheinland e.V. (VAR) nach Wien. Es erfolgte ein fachlicher Austausch und Archivführungen im Deutschordenszentral-Archiv in Wien sowie dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv. Weiterhin wurde eine Kooperation mit dem internationalen Konsortium ICARUS zur Online-Stellung von Urkundenbeständen der VAR sowie kleinerer rheinischer Kommunalarchive angebahnt.

Einen Vortrag über das Sprachportal „Dat Portal" des **LVR-ILR** hielt Dr. Charlotte Rein auf dem 7. Kongress der Internationalen Gesellschaft für Dialektologie des Deutschen e.V. (IGDD) in Salzburg.

Das **LVR-LMB** kooperierte und forschte im Stift Klosterneuburg zum Verduner Altar. Aufgrund seiner Arbeiten am Kölner Dreikönigenschrein wurde Frank Willer für Untersuchungen am Verduner Altar durch das Institut für Realienkunde des Mittelalters und der frühen Neuzeit (Salzburg) angefragt. Die Untersuchungen führte er gemeinsam mit Marina Westkamp (gleichfalls LVR-LMB) durch. Das Forschungsprojekt erfolgt in enger Kooperation mit den Universitäten Salzburg und Wien sowie der obersten Denkmalbehörde Österreichs. Die Ergebnisse werden im Mai 2023 im Rahmen einer internationalen Tagung vorgestellt.
Mit Vorträgen beteiligte sich das **LVR-LMB** (Thea Schuck und Susanne Domke) an der 25. Österreichischen Tagung der Restaurator*innen für archäologische Bodenfunde (07.–09.11.22) im Naturhistorisches Museum in Wien. Darüber hinaus wurde die Anbahnung einer Gesellschaft für Konservierung und Restaurierung archäologischer Kulturgüter in einem Workshop diskutiert.

Polen

Die Ausstellung „Arbeitersiedlung entlang der Seidenstraße" (02.07.21– 23.02.22) in der St. Antony-Hütte des **LVR-Industriemuseums Oberhausen (LVR-IMus)** entstand in Kooperation mit dem Kulturreferat Oberschlesien und dem Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen. Die Ausstellung mit Bildern des Düsseldorfer Fotografen Bernard Langerock zeigte Leben und Alltag in der Arbeitersiedlung Tong Yuanju in China, der Borsigsiedlung im polnischen Zabrze und der Siedlung Eisenheim in Oberhausen.

Schweiz

Das **LVR-ILR** ist der ERHFA (European Rural History Film Association) beigetreten. Diese unterhält zusammen mit dem Archiv zur Agrargeschichte, Bern, ein Online-Portal. Das Portal veröffentlicht landwirtschaftliche Filmdokumentationen des LVR-ILR.

Spanien

Vom 09.-14.05.22 unternahm Prof. Dr. Christoph Eger eine Dienstreise nach Mérida, um eine Wechselausstellung über das römische Mérida im Entdeckerforum des **LVR-APX** 2024 vorzubereiten. Es wurden Gespräche mit der Direktorin des Museo Nacional de Arte Romano geführt und ein Kooperationsgesuch auf den Weg gebracht.

Einen Vortrag hielt Dr. Kerstin Schierhold **(LVR-ILR)** auf der Tagung der European Megalithic Studies Group in Santiago de Compostela. Zudem erfolgte Netzwerkarbeit zum Thema geSCHICHTEN mit Schwerpunkt auf Vermittlung von archäologischem Kulturerbe im Gelände.

Die Stadtverwaltungen und die Museumsleitungen der europäischen Schneidwarenstädte haben sich vom 10.-12.06.22 in Madrid getroffen (Albacete Meeting), um eine engere Kooperation zu verabreden. Das **LVR-**

IMus wurde durch Nicole Scheda, Schauplatzleitung der Gesenkschmiede Hendrichs, Solingen, auf der Tagung vertreten.

Tschechien

Die Restaurierung des **LVR-ADR** war mit einem Vortrag auf einer Tagung an der Nationalgalerie Prag vertreten. Hierbei ging es um die Ausstellung „Kinetismus – 100 years of electricity in art" und einer vorangegangenen Beratung zur Restaurierung durch das LVR-ADR.

Ukraine

Vom 19.-20.09.22 war Vladyslav Schepachenko (Kharkiv) im **LVR-LMB** zu Gast. Herr Schepachenko schreibt seine Dissertation über römisches Glas in der Ukraine und erhielt einen Einblick in die reichen römischen Glasbestände des Landesmuseums (Dr. Jennifer Komp und Dr. Follmann) und in die Arbeit der Restaurierungswerkstatt (Ute Knipprath).

Ungarn

Das **MiQua** führt mit der „Budapest University of Technology and Economics" (Prof. Dr. Zsolt Vasáros) das mehrjährige Forschungsprojekt „Simulierende Rekonstruktionen Praetorium und Innenraumgestaltungen" durch.

USA

Die **Abteilung Strategische Planung und Netzwerksteuerung** (**92.30,** Stephanie Buchholz) organisierte eine mehrtägige Exkursion und fachlichen Austausch mit den Kolleg*innen von Rivers of Steel (Pittsburgh/Pennsylvania) im Ruhrgebiet. Stationen waren u. a. die Schauplätze des **LVR-IMus** Oberhausen.

Das **MiQua** kooperierte im Rahmen der Ausstellung „Shared History Project" mit dem Leo Baeck Institute/Indianapolis-Cologne Sister City Committee.

Vereinigtes Königreich (Schottland)

Das **LVR-LMB** kooperierte mit dem Nationalmuseum Schottland in Edinburgh bezüglich eines aus Bronze gegossenen und vergoldeten Beins aus Milsington. Im Zuge der Zusammenarbeit konnten nun Fragen zur Herstellungstechnik geklärt werden, die aufgrund vorangegangener Untersuchungen im Forschungsprojekt Römische Großbronzen am UNESCO Welterbe Limes gewonnen wurden.

Weiterhin erfolgte eine fachliche Kooperation des **LVR-LMB** (Holger Becker, Restaurator) mit dem National Museum of Edinburgh (Dr. Frazer Hunter). In einem Forschungs- und Konservierungsprojekt ging es um einen keltischen Schwertfund aus Euskirchen-Kuchenheim.

Multinationale Kontakte und Projekte

Am 31.05.22 endete der Förderzeitraum des EU-Projektes Projektes „Urban Links 2 Landscape" (UL2L) aus dem Programm Interreg Europe, für das der LVR mit der

Abteilung Kulturlandschaftspflege (91.20) die Leadpartnerschaft innehat. Das Projekt beschäftigt sich damit, wie Grünbereiche zwischen urbanen und ruralen Gebieten unter den Aspekten von Klimawandel, Ökonomie, Tourismus, Gesundheitsvorsorge und einer guten Nutzbarkeit durch die Bevölkerung gestaltet werden können.

Seit 2018 hatten neben dem LVR, Stadt- und Regionalverwaltungen aus England, Italien, Lettland, Schweden und Polen Maßnahmen für regionale Aktionspläne in den einzelnen Landesteilen entwickelt und bearbeitet. Die sehr erfolgreiche und gute Bearbeitung von UL2L durch den Leadpartner hat die Europäische Union in der Abschlussbestätigung hervorgehoben. Mit Hinweis auf die EU-Regularien wird die Kooperation mit den Projektpartnern sowie die Umsetzung der LVR-Maßnahmen aus dem Aktionsplan NRW inhaltlich fortgesetzt.

Die **Abteilung 92.30** bewarb sich erfolgreich auf eine einjährige, kostenlose Probemitgliedschaft des LVR-Dezernats Kultur und Landschaftliche Kulturpflege im europäischen Museumsnetzwerk NEMO (Network of European Museum Organisations). Die Museumspädagogik des **LVR-APX** (Lina Kunnen) ist infolgedessen Mitglied in der Arbeitsgruppe „The Learning Museum" geworden. Die Arbeitsgruppe untersucht Themen aus verschiedenen Bereichen der Vermittlung, Besucherforschung, des interkulturellen Dialogs und lebenslangen Lernens. Lina Kunnen hat an der Tagung der Arbeitsgruppe vom 09.-11.10.22 in Loulé, Portugal teilgenommen. Diese und weitere gesammelte Erfahrungen gehen in eine Prüfung auf dauerhafte Mitgliedschaft ein.

Zusammen mit dem LVR-Europabeauftragten (Florian Domansky) organisierte die **Abteilung 92.30** (Stephanie Buchholz) ein LVR-internes Seminar zum neuen EU-Förderprogramm „Interreg VI B ‚Nordwesteuropa'", das am 18.10.22 online stattfand.

Im Rahmen des Projektes „Roman Networks in the West" wurde durch das **LVR-ABR** (Steve Bödecker, Dr. Marion Brüggler, Eva Cott, Dr. Martin Grünewald, Dr. Petra Tutlies) und die Projektpartner (Universitäten Köln und Saarbrücken) die Online-Ringvorlesung zum Thema „Spätlatène-und frühkaiserzeitliche Archäologie" fortgeführt. Die Referent*innen kamen aus Deutschland, den Niederlanden, Österreich und Schottland.

Das **LVR-ABR** hat sich in die Arbeit des European Archaeological Council (EAC), einer alle Landesarchäologien der Mitgliedsstaaten des Europäischen Rates vereinenden Institution, eingebracht. Christine Wohlfarth und Dr. Leo Klinke steuerten Vorträge zum Tagungsthema „Archaeology and the Natural Environment" bei und werden Aufsätze für die Tagungspublikation einreichen. Ferner bereitet das LVR-ABR die nächstjährige Tagung des EAC in Bonn zum Thema „New Challenges – Archaeological Heritage Management and the Archaeology of the 18th to 20th centuries" vor.

Das **LVR-ABR** führte in Kooperation mit dem **LVR-LMB** und der Universität Tübingen vom 01.-02.12.22 eine Fachtagung unter dem Titel „Rhenish Stoneware. Local product – global player" in Präsenz und online durch. An der von der Fritz

Thyssen Stiftung geförderten Tagung nahmen Teilnehmende aus 17 Ländern teil. Die Referierenden kamen aus Deutschland, den Niederlanden, Belgien, Schweden, Großbritannien, Georgien, den Vereinigten Staaten, Südafrika und Neuseeland. Christoph Keller vom LVR-ABR beteiligte sich zudem mit einem Vortrag und Aufsatz. Die Tagung bezweckte den Ausbau des nationalen und internationalen Netzwerks im Forschungsfeld Keramik. Zudem diente sie der Vorbereitung eines Projektantrags mit dem MOLA – Museum of London und der Historischen Archäologie der Universität Tübingen in der gemeinsamen Förderschiene des The Arts and Humanities Research Council (AHRC) und der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG).

Die internationale Zusammenarbeit im Datenbank-Projekt „Marks on Art" wurde seitens der Abteilung Restaurierung des **LVR-ADR** fortgeführt. Zudem nahmen Marc Peez und Nora Schlag an den Projekttreffen am 24.04.22 in Den Haag und vom 7.-8.11.22 in Leuven teil.

Beim Rheinischen Archivtag des **LVR-AFZ** vom 24.-25.05.22 in Erkelenz referierte u. a. Anna Furman von der Stiftung und Holocaust-Gedenkzentrum Babyn Jar, Kiew, über die Situation des Kulturgutschutzes in der Ukraine. Zudem hielt Gilles Regener vom Nationalarchiv Luxemburg einen Vortrag zum Thema „Notfallbeauftragte: Kommunikationsgeschick und Kompetenzgerangel - (k)ein Erfahrungsbericht".

Das **LVR-AFZ** beschäftigt sich mit der Entwicklung und technischen Umsetzung eines E-Learning-Moduls zur Notfallvorsorge, Handeln im Schadensfall und Nachsorge für die Seite www.bestandserhaltung.eu. Beteiligt sind Partnerinstitutionen aus Deutschland, Luxemburg und den Niederlanden. Das bestehende Angebot wird aktuell erweitert. Im Jahr 2022 fanden regelmäßig Projekttreffen per Videokonferenz und mehrere Workshops in Präsenz bei einem der Partner statt. Das E-Learning-Modul wurde außerdem beim Internationalen Archivsymposion „Archive und Raumentwicklung" vom 01.03.06.22 in Luxemburg präsentiert. Weiterhin hielt das LVR-AFZ dort einen Fachvortrag „Die Katastrophe vom Juli 2021 und die Archive im Rheinland – Rettung, Konservierung – Wiederaufbau". Als Teil des Leitungskreises war das LVR-AFZ federführend an der Organisation des Symposions beteiligt.

Über die Mitgliedschaft des **LVR-AFZ** im Netzwerk KLOSTERLAND e.V. besteht ein europaweiter Austausch mit diversen Klosteranlagen mit Klostergärten, insbesondere in die Nachbarländer Niederlande und Polen. Unter anderem fand in 2022 eine Studienfahrt in die Niederlande statt.

Die Museumspädagogik des **LVR-APX** (Stephan Engelhard und Lina Kunnen) ist Teil einer neuen Arbeitsgruppe von ICOMOS-ICAHM (International Committee on Archaeological Heritage Management), die sich mit den Themen Zugänglichkeit und Barrierefreiheit (Universal Access) von archäologischen Welterbestätten befasst. Die Arbeitsgruppe hat sich im Jahr 2022 digital und im August zu einem Arbeitstreffen in Xanten getroffen.

Das **LVR-ILR** arbeitet an dem Interview- und Buchprojekt „Die Bonner Republik in Zeitzeugengesprächen" (Arbeitstitel). 2022 erfolgten u. a. Gespräche mit ehemaligen EU-Spitzenbeamtinnen und -beamten, etwa mit Dr. Monika Wulf-Mathies und Dr. Dr. h.c. Christian Patermann.

Das **LVR-ILR** nimmt an dem mehrjährigen Projekt „StadtRäume der Zwischenkriegszeit im Rheinland und in Europa 1918-1933" („Urban Spaces") teil. Am 13.08.22 führte es einen Studientag durch, der den Abschluss einer seit 2021 laufenden gemeinsamen Vortragsreihe bildete. Weiterhin ist es Mitglied im internationalen wissenschaftlichen Beirat und in diversen Arbeitsgruppen. Kooperierende Länder sind u. a. Polen, Slowenien, Frankreich, Großbritannien und Österreich.

Das **LVR-ILR** ist Mitglied in der internationalen Netzwerkgruppe „Historic Towns Atlases in Europe".

Das LVR-KULTURHAUS Landsynagoge Rödingen **(LVR-ILR)** feierte am 11.07.22 mit den kanadisch-jüdischen Nachfahren der Rödinger Ullmanns in der Synagoge Bat Mizwa. Die Nachkommen der Rödinger Ullmanns aus Argentinien, Kanada, Israel, den Niederlanden und Uruguay sind regelmäßig im Museum zu Gast.

Das **LVR-IMus** ist über die Direktion im Vorstand der European Route of Industrial Heritage (ERIH e.V.) vertreten.

Das **LVR-IMus** Tuchfabrik Müller in Euskirchen ist Mitglied im Vorstand der Industriemuseen in der Euregio Maas-Rhein e. V.

In Kooperation des **LVR-LMB** mit dem Team des Nobelpreisträgers für Medizin 2022, Svante Pääbo, erfolgte im Rahmen des multinationalen „Neandertal Gemome Project" die weitere genetische Erforschung von Neandertaler-Knochenresten aus den Nachgrabungen von J. Thissen und R. W. Schmitz im Neandertal.
Zudem beteiligte sich das **LVR-LMB** am multinationalen Projekt „Deathrevol – The Roots and Evolution of the Culture of Death" und kooperierte mit zwei Kolleginnen von den Universitäten Madrid und Burgos, Spanien, bei der Untersuchung von potentiellen altsteinzeitlichen Schnittspuren auf den Neandertaler-Skelettresten aus dem Neandertal.

Das **LVR-LMB** beteiligt sich am multinationalen Projekt „Genetic structure and demographic shifts in Upper Paleolithic to Neolithic European hunter-gatherers". In diesem Rahmen erfolgte in Kooperation mit Kolleg*innen aus verschiedenen europäischen Ländern sowie aus den USA, China, Russland und Tadschikistan eine genetische Studie zu den eiszeitlichen bis nacheiszeitlichen Bevölkerungen Europas und Westasiens.

Mit einem Vortrag nahm das **MiQua** vom 04.-07.07.22 am „International Medieval Congress" in Leeds teil, zudem beteiligte es sich mit zwei Sessions zum mittelalterlichen jüdischen Viertel in Köln. Bei der Jahreskonferenz von

„Limmud", einem Lernverbund von Jüdinnen und Juden für Jüdinnen und Juden, hielt das **MiQua** einen Vortrag.

Mit einem Vortrag nahm das **MiQua** am internationalen Kolloquium zum Thema „Archäologie des Judentums in Europa" am Musée d'art et d'historie du Judaisme in Paris teil. Zudem beteiligt es sich mit einem Beitrag im nachfolgenden Tagungsband.

Der **Rheinische Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz (RVDL)** ist Gründungsmitglied des europäischen Kulturerbe-Netzwerks „Europa Nostra" und pflegt seither einen regen Austausch mit dem Präsidenten von Europa Nostra, Herrn Prof. Dr. Hermann Parzinger. Zuletzt hielt Herr Parzinger auf der RVDL-Jahresversammlung auf Schloss Namedy den Festvortrag.

III. Weitere Vorgehensweise

Die europäischen und internationalen Kontakte und Projekte im LVR-Dezernat Kultur und Landschaftliche Kulturpflege werden kontinuierlich fortgeführt und ausgebaut.

IV. Vorschlag der Verwaltung

Die politische Vertretung wird gebeten, den Sachverhalt gemäß Vorlage 15/1416 zur Kenntnis zu nehmen.

In Vertretung

D r. F r a n z

TOP 7 Weitere Kenntnisnahmen

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1602

öffentlich

Datum: 13.04.2023
Dienststelle: Fachbereich 72
Bearbeitung: Herr Neise, Herr Hansch-Lohkemper, Frau Stephan-Gellrich, Herr Dr. Schartmann, Frau von Berg, Herr Schulzen

Sozialausschuss	**25.04.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen	**28.04.2023**	**Kenntnis**
Gesundheitsausschuss	**12.05.2023**	**Kenntnis**
Landesjugendhilfeausschuss	**25.05.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für Inklusion	**01.06.2023**	**Kenntnis**
Landschaftsausschuss	**13.06.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Fachtagung "Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe - Ansatzpunkte aus Politik und Gesetzgebung in der Diskussion" am 7.11.2022

Kenntnisnahme:

Die Darstellung zur Fachtagung "Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe - Ansatzpunkte aus Politik und Gesetzgebung in der Diskussion" am 7.11.2022 wird gemäß Vorlage Nr. 15/1602 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

L i m b a c h

Worum geht es hier?

In leichter Sprache

In der UN-Behindertenrechts-Konvention steht:
Jeder Mensch hat das Recht, frei von Gewalt zu leben.
Trotzdem gibt es immer wieder
Gewalt gegen Menschen mit Behinderungen.

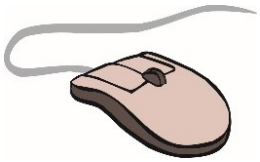


Der LVR hat dazu am 7.11.2022 eine große Veranstaltung mit vielen Menschen gemacht. Sie alle wollen dafür sorgen, dass es keine Gewalt mehr gegen Menschen mit Behinderung gibt.
Es wurde diskutiert, was dazu noch alles getan werden muss.
Hier gibt es die Zusammenfassung dieser Diskussion.

Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202.



Viele Informationen zum Thema Gewalt
in Leichter Sprache
finden Sie hier: www.benundstella.de



Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung

Das Thema Gewaltschutz im Rahmen der Eingliederungshilfe (EGH) hat in der öffentlichen Wahrnehmung einen besonders hohen Stellenwert. In diesem Zusammenhang und auf Antrag Nr. 15/60 wurde die Verwaltung durch die politische Vertretung mit der Umsetzung einer Fachtagung zum Thema Gewaltschutz beauftragt. Im Rahmen dieser Tagung sollten die zentralen Ergebnisse des Abschlussberichts „Herausforderndes Verhalten und Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe" der Garbrecht-Expertenkommission vertiefend diskutiert werden.

Die hybride Veranstaltung wurde gemeinsam vom LVR-Dezernat Soziales und dem LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen organisiert und am 7.11.2022 durchgeführt. Die Veranstaltung richtete sich vor allem an Politik und Fachpublikum aus der Versorgungslandschaft der EGH und umfasste fünf fachliche Beiträge in Form von Impulsvorträgen mit anschließender Möglichkeit für Nachfragen und einer abschließenden Podiumsdiskussion. Insgesamt nahmen über 600 Personen an der Veranstaltung teil – davon 120 in Präsenz.

Die vorgetragenen Inhalte werden in der Begründung zur Vorlage zusammenfassend skizziert und die Vorträge als Anhang beigefügt. Darüber hinaus werden mit dieser Vorlage eingegangene Fragen während der Veranstaltung gebündelt beantwortet.

Die Begründung zur Vorlage schließt mit der zusammenfassenden Benennung von einschlägigen Herausforderungen zum Gewaltschutz in der EGH und zu diskutierenden Maßnahmen. Die anstehenden und zentralen Herausforderungen umfassen die Themen:

- Datenqualität,
- Ausbau kleinstrukturierter Wohnformen,
- Systematische Einbindung von Beratungs- und Unterstützungsstrukturen,
- Schulungen und Haltungen,
- Partizipation,
- Fachkräftemangel.

Ergänzend zur Vorlage Nr. 15/912 (Empfehlungen der Garbrecht-Expertenkommission) werden mögliche Anknüpfungspunkte zu den Themen zur Diskussion gestellt. Die Dokumentation ist abrufbar unter: https://my.hidrive.com/share/2lkvplvci5#$/

Die hier beschriebene Stellungnahme berührt die Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans „Personenzentrierung im LVR weiterentwickeln" und die „Menschenrechtsbildung im LVR systematisch zu betreiben".

Begründung der Vorlage Nr. 15/1602:

Die Begründung beinhaltet eine zusammenfassende Darstellung zur Fachtagung mit dem Titel „Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe - Ansatzpunkte aus Politik und Gesetzgebung in der Diskussion", die am 7.11.2022 vom Landschaftsverband Rheinland (LVR) durchgeführt wurde. Die Begründung skizziert die Hintergründe, die Umsetzung und die Inhalte zur Fachveranstaltung, gibt eine differenzierte Rückmeldung zu offenen Fragen an den LVR und schließt mit der Darstellung von Handlungsempfehlungen zum Thema Weiterentwicklung des Gewaltschutzes in der Eingliederungshilfe (EGH) im Rheinland.

1. Hintergrund und politischer Auftrag

Das Thema „Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe" ist dem LVR ein sehr wichtiges Anliegen, dem eine zentrale Bedeutung beigemessen wird. So kommt der LVR bereits auf unterschiedlichen Ebenen und mit unterschiedlichen Inhalten dem Auftrag zum Gewaltschutz nach, u.a.:

- Entwicklung und Veröffentlichung der Grundsätze zum Gewaltschutz als einheitliche Haltung des LVR (vgl. Vorlage Nr. 15/300),
- Entwicklung und Veröffentlichung von Eckpunkten zur Erstellung von Gewaltschutzkonzepten durch Leistungserbringer der EGH nach § 37a SGB IX,
- Aktive Unterstützung und Mitarbeit im Rahmen der Landesinitiative Gewaltschutz NRW, die durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) initiiert wurde.

Darüber hinaus wurde der LVR vor dem Hintergrund der zentralen Empfehlungen der Garbrecht-Expertenkommission zum Thema „Herausforderndes Verhalten und Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe", deren Abschlussbericht im Dezember 2021 veröffentlicht wurde (vgl. Vorlage-Nr. 15/912), durch die politische Vertretung mit der Durchführung einer spezifischen Fachtagung zum Thema Gewaltschutz beauftragt (vgl. Antrag Nr. 15/60). Im Rahmen der Fachtagung sollten nachfolgende Inhalte vertiefend diskutiert werden:

- Strukturelle Vermeidung von freiheitsentziehenden Maßnahmen,
- Weitere Dezentralisierung von Wohnangeboten,
- Personelle Ausstattung der Leistungserbringer: Fachkräfteerfordernisse und Fachkräftemangel als Hindernis für mehr Personenzentrierung und Gewaltschutz?
- Umgang mit Gewalterfahrungen des Betreuungspersonals selbst,
- Zusammenarbeit des LVR mit den Mitgliedskörperschaften bei Prüfungen (Heimaufsicht/ Qualitätsprüfungen).

2. Umsetzung der Fachtagung

Der politische Auftrag (vgl. Antrag Nr. 15/60) wurde am 7.11.2022 als Fachtagung mit dem Titel „Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe - Ansatzpunkte aus Politik und Gesetzgebung in der Diskussion" umgesetzt. Die Fachtagung war, aufgrund der zu diesem Zeitpunkt unklaren pandemischen Lage, als hybride Veranstaltung mit insgesamt ca. 600 teilnehmenden Personen organisiert, wovon 120 Personen im LVR-Landesmuseum Bonn vor Ort waren.

Die Veranstaltung wurde gemeinsam vom LVR-Dezernat Soziales und dem LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen organisiert und umgesetzt. Sie richtete sich insbesondere an die Politik und an das Fachpublikum aus der Versorgungslandschaft der EGH. Sie umfasste fünf fachliche Beiträge in Form von Impulsvorträgen mit anschließender Möglichkeit für Nachfragen und einer abschließenden Podiumsdiskussion.

Die Begrüßung und Einführung in die Fachtagung wurden von Frau Martina Zsack-Möllmann, Vorsitzende des LVR-Sozialausschusses und Frau Ute Krupp, Vorsitzende des LVR-Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen, übernommen. Des Weiteren wurden die Zuschauenden durch die LVR-Landesdirektorin Frau Ulrike Lubek begrüßt. Durch die gesamte Veranstaltung führte Frau Tina Kraus in der Funktion der Moderation.

3. Inhalte der Fachtagung

Die inhaltlichen Fachbeiträge zielten im Wesentlichen auf eine vertiefende Auseinandersetzung mit den Inhalten des politischen Auftrags (s.o.) und strukturierten sich in fünf unterschiedliche Impulsvorträge:

1. Impulsvortrag: „Mit dem Schwierigsten beginnen"

Den ersten Vortrag hielt Herr Norbert Müller-Fehling, Mitglied der Garbrecht-Expertenkommission „Herausforderndes Verhalten und Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe". In dem Vortrag wurden über die zentralen Erkenntnisse aus der Arbeit der Expertenkommission berichtet und einschlägige Herausforderungen skizziert, die für Leistungsträger und Leistungserbringer der EGH gesehen werden, um die Versorgung von Menschen mit Behinderungen und herausfordernden Verhaltensweisen zu optimieren:

- Regionalisierung durch kleinteilige Angebote ermöglichen,
- Auflösung zentraler Angebote für Menschen mit erheblichem herausforderndem Verhalten vorantreiben,
- Konsulentenangebote flächendeckend aufbauen und betreiben,
- Fachkräfte gewinnen und qualifizieren,
- Gesamt- und Teilhabeplanung konsequent umsetzen,
- Zugangs- und Nutzungshemmnisse zu Gesundheitsleistungen beseitigen,
- Leistungsträger-, bereichs- und leistungserbringerübergreifend zusammenarbeiten,
- Datenlage verbessern,
- Regionale Pflichtversorgung erproben, ggf. mit alternativer Finanzierungsform und leistungsträger- und leistungserbringerübergreifender Beteiligung der Eingliederungshilfe, des Gesundheitsbereichs und der Regelangebote im Sozialraum.

2. Impulsvortrag: „Neue Wege finden - Konsulentendienste im Rheinland"

Den zweiten Vortrag hielt Frau Claudia Schmidt, Leitung des LVR-Instituts für Konsulentenarbeit „Kompass". Sie stellte die Arbeit des Instituts vor, die im Wesentlichen folgende Ziele verfolgt:

- Sicherung der Wohn- und Arbeitssituation von leistungsberechtigten Menschen,
- Verringerung des herausfordernden Verhaltens,
- Unterstützung von Klient*innen in seelischen Krisen und bei Entwicklungsrückschritten,
- Verbesserung der Beziehung zwischen Klient*in und Mitarbeitenden,
- Verbesserung der Zusammenarbeit im System.

Aus dem Vortrag wurde deutlich, dass durch die beratende und begleitende personenzentrierte Arbeitsweise von einer hohen Effektivität mit Blick auf die Reduzierung von Verhaltensauffälligkeiten auszugehen ist. Zudem wurde berichtet, dass die Arbeit des Instituts das Selbstwertgefühl und das Selbstvertrauen von Klient*innen befördert, die Fachlichkeit von Mitarbeitenden stärkt, Bedingungen struktureller Gewalt abbaut und insgesamt die Beziehungsarbeit und die Zusammenarbeit im System unterstützt. Darüber hinaus zeigten die Zahlen zu den Beratungszahlen und Neuanfragen des Instituts seit 2011/2012 einen zunehmenden Anstieg an. Im Resümee wurde ein Ausbau der Kapazitäten des Instituts und ein verbesserter, niederschwelliger Zugang zum Angebot gewünscht.

3. Impulsvortrag: „Schlagen, Treten, Beißen und dann auch noch Fachkräftemangel – Mitarbeitende im Fokus"

Den dritten Vortrag hielt Herr Thomas Ströbele, Vorstandsvorsitzender des LVR-Verbundes Heilpädagogischer Hilfen. Der Fokus dieses Beitrags richtete sich auf die Arbeit des LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen und fokussierte dabei in einem besonderen Maße die Gewalt, welche Mitarbeitende durch die Menschen erfahren, die sie begleiten, und wie sich dies auf die professionelle Dienstleistung auswirkt. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf dem sich zuspitzenden Fachkräftemangel. Dabei wurde deutlich, dass dieser Mangel nicht nur einer personenzentrierten Arbeitsweise und der Umsetzung des Gewaltschutzes entgegen steht, sondern dass der Mangel an Fachkräften selbst eine nicht unerhebliche Ursache für die Entstehung von Gewalt darstellt.

Gleichzeitig wurden unterschiedliche Werkzeuge beschrieben, die zur Prävention von Gewalt bereits Anwendung finden. Im Resümee wurde gefordert, Maßnahmen zur Gewinnung und Bindung von Fachkräften zu ergreifen und auszubauen, eine verstärkte Sensibilisierung des Themas Gewaltschutz vorzunehmen und Angebote der Konsulentenarbeit auszubauen.

4. Impulsbeitrag: „Gemeinsam gegen Gewalt. Geht das? Kooperation von WTG-Behörden und Eingliederungshilfeträger?"

Der vierte Beitrag wurde in Form eines moderierten Fachgesprächs zwischen der Moderation Frau Tina Kraus und Frau Gabriele von Berg, LVR-Fachbereichsleitung Sozialhilfe/ Fachliche Ressourcen, sowie Herrn Dr. Christian Wiefling, Landkreistag NRW, abgehalten. Im Fokus dieses Beitrages stand die Klärung bzw. Beschreibung der (Prüf-)Zuständigkeiten aus der Perspektive der jeweiligen Behörden (WTG-Behörde und LVR als Träger der EGH). Aus dem Fachgespräch zeigte sich, dass zwischen den Organisationen viele Vernetzungen

auch zum Prüfgeschehen (u.a. in Form von Arbeitskreisen) bestehen und fortlaufend daran gearbeitet wird, Prüfungen zeitökonomisch umzusetzen und dabei auch Synergien mit Blick auf das Prüfgeschehen herzustellen. Gleichzeitig wurde auch hervorgehoben, dass Prüfungen, die keine vertraglich festgelegten Verstöße offenbaren, nur einen sehr geringen zeitlichen Aufwand bedeuten würden.

Mit Blick auf Möglichkeiten gemeinsamer Prüfungen der Behörden wurde deutlich, dass Prüfungen der WTG-Behörden auf dem Ordnungsrecht und die Prüfungen des LVR auf dem Leistungsrecht fußen und dies zu einem substantiellen, unterschiedlichen Prüfgegenstand führt. Gleichzeitig wurde es als zielführend beschrieben, beide Prüfungen aus Sicht von Leistungserbringern der EGH als unterstützende und beratende Instanzen wahrzunehmen und den sanktionierenden Charakter nicht in den Vordergrund zu stellen. Des Weiteren wurde unmissverständlich klargestellt, dass vertragliche Vereinbarungen, die zeitweise nicht eingehalten werden können, dem Träger der EGH zu melden sind, so dass mit einem unterstützenden Ansatz zufriedenstellende Lösungen für alle Beteiligten getroffen werden und andernfalls sanktionierende Maßnahmen erfolgen können.

Darüber hinaus wurde hervorgehoben, dass Gewaltschutz nicht nur konzeptionell darzustellen ist, sondern auch gelebt werden muss. Dafür bedarf es eines gemeinsamen Gewaltverständnisses und einer Haltung der Leistungserbringer, die sich entschieden gegen Gewalt positioniert. Denn wenn Personalmangel zu einer Erhöhung des Gewaltrisikos führt, muss dem durch geeignete Maßnahmen der Leistungserbringer begegnet werden.

5. Impulsvortrag: „Ein Blick über den Tellerrand - Mögliche Impulse für neue Wohnkonzepte im Rheinland"

Den fünften Vortrag hielt Prof. Dr. Georg Theunissen, Ordinarius für Geistigbehindertenpädagogik und für Pädagogik bei Autismus an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (i. R.). Der Vortrag beschrieb den Umgang mit schwerwiegenden herausforderndem Verhalten bei Menschen mit Lernschwierigkeiten oder komplexen Beeinträchtigungen in verschiedenen Ländern. Dabei lag der Fokus auf Kalifornien (USA) und British Columbia (Kanada), da diese Länder als besonders richtungsweisend für den Umgang und die Versorgung der „Klientel" bewertet und ebenfalls auch als impulsgebend für die rheinländischen Strukturen angesehen werden. Hervorzuheben ist, dass „herausforderndes Verhalten" als eine fehlende Passung zwischen der Person und seiner Umwelt zu werten ist und bei der Versorgung bei eben jener fehlenden Passung anzusetzen ist.

Beispielhaft wird in Kalifornien die Steuerung und Finanzierung der Unterstützungsleistungen durch sogenannte „regionale Center" durchgeführt, die eine personenzentrierte Planung unter maßgeblicher Einbeziehung der betroffenen Personen vorsieht. Die Beratung und Unterstützung bei herausfordernden Verhaltensweisen erfolgt in der Regel durch Dienstleistungsorganisationen, die sich die positive Verhaltensunterstützung zu Nutze machen und aversive Umgangsstrategien ablehnen. In besonders schweren Fällen, in denen dieses Vorgehen nicht fruchtbar erscheint, wird auf spezialisierte – sichere und wohnliche - Wohngruppen mit maximal vier Personen zurückgegriffen, verbunden mit einem hohen Personalschlüssel (tagsüber 1:1) und der Einbindung einer dichten Praxisberatung.

Aus dem Vortrag konnte für das Rheinland abgeleitet werden, dass

- das häusliche Wohnen (max. vier Personen pro Wohngruppe) befördert werden sollte,
- alle Unterstützungspersonen (Fachkräfte und Nicht-Fachkräfte) über Maßnahmen der positiven Verhaltensunterstützung und Möglichkeiten der mobilen Praxisberatung geschult werden müssen,
- Möglichkeiten der mobilen Praxisberatung ausgebaut und auch niederschwelliger für Familien zugänglich gemacht werden sollten,
- eine Abkehr von reaktiven und aversiven Interventionen sinnvoll erscheint, da diese im Umgang mit dieser „Klientel" wenige bis keine empirischen Effekte aufweisen.

6. Podiumsdiskussion:

Der letzte Beitrag der Fachtagung fand in Form einer moderierten Podiumsdiskussion zwischen Frau Bärbel Brüning, Vertreterin der Selbsthilfe NRW, Herrn Thomas Wallenhorst, Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW, Frau Martina Wenzel-Jankowski, Leitung des LVR-Dezernats Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen, und Herrn Dirk Lewandrowski, Leitung des LVR-Dezernats Soziales, statt.

Im Fokus der Podiumsdiskussion stand insbesondere das Thema Partizipation und Förderung von Empowerment von leistungsberechtigten Personen durch neue und weitere Dialog-Formate für Frauen- und Gewaltschutzbeauftragte im Vordergrund. Gleichzeitig wurde auch der Fachkräftemangel Gegenstand der Diskussion, da dieser als Haupthindernis gesehen wird, individuelle und passgenaue Unterstützungs-Settings auch für Menschen mit herausfordernden Verhaltensweisen aufzubauen. Auch wurde bei einem weiteren Ausbau von dezentralen und kleinräumigen Wohnstrukturen beim derzeitigen Fachkräftemangel eine verstärkte Einbeziehung von Peers und Freiwilligen – und ggfls. die Absenkung der Fachkraft-Quote – diskutiert.

Die Dokumentation der Tagung und der präsentierten Inhalte ist unter https://my.hidrive.com/share/2lkvplvci5#$/ nachgehalten.

4. FAQs

Im Rahmen der Fachveranstaltung erreichten den LVR eine Vielzahl an Fragen, die aufgrund der zeitlichen Kapazitäten nicht alle während der Tagung beantwortet werden konnten. Im Rahmen der Tagungsnachbereitung wurden diese Fragen gebündelt und in gemeinsamer Abstimmung zwischen dem LVR-Dezernat Soziales und dem LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen beantwortet. Die gebündelten Fragen und Antworten werden nachfolgend aufgelistet.

Fragebereich/ Frage	Antwort
Allgemein	
Wofür steht WTG?	Im Rahmen der Novellierung des Wohn- und Teilhabegesetz NRW (WTG) wird der Gewaltschutz nochmal deutlich gestärkt.
In den Impulsvorträgen wurde die Situation von Menschen mit geistiger Behinderung beleuchtet. Gibt es entsprechendes auch für Menschen mit psychischer Erkrankung?	Die Fachtagung fußt auf den Ergebnissen der sog. Garbrecht-Kommission, die sich speziell auf die Bedarfe von Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen bezieht. Daher stand die Zielgruppe an dieser Stelle auch im Vordergrund. Die Landesinitiative Gewaltschutz NRW hat sich aber ausdrücklich zum Ziel gesetzt, den Gewaltschutz in Einrichtungen und Diensten der Eingliederungshilfe in NRW zu verbessern. Dies impliziert auch Angebote für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen.
Personal/ Finanzierung	
Wird der LVR 4er Appartements mit 24 Stunden Assistenz und ggf. 1:1 Betreuung finanzieren?	Der LVR als Träger der Eingliederungshilfe finanziert personenbezogene Assistenz ausgehend vom individuell notwendigen Bedarf.
Wie soll der Gewaltschutz inkl. der dafür benötigten Fachkräfte bezahlt werden? Insbesondere in den Werkstätten für behinderte Menschen? Wird die Stelle einer Gewaltpräventionsfachkraft zukünftig vom Leistungsträger refinanziert?	Die Finanzierung von Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ist bereits heute Bestandteil der Vergütung und wird damit refinanziert. Auch die Rahmenleistungsbeschreibungen des Landesrahmenvertrages NRW geben für das Fachmodul vor, dass „zur Erfüllung gesetzlicher Anforderungen notwendige

	zusätzliche personelle Ausstattung" zu finanzieren ist.
Wie können diese Forderungen bei dem momentanen Fachkräftemangel umgesetzt werden?	Dem Landschaftsverband Rheinland als Träger und Erbringer von Leistungen der Eingliederungshilfe sind die Herausforderungen des aktuellen Fachkräftemangels sehr deutlich bewusst und es werden intensiv Lösungen diskutiert und Bemühungen vorgenommen, um eine qualitativ hochwertige Versorgung von leistungsberechtigten Menschen gewährleisten zu können.
Wie kann eine angemessene Unterbringung und Versorgung von Klienten mit herausfordernden Verhalten in der Psychiatrie hergestellt werden? Im Rhein-Sieg-Kreis gibt es keine qualifizierte Station.	Die Fachtagung fokussierte im Wesentlichen den Gewaltschutz in Angeboten und Diensten der Eingliederungshilfe (EGH). Eine Betrachtung der regionalen psychiatrischen Versorgungssituation war nicht Bestandteil der Tagung. Der LVR als Träger der EGH finanziert personenzentriert und bedarfsgerecht und sorgt für eine wohnortsnahe Versorgung. Sollten sich dabei regionale Versorgungsdefizite offenbaren, initiiert der LVR gemeinsam mit den Leistungserbringern Versorgungsarrangements.
Wie können Einrichtungen genug Geld akquirieren, um genug gutes Personal zu binden? Stichwort kleine Gruppen?	Der LVR finanziert personenzentrierte und bedarfsgerechte Leistungen – auch für Menschen, die sich dazu entscheiden (und für die das erforderlich ist), in einer kleinen Wohngemeinschaft zu leben. Die Akquise, das Binden und die Qualifizierung von Fachpersonal liegt in der Verantwortung der jeweiligen Leistungserbringer.
Finanziert der LVR eine Bezahlung nach z.B. TVÖD für die Mitarbeiter einer Einrichtung?	Der LVR refinanziert grundsätzlich eine tarifgebundene Vergütung von Mitarbeitenden. Die Tarifgebundenheit wird im Rahmen der einzureichenden Fachkonzepte berücksichtigt. Der TVÖD richtet sich an Einrichtungen und Dienste in öffentlicher Trägerschaft. Einrichtungen und Dienste der freien Wohlfahrtspflege unterliegen teils eigenen Tarifverträgen.

Welche Unterstützung sollte der LVR für die Einrichtungen einbringen, damit u.a. der Gewaltschutz auch wirklich umgesetzt werden kann? Es fehlt an Personal und attraktiven Arbeitsbedingungen!	Der LVR als Träger der EGH macht im Rahmen des Eckpunktepapiers Gewaltschutz bei Leistungen der Sozialen Teilhabe konkrete Vorgaben zur konzeptionellen und passgenauen Umsetzung des Gewaltschutzes nach § 37a SGB IX und unterstützt Leistungserbringer der EGH bei dessen Umsetzung. Die Umsetzung der Gewaltschutzkonzepte – wie auch die Personalakquise und die Gestaltung von Arbeitsbedingungen - obliegt den Leistungserbringern der EGH.
Wie soll man die Personenzentrierung durchführen, wenn es beispielsweise immer noch Stufenmodelle der Finanzierung gibt. PMB max. Gruppe C wobei der bedarf meist 3x so hoch ist wie es möglich ist.	Das Vergütungssystem in besonderen Wohnformen basiert momentan noch auf pauschalisierten Leistungstypen. Sollten diese Leistungen nachweislich nicht ausreichen, um den individuellen Bedarf zu bedienen, besteht die Möglichkeit, Einzelfallhilfen zu beantragen. Nach der sog. Umstellung II wird das System komplett personenzentriert und bedarfsgerecht umgestellt sein. Im Bereich der WfbM sollen mit dem Landesrahmenvertrag nach § 131 SGB IX mit den Leistungserbringerverbänden Pilotumstellungen, mit personenzentrierten Leistungen, erprobt werden.
Gewaltschutzkonzepte und Umsetzung	
Was braucht es, damit Gewaltschutzkonzepte keine Papiertiger sind, sondern in den Einrichtungen von allen gelebt werden?	Gewaltschutzkonzepte sind zu erstellen, damit diese auch nachhaltig und nachweislich von Leistungserbringern umgesetzt und gelebt werden. Sowohl die Qualität, als auch ihre Umsetzung werden seitens des LVR als Träger der EGH überprüft. Die konzeptionelle Ausrichtung eines Unternehmens sowie die Umsetzung eigener Konzepte obliegt immer den Leistungserbringern – im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben – selbst.

Im Rahmen der Sozialraumarbeit können die Leistungserbringer zukünftig neue Konzepte entwickeln. Dies kann eine gute Möglichkeit zur Vernetzung sein. Gibt es dazu schon gute Beispiele?	Der LVR als Träger der EGH führt derzeit ein Modellprojekt zur Gestaltung von inklusiven Sozialräumen durch. Hier wird untersucht, wie durch die Gestaltung von inklusiven Leistungen im Sozialraum individuelle Teilhabebarrieren abgebaut werden können. Die Ergebnisse des Modellprojektes werden in die Ausgestaltung von Leistungen, einschließlich der Bedarfsermittlung, einfließen.
Wird das Thema „Intersektionalität" im Gewaltschutzkonzept integriert? Eine „Frauenbeauftragte" ist nicht divers genug. Was sagen sie zu Rassismus oder Queerfeindlichkeit? Mehrfachdiskriminierung?	Der LVR als Träger der EGH macht die konzeptionelle Vorgabe, dass Gewaltschutzkonzepte Vertrauenspersonen für den Gewaltschutz vorhalten sollen und bittet um sachliche Begründung, wenn dies nicht der Fall ist. Selbstverständlich duldet der LVR keinerlei Formen der Diskriminierung gegenüber bestimmten Bevölkerungsgruppen und hat sich hierzu in einem umfassenden Diversitykonzept selbst verpflichtet.
Haben Sie Tipps, wie Gewaltschutzkonzepte partizipativ mit BewohnerInnen (Beirat) erarbeitet werden können, ohne dass sie mit der Gewaltthematik überfordert bzw. dadurch getriggert werden?	Das partizipative Vorgehen bei der Erstellung von Gewaltschutzkonzepten muss mit Blick auf die leistungsberechtigten Personen selbstverständlich freiwillig sein. Ob die Thematik spezielle leistungsberechtigte Personen überfordert, bedarf einer fachlichen Einschätzung im Vorhinein durch die Leistungserbringer. Partizipation und Personenzentrierung bedeuten, die betroffenen Menschen an allen Belangen, die eigene Lebenslagen und Lebenssituation betreffend, teilhaben zu lassen und nicht im Vorfeld von vermeintlich kritischen Themen auszuschließen.
Werden bei der Nachsorge nicht die „Beobachter*innen" von Gewalt vergessen?	Die LVR-Vorgaben zur Erstellung von Gewaltschutzkonzepten schließen explizit auch den Umgang mit dritten Personen ein.

Konsulentendienst KOMPASS	
Wie finanziert sich das Angebot des Konsulentendienstes?	Das Beratungsangebot von Kompass wird auf Antrag einheitsbasiert durch den LVR als Träger der EGH finanziert.
Wie häufig wird durch die Beratung Einzelfallhilfe beantragt?	Die Beratung von KOMPASS und die Beantragung von Einzelfallhilfe sind unterschiedliche Aspekte. Die Aufgabe von KOMPASS liegt in erster Linie in der Identifikation von Beschreibungen der Bedürfnisse und die konzeptionelle Umsetzung. Die Beantragung von Einzelfallhilfe obliegt den Leistungsberechtigten bzw. den rechtlichen Vertretungen ggfls. mit Unterstützung der Leistungserbringer der Eingliederungshilfe.
Kann das Konsulententeam auch in Anspruch genommen werden, wenn noch keine Eingliederungshilfe in Anspruch genommen wird bzw. werden kann? D.h. wenn jemand noch keinen Wohn- oder Arbeitsplatz hat bzw. finden konnte.	Ja, das ist nach dem BTHG ausdrücklich möglich. Einzige Einschränkung ist, wenn sich Leistungsberechtigte in einer Maßnahme der Agentur für Arbeit befinden. Die Entscheidung über die Kostenträgerschaft folgt den Regularien der Sozialgesetzbücher.
Kompass möchte unter systemischen Gesichtspunkten alle wesentlichen Akteure des Betreuungsprozesses beteiligen; gerade der Leistungsträger wird aber in der Regel nicht beteiligt. Warum nicht?	Der Träger der EGH wird bereits jetzt schon in Einzelfällen beteiligt, in denen der Bedarf besteht. KOMPASS steht einer Ausweitung der Beteiligung offen und positiv gegenüber. Außerdem bewilligt der Träger der Eingliederungshilfe die KOMPASS-Leistung und ist somit auch formaler Auftraggeber und folglich beteiligt.
Gibt es Beratungsangebote für Arbeitgeber*innen oder Mitarbeiter*innen, die Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen in ihrem Team haben, die Gewaltausbrüche haben?	KOMPASS berät vereinzelnd auch in diesen Fällen. Solche Beratungen haben bereits stattgefunden, wenn die betreffenden Personen die Eingangsvoraussetzungen erfüllen (vorliegen einer wesentlichen geistigen Behinderung).

Dilemmata Katalog	
Können sie noch etwas präziser den Dilemmata-Katalog beschreiben? Ist das Instrument des Dilemmata Katalogs auch für andere Mitarbeiter oder nur für HPH Mitarbeiter zugänglich und nutzbar?	Der Dilemmata-Katalog wurde im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft bestehend aus Mitarbeiter*innen des LVR-Verbund HPH und unter Beteiligung des Dezernates Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen entwickelt und wird seit je her als Unterstützung in den Einrichtungen des LVR-Verbund HPH verwendet. Dieses Instrument dient dazu, für das Themenfeld insbesondere der sexualisierten Gewalt zu sensibilisieren. Anhand von Übungen und bewusst uneindeutigen Situationsbeschreibungen sollen sich die Mitarbeiter*innen in ihrer professionellen Wahrnehmung und Haltung reflektieren und mögliche Vorgehensweisen diskutieren. Aktuell ist der Dilemmata Katalog ein Instrument des LVR-Verbund HPH und auf die dortigen Begebenheiten abgestimmt. In 2022 wurde darüber hinaus, unter Federführung des AK Gewalt-, Zwang- und Suizidprävention, eine Modifizierung des Dilemmata-Kataloges für die Fachbereiche Erwachsenenpsychiatrie, Maßregelvollzug und KJPPP für den LVR-Klinikverbund erarbeitet. Das Instrument wurde Ende 2022 den LVR-Kliniken zur Verfügung gestellt.
LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen	
Wie werden Mitarbeiter/innen auf ihren Dienst in den Einrichtungen vorbereitet? Evtl.: lassen sich hieraus auch künftige Fachkräfte rekrutieren?	Grundsätzlich gibt es ein Einarbeitungskonzept für neue Mitarbeiter*innen, welches über viele Jahre hinweg immer wieder weiterentwickelt wurde. Zeitgleich setzt der LVR-Verbund HPH auf Fortbildung und Qualifizierung, um den Anforderungen des Alltags und des Klientel professionell begegnen zu können.

Können Sie Ihre interne Qualifizierung „KUGA u. DOKI" auch für freie Träger der Eingliederungshilfe öffnen oder das Schulungskonzept u. die Ausbilder*innen weitergeben?	Bei der Qualifizierung „Kontrollierter Umgange mit physischer Gewalt und Aggressionen (KUGA)" und „Dialog Orientierte Körperliche Intervention (DOKI)" handelt es sich nicht um LVR eigene Qualifizierungsmaßnahmen. Dies sind Trainings- und Qualifizierungsprogramme freier Anbieter.
Qualitätsprüfungen	
Wann und wie häufig wird geprüft?	§ 8 des Ausführungsgesetzes SGB IX NRW sieht die Durchführung regelmäßiger, anlassunabhängiger Prüfungen vor. Dabei definiert das Gesetzt den Begriff regelmäßig nicht. Mit Blick auf die Regelungen im WTG NRW werden Prüfungen in Abständen von rund 2 Jahren als regelmäßig anzusehen sein. Hiervon abzugrenzen sind anlassabhängige Prüfungen, die immer anlassbezogen durchzuführen sind.
Was genau wird denn an Schriftstücken/Akten geprüft?	Diese Frage kann so pauschal nicht beantwortet werden. Nach § 128 SGB IX werden die gesetzlichen und vereinbarten Leistungen überprüft. Zum Zwecke der Übersichtlichkeit werden die geprüften gesetzlichen und vertraglichen Regelungen bezogen auf Struktur-, Prozess- und Ergebnisqualität unter folgende Überschriften gefasst: 1. Qualitätsmanagement 2. Aufnahmeverfahren 3. Bedarfserhebung 4. Dokumentation der Leistungserbringung im Einzelfall 5. Fachgerechte Leistungserbringung 6. Wirkung und Wirksamkeit 7. Gewaltschutz 8. Beschwerdemanagement 9. Personal Die gesetzlichen bzw. vertraglichen Grundlagen der unter diesen Überschriften abgeprüften Qualitätskriterien finden sich

	im Prüferfassungsbogen zu jeder Frage. Gemäß A 8.2 (2) S. 3 LRV NRW kann sich die Prüfung auch nur auf einzelne Teile der Leistungserbringung beziehen. Der entsprechende Bereich ist dann im Prüferfassungsbogen mit „nicht geprüft" gekennzeichnet. Eine Begründung, warum ein Bereich im Einzelfall nicht geprüft wurde, findet sich ggf. im Prüfbericht. Um auch im Interesse des Leistungserbringers eine effiziente Durchführung der Prüfung zu gewährleisten, erfolgt die Prüfung als Fokusprüfung. Der Fokus liegt dabei auf der Ausführungsebene („Do" im PDCA-Zyklus). Ist hier alles in Ordnung, wird in dem entsprechenden Bereich nicht weiter geprüft; sollten hier Fehler gefunden werden, wird im Sinne des „beratungsorientierten Ansatzes" gem. A 8.1 (3) LRV NRW in den nächsten Stufen die Fehlerursache näher analysiert. Daraus ergibt sich die Untergliederung der einzelnen Prüfbereiche in folgende drei Stufen: - Stufe I: Ausführungsebene („Do" im PDCA-Zyklus) Die Prüfung beginnt mit der Ebene der operativen Ausführung der Leistung. Werden hier keine Probleme festgestellt, wird unterstellt, dass die konzeptionelle Ebene (Stufe II) sowie die Kontrollebene (Stufe III) in dem geprüften Bereich den Anforderungen entsprechen und das Gesamtsystem funktioniert. - Stufe II: konzeptionelle Ebene („Plan" im PDCA-Zyklus) Werden Mängel in Stufe I festgestellt, wird in den nächsten Stufen nach den Gründen dafür gesucht. Daher wird in Stufe II die Konzeption des geprüften Bereichs betrachtet, da zunächst in einer fehlenden oder unzureichenden Konzeption mögliche Ursachen für die Mängel in der Ausführungsebene vermutet werden. - Stufe III: Qualitätssicherung/Kontrolle („Control" im PDCA-Zyklus)

	Wenn eine den Qualitätskriterien grundsätzlich genügende Konzeption vorhanden ist, die Ausführung jedoch mängelbehaftet, ist davon auszugehen, dass die Konzeption nicht angemessen umgesetzt wird. Daher werden in Stufe III die Mechanismen zur Qualitätssicherung in diesem Bereich näher beleuchtet. Der Prüferfassungsbogen ist Teil des Prüfberichts. Er bildet eine Übersicht über das Geprüfte sowie die Ergebnisse. Darüber hinaus stellt er im Sinne des beratungsorientierten Ansatzes gem. 8.1 (3) LRV NRW auch einen klaren Erwartungshorizont dar, den es für eine vertragsgemäße Leistungserbringung zu erreichen gilt. Bereiche, in denen keine Fehler gefunden wurden, können dem Prüferfassungsbogen entnommen und werden im Prüfbericht darüber hinaus nicht erwähnt.
Wann werden die Prüfkriterien zu den Prüfungen veröffentlicht?	Eine Veröffentlichung der Prüfkriterien ist nicht vorgesehen.
Sehe die Wichtigkeit des Themas. Hier fände ich ein Gütesiegel besser, dem wir uns verpflichten. Auditierung statt Prüfung, auch könnten Externe uns aufsuchen und wir hier unterstützen -> Inklusion.	Das Land NRW hat die Träger der Eingliederungshilfe in § 8 Ausführungsgesetz SGB IX in Verbindung mit § 128 SGB IX zur Durchführung regelmäßigen Qualitätsprüfungen verpflichtet. Es gibt insofern einen verpflichtenden gesetzlichen Auftrag, diese durchzuführen.

5. Handlungsempfehlungen & Ausblick

Der LVR als Träger und Erbringer von Leistungen der EGH hat bereits in der Vorlage Nr. 15/912 zu den Empfehlungen der Garbrecht-Expertenkommission zum Thema „Herausforderndes Verhalten und Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe", deren Abschlussbericht im Dezember 2021 veröffentlicht wurde, differenziert Stellung bezogen.

Die präsentierten Inhalte, die Fachgespräche und einschlägigen Diskussionen der Fachtagung, als auch die eingegangenen Nachfragen zu spezifischen Inhalten der Fachtagung, geben allerdings nochmal einen vertiefenden Einblick in den aktuellen Diskurs und notwendige Entwicklungsherausforderungen auf der operativen Ebene wieder. Gleichzeitig konnten im Rahmen der Fachtagung Hinweise für einen gelingenden Umgang mit Menschen, die herausfordernde Verhaltensweisen offenbaren, skizziert werden.

Daher werden an dieser Stelle die wichtigsten Erkenntnisse abschließend zusammenfassend beschrieben und konkrete Möglichkeiten zur Optimierung des Gewaltschutzes auf Seiten des Leistungsträger und der Leistungserbringer zur Diskussion gestellt:

- Datenlage verbessern

Die Verbesserung der Datenlage zur Versorgung von Menschen mit herausfordernden Verhaltensweisen zu optimieren, wurde als eine Herausforderung im Rahmen des ersten Impulsvortrags benannt. Der LVR als Träger der EGH befasst sich derzeit (gemeinsam mit dem LWL) im Rahmen einer Onlinebefragung mit den vorhandenen Platzkapazitäten an geschlossenen bzw. geschützten Plätzen in Wohnangeboten der EGH. Die Ergebnisse der Befragung sollen einen aktuellen Stand zu vorhandenen Versorgungsstrukturen in den einzelnen Regionen ermöglichen und im Abgleich mit den tatsächlichen, individuellen Bedarfen regionalen Handlungsbedarf ableiten.

Gleichzeitig wird im Rahmen des BTHG-Implementierungsprojekts die Digitalisierung des Dezernats Soziales vorangetrieben. Dabei wird auch die Leistungserbringerdatenbank umgesetzt, die zukünftig eine direktere Kommunikation und bessere Standardisierung von Daten ermöglichen soll (u.a. auch die standardisierte Erfassung besonderer Vorkommnisse).

- Ausbau kleinstrukturierter Wohnformen mit intensivem Unterstützungskonzept

Ein Ausbau von regionalen, dezentralen und kleinstrukturierten Wohnformen (für maximal vier Personen), wie dies bereits im Abschlussbericht der Expertenkommission gefordert wurde und auch in unterschiedlichen Beiträgen der Fachtagung für die „Klientel" gefordert wird, wird grundsätzlich begrüßt.

Gespräche und einzelne Projekte mit unterschiedlichen Leistungserbringern zur Umsetzung von Angeboten für die „Klientel" werden in verschiedenen Regionen bereits initiiert und umgesetzt. Allerdings sind Angebote, die geschlossene und geschützte Plätze anbieten, nur dann zu begrüßen, wenn auch auf der individuellen Ebene der einzelnen Person ein Bedarf gesehen wird und dann in den unterschiedlichen Regionen entsprechende Kapazitäten fehlen. Hier bedarf es u.a. einer systematischen Abstimmung und Analyse der sogenannten Warte- und Bewahrfälle in den örtlichen psychiatrischen Kliniken, die Bedarfe an Plätzen in der EGH anmelden, um sich dem tatsächlichen regionalen Bedarf zu nähern.

- Systematische Einbindung von (personenzentrierten) Beratungs- und Unterstützungsstrukturen

Im Rahmen der Fachtagung wurde deutlich, das Angebote von Konsulentendiensten und das Vorhalten von regionalen Centern als hilfreich in der Arbeit mit Menschen mit geistigen Behinderungen mit und ohne herausfordernden Verhaltensweisen bewertet werden, zum einen um eine partizipative und personenzentrierte Planung zu ermöglichen (Regionale Center wie in Kalifornien), und zum anderen um Angebote der positiven Verhaltensunterstützung bei herausfordernden Verhaltensweisen (Konsulentendienste) beratend zu vermitteln.

Das Rheinland verfügt dabei bereits über unterstützende und beratende Strukturen, die eine derartige Arbeitsweise fokussieren und als Anknüpfungspunkte verstanden werden können:

- Koordinierungs-, Kontakt- und Beratungsstellen (KoKoBe) mit Peer-Beratung & Beratung vor Ort nach § 106 SGB IX

Die Arbeit der KoKoBe richtet sich in seiner originären Ausrichtung an Menschen mit geistigen Behinderungen und zielt seit je her auf den Aufbau von ambulanten Angeboten der EGH für die „Klientel" ab. Durch die Weiterentwicklung der KoKoBe-Zuständigkeiten verbunden mit einer Ausweitung auf alle Gebietskörperschaften, dem Ausbau der Peer-Beratungen und einer engen Kooperation mit der Beratung vor Ort nach § 106 SGB IX, sind bereits die Weichen für Beratungsangebote gestellt, die personenzentriert, partizipativ und selbstbestimmt erfolgen können (vgl. hierzu Vorlagen-Nr. 15/1387, Nr. 15/1394 und Nr. 15/1388).

Die systematische Einbeziehung dieser regionalen (Beratungs-)Strukturen insbesondere bei der Planung von Unterstützungsleistungen erscheint zielführend.

- Konsulentendienste (KOMPASS)

Aus unterschiedlichen Vorträgen der Fachtagung wurde der Bedarf an der beratenden Arbeit von Konsulentendiensten deutlich. Das LVR-Institut für Konsulentenarbeit KOMPASS zielt in der Arbeit auf genau diese Tätigkeit ab: Erwachsene Menschen mit einer geistigen Behinderung und herausfordernden Verhaltensweisen und Personen, die diese Personen betreuen oder unterstützen, werden u.a. systemisch beraten, die herausfordernden Verhaltensweisen durch eine positive Verhaltensunterstützung zu reduzieren.

Der zweite Impulsvortrag der Fachtagung zeigte, dass die Arbeit von KOMPASS mit reduzierenden Effekten des herausfordernden Verhaltens einhergeht. Gleichzeitig nehmen die Beratungsanfragen kontinuierlich zu. Ein Ausbau der (personellen) Kapazitäten erscheint vor diesem Hintergrund zielführend.

- Schulungen und Haltungen

Aus den präsentierten Inhalten der Fachtagung wird deutlich, dass in der täglichen Arbeit auf Seiten von Leistungserbringern pädagogische Konzepte und psychosoziale Interventionen häufig zu wenig der empirischen Evidenz im Umgang mit herausfordernden Verhaltensweisen folgen. Oftmals wird situativ und/oder reaktiv auf Situationen eingegangen, in denen sich herausfordernde Verhaltensweisen manifestieren. Die wissenschaftliche Erkenntnis ist jedoch, dass nicht-aversive, präventive Umgangsstrategien die Auftretenswahrscheinlichkeit von herausfordernden Verhaltensweisen reduzieren. Es ist daher zu

empfehlen, dass Leistungserbringer alle ihre Mitarbeitenden zur Anwendung der positiven Verhaltensunterstützung schulen und entsprechende Haltungen aufbauen.

- Partizipation ermöglichen

Die Ausweitung der Partizipation von Leistungsberechtigten ist ebenfalls ein wichtiger und entscheidender Aspekt im Rahmen der Gewaltprävention und der Minimierung von herausfordernden Verhaltensweisen. Aus den inhaltlichen Beiträgen der Fachtagung – insbesondere der Podiumsdiskussion – wird deutlich, dass dies u.a. durch die Etablierung von Dialog-Foren und -Orten gelingen kann. Als ein gutes Beispiel werden die Werkstatträte-Workshops benannt. Eine Erweiterung auf die Wohnbeiräte und ihre Vernetzung wird an dieser Stelle daher als zielführend und förderlich erachtet. Ein weiteres gutes Beispiel ist die Arbeit der AG Partizipation des LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen, welche selbst partizipativ besetzt ist und damit auch die Partizipation von Leistungsberechtigten befördert. Darüber hinaus ist für eine gelingende Partizipation von leistungsberechtigten Personen die Einführung der Peer-Beratung (s.o.) zu benennen.

- Fachkräftemangel begegnen

Der Fachkräftemangel als Thema und flankierender Faktor zieht sich durch fast alle Beiträge der Fachtagung. Die grundsätzliche Annahme ist dabei, dass Gewalt und herausfordernde Verhaltensweisen dort vermehrt auftreten, wo kein ausreichendes Fachpersonal vorgehalten werden kann. Die Forderung nach dezentralen und kleiner strukturierten Wohnangeboten verschärft dabei den Fachkräftemangel zusätzlich. Es wird deutlich, dass an dieser Stelle dringender Handlungsbedarf besteht.

Mögliche Maßnahmen, die dem Fachkräftemangel begegnen, bei einer gleichzeitigen Ausweitung von dezentralen Wohnstrukturen, sind zu diskutieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Mitarbeitende von Leistungserbringern der Eingliederungshilfe bereits sehr viel investieren, um professionell mit Aggressionen und Gewalt umgehen zu können und dabei zahlreiche Qualifizierungen in Anspruch nehmen. Dies hat über die Jahre bereits zu einer stärkeren Professionalisierung beigetragen.

In Vertretung	In Vertretung
L e w a n d r o w s k i	W e n z e l – J a n k o w s k i

LVR
Qualität für Menschen

EINLADUNG ZUR FACHTAGUNG

Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe

Ansatzpunkte aus Politik und Gesetzgebung in der Diskussion

7.11.2022
9.30-16.30 Uhr
Hybrid



Ort der Veranstaltung: LVR-Landes-Museum Bonn, Zuschaltung per interaktivem Livestream

FÜR LEICHTE SPRACHE HIER KLICKEN

EINLADUNG

Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe stärken – welche Wege führen zum Ziel?

Bürger*innen vor Gewalt zu schützen ist eine zentrale Aufgabe des demokratischen Rechtsstaates – unabhängig davon, ob sie mit oder ohne Behinderung leben.

Menschen mit einer Behinderung, die in einer Einrichtung leben oder arbeiten und abhängig sind von Unterstützungsleistungen Dritter, sind jedoch häufig besonderen Risiken ausgesetzt. Dem Landschaftsverband Rheinland (LVR) ist daher der Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe ein wichtiges Anliegen, für die dort unterstützten Menschen ebenso wie für die dort Tätigen.

Als Träger der Eingliederungshilfe und als Leistungserbringer für besonders stark beeinträchtigte Menschen lädt der LVR zu einer gemeinsamen Fachtagung ein. In einem hybriden Format – in Präsenz in Bonn und ergänzend im Livestream – werden mit Expert*innen aus verschiedenen Bereichen und mit dem Publikum Wege zu einem besseren Gewaltschutz diskutiert.

In NRW haben Politik und Gesetzgebung dazu zuletzt, etwa mit der Novelle des Wohn- und Teilhabegesetzes (WTG) in NRW sowie dem Abschlussbericht der Expertenkommission „Herausforderndes Verhalten und Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe“, neue Impulse geliefert. Mit dieser Fachtagung, die auf einen entsprechenden Antrag der politischen Vertretung zurückgeht, wird der Diskurs über dieses wichtige Thema gefördert.

Wir freuen uns, wenn Sie dabei sind!



Anne Henk-Hollstein
Vorsitzende der Landschaftsversammlung Rheinland



Ulrike Lubek
Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

DAS PROGRAMM

9.30 h Beginn des Vormittagsprogramms

Begrüßung durch die Vorsitzenden des Sozialausschusses und des Ausschusses für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen
Moderatorin Tina Kraus im Gespräch mit Martina Zsack-Möllmann, Vorsitzende des Sozialausschusses, und Ute Krupp, Vorsitzende des Ausschusses Heilpädagogische Hilfen

Begrüßung durch die LVR-Direktorin
Ulrike Lubek
LVR-Direktorin

Impulsvortrag I
Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe - Herausforderungen und Handlungsempfehlungen
Norbert Müller-Fehling, Mitglied der Expertenkommission „Herausforderndes Verhalten und Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe“

Kaffeepause

Impulsvortrag II
Neue Wege finden - Konsulentendienste im Rheinland
Claudia Schmidt,
Leitung LVR-Institut für Konsulentenarbeit Kompass

Impulsvortrag III
Schlagen, Treten, Beissen und dann auch noch Fachkräftemangel - Mitarbeiter*innen im Fokus
Thomas Ströbele,
LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen

12.30 h Mittagspause

13.30 h Beginn des Nachmittagsprogramms

Impuls IV: Fachgespräch
Gemeinsam gegen Gewalt. Geht das? Kooperation von WTG-Behörde und Eingliederungshilfeträger?
Dr. Christian Wiefling,
Landkreistag NRW
und Gabriele von Berg,
LVR-Fachbereichsleiterin Sozialhilfe / Fachliche Ressourcen

Impulsvortrag V
Ein Blick über den Tellerrand - Mögliche Impulse für neue Wohnkonzepte im Rheinland
Univ.-Prof. Dr. Georg Theunissen, Dipl-Päd., Heil- u. Sonderpädagoge, Ordinarius für Geistigbehindertenpädagogik und für Pädagogik bei Autismus an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (i. R.)

Kaffeepause

Podiumsdiskussion
Ausblick - Gemeinsam für einen gelingenden Gewaltschutz
Moderatorin Tina Kraus im Gespräch mit Bärbel Brüning, Selbsthilfe NRW, Thomas Wallenhorst, Koordinator der Initiative Gewaltschutz, MAGS NRW, Dirk Lewandrowski, LVR-Dezernent Soziales, Martina Wenzel-Jankowski, LVR-Dezernentin des LVR-Klinikverbunds und des Verbunds Heilpädagogischer Hilfen

16.30 h Veranstaltungsende

VERANSTALTER
Landschaftsverband Rheinland (LVR)
LVR-Dezernat Soziales und
LVR-Dezernat Klinikverbund und Verbund Heilpädagogischer Hilfen
50663 Köln
www.lvr.de

Es werden keine Teilnahmegebühren erhoben.

Der Veranstaltungsort ist barrierefrei zugänglich. Barrierefreie Parkplätze befinden sich am Haupteingang.

ANSPRECHPERSON
Michael Neise
0221 809-6973
michael.neise@lvr.de

Informationen zur Anreise zum LVR-LandesMuseum Bonn
Link: https://wege-zum.lvr.de/LVR-Einrichtungen/LVR-LandesMuseum-Bonn.html

COPYRIGHT
Die Piktogramme unterliegen dem Urheber*innenrecht von ©Reinhild Kassing

ANMELDUNG
bis 15.10.2022

scannen oder klicken

Link: https://ems.lvr.de/tms/frontend/index.cfm?l=22187438BC29FC14367376B418B2913B&sp_id=1

Zu den einzelnen Vorträgen haben Sie die Möglichkeit, während der Veranstaltung Fragen zu stellen. Um die Menschen vor Ort und vor den Bildschirmen interaktiv zu beteiligen, nutzen wir die Software Mentimeter. Sie können per App und über die Homepage mentimeter.com teilnehmen.

App-Logo

Download on the App Store
https://apps.apple.com/de/app/mentimeter/id1064435577

Available on the Google Play
https://play.google.com/store/apps/details?id=com.mentimeter.voting&gl=DE

Hinweis zur Veranstaltung:
Die Veranstaltung wird aufgezeichnet und drei Monate lang online zugänglich gemacht. Als Teilnehmende der Präsenzveranstaltung erklären Sie sich einverstanden mit der Bild- und Tonaufzeichnung der Fachtagung. Eine unter Umständen auch missbräuchliche Weiterverwendung dieser Aufnahmen durch Dritte kann daher durch den LVR nicht ausgeschlossen werden.

INFOS IN LEICHTER SPRACHE

Gewalt gegen Menschen ist verboten.
Trotzdem gibt es sie.
Viele Menschen mit Behinderung erleben Gewalt.



Was ist Gewalt? Zum Beispiel:
Wenn jemand Sie schlägt.
Aber auch: wenn jemand Sie anschreit.
Oder: Wenn Sie in Ihr Zimmer eingeschlossen werden.
Und: Wenn jemand Sie anfasst, obwohl Sie das nicht möchten.



Der LVR möchte Menschen mit Behinderung schützen vor Gewalt.
Aber auch die Menschen, die in der Wohneinrichtung oder der Werkstatt arbeiten.
Wie geht das am besten?
Was kann man tun?

Darüber wird bei einer Tagung geredet.
Der LVR lädt dazu ein.
Tagung heißt: Viele Menschen treffen sich und hören Vorträgen zu.
Und stellen Fragen und reden darüber.
Man kann sich in Bonn treffen oder vor dem Computer.



Landschaftsverband Rheinland

Fachtagung

Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe

am 07. November 2022 in Bonn

„Mit dem Schwierigsten beginnen“

Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe - Herausforderungen und Handlungsempfehlungen der Expertenkommission

„Herausforderndes Verhalten und Gewaltschutz in Einrichtungen der Behindertenhilfe“

Norbert Müller-Fehling

Die Expertenkommission

- **Anlass:** Die nicht rechtskonforme Anwendung von freiheitsentziehenden Maßnahmen und die Anwendung von Gewalt in der Diakonischen Stiftung Wittekindshof, die über Jahre nicht nach außen gedrungen sind.

- **Auftrag:** Systemische Risiken im Zusammenhang mit FEM erkennen, Vorschläge für den Gewaltschutz und für die fachliche Weiterentwicklung geeigneter Betreuungsstrukturen im System der Eingliederungshilfe erarbeiten.

Personenkreis:

- Menschen mit kognitiven Beeinträchtigungen, deren Verhaltensweisen bedeutsame Risiken für das körperliche oder seelische Wohlbefinden bzw. die körperliche oder psychische Unversehrtheit der Menschen mit Behinderung selbst oder in ihrem Umfeld darstellen.
- Lebensqualität und Teilhabefähigkeit der Betroffenen sind erheblich beeinträchtig.
- Die Menschen haben einen umfangreichen verhaltensbedingten Unterstützungsbedarf.
- Es besteht ein hohes Risiko von freiheitsentziehenden und -beschränkenden Maßnahmen betroffen zu werden.

Unklare Datenlage

NRW: ca. 350.000 **Menschen mit kognitiven Behinderung**
Davon mit **Herausforderndem Verhalten** *20 - 25%*
Nur einem Bruchteil kann besonders herausforderndes Verhalten zugeordnet werden.

Gerichtliche Genehmigungen FEM nach § 1906 BGB (2020 Justizministerium NRW)
20.382 Anträgen auf Genehmigung einer geschlossenen Unterbringung
17.759 Anträgen auf Genehmigung unterbringungsähnliche Maßnahmen

Vereinbarte Plätze zur geschlossene Unterbringungen in der Eingliederungshilfe
LWL: 1.493, LVR : 328 (BAGüS-Fachausschuss, 2021)

Geschätzter Bedarf
Prof. Steinhart: 10-12 Wohneinheiten je 100.000 Einwohner (Schätzung nach Daten der Stadt Rostock und des LWL)
Wohnangebote für 16-20 Personen pro Region, Projekt „Geschlossene Tür als Schlüssel zur Teilhabe?“ LVR 2021, abgeleitet aus der aktuellen Fallbearbeitung

1. Schutzlücken schließen – Gewaltschutz verbessern

a. **Gewaltschutz im Wohn- und Teilhabegesetz NRW stärken**:
   - Rechtsanwendung vereinheitlichen und konkretisieren
   - Aufsicht verstärken
   - Aufsichtsbehörden qualifizieren

b. **Schutz, Hilfe und Beratung für betroffene Menschen sichern:**
   - zentrale und unabhängige Monitoring- und Beschwerdestelle
   - Meldepflichten für genehmigte und durchgeführte FEM
   - aufsuchende Schutzangebote

c. **Gewaltschutz im rechtlichen Betreuungsverfahren verbessern:**
   - Betreuungsgerichte, rechtliche Betreuungen, Betreuungsvereine qualifizieren;
   - Angehörige unterstützen
   - Kooperation zwischen Betreuungsgerichten und Eingliederungshilfe verbessern

d. **Gewaltschutzkonzepte (gem. § 37a SGB IX)** für Einrichtungen oder Dienstleistungen entwickeln, umsetzen und überprüfen

2. Weiterentwicklung der Angebotsstrukturen der EGH

Eine Eingliederungshilfe mit den Grundprinzipien der individuellen Bedarfsdeckung, einem umfassenden Blick auf den ganzen Menschen und seine Lebenslage und einem offenen Leistungskatalog, vernetzt im Sozialraum erscheint grundsätzlich geeignet, auch die Bedarfe von Menschen mit erheblichem herausfordernden Verhalten und kognitiven Beeinträchtigungen, bei denen ein Risiko für freiheitbeschränkenden Maßnahmen besteht, angemessen zu decken.

Eine Ausgrenzung des Personenkreises aus der Eingliederungshilfe oder die Schaffung neuer Sonderstrukturen sind weder vertretbar noch erforderlich.

Problemanzeigen

- Fehlende regionale Wohn- und Betreuungsangebote bei intensiverem Unterstützungsbedarf
- Erheblich eingeschränkte Wahlmöglichkeiten, schwierige Wohnplatzsuche, kritische Verlegungspraxis
- Vorherrschendes Gruppenprinzip statt individuelle Wohn- u. Unterstützungssettings
- Vielfach Sonderstrukturen ohne erkennbare Öffnungsperspektive
- Schleppend anlaufende Gesamtplanung bei Leistungsberechtigten im System, kaum wahrnehmbare Teilhabeplanung
- Fehlende, ungeeignete oder nicht umgesetzte Fach- und Gewaltschutzkonzepte
- Unzureichende Personalkonzepte, mangelnde Personalausstattung, Fachkräftemangel, Fluktuation

Problemanzeigen

- Fehlende qualifizierte Beratung in schwierigen Lebens- und Betreuungslagen
- Unzureichende Übergänge zwischen Psychiatrie, Maßregelvollzug und EGH
- Gewaltschutz und FEM werden in der Eingliederungshilfe wenig thematisiert
- Große Unterschiede im Einsatz FEM, wenig Transparenz, kaum Daten, wenige Studien

Unterstützung für Menschen mit erheblichem herausfordernden Verhalten **regional** bereitstellen!

Voraussetzungen:

a. Auf- und Ausbau regionaler kleinstrukturierter Wohnformen mit intensiven Unterstützungskonzepten und Öffnungsperspektive
b. Abbau/Konversion überregionaler Angebote
c. Umstellung vom Gruppen- auf das Apartmentprinzip; maximal 4 Apartments pro Standort
d. Berücksichtigung von bes. Anforderungen an Wohnflächen, bauliche & technische Ausstattung
e. Sicherstellung einer arbeitsweltbezogenen Teilhabe in einem zweiten Lebensbereich

Voraussetzungen:

f. Interdisziplinäre personenzentrierte Bedarfsermittlung und Leistungsplanung
g. Qualifiziertes Fachkonzept für Wohnsettings mit besonders intensiven Unterstützungsbedarf mit entsprechender personellen Ausstattung
h. Qualitätssicherung zum Gewaltschutz und zur Vermeidung von FEM, zur Prävention und Deeskalation konflikt- und gewaltträchtiger Situationen
i. Unterstützung von Mitarbeitenden bei Gewalt- und Konflikterfahrung
j. Unterstützung durch regionale Dienste, Kooperation und Vernetzung im Sozialraum

Personenzentrierte Bedarfsermittlung und Leistungsplanung im Rahmen der Teilhabe- und Gesamtplanung konsequent umsetzen!

- Ggf. Anpassung der Bedarfsermittlungsinstrumente zur Erfassung von Gewalterfahrungen und zur Vermeidung und Reduzierung von FEM.
- Die Beantragung und Genehmigung von FEM löst obligatorisch eine Gesamtplanverfahren bzw. die Überprüfung des Gesamtplans aus.
- Hinzuziehung weiterer Leistungsträger im Rahmen des Teilhabeplanverfahrens wg. der komplexen Beeinträchtigungen und Bedarfe des Personenkreises.
- Einbeziehung der Expertise unterstützender Fachkräfte der Leistungserbringer, der MZEB, Konsulentendienste u.ä. in die Gesamt- und Teilhabeplanung

Einrichtungen und Familien nicht allein lassen!

Konsulentendienste als Beratung- und Kompetenznetzwerke Gewaltschutz

- Zur Beratung von Beschäftigten in Einrichtungen und Diensten, von Menschen mit herausfordernden Verhalten und ihren Angehörigen.
- Zur Erarbeitung von gemeinsamer Problemanalyse und Handlungsalternativen, zur interdisziplinäre Vernetzung von Expertise, Einrichtungen, Diensten und Fachkräften.
- Bestehende aus
    1. einer zentralen landesweiten Kompetenzstelle zum Gewaltschutz,
    2. niederschwellig zugänglich Konsulentendienste als regionale Beratungs- und Kompetenznetzwerke.
- In gemeinsamer Trägerschaft und Finanzierung des Landes, der Eingliederungshilfeträger und der Leistungserbringer.

1. Zentrale landesweite Kompetenzstelle Gewaltschutz NRW

- koordiniert und vernetzt landesweit Expertise im Umgang mit Problemverhalten, zu geeigneten regionalen Versorgungsstrukturen sowie zur Gewaltprävention und zu freiheitseinschränkende Maßnahmen,
- koordiniert Arbeitsweise und Qualität der regionalen Konsulentendienste, bietet Fortbildungen und Fachveranstaltungen für die Fachkräfte regionalen Konsulentendienste, Leistungserbringer, Leistungsträger und WTG-Behörden,
- organisiert die Kooperation mit Leistungserbringern, Hoch- und Fachschulen und anderen Ausbildungsinstitutionen,
- ist in geeigneter Weise mit der Monitoring- und Beratungsstelle (§ 16 GE-WTG NRW) verknüpft.

2. Konsulentendienste als regionale Beratungs- u. Kompetenznetzwerke

- Beratung der Fachkräfte von Diensten und Einrichtungen, Menschen mit Behinderung und Angehörigen in besonders kritischen Lebens- und Betreuungslagen
- Koordination des Beratungsprozesses und Erarbeitung einer gemeinsame Problemanalyse und von Zielsetzungen
- Klientenbezogene Erschließung med. psychiatrischer Expertise, Kooperation mit MZEB, psychiatrischen und anderen Fachdiensten
- Ggf. Beteiligung an der Teilhabe- und Gesamtplanung
- Erschließung erforderlicher Assistenz, Beratung und Therapie
- Organisation von kollegialem fallunabhängigen Austausch
- Konzeptionelle Beratung von Einrichtungen und Diensten zu Angebotsstrukturen, Beschäftigung, zur Sozialraumarbeit, Gewaltprävention und Vermeidung von FEM
- Regionale Fortbildungen und Fachveranstaltungen

Die Eingliederungshilfe insgesamt stärken durch …

- *Beratung und Fort- und Weiterbildungen* zu relevanten Handlungsansätzen, zu Haltung, Methoden, Gewaltprävention, Deeskalation, Sozialraumarbeit usw.,
- die Ermöglichung *temporärer individueller Zusatzleistungen* in schwierigen Lebens- und Betreuungssituationen,
- den Zugang der Betroffenen zu *sozialräumlichen Beratungs- Therapie- und Schutzangeboten*,
- *regionale Kooperation und Verbundlösungen*, die Wahlmöglichkeiten schaffen und einen Wechsel in andere Wohnformen ermöglichen.
- die Berücksichtigung fallspezifischer *Sozialraum-Angeboten* und fallunspezifischer *Netzwerkarbeit* in der Gesamtplanung.

Zusammenarbeit mit dem Gesundheitssektor verbessern!

- Regionale Zusammenarbeit der EGH und des Gesundheitsbereichs fallunabhängig und bei komplexe Problemlagen fallbezogen ermöglichen.
- Medizinische und psychiatrische Expertise bei der Teilhabe- und Gesamtplanung nutzen.
- Abbau von Hemmnissen und Defiziten bei der Inanspruchnahme von stationären und ambulanten Angeboten des Gesundheitsbereichs, z.B. Sozial- und Gemeindepsychiatrie, MZEB, psychiatrische Institutsambulanzen, Psychotherapie u.ä. vorantreiben.
- Begleitung bei der Inanspruchnahme der Angebote des Gesundheitssystems sicherstellen.

Herausforderungen für die Träger der Eingliederungshilfe und die Leistungserbringer

1. Regionalisierung durch kleinteilige Angebote ermöglichen
2. Auflösung zentraler Angebote für Menschen mit erheblichem herausforderndem Verhalten vorantreiben
3. Konsulentenangebote flächendeckend aufbauen und betreiben
4. Fachkräfte gewinnen und qualifizieren
5. Gesamt- und Teilhabeplanung konsequent umsetzen
6. Zugangs- und Nutzungshemmnisse zu Gesundheitsleistungen beseitigen
7. Leistungsträger-, bereichs- und leistungserbringerübergreifend zusammenarbeiten
8. Datenlage verbessern
9. Regionale Pflichtversorgung erproben, ggf. mit alternativer Finanzierungsform und leistungsträger- und leistungserbringerübergreifender Beteiligung der Eingliederungshilfe, des Gesundheitsbereichs und der Regelangebote im Sozialraum

Umsetzungsschritte in NRW

- Novellierung des WTG NRW, Gesetzesbeschluss am 13.April 2022
- Einrichtung der Stabsstelle „Koordination der Initiative Gewaltschutz“ im MAGS
- Koalitionsvertrag 2022 NRW: Landesinitiative Gewaltschutz, Konsulentendienste, unabhängige lokale Ansprechpersonen
- Auftaktveranstaltung: Landesinitiative Gewaltschutz, am 27. September 2022
  www.mags.nrw/gewaltschutz-einrichtungen-der-behindertenhilfe
- Landeseinheitliche Schulungen der WTG Behörden, der aufsichtführenden Bezirksregierungen und der Multiplikatoren zur Schulung in Einrichtungen
- Einbeziehung der WfbM in die Aufsicht durch die WTG Behörden
- Verankerung und Weiterentwicklung gemeindepsychiatrischer Verbünde in NRW (2,65 Mio)
- Gutachtenauftrag zur psychiatrischen und psychotherapeutischen Versorgung von Menschen mit Intelligenzminderung u. Autismus Spektrum Störungen

2023 WTG NRW

- Verpflichtung der Einrichtungen zur Entwicklung von Präventions- und Interventionsstrategien zum Gewaltschutz und zu freiheitsentziehenden Maßnahmen
- Möglichkeit zur Bestellung von Frauenbeauftrage in BewohnerInnenbeiräten
- Einrichtung der unabhängigen Monitoring- und Beschwerdestelle
- Meldepflichten zu Gewaltvorkommnissen und sexuellen Übergriffen sowie über Genehmigungen, Einwilligungserklärungen und Durchführung FEM an WTG-Behörden, die Monitoring- und Beschwerdestelle und die regionalen Ombuspersonen

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Abschlussbericht Expertenkommission Gewaltschutz NRW

www.broschuerenservice.mags.nrw/mags/shop/Herausforderndes_Verhalten_und_Gewaltschutz_in_Einrichtungen_der_Behindertenhilfe.

norbert.mueller-fehling@bvkm.de

LVR - Institut für Konsulentenarbeit
Kompass

LVR

- Neue Wege finden - Konsulentendienste im Rheinland



LVR Institut für Konsulentenarbeit
- Kompass -

Claudia Schmidt, Institutsleitung
07. November 2022

Agenda

- **Auftrag des Konsulentendienstes LVR-Institut Kompass**
- **Grundlagen der Beratung**
- **Beratungsangebote**
  - **Beratungsanlässe; insbesondere Reduzierung FEM**
  - **Struktur der Beratung**
- **Fallbeispiel**
- **Beratungsanliegen, Vorgehen, Ziele**
- **Aktuelle Situation, Weiterentwicklung**

Auftrag des Konsulentendienstes

- Neutrale und unabhängige Beratungsinstanz, auf Menschen mit Behinderung spezialisiertes Beratungs-angebot
- Auf Antrag berät das Institut Menschen mit kognitiver Behinderung in belastenden Lebenssituationen oder mit herausforderndem Verhalten
- Zu den belastenden Situationen zählt in vielen Fällen die Wohn- und Arbeitssituation in einer Einrichtung der Eingliederungshilfe

Grundlagen der Beratung

- Der Beratungsprozess orientiert sich an den individuellen Bedürfnissen des betroffenen Menschen

- Systemischer Ansatz mit Einbeziehung aller Beteiligten

- Transfer der Beratungsergebnisse in den Lebens-alltag, gemeinsame Reflektion und Krisenbegleitung

Beratungsanlässe

- Auto- und/oder Fremdaggressivität
- Rückzug, Verweigerung, Isolation
- Reduzierung/Vermeidung von FEM
- Verlust von Wohn- oder Arbeitsplatz
- Krisen im familiären Zusammenleben
- Seelische Krisen



Struktur der Beratung

- 95% aller Beratungen werden aufsuchend in der Lebens- und Arbeitswelt der Klient*innen erbracht
- Zum Verständnis des Verhaltens des betroffenen Menschen wird mit den Mitarbeitenden der sozial-emotionale Entwicklungsstand mittels SEED erarbeitet
- Die herausfordernden Situationen im Betreuungs-alltag und die Haltung der Mitarbeitenden werden intensiv reflektiert


Reduzierung freiheits-
entziehender Maßnahmen
FEM
Fallvorstellung

Fallvorstellung Herr N.



Fallvorstellung Herr N.

Alter: 47 Jahre

Lebensmittelpunkt: Besondere Wohnform

Beschäftigungsform: Keine

Anmeldeproblematik: Erhebliches selbst- und fremdverletzendes Verhalten

FEM: Geschlossene Unterbringung, 5-Punkt-Fixierung

Beratungsziel: Verbesserung der Lebensqualität und Verringerung FEM

Fallvorstellung Herr N.

Vorgehensweise

- Videoanalyse: Hohe Funktionalität des selbst- und fremdverletzenden Verhaltens, um in Kontakt zu Bezugspersonen zu gehen

Vorher

- Ausschließlicher Kontakt in Versorgungs-situationen und während Eskalationen

Nachher

- Bedingungsloses Beziehungsangebot

Fallvorstellung Herr N.



Fallvorstellung Herr N.

Weitere Vorgehensweise

- SEED: Niedriges Entwicklungsniveau, überwiegend Bindungsphase

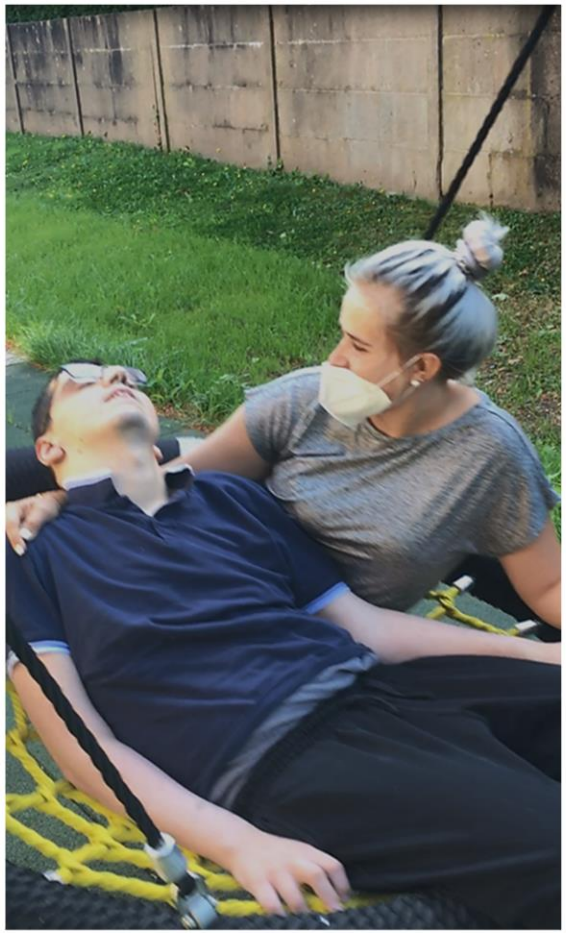
Vorher

- Anleitung und Förderung im sogenannten lebenspraktischen Bereich

Nachher

- Basale Stimulation, körper- und kontaktbetonte Aktivitäten

Fallvorstellung Herr N.

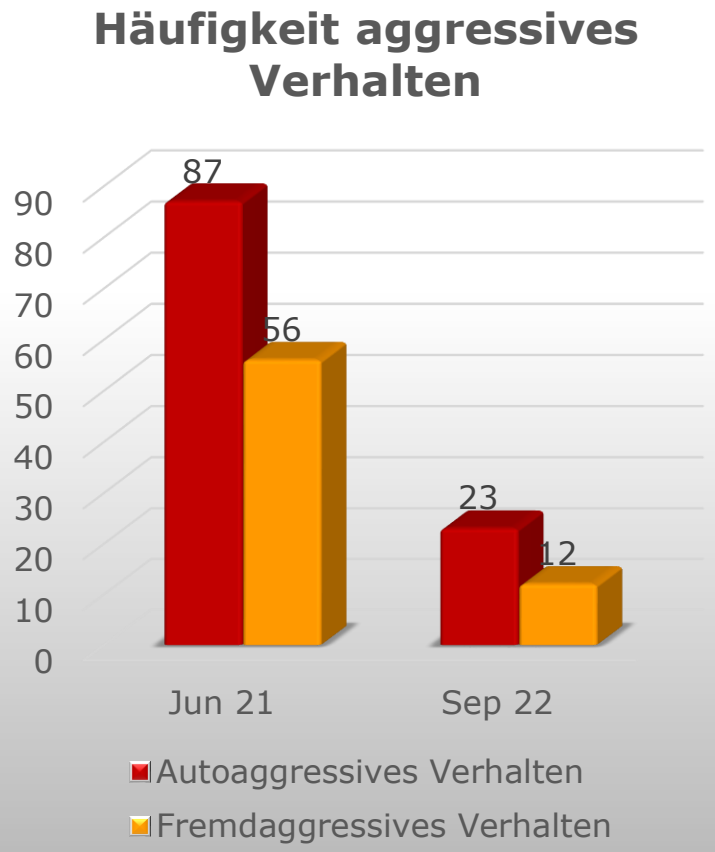


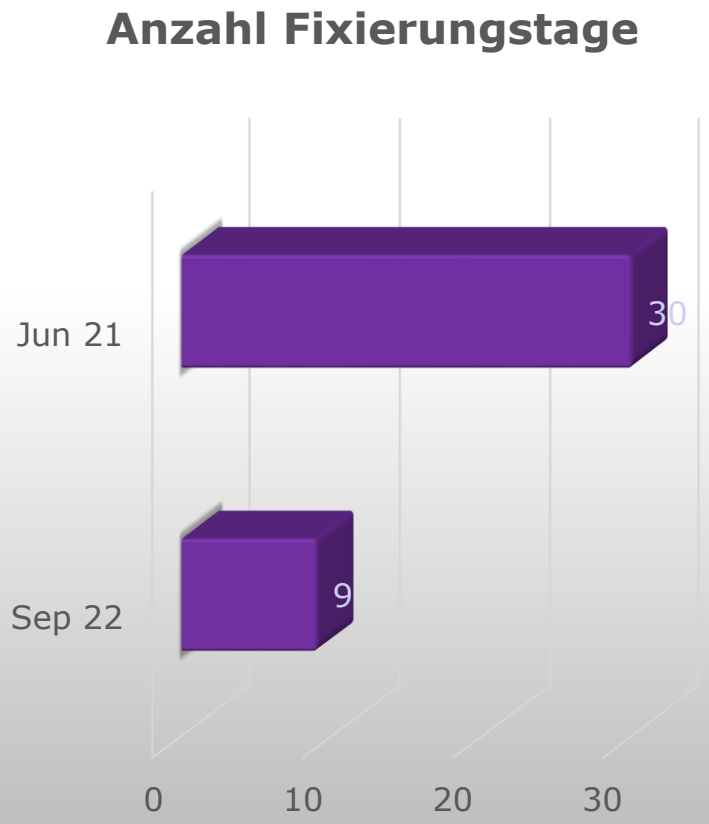
Selbstverletzendes Verhalten: ↓

Fremdverletzendes Verhalten: ↓

Fixierungshäufigkeit und Dauer: ↓

Fallvorstellung Herr N.





Beratungsanliegen

- Sicherung der Wohn- und/oder Arbeitssituation bzw. Ermöglichung einer Integration in diesen Bereichen
- Verringerung des herausfordernden Verhaltens
- Unterstützung des Klienten/der Klientin in seelischen Krisen und bei Entwicklungsrückschritten
- Verbesserung der Beziehung zwischen Klient*in und Mitarbeitenden, oftmals stark belastet durch Gewalt- und Ohnmachtserfahrung
- Verbesserung der Zusammenarbeit im System

Vorgehen

- Fokus auf die Bedürfnisse des Klienten/der Klientin
  - -> sozial-emotionaler Entwicklungsstand
- Erarbeitung mit den Beteiligten anhand der SEED Diagnostik, um das Bewusstsein für diese Bedürfnisse und deren Grundlage für herausforderndes Verhalten zu verdeutlichen
- Einbeziehung des/der Klient/die Klientin durch Verhaltensbeobachtung in ihrem Umfeld und soweit möglich durch Beratungsgespräche

Individueller Beratungsprozess

- Erarbeitung von Konzepten auf der Basis des sozial-emotionalen Entwicklungsstandes mit allen Beteiligten
- Begleiteter Transfer in den Alltag
- Regelmäßige Reflektionen
- Begleitung in Krisensituationen
- Einbeziehung spezifischer Besonderheiten (Autismus, Trauma, etc.)
- Einbeziehung der systemischen Anteile



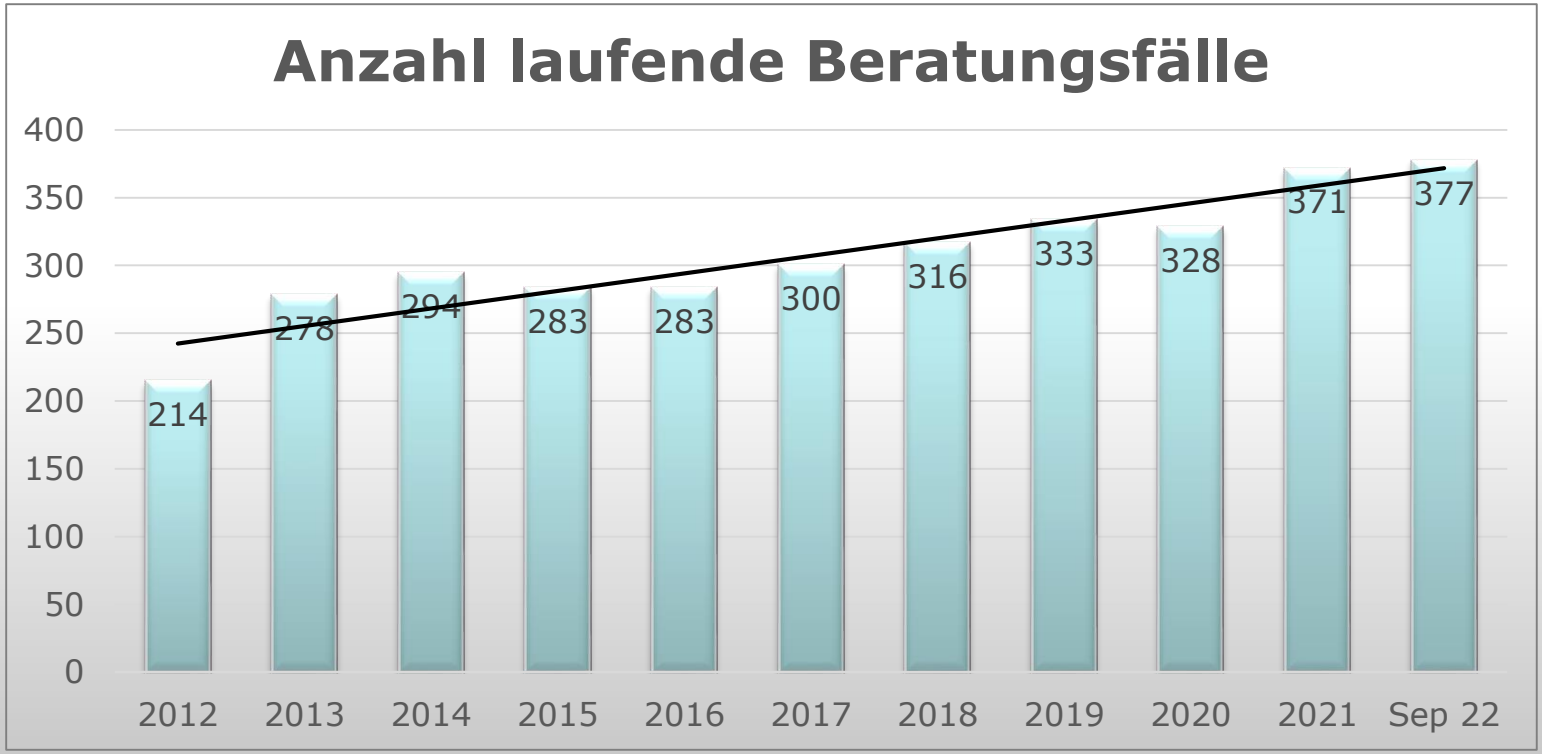
Beratungsziele

- Reduzierung der herausfordernden Verhaltensweisen
- Stärkung des Selbstwertgefühles und des Selbstvertrauens der Klient*innen
- Verbesserung der Beziehungsgestaltung als Grundlage von Veränderung
- Stärkung der Fachlichkeit von Mitarbeitenden
- Vermeidung/Abbau struktureller Gewalt
- Verbesserung der Zusammenarbeit im System

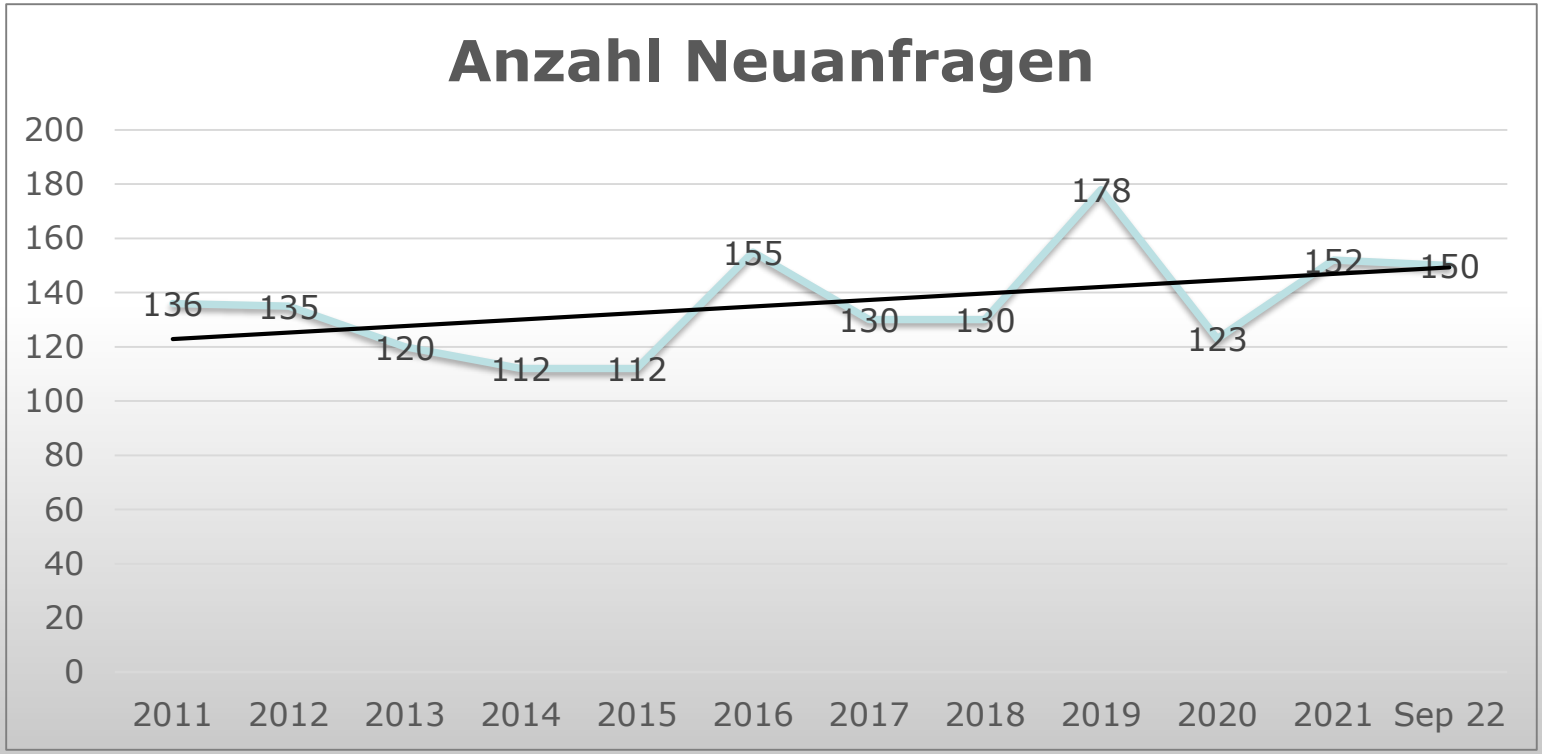



Beratung
Statistik
Neuanfragen
Personal
Beratungsfälle

Aktuelle Situation



Aktuelle Situation



Personalsituation



- 7 Berater*innen incl. Institutsleitung alle auf eigenen Wunsch in Teilzeit
- Profil: Fach- oder Hochschulabschluss Pädagogik/Psychologie mit spezifischen Zusatzausbildungen
- Regionale Aufteilung im Rheinland
- Regelmäßige interne und externe Fallberatung sowie Supervision

Weiterentwicklung

- Alle Beteiligten können sich an das Institut wenden, mit Zustimmung der rechtlichen Betreuung
- Der niederschwellige Zugangs zu den Beratungs-angeboten sollte ausgebaut werden
- Hierzu gehört ein offenes Beratungsangebot, auch für Klient*innen und Mitarbeitenden in Konflikt- und Krisen-situationen
- Dieses Angebot sollte unabhängig von einer Antragstellung für eine/n einzelnen Klienten/in sein


Ihre
Vielen Dank
Aufm amkeit
fmerksan
für

Schlagen, Treten, Beißen und dann auch noch Fachkräftemangel – Mitarbeitende im Fokus

Hybride Fachtagung „Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe“

Referent: Thomas Ströbele, Vorstandsvorsitzender des LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen

Datum: 07.11.2022

Ort: LVR-Landesmuseum Bonn

Studienergebnisse

Mitarbeitende in der Eingliederungshilfe erfahren Gewalt!

Schablon, A. et al. (2012)
Betrachtungszeitraum
1 Jahr

- **86 %** haben **verbale Gewalt** erfahren
- **60 %** haben **körperliche Gewalt** erfahren

Studie BGW (2020)
Betrachtungszeitraum
1 Jahr

- Knapp **80 %** haben **Gewalt** erfahren
- Davon **94 % verbale Gewalt** und **70 % körperliche Gewalt**

Inhalt

Der LVR-Verbund HPH

- Subsidiärer Auftrag – Zielgruppen – Leistungen

Gewalt und Umgang mit Gewalt im LVR-Verbund HPH

- Gewaltformen – Gewaltsituationen
- Besondere Herausforderungen
- Handlungsmöglichkeiten

Konzept zur Prävention und zum Schutz vor Gewalt

Nachsorge und Perspektiven

Im Überblick: Der LVR-Verbund HPH

Leistungserbringer der Eingliederungshilfe für erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung

- **Unsere Leistungen:**
  Assistenz – Begleitung – Förderung – Versorgung – Beratung
  in den Bereichen Wohnen und Tagesstrukturierende Beschäftigung
- **Unser Ziel:**
  Gleichberechtigte Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft ermöglichen
- **Unsere Prinzipien:**
  Normalität – Individualität – Integration – Inklusion



(Stand: Juli 2022)

Unser subsidiärer Auftrag – Unsere Kund*innen

Überwiegend Menschen mit herausforderndem Verhalten und hohem sozialen Integrationsbedarf



Wir sind spezialisiert auf:

- ✓ Herausfordernde Verhaltensweisen
- ✓ Komplexe Mehrfachbehinderungen
- ✓ Psychosoziale Auffälligkeiten
- ✓ Gehörlosigkeit
- ✓ Autismus-Spektrum-Störungen (ASS)
- ✓ Fetale Alkoholspektrum-Störungen (FASD)
- ✓ Menschen mit geistiger Behinderung aus dem Maßregelvollzug

Unsere Kund*innen

Herausforderndes Verhalten hat immer einen subjektiven Sinn, ist zielgerichtet und Ergebnis von individueller Biografie und Sozialisation.

ERFAHRUNGEN

Minderwertigkeit

Ablehnung

Ausgrenzung

Gewalt

REDUZIERUNG VON CHANCEN

Positive Erfahrungen

Akzeptanz und Liebe

Passende Wohn- und Assistenz-angebote

HERAUSFOR-DERUNGEN FÜR

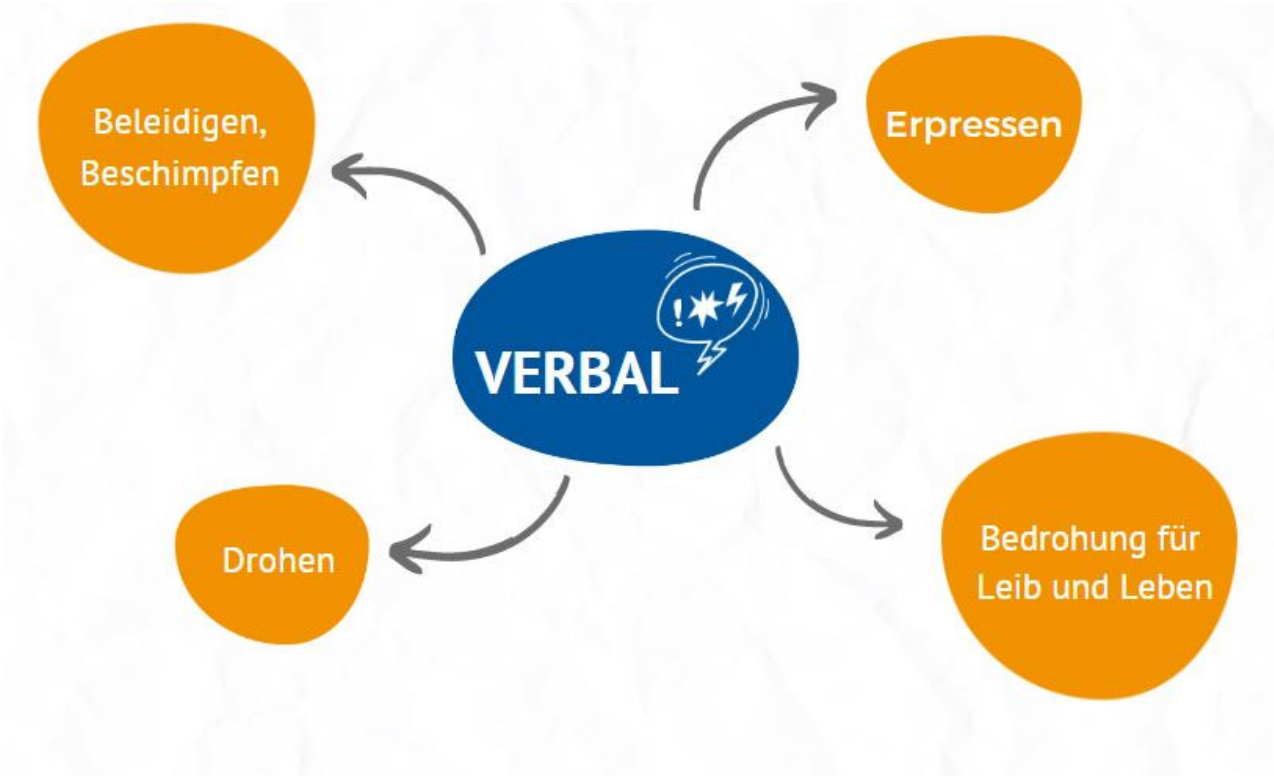
Betroffene Person

Professionelle Umwelt

Soziales Umfeld

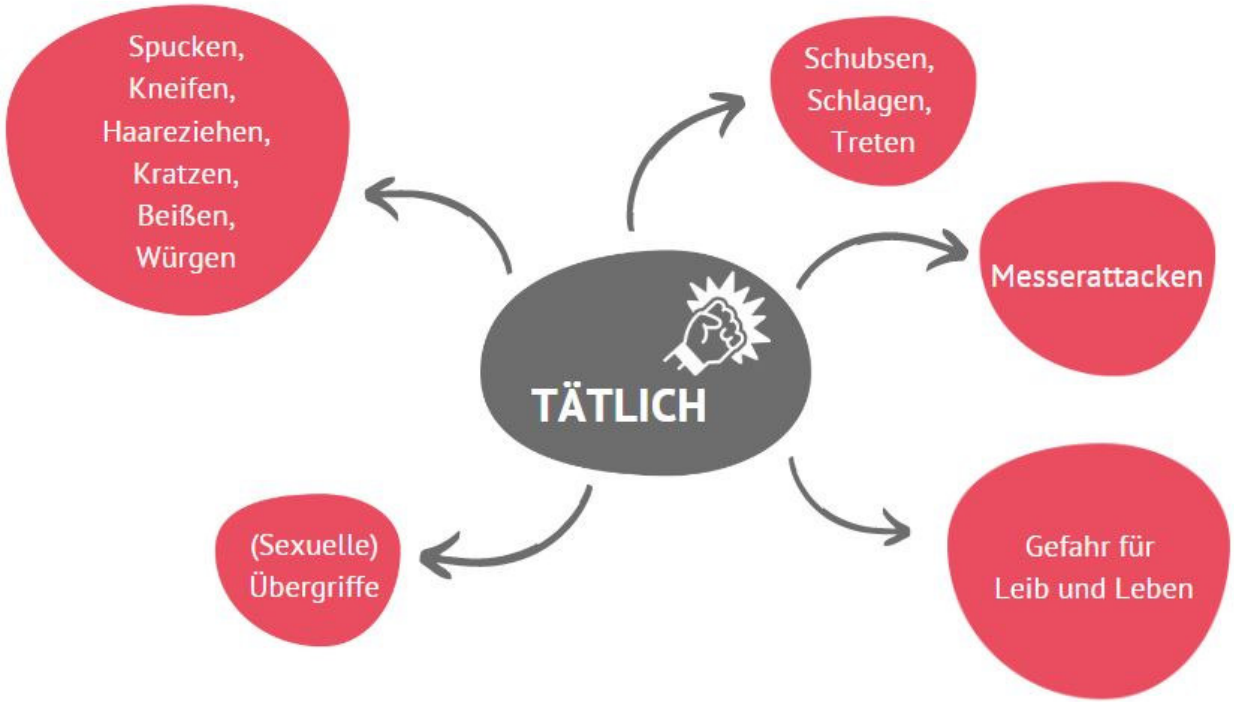
Gewaltübergriffe durch Kund*innen

Gegenüber Mitbewohner*innen und Mitarbeitenden



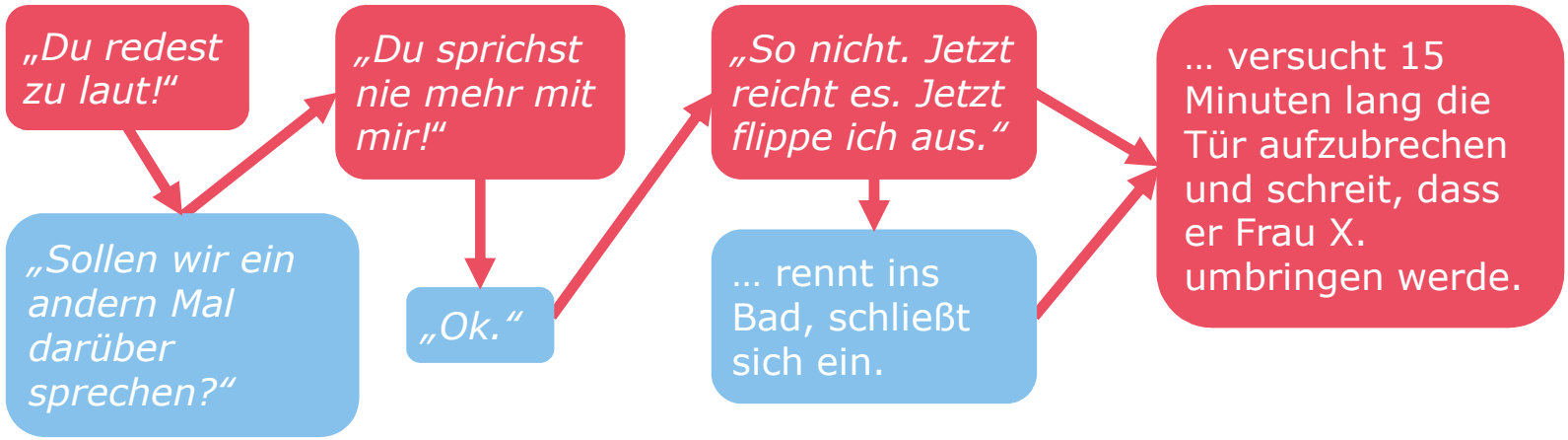
Gewaltübergriffe durch Kund*innen

Gegenüber Mitbewohner*innen und Mitarbeitenden



Beispiel: Gewaltsituationen

Kunde Herr Y. missachtet gemeinsame Vereinbarung.
MA Frau X. weist darauf hin …



- Als die Polizei eintraf, griff Herr Y. die Polizisten an. Es waren fünf Beamte und mehrere Taser-Einsätze nötig, um ihn in Gewahrsam zu nehmen.

Gewaltsituationen: Statistik

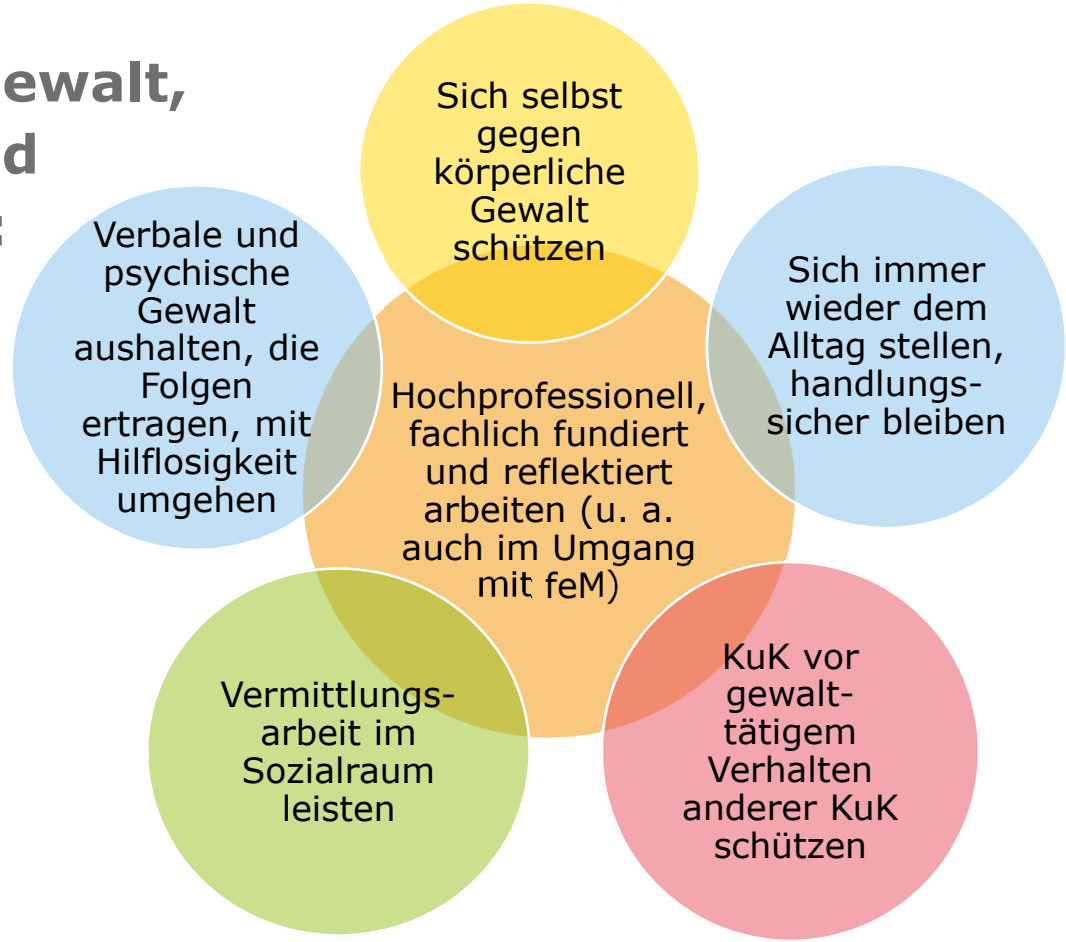
Gewaltvorfälle, die als **besondere Vorkommnisse** im LVR-Verbund HPH erfasst und gemeldet wurden:

Gewaltvorfälle (Besondere Vorkommnisse) der letzten zwei Jahre

	KuK zu MA		KuK zu KUK		MA zu KuK		KuK zu Sozialraum	
	Verbal	Tätlich	Verbal	Tätlich	Verbal	Tätlich	Verbal	Tätlich
2021	31	67	19	55	1	3	9	19
2022	41	58	17	44	0	0	9	13
Gesamt	**72**	**125**	**36**	**99**	**1**	**3**	**18**	**32**

Besondere Herausforderungen für MA

Im Umgang mit Gewalt, Gewalterleben und Grenzsituationen:



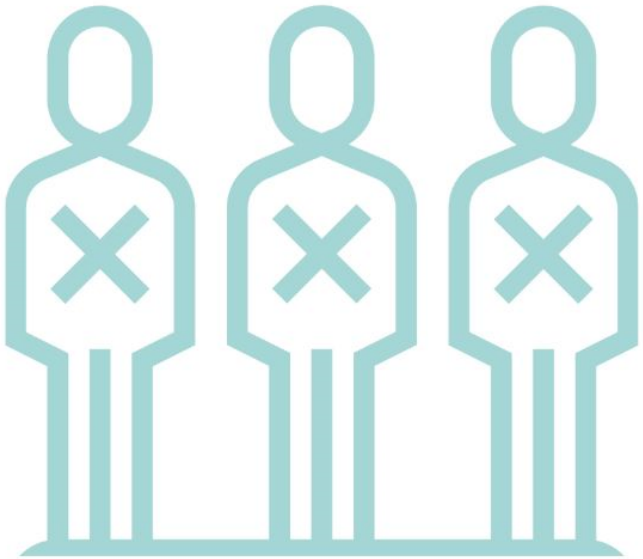
Sicherstellung von Prävention und Schutz vor Gewalt

Wichtigste Rahmenbedingung

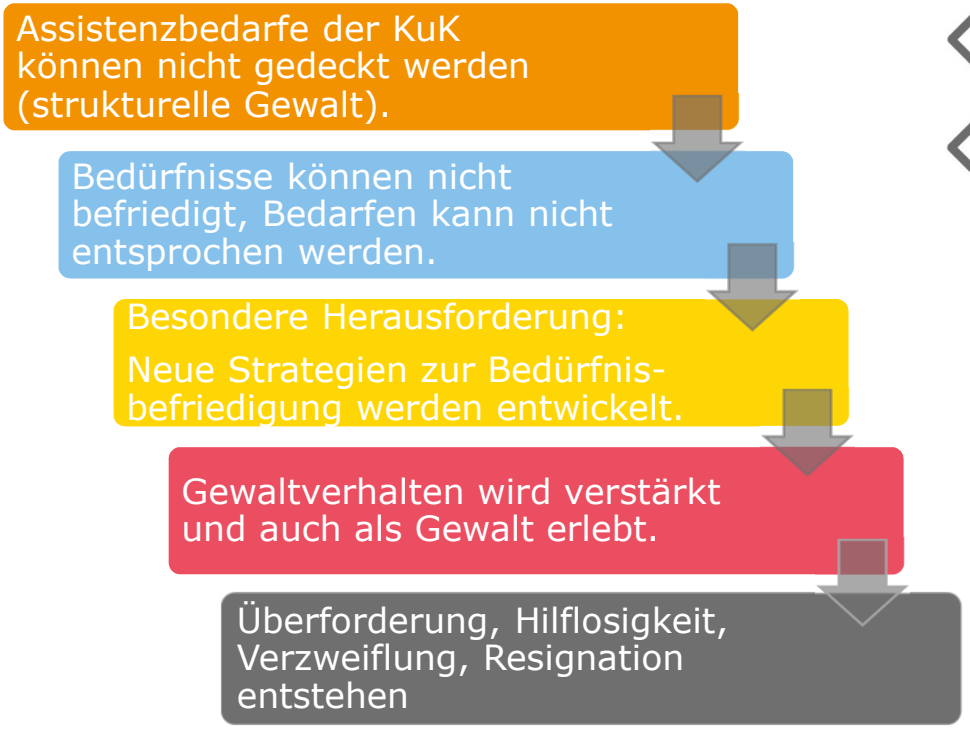
- Ausreichend persönlich geeignete und qualifizierte Mitarbeitende

Realität

- Personalmangel
  - durch demographische Entwicklung
  - durch Personalausfälle (insb. durch COVID-19-Erkrankungen und Quarantänen)



Folgen des Fach- und Arbeitskräftemangels



Der **Fach- und Arbeitskräftemangel** ist somit nicht nur ein **Hindernis** für die Personenzentrierung und den Gewaltschutz. Er ist vielmehr eine nicht unerhebliche **Ursache für die Entstehung von Gewalt.**

Besondere Herausforderungen: Personal

- **Personalakquise**
  > Geeignetes Personal gewinnen
- **Personalpflege**
  > Personal binden
- **Personalkonzept**
  > ausgerichtet auf das besondere Klientel
- **Personalentwicklung**
  > Grundqualifizierung
    – spezifische Fort- und Weiterbildung



Werkzeuge im LVR-Verbund HPH

Zur Prävention von Gewalt, Gewalterleben und Grenzsituationen

- Pädagogisch-therapeutische, heilpädagogische und psychologische Instrumente und Maßnahmen
  Problem- und entwicklungsanalytisches Verfahren, SEED, Biografiearbeit, Risikoanalyse im Rahmen der Bedarfsermittlung, Krisen- und Beobachtungsbögen, VT etc.
- Sicherstellung der Qualifizierung/Ausbildung der Mitarbeitenden
  KUGA, DOKI, Zertifikatsstudium HV, päd.-therap. Methodik, Personenzentrierung etc.
- Systematische Qualifizierung der Teams sicherstellen
  Supervision, Coaching, Beratung, Training on the Job/Multiplis, Fallbesprechungen etc.
- Einbeziehung der Kund*innen sicherstellen
  Was ist Gewalt? – Wie kann ich mich vor Gewalt schützen? – An wen wende ich mich?
- Sorgfältige Bedarfsermittlung

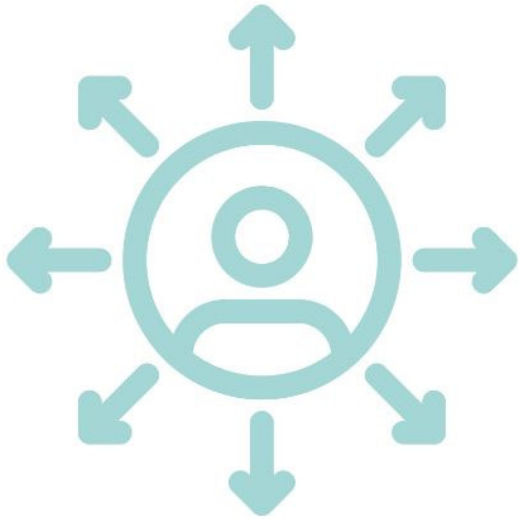
Maßnahmen im LVR-Verbund HPH

Zur Prävention von Gewalt, Gewalterleben und Grenzsituationen

- Sicherstellung der Personalausstattung – qualitativ und quantitativ
- Adäquate räumliche, sächliche und technische Ausstattung
  Fluchttüren, fixierte Möbel, Notrufsysteme, Signalsysteme etc.
- Aktive Netzwerkarbeit, Kooperationen und Zusammenwirken
  LVR-Institut Kompass, Coaches, Fachkliniken, Fachärzt*innen, Therapeut*innen etc.
- Schaffung von „Spezialangeboten“
  Wohnbereich Danilo Dolci, Wohnverbund Querallee, Wohnbereich Leverkusen-Rheindorf
- Festlegung von Rahmenbedingungen für eine fachlich fundierte Assistenz und Begleitung zur sozialen Teilhabe

Handlungsmöglichkeiten für MA

- Anwendung spezifischer päd.-therap. Methoden, KUGA, DOKI, personenzentriertes Arbeiten
- Begleitete Fallbesprechungen
- Umsetzung der individuellen Krisen- und Interventionspläne
- Kollegiale Unterstützung – wohnverbundübergreifend
- Anwendung von genehmigten freiheitseinschränkenden Maßnahmen, Bedarfsarznei etc.
- Unterstützung durch Polizei
- Ordnungsamt,
  mögliche Einleitung eines PsychKG
- Anzeige erstatten



Handlungsmöglichkeiten LVR-Verbund HPH

Personengebundene **Einzelfallhilfe** zur Deckung des individuellen Bedarfs an pädagogischer Assistenz
– Beantragungsverfahren

Personengebundener Einsatz eines **Sicherheitsdienstes**
– Ist zu beantragen und auszuschreiben

- Zur Wahrung der körperlichen und psychischen Unversehrtheit
- Nutzung des psychologischen Effekts zur Prävention
- Vermittlung von Handlungssicherheit und –freiräumen
- Sozio-emotionaler Rahmen für erforderliche persönliche Nähe
- Heilpädagogisches Arbeiten, Beziehungsarbeit ermöglichen

Konzept zu Prävention und Schutz vor Gewalt

Intention - Grundhaltung

Prävention und Schutz vor Gewalt sind:

- **Führungsaufgabe**
- **Methodische und fachliche Arbeit**
- **Dauerhafter Personalentwicklungsprozess**
- **Dauerhafter Organisationsentwicklungsprozess**
- **Sicherstellung der Kommunikation**
- **Abstimmung auf die Erfordernisse vor Ort**
- **Auf Prävention und Partizipation setzen**



Konzept zu Prävention und Schutz vor Gewalt

Effiziente und effektive Prävention durch Personzentrierung

„Personzentriert arbeiten heißt, nicht von den Vorstellungen ausgehen, wie Menschen sein sollten, sondern davon, wie sie sind, und von den Möglichkeiten, die sie haben.

Personzentriert arbeiten heißt, andere Menschen in ihrer Ausdrucksweise zu verstehen und sie dabei zu unterstützen, eigene Wege zu finden, um – innerhalb ihrer begrenzten Möglichkeiten – angemessen mit der Realität umzugehen.“ (Marlies Pörtner)



Empathie, **Wertschätzung** und **Selbstkongruenz**, sowohl im Umgang mit Kund*innen als auch untereinander, werden gemeinsam gelernt, angewandt, selbst reflektiert, evaluiert und kontinuierlich verbessert.

Pflichtschulung für alle Mitarbeitenden!

Nachsorge bei Gewalterfahrungen

Führungskräfte: Sicherstellung der Unterstützung und Nachsorge bei und nach Konflikt- und Gewaltereignissen



- Unmittelbare kollegiale Beratung und Nachsorge
- Unterstützung durch Personalrat
- Coaching- und Supervisionsangebote
- Unterstützung bei Kontaktaufnahme mit Unfallkasse NRW
- Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM u. a. Findung alternativer Einsatzorte)
- Individuelle Nachsorge bei Gewalterfahrung
- Arbeitssicherheit – Gefährdungsbeurteiluung und -unterweisung
- Best Practice: **Be**ratung**Be**gleitung**Na**chsorge

Gewaltprävention und Gewaltschutz sicherstellen - Wie?

- **Gewaltschutz ist Führungsaufgabe**
- **Prävention**
- **Personzentriertes Arbeiten** schafft adäquaten sozialen Rahmen
- **Personalgewinnung:** Adäquate Personalausstattung sichern
- **Personalentwicklung:** Qualifizierung der Mitarbeitenden
- Ergänzend zur Berufsausbildung: **Spezifische Fachausbildung**
- Instrumente zur **Sensibilisierung der Mitarbeitenden und Kunden*innen** (z. B. Dilemmata-Katalog)
- **Wirksamkeitsprüfungen:** Feedbackschleifen/QM
- Ausbau der **Konsulentenarbeit**
- Stärkung des **Zwei-Milieu-Prinzips** (Wohnen – Arbeiten)
- Schaffung und Förderung **kleinerer, überschaubarer Wohnformen**

Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit

Bildquellen: LVR-Verbund HPH, LVR, Canva

Protokoll des Fachgesprächs „Gemeinsam gegen Gewalt, geht das? Kooperation von WTG-Behörde und Eingliederungshilfeträger?" im Rahmen der Fachtagung zum Thema Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe am 7.11.2022

Moderatorin: Tina Kraus

Teilnehmer*innen: Dr. Christian Wiefling, Landkreistag NRW und Gabriele von Berg, LVR-Fachbereichsleiterin Sozialhilfe / Fachliche Ressourcen

Fr. Kraus: In welcher Zuständigkeit treten die WTG-Behörden zum Thema Prüfung des Gewaltschutzes auf, Herr Dr. Wiefling?

Hr. Dr. Wiefling: Die Zuständigkeit der WTG-Behörden richtet sich nach dem Wohn- und Teilehabegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen und dort ist das geregelt in § 8. Schon immer, bzw. seit 2014, war das schon in diesem Paragraphen geregelt. Da hat man den Leistungserbringern die Aufgabe gegeben, geeignete Maßnahmen für die Gewaltprävention herzustellen und es gab auch damals schon eine Dokumentationspflicht, die man auch erfüllen musste. Durch die Vorfälle im Wittekindshof hat der Gesetzgeber das WTG ein wenig novelliert. Man hat jetzt das, was davor schon eigentlich Standard war, nochmal zur Klarstellung in das Gesetz reingeschrieben. Stichwort Präventionsstrategien/Interventionskonzepte. Die sind jetzt festgeschrieben. Auch, dass man seine Mitarbeiter regelmäßig schulen und auch entsprechend Fortbildungen anbieten muss. Das wird dann von den WTG-Behörden bei der jeweiligen Prüfung in den Einrichtungen auch entsprechend überprüft und das ist so die Zuständigkeit, die sich per Gesetz für die WTG-Behörden ergibt. Es gibt dann auch noch eine Durchführungsverordnung, wo dann Details festgeschrieben sind, da gibt es bald eine neue Verordnung. Da warten wir alle gespannt drauf, was da drinstehen wird.

Fr. Kraus: In welcher Zuständigkeit tritt der LVR als Träger der Eingliederungshilfe zum Thema Prüfung des Gewaltschutzes auf, Frau von Berg? Welche Kriterien werden hierbei wiederum angelegt?

Fr. von Berg: Dem LVR als Träger der Eingliederungshilfe ist das Prüfrecht mit Einführung des BTHG neu übertragen worden. Das steht im § 128 SGB IX, dass Träger der Eingliederungshilfe prüfen. Wir haben in NRW noch eine weitere Regelung, hier hat der Landesgesetzgeber geregelt, es gibt auch anlasslose und regelmäßige Prüfungen. Also zwei Sachen: Wir prüfen regelmäßig und auch anlassunabhängig. Also nicht nur, wenn etwas vorgefallen ist, sondern auch präventiv. Wir haben uns beim LVR im Dezernat Soziales entschieden, die Prüfung unabhängig vom Leistungsgeschehen zu organisieren. Deswegen sitze ich jetzt hier als Fachbereichsleiterin der Sozialhilfe und nicht der Eingliederungshilfe. Wir haben das Prüfrecht dem Fachbereich Sozialhilfe/Fachliche Ressourcen zugeordnet. Wir haben uns dazu entschieden, das Prüfrecht aus dem Leistungsgeschehen unabhängig raus zu lösen.

Was umfasst das Prüfrecht im SGB IX? Der § 128 SGB IX sagt, dass wir die gesetzlichen und die vertraglichen Regelungen zu prüfen haben. Vertragliche Regelungen sind der Landesrahmenvertrag, Fachkonzept, Leistungs- und Prüfungsvereinbarungen und wenn man das auf den Gewaltschutz bezieht, da ist im SGB IX verankert, dass Gewaltschutzkonzepte vorgelegt oder erstellt werden müssen. Der LVR hat hier zur Umsetzung ein Eckpunktepapier verfasst und im Rahmen der Prüfungen schauen wir uns dann an, passt die Konzeption zum Eckpunktepapier? Und wir schauen uns auch die Umsetzung an. Das heißt, wir schauen uns die Dokumentation an. Wir gucken uns an: Wie sieht das in der Umsetzung aus? Werden Schulungen zum Gewaltschutzkonzept angeboten? Das ist das, was wir im Prüfgeschehen machen.

Fr. Kraus: Sie haben jetzt gerade gesagt, präventiv prüfen. Wie wichtig ist das?

Fr. von Berg: Ich glaube, man kann immer nur präventiv prüfen. Das wäre ja der absolute Zufall, dass man während einer Prüfung danebensteht. Im Rahmen der Prüfung prüft man immer einen zurückliegenden Zeitraum und dann schaut man, wie begegnet man dem. Deswegen kann es nur präventiv sein. Es soll auch nicht jemand sein, der mit dem erhobenen Finger dahintersteht und immer sagt: „Das machst du alles schlecht". Eigentlich soll ja Prüfung und so verstehen wir das auch, ein großer Teil Qualitätssicherung sein. Das heißt, man schaut hin und sieht vielleicht einen Mangel und kommt dann in den Austausch und schaut gemeinsam, wie kann einem Mangel begegnet werden. Der Gesetzgeber hat zwar auch, das muss man auch immer sagen, unmittelbar hinter § 128 SGB IX den 129 SGB IX gesetzt. Wenn vertragliche Pflichten nicht erfüllt sind, dann hat der Träger der Eingliederungshilfe die Vergütung zu kürzen. In § 129 SGB IX steht explizit drin „ist" zu kürzen. Es gibt kein Ermessen des Eingliederungshilfeträgers. Aber viele festgestellte Mängel bedeuten nicht sofort, dass Kürzungstatbestände entstehen. Der große Benefit ist ja, dass man gemeinsam in der Qualitätssicherung hinschaut. Wie kann man dem begegnen? Diese Qualitätssicherung machen wir, das ist ganz wichtig, nicht im Rahmen der Prüfungen, das machen wir in der Leistungsgewährung. Das machen unsere Regionalabteilungen, die dann mit den Leistungsanbietern ins Gespräch kommen. Die schauen: „Was müssen wir tun? Wie können wir dem begegnen?". Und ich glaube, dass macht es dann auch rund. Dass man nicht nur eine Prüfinstanz dahinter hat… ich sag mal, wie ein scharfer Hund hingeht und schaut, was passiert da. Der Sinn muss ja sein, dass für den Leistungsberechtigten dauerhaft eine Verbesserung steht.

Fr. Kraus: Da auch den Menschen im Blick zu haben, dass wollen Sie herausstellen. Ja, wir haben ja gerade eben schon die Problematik des Personalmangels gehabt. Wo sehen Sie beide die zentralen Herausforderungen für die Umsetzung und Überprüfbarkeit des Gewaltschutzes?

Hr. Dr. Wiefling: Personalmangel kann natürlich auch in einer Einrichtung dazu führen, dass man durch Überforderung oder Überlastung dann auch Überforderung des Personals feststellen kann und das führt dann im schlimmsten Fall dazu, dass Gewalt bewusst oder unterbewusst ausgeübt wird. Die Frage ist ja immer, was möchte man mit der Gewaltprävention verhindern und das ist ja nicht nur die Aufgabe als WTGBehörde, sondern das muss ja primär auch eine flankierende Maßnahme sein,

dafür zu sorgen, dass der Gewaltschutz von den Leistungserbringern gelebt wird. Die WTG-Behörden kommen dann mit den Regelprüfungen, Fr. von Berg hat es angesprochen, regelmäßig zur Prüfung vorbei und dann gibt es ja auch im schlimmsten Fall die anlassbezogene Prüfung. Für die anlassbezogene Prüfung muss man ja erst mal darauf aufmerksam gemacht werden, durch Angehörige oder Nutzer selbst. Das sind ja alles Dinge mit der Gewaltprävention, die funktionieren nur, wenn es ein gesamtes Konzept ist. Wie es das Gesundheitsministerium mit der Landesinitiative Gewaltschutz versucht hat, dass man mal alle Beteiligten an einen Tisch holt. Das ist ja erstmal nur eine politische Absichtserklärung. Aber das zeigt auch, man holt alle Beteiligte zusammen und man möchte gemeinsam erreichen, dass Gewaltschutz aktiv umgesetzt wird. Ich glaube das war auch dem Gesetzgeber wichtig, als er diese Novellierung gemacht hat, um eben diese schlimmen Vorfälle im Wittekindshof zukünftig besser verhindern zu können.

Fr. Kraus: Das ist auch sehr wichtig, notwendig und auch gut, dass wir deshalb hier sind und wir da schon weitergekommen sind. Aber was ich noch nicht verstanden habe. Was sagen Sie, was sind die größten Probleme oder die dicksten Bretter, die wir bohren müssen? Aus ihrer Sicht, bezogen auf den Gewaltschutz. Was sehen Sie in der Überprüfbarkeit für Hürden?

Hr. Dr. Wiefling: Man hat jetzt ein Gewaltschutzkonzept, dass der Einrichtungsträger den WTG-Behörden präsentiert. Da muss den Leistungserbringern klar sein, was steht in so einem Gewaltschutzkonzept. Nach dem Gesetz ist es ein in Textform zu fabrizierendes Produkt und Papier ist geduldig. Die Frage ist, wie man es lebt. Wenn die WTG-Behörde jetzt in die Einrichtung reingeht, wird ja nicht nur das Dokument geprüft. Relevant ist generell, wie Gewalt nach diesem Gewaltschutzkonzept definiert ist; zudem erfolgen auch aktive Fragen an das Personal in den Einrichtungen: Wurde Gewalt ausgeübt? Was für Gewalt wurde ausgeübt? Dem muss die WTG-Behörde dann auf den Grund gehen. Im Regelfall, so bekommen wir es dann als Spitzenverband jedenfalls gespiegelt, es ist häufig so, dass die Leistungserbringer auf die Frage antworten: „Wurde Gewalt ausgeübt?" „Nein." Da muss man dann schon etwas spezifischer nachfragen und mit Regelprüfungen alleine, wird man das Problem nicht verhindern können. Im Endeffekt ist es aber genauso wichtig. Das versucht der Gesetzgeber mit der Verpflichtung zur Durchführung von regelmäßigen Schulungen im WTG, dafür zu sorgen, dass die Mitarbeiter vor Ort wissen, was überhaupt Gewalt ist. Der eine definiert schon einen verbalen Angriff als Gewalt, der andere, auch ein Laie, würde primär die körperliche Aktion - die Tätlichkeit - sehen. Gewalt kommt aber in sehr vielen Facetten vor. Da muss man die Mitarbeiter dezidiert schulen, damit klar wird, wo Gewalt anfängt. Wenn dies bekannt ist, kann Gewalt besser vermieden werden.

Fr. Kraus: Da ist dann Qualifizierung ein großes Thema und Schulungen bzw. Weiterbildungen. Aus Ihrer Sicht?

Hr. Dr. Wiefling: Genau, das ist ja auch ein Kernpunkt. Die Qualifizierung kann durch Fortbildungen/Schulungen erfolgen. Aber nicht nur für die Leistungserbringerseite. Sondern, dass auch die WTG-Behörden entsprechend geschult werden, damit man ein Gesamtkonzept hinbekommt. Letztlich funktioniert es nur, wenn alle mitmachen.

Fr. Kraus: Frau von Berg, Sie gucken kritisch?

Frau von Berg: Nein. Ich glaube, wenn man beim Personalmangel anfängt, würde ich dies als Aufgabe der Leitung des Anbieters ansehen. Natürlich ist Personalmangel ein Risiko. Auch für Gewalt ein Risiko, dem begegnet werden muss. Das heißt, wenn ich als Leitung eines Angebotes das als Risikofaktor annehme, wenn ich mir Gedanken mache, wenn ich auch Personalmangel als Risikofaktor für die Überlegung zum Gewaltschutz nehme, dann muss ich mich ja entsprechend aufstellen und muss überlegen, wie kann ich diesen Risikofaktor geringer machen. Man wird Gewalt nie komplett vermeiden können, aber wir müssen diesen Risikofaktor immer weiter zurückfahren. Dann sind natürlich, da bin ich ganz bei Dr. Wiefling, da ist das Angebot von Supervisionen und Fortbildungen besonders wichtig, eigentlich muss Gewaltschutz integraler Bestandteil der fachlichen Arbeit sein. Wenn wir das haben, dann wird man immer noch in bestimmten Situationen nicht ganz angepasst reagieren, aber dann sind Mitarbeitende auch nochmal anders aufgestellt. Gerade in Situationen, wo eben Personalmangel zu eng wird. Während der Corona-Pandemie, als viele der Fachkräfte in Quarantäne waren und ganz wenige Menschen vor Ort waren, das waren ja ganz herausfordernde Zeiten. Da ist es ein ganz integraler Bestandteil, dass Personal gut aufgestellt und unterstützt ist.
In Prüfungen gucken wir natürlich, wie sieht das aus mit Schulungen oder Supervisionen. Werden die angeboten? Wird das regelmäßig angeboten? Ist das Bestandteil des ganz normalen Arbeitsalltages? Ist das Angebot immer vor Ort? Kann das der Mitarbeitende immer abrufen, ohne dass es irgendwelche Einschränkungen gibt? Ist ja auch so eine Fragestellung, biete ich das während der Arbeitszeiten an und nicht noch „on the top" oben drauf. Man sieht da ganz unterschiedlichste Modelle. Es ist ganz wichtig, dass man das als Bestandteil der Arbeit versteht. Das ist dann schon gute Voraussetzung, Gewaltschutz zu leben. Ich glaub auch, dass Gewaltschutz ganz oft mit Haltung der Einrichtungen begründet ist, dass man das auch als wichtigen Bestandteil sieht und lebt.

Fr. Kraus: Wie ein „Code of conduct"?

Fr. von Berg: Genau, das ist ja was, was ich als Leitung eines Trägers hervorheben kann. Das muss ja auch eine Haltung in den Einrichtungen sein.

Fr. Kraus: Das sind ja zwei verschiedene Zutaten. Die Haltung ist das eine, die wird aber natürlich gestrickt aus Struktur aus Rahmenbedingungen aus Qualifizierungen.

Frau von Berg: Es reicht nicht, ein Konzept zu schreiben. Das sehen wir manchmal auch. Da haben wir in der Theorie das schönste Konzept. Wenn das Konzept nicht gelebt wird und wenn man nicht die flankierenden Maßnahmen alle mitergreift und das auch als selbstverständlich bei einem Anbieter ansieht und das auch eine ganz gelebte Selbstverständlichkeit ist. Es muss tatsächlich von Leitung gelebt werden. Wenn wir das so erleben, dann kann man häufig auch schwierigen Situationen mit Personalmangel begegnen. Es ist dann nicht immer alles bunt, aber man kann dem gezielt begegnen.

3. Prüfungen der Leistungserbringer der Eingliederungshilfe durch zwei unterschiedliche Behörden, sind augenscheinlich für alle Beteiligten auch mit viel Arbeit verbunden – Stichwort Doppelprüfungen! Wie lassen sich Prüfprozesse so gestalten, dass darunter nicht die gemeinsame Zeit im Umgang mit dem einzelnen Menschen/ Leistungsberechtigten leidet?

Hr. Dr. Wiefling: Die Alternative wäre natürlich, man macht gemeinsam Prüfungen. Da hat man aber das Problem: Die WTG-Behörde prüft Ordnungsrecht und der LVR als Prüfinstanz macht das Leistungsrechtliche. Das sind ganz unterschiedliche Prüfungsansätze. Es überschneidet sich auch in Teilen durch die neue Zuständigkeit der WTG-Behörden für die Werkstätten für die Menschen mit Behinderung. Dort hat man ja auch die sogenannte Dualität der Prüfungen. Da muss man gucken, wie macht man es so geschickt, dass es für die Einrichtungen am wenigsten belastend ist. Dass der Einrichtungsnutzer nicht darunter leidet. Das sind auch Fragen, die ergeben sich im weiteren Prozess. Wir haben da ja auch entsprechende Arbeitsgruppen, auch mit den Landschaftsverbänden zusammen, die gerade daran arbeiten, wie man sich besser abstimmen kann. Die Frage ist ja auch: Kann man sich die Prüfergebnisse der jeweils anderen Seite zu eigen machen. Da muss man aber den Aspekt hinterfragen, ob man dem eigenen Prüfansatz überhaupt gerecht wird. Ich kann mir nicht etwas Leistungsrechtliches anmaßen, wenn ich Ordnungsrecht prüfen muss. Wir haben da noch viele Problempunkte, die im Raum stehen, aber da haben wir mit dem Ministerium kompetente Arbeitsgruppen/Gesprächspartner und da gibt es auch neue Ideen, wie man Prüfungsrahmenkonzepte abstimmen kann.

Fr. Kraus: Was sind das für Ideen?

Hr. Dr. Wiefling: Das ist ja jetzt im ersten Prozess. Sie müssen ja sehen: Wir haben nicht nur WTG-Behörden und die Landschaftsverbände. Es gibt noch die Bezirksregierungen, die dabeisitzen, da gibt es dem MDK usw. Das ist jetzt nicht nur auf die Eingliederungshilfe gesprochen, sondern insbesondere auf die Pflegeeinrichtungen. Da muss man einfach mal gucken, wie man besser zusammenarbeiten kann. Das bekommen wir auch von unseren Mitgliedern gespiegelt. Nicht immer läuft es mit den anderen Beteiligten so reibungslos wie z.B. mit den Landschaftsverbänden, dass man ad hoc Arbeitsgruppen bildet. Da ist jetzt eher die Frage: Wer prüft was? Wer prüft wann? Damit man nicht im schlimmsten Extremfall in einer Woche vier Prüfungen hintereinander durchführt. Jeder erfüllt natürlich seinen eigenen Prüfauftrag und das hat ja auch seine Richtigkeit. Bessere Koordination ist da im Sinne aller.

Fr. Kraus: Ist das dann gedacht als Jour Fixe? Das man sich regelmäßig trifft und dass dann ein Austausch stattfindet oder das man sich digital vernetzt oder wie ist das gedacht?

Hr. Dr. Wiefling: Dieses neue Rahmenprüfkonzept mit dem Gesundheitsministerium ist ja was Neues, was ja jetzt erst gegründet wird. Es gibt mit der Bezirksregierung auch immer Dienstbesprechungen oder auch untereinander zwischen WTG-Behörden in den jeweiligen Regierungsbezirken oder mit den Landschaftsverbänden viele unterschiedliche Arbeitsgruppen. Man ist gut vernetzt. Wir haben jetzt beim Landkreistag eine neue Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Die AG kommunale WTG-Behörden. Wo auch die Landschaftsverbände dabei sind. Da versuchen wir auch, für jede einzelne Sitzung neue Gesprächspartner zu gewinnen. Beim letzten Mal war das Gesundheitsministerium zu Gast. Beim nächsten Mal könnten auch z.B. die Bezirksregierungen dabei sein oder der MDK. Also ein fortlaufender Prozess, der mit der WTG Novelle jetzt erst anfängt. Wir versuchen den bestmöglich zu gestalten. Natürlich

im Sinne unserer Mitglieder, die natürlich viele Fragen haben, die geklärt werden müssen.

Fr. Kraus. Verstehe ich auch und dass man immer weiter guckt, was bewährt sich, was funktioniert und wo müssen wir noch besser werden?

Hr. Dr. Wiefling: Ja, wie ich am Anfang sagte, Gewaltschutz ist nicht irgendwie neu ins Gesetz gekommen. Es gab das auch schon davor. Natürlich muss man dafür sorgen, dass das, was durch Rechtsprechung und durch bisherige Prüfergebnisse eh schon Standard war, was jetzt durch das Gesetz klarstellend geregelt wurde, dass das jetzt noch besser umgesetzt wird. Das sensibilisiert wird. Auch bei den Mitarbeitenden in Einrichtungen, dass das wirklich gelebt wird. Die WTG-Behörden kommen ja nur zur Prüfung. Die Gewalt ereignet sich ja nicht, wenn wir da sind, sondern danach oder davor. Wir können ja nur anlassbezogen oder durch die Regelprüfungen feststellen, ob es irgendwas an Gewaltvorfällen gibt. Vieles bleibt wahrscheinlich verschollen. Das muss man so einfach auch konzertieren. Aber: Wir wollen natürlich versuchen, dass alles so weit verhindert wird, wie es eben möglich ist.

Fr. Kraus: Ja, ich glaube das ist der Wunsch von vielen und deswegen ist es gut, dass wir heute im Gespräch sind. Was würden Sie sagen: „Wie lassen sich die Prüfprozesse so gestalten, dass das da nicht die gemeinsame Zeit mit den Leistungsberechtigten leidet"?

Fr. von Berg: Ich antworte jetzt mal provokant und zwar auf die Fragestellung, ob Prüfungen wirklich so viel Mehr an Arbeit sind. Wir haben im Landesrahmenvertrag vereinbart, dass für die Prüfungen ein Ansprechpartner beim Leistungsanbieter zur Verfügung stehen muss. Eine Person. In der Regel, so erleben wir es auch heute, ist es der Leiter des Anbieters und wir übergeben dann, wenn wir eine Prüfung einleiten, eine Liste von Unterlagen, die wir gerne sehen möchten. Das sind Konzepte, das sind Nachweise von Schulungen. Ich mach es weiter provokant. Ein Dienst/Anbieter, der gut aufgestellt ist, der holt die Ordner aus dem Schrank und gibt die uns. Wir prüfen dann nicht vor Ort, wir gehen dann mit den Unterlagen ins Büro zurück. Dann ist die Frage, wieviel mehr Arbeit ist das in dem Moment. Wir kommen zwar hin, das ist dann ein Tag und wir gehen mit den Unterlagen nach Hause und dann fängt das Prüfgeschehen bei uns im Büro an. Aber es ist dann Mehrarbeit und mitunter erheblich mehr Aufwand, wenn während der Prüfung Auffälligkeiten sichtbar werden. Also je mehr Auffälligkeiten in der Prüfung sichtbar werden und wir nachher mit einem Prüfbericht kommen, wo Qualitätsmängel behoben werden müssen, wo Nacharbeiten passieren müssen oder wo wir anhand der Dokumente sehen, da ist noch was nachzubessern, das macht ja erst die Arbeit. Wenn wir bei einem Anbieter prüfen und wir wenige oder kaum Mängel feststellen, ist die Prüfung relativ zeitunaufwendig.
Zudem ein Blick darauf, was der Anbieter an Benefit hat... Wir müssen auch mal in die andere Richtung gucken. Wir gucken immer, was ist so schlimm an Prüfungen. Aber der Anbieter bekommt auch etwas von uns bei der Prüfung. Er bekommt von uns verbrieft, welche vertraglichen Verpflichtungen er alle erfüllt. Das kann am Ende alles sein. Er erfüllt alles und alles ist gut. Das ist ja ein deutlicher Benefit. „Du machst ganz genau das, was du vertraglich mit uns vereinbart hast". Das kann ja auch eine Qualitätszertifizierung für den Anbieter sein. Oder er bekommt auch, wenn wir Mängel sehen… das hört sich immer so böse an (Fr. Kraus: Eine Art Beratung). Genau, er bekommt eine Beratung und dahinter fängt ja die Qualitätssicherung an. Dass man

gemeinsam schaut, wie kann man das verändern. Das ist ja nachher auch ein Benefit für den Anbieter. Ja, an dieser Stelle ist vielleicht noch was nachzubessern.
Und eigentlich fängt da erst die Arbeit an. Also ist Prüfung wirklich so viel Mehrarbeit? Ja, Prüfung ist Mehrarbeit, wenn man Qualitätsmängel feststellt, weil dann muss ich dahinter anfangen, mir die Mängel genau anzuschauen. Muss Maßnahmen ergreifen, muss gucken, wie kann ich dem künftig begegnen, was muss ich ändern.
Aber die Prüfung an sich, wenn wir kommen…wir führen ein Gespräch mit einer Person, nehmen die Unterlagen mit und verschwinden wieder. Dann ist immer die Frage, ist das wirklich so viel Mehrarbeit und in der Regel sprechen wir nicht mit den Fachkräften die in der Betreuung sind, sondern mit einer Person und dass sind in der Regel die Leitungen.

Fr. Kraus: Jetzt würde mich interessieren, ob hier Fragen entstanden sind.

Frage an Hr. Dr. Wiefling: Erhalten die Leistungsanbieter der Eingliederungshilfe für die jährliche Schulung und Überwachung des Gewaltschutzkonzeptes zusätzliche personelle Ressourcen bei der Personalbemessung?

Hr. Dr. Wiefling: Da muss ich gerade passen, das muss ich nachreichen.

Fr. Kraus: Ich glaube Fr. von Berg möchte.

Fr. von Berg: Wenn ich direkt antworte: Nein. Ganz ehrlich, wenn wir das noch zusätzlich honorieren müssen und nicht jetzt schon Bestandteil von Leitung ist, Konzepte zu erstellen und zu schauen, dass Konzepte gelebt werden und umgesetzt werden, dann würde hier etwas falsch laufen. Da tue ich mich schwer als Kostenträger, das ist für mich schon elementarer Bestandteil der Vergütung. Das müssen wir nicht zusätzlich vergüten.

Frage an Beide: Planen Sie Hospitationen Ihrer Mitarbeiter*innen in den Einrichtungen der Eingliederungshilfe? Ich habe die Frage so verstanden. Ist vorgesehen, dass die Mitarbeiter*innen aus Ihren Teams in den Einrichtungen hospitieren können, um den Arbeitsalltag kennenzulernen?

Fr. von Berg: Ja, natürlich könnten meine Mitarbeitenden aus dem Prüfdienst hospitieren. Damit habe ich überhaupt kein Problem. Ich würde gerne noch etwas erzählen. Zu den Mitarbeitenden aus dem Prüfdienst beim LVR. Wir haben multiprofessionelle Teams, wir haben nicht nur Verwaltungsbeamte wie ich jetzt. Wir haben ganz viele Sozialpädagogen/Sozialarbeiter,die bei uns in der Regel schon im Fallmanagement waren und die schon ein Leben vor dem Fallmanagement hatten und häufig von der Seite der Anbieter kommen. Die Mitarbeitenden kennen durchaus das Leben unmittelbar am Leistungsberechtigten. Wenn sie mich jetzt nehmen würden, ich wäre jemand der für eine Hospitation gut geeignet wäre, da ich nicht aus der Profession komme. Aber unsere Prüfer*innen sind zu einem Großteil eben Mitarbeitende, die auch schon mit Menschen mit Behinderungen bei einem Anbieter gearbeitet haben und dadurch auch die andere Sichtweise kennen.

Hr. Dr. Wiefling. Genau. Das ist auch immer eine Frage von Personal- und Zeitressourcen. Ist das überhaupt personell oder zeitlich möglich. Die WTG-Behörde muss ohnehin schon Personal aufstocken. Mit Sicherheit würde es nicht schaden.

Unabhängig von der Hospitation, ist ja jetzt gerade mit der Umsetzung der Schulungskonzepte, bei dem das Gesundheitsministerium mittlerweile einen entsprechenden Schulungsanbieter auserkoren hat, doch gerade der richtige Weg, dass man diese Fortbildungen nicht nur für die Einrichtungsmitarbeitenden, sondern primär auch an die WTG-Behörden richtet. Damit auch die Mitarbeiter der WTG-Behörden genau wissen, was wird vorausgesetzt und diese Sensibilisierung auf beiden Seiten passiert.

Frage an Fr. von Berg: Sehen Sie Möglichkeiten von Prüfungen in Besonderen Wohnformen auch außerhalb der Arbeitszeiten der Wfbm-Mitarbeiter*innen? Dann gelänge ein besserer Einblick in den Arbeitsalltag.

Fr. von Berg: Ja, das wäre möglich. Ich sehe keinen Grund, warum das nicht so sein sollte. Wir sind im Moment noch nicht so weit, dass wir auch schon die Leistungsberechtigten bei den Prüfungen einbeziehen. Das wäre ja wichtig, wenn wir in Besonderen Wohnformen prüfen, dass wir den Leistungsberechtigen antreffen und nicht tagsüber kommen, wenn diese in der Werkstatt für Menschen mit Behinderungen sind. Wir sind jetzt nicht an die Bürozeiten eines Beamten gebunden. Wir denken tatsächlich darüber nach, wie wir die Leistungsberechtigten und auch deren Sicht ins Prüfgeschehen einbeziehen. Das Prüfgeschehen ist im Moment ein dynamischer Prozess. Zu glauben, dass wenn man anfängt zu prüfen, sofort die beste Standardprototypenprüfung zu haben, ist eine falsche Erwartungshaltung. Aber uns ist es wichtig, dass wir die Prüfungen soweit weiterentwickeln, dass wir auch die Leistungsberechtigten und ihre Sicht der Dinge in die Prüfung einfließen lassen und dann wird es auch wichtig sein, dass wir mit den Leistungsberechtigten sprechen. Eine Form finden, dass wir auch deren Sicht mitnehmen und dann wird es auch notwendig sein, natürlich in einer Besonderen Wohnform zu sein, wenn die Leistungsberechtigten zuhause sind und nicht in der Werkstatt.

Frage: Ist bei den Eingliederungshilfe-Prüfungen ein Einbezug der Nutzer*innen-Beiräte vorgesehen?

Fr. von Berg: Ein eindeutiges „Ja".

Frage an Fr. von Berg: Wie geht der LVR auf den Fachkräftemangel ein, hinsichtlich der Einhaltung von Fachkräftequoten?

Fr. von Berg: Auch da nochmal, ich glaube wir müssen uns dann immer klarmachen, was heißt das? Ich tue mich dann immer schwer bei einem Leistungsanbieter, der das nicht kundtut. Wo wir ja eine Vereinbarung haben, dass eine bestimmte Anzahl von Fachkräften vorzuhalten ist. Wir alle, also auch ein Landschaftsverband ist nicht blauäugig. Wir kennen ja auch den Fachkraftmangel. Ich finde das immer dann schwierig, wenn ein Anbieter unter der vereinbarten Fachkraftquote ist und nichts sagt. Dann würden wir bei einer Prüfung relativ hart auftreten. Ich find es immer ganz wichtig, dass ein Anbieter sich dann meldet und sagt: „Wir haben jetzt das Problem". Dass man dann gemeinsam guckt, wie können wir dem begegnen. Ich habe eben so ein

bisschen gezuckt, als ich draußen saß und hier Hr. Ströbele gehört habe, der gesagt hat, dann müssen wir den Standard senken und habe hier den Applaus gehört und ich habe für mich gedacht, ist das wirklich der Weisheit letzter Schluss? Weil was bedeutet das? Ich bin dann jemand, der häufig aus der Sicht des Leistungsberechtigten guckt. Was bedeutet das für den Leistungsberechtigten? Natürlich muss ich auch mal schauen, was bedeutet das für die Fachkraft vor Ort? Was heißt das? Aber auch im Verbund nochmal zu schauen und ich finde ganz wichtig, wenn man über so ein Thema redet, man muss dann miteinander sprechen. Was passiert, wenn ich eine Fachkraftquote unterschreite, und zwar dauerhaft. Ich rede jetzt nicht von zwei, drei Wochen, sondern dauerhaft unterschreite, dann werde ich auch mit einem Kostenträger sprechen müssen. Dann muss man gucken wie man dem begegnen kann und was das für Maßnahmen sein können. Da kann ich ihnen jetzt keine Blaupause geben, dann wäre es einfacher. Ich finde es ganz wichtig, dass man das auch transparent macht und dann muss man über Lösungen nachdenken. Wie auch immer diese Lösungen aussehen können. Aber das schlimmste ist, es nicht kund zu tun. Weil dann kommen wir in der Prüfung und dann sehen wir das und dann kommt, was ich eben sagte, §§ 128, 129 SGB IX. Dann bin ich auch gezwungen, die Vergütung zu kürzen und das sehen wir im Prüfgeschehen jetzt auch ganz deutlich. Wo wir dann erhebliche Kürzungen geltend machen, weil eben Personal nicht vorgehalten wird, was wir bezahlen. Da muss man sich ehrlich machen und muss miteinander reden und man muss nach Lösungen suchen. Da wird keiner von uns eine sofort eine Lösung parat haben. Wenn man da nicht miteinander hinguckt und überlegt, wie könnte es sein, auch mit Blick auf den Leistungsberechtigten, das ist ja die Pflicht die wir dahinter haben. Und ich bin dann so jemand, wir haben es da an den Seiten (deutet auf die Aufsteller). Unter unserem Logo steht „Qualität für Menschen". Das müssen wir ernst nehmen. Das sind Menschen, die uns anvertraut sind als Kostenträger, wo wir sicherstellen müssen, dass da auch gute Leistungen erbracht werden.

Fr. Kraus: Ich denke jetzt mal, um es nochmal aufzugreifen, den Applaus gab es ja eben, als gesagt wurde: Man hat immer höhere Ansprüche an die Qualität, während aber die Ressourcen nicht entsprechend sind. Das war ja eben dieser Gegensatz. Ich denke mal, das die Leistungsberechtigten, das unterstelle ich mal, bei allen in Fokus sind.

Frage an Fr. von Berg: Wird es für die LVR Prüfungen einen Rahmenprüfkatalog geben?

Fr. von Berg: Nein. Wir werden keinen Katalog ausgeben, wo wir schreiben, was wir fragen. Ich komme mal darauf zurück, was prüfen wir? Wir prüfen die gesetzlichen und vertraglichen Vereinbarungen. Wir prüfen das, was wir mit jedem Anbieter im Landesrahmenvertrag, im Fachkonzept, in der Leistungsvereinbarung vereinbart haben. Meines Erachtens nach braucht es da keinen Fragenkatalog/Prüfleitrahmen, das ist die Basis, was man miteinander vereinbart hat. Wenn Sie mit einem Handwerker einen Vertrag abschließen, dann weiß man dahinter auch, was der erledigen soll und muss dahinter nicht noch eine Fragenliste erstellen, wie macht der Handwerker das und so ähnlich ist das hier auch. Das, was wir im Moment sehen, dass der Abschluss der Leistungsvereinbarungen ganz lange zurückliegt, dass teilweise nicht mehr so bewusst ist, was wir in einer Leistungsvereinbarung oder in einem Fachkonzept vereinbart haben. Ich glaube, da müssen wir jetzt nochmal in den Austausch gehen, dass wir uns bewusstmachen, was haben wir miteinander vereinbart und was ist unsere Grundlage

für unsere Arbeit. Deshalb glaub ich, dass wir so Scheingefechte über Prüfkataloge führen. Was wir machen werden, das darf ich jetzt schon mal ankündigen, wir werden in nächster Zukunft auf der Internetseite des Landschaftsverbandes etwas zum Prüfgeschehen schreiben. Aber da wird kein Fragenkatalog stehen, den sie dann abhaken. Das heißt, wir kommen nicht mit einem Fragenkatalog und machen Häkchen dahinter. Wir werden immer wieder auf das individuelle Leistungskonzept oder Fachkonzept eingehen.

„Ein Blick über den Tellerrand“

Umgang mit schwerwiegendem herausforderndem Verhalten bei Menschen mit Lernschwierigkeiten oder komplexen Beeinträchtigungen

Georg Theunissen



25 Jahre Universitätsprofessor in Halle (Saale) (jetzt im Ruhestand)
2012: Gründer des 1. Lehrstuhls für Pädagogik bei Autismus im deutschsprachigen Raum

Vorbemerkung:

Von 2016 bis 2019 wurde unter meiner Regie ein großangelegtes Forschungsprojekt in Baden-Württemberg durchgeführt, bei dem es darum ging, die Unterstützungssituation für sogenannte geistig und mehrfachbehinderte Erwachsene mit schwerwiegendem herausforderndem Verhalten in Einrichtungen der Behindertenhilfe zu untersuchen. Im Rahmen dieser repräsentativen Studie fand u. a. eine internationale Recherche in Bezug auf den Umgang mit schwerwiegendem herausforderndem Verhalten statt. Untersucht wurde vor allem die Situation in Kalifornien (USA), British Columbia (Kanada), Großbritannien und Schweden.

Auf diese Studie und auf meine (langjährigen) Untersuchungen und Hospitationen vor Ort nehme ich Bezug, wenn ich im Folgenden auf Kalifornien und British Columbia näher eingehe.

Diese beiden Länder imponieren mit Konzepten, die ich als richtungsweisend betrachte. Sie sind zum Teil ein Vorbild für andere Länder und ebenso impulsgebend für die hiesige Situation, zum Teil auch bestätigend für die Arbeit im Rheinland (LVR).

Um Missverständnissen vorzubeugen und meine Ausführungen besser nachvollziehen zu können, möchte ich mit der hintergründigen Arbeitsdefinition beginnen:

Herausfordernde Verhaltensweisen **gelten nicht als Ausdruck eines gestörten Individuums, sondern als *Ausdruck eines gestörten Verhältnisses* zwischen Individuum und Umwelt (Personen, Dinge, Situationen), das die Person durch Verhaltensweisen zu bewältigen versucht, die von Umkreispersonen als normabweichend oder erwartungswidrig wahrgenommen, beschrieben und bezeichnet werden.**



Univ.-Prof. Dr. Georg Theunissen (i. R.)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät III - Erziehungswissenschaften
Institut für Rehabilitationspädagogik
E-Mail: georgtheunissen@gmx.de

Zu den untersuchten Ländern

Zunächst eine wichtige Anmerkung:

Die meisten (führenden) westlichen Industrienationen legen großen Wert auf eine empirisch nachgewiesene Wirksamkeit von Maßnahmen in Bezug auf den Umgang mit herausforderndem Verhalten (Evidenzbasierung).

Hierzulande wurde bislang auf empirische Nachweise wenig Wert gelegt. Mit dem BTHG scheint sich dies jedoch zu verändern.

Univ.-Prof. Dr. Georg Theunissen (i. R.)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät III - Erziehungswissenschaften
Institut für Rehabilitationspädagogik
E-Mail: georgtheunissen@gmx.de

USA (Stand 2019):

Weit über 60% aller Erwachsenen mit *developmental disabilities* (incl. *intellectual disabilities, significant disabilities, autism*) leben (noch) im familialen Zuhause

Von den übrigen 40% leben etwa 90% in Wohnformen bis zu 16 Plätzen und von diesen Personen leben wiederum etwa 90% in Wohnformen bis zu 6 Plätzen

Kalifornien: über 20%, die nicht im familialen Zuhause wohnen, leben im Unterstützten Wohnen (incl. *roommate*) oder unabhängigen Wohnen (Service-Wohnanlage)

0,5 - 1% derjenigen, die nicht im familialen Zuhause wohnen, leben in Institutionen (u. a. Pflegeheimen o. ä.)

Die zuständigen Regional Center (Leistungsträger) haben sich auf eine WG-Größe von 4 Plätzen geeinigt (Betroffenenwunsch)

Zu Kalifornien

(1) In Kalifornien erfolgt die Steuerung und Finanzierung von Unterstützungsleistungen für sogenannte geistig oder mehrfachbehinderte und autistische Menschen mit oder ohne herausforderndem Verhalten durch *Regional Center*. Dort wird (unter federführender Mitsprache der betroffenen Person oder gesetzlichen Vertreter*in) eine *Personzentrierte Planung* durchgeführt, nach der sich die Unterstützungsmaßnahmen und die Auswahl von Dienstleistungsorganisationen richten. Dieses Regional Center-System gilt USA-weit als vorbildlich. (In ähnlicher Bahn bewegen sich die KoKoBe!)

Univ.-Prof. Dr. Georg Theunissen (i. R.)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät III - Erziehungswissenschaften
Institut für Rehabilitationspädagogik
E-Mail: georgtheunissen@gmx.de

(2) In Kalifornien werden gemeindebezogene kleine Wohnformen für Menschen mit sogenannter geistiger Behinderung unabhängig der Schwere der Behinderung oder einer Verhaltensauffälligkeit favorisiert. Das betrifft ein unterstütztes Einzelwohnen, ein Wohnen mit einer nicht-behinderten Person, ein Gruppenwohnen mit vier Personen sowie ein unabhängiges Wohnen in einer (unauffälligen) Wohnanlage für behinderte Menschen (bis 20 Personen). Bei autistischen Personen: Je kleiner, umso besser (Einzelwohnen, Wohnen zu zweit, Gruppenwohnen mit maximal vier Personen)!

(3) Unabhängig der Schwere oder Art der Beeinträchtigung oder Auffälligkeit wird ein Arbeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt (Unterstützte Beschäftigung) priorisiert und angestrebt (betrifft etwa 20% aller Erwachsenen mit *developmental disabilities*).

(4) Konzepte oder Methoden in Bezug auf herausforderndes Verhalten sind in erster Linie Angelegenheiten von Dienstleistungsorganisationen. Geschätzt werden spezielle Angebote im Gemeinwesen, zum Beispiel durch Praxisberatung und *positive behavioral support* (Positive Verhaltensunterstützung) - u. a. im Hinblick auf ihre Stärken-Perspektive, lebenswelt- und lebensstilbezogene sowie non-aversive Strategien).

Dieses Angebot ist an Familien und Leistungserbringer für Wohnen und Arbeit adressiert.

(5) Dienstleistungsorganisationen, die über eine erfolgreiche Arbeit im Umgang mit (schwerwiegendem) herausforderndem Verhalten berichten, nutzen das empirisch gestützte Konzept der Positiven Verhaltensunterstützung in Verbindung mit enger Praxisberatung (Coaching).

(6) Grenzen der Unterstützung von behinderten Menschen mit massiven (gewaltträchtigen) Auffälligkeiten ergeben sich dort, wo neben dem Fehlen geeigneter Konzepte keine mobile Praxisberatung oder ein Coaching verfügbar ist. Dieses Problem lässt sich durch eine erhöhte Medikalisierung betroffener Person selten zufriedenstellend bewältigen. Dies ist sozialpolitisch erkannt worden, weshalb in den nächsten Jahren nahezu flächendeckend Beratungsangebote sowie ein „*Kriseninterventions- und Sicherheitsnetzwerk*“ (einschl. mit Krisenwohnplätzen) aufgebaut werden soll. Damit soll eine Institutionalisierung betroffener Personen, die dem Staat erhebliche Kosten verursacht, möglichst vermieden werden.

Univ.-Prof. Dr. Georg Theunissen (i. R.)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät III - Erziehungswissenschaften
Institut für Rehabilitationspädagogik
E-Mail: georgtheunissen@gmx.de

(7) Stößt auch dieses Unterstützungssystem auf Grenzen, sollen spezielle Wohngruppen (*Enhanced Behavioral Support Homes*) genutzt oder geschaffen werden, die für maximal vier Personen mit schwerwiegendem herausforderndem Verhalten vorgesehen sind, mit einem hohen Personalschlüssel ausgestattet sind (tagsüber permanent 1:1), eine dichte Praxisberatung ermöglichen, einen auf Sicherheit ausgerichteten und trotzdem häuslich (wohnlich) gestalteten Lebensraum bieten sowie ein „unauffälliges“ Angebot (Haus, Garten) innerhalb eines Gemeinwesens darstellen.

Derzeit wird diese spezielle Wohnform in erster Linie im Rahmen der Auflösung der letzten beiden großen Behindertenzentren in Anspruch genommen.

2017/2019 lebten etwa 240 Menschen in den Spezialgruppen;

Zum Vergleich: in Baden-Württemberg etwa 680 Personen in Spezialwohngruppen (sog. TWG/LIBW.)

(8) Dieser Vergleich macht die Priorisierung des Regelwohnens in Kalifornien deutlich.

Kritisiert werden muss das kalifornische Modell jedoch an der Stelle, wo Menschen mit sozial erworbenen Lernschwierigkeiten (leichter geistiger Behinderung) von dem skizzierten Unterstützungssystem durch die Regional Center ausgeschlossen werden und nicht selten in Obdachlosigkeit ‚entgleiten'. Das ist generell in den USA ein großes soziales (ungelöstes) Problem.

Vom kalifornischen System der Regional Center profitieren folglich in erster Linie nur Menschen mit *developmental disabilities*, d. h. mit organisch bedingten kognitiven Beeinträchtigungen, autistische und schwer mehrfachbehinderte Personen.

Zu British Columbia (Kanada)

(1) Die Entscheidung über eine Wohnform sowie über Unterstützungsleistungen auch mit Blick auf herausforderndes Verhalten erfolgt – ähnlich wie in Kalifornien - im Rahmen einer *Personzentrierten Planung*.

(2) Beim Umgang mit herausforderndem Verhalten werden drei Ebenen unterschieden:

(I) Arbeit mit Menschen mit leichten Formen herausfordernder Verhaltensweisen

Diesbezüglich wird auf der Grundlage der Personzentrierten Planung eine enge Kooperation mit informellen sozialen Netzen (Familien-, Freundschaft- oder Nachbarschafts-netzwerk, Selbstvertretungsgruppe) fokussiert.

(II) Arbeit mit Menschen mit schwereren Formen herausfordernder Verhaltensweisen

Hier greift zusätzlich zur Personzentrierten Planung ein verhaltensbezogenes Unterstützungsprogramm, wie es die Positive Verhaltensunterstützung vorsieht. Dienstleistungsorganisationen erfahren diesbezüglich Hilfe durch mobile Beratungsdienste (In ähnlicher Bahn bewegen sich die Konsulentendienste).

Personen mit schweren herausfordernden Verhaltensweisen leben ebenso wie jene, denen massive (gewaltträchtige) Auffälligkeiten nachgesagt werden, in der Regel in Wohngruppen mit maximal vier Plätzen.

Univ.-Prof. Dr. Georg Theunissen (i. R.)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät III - Erziehungswissenschaften
Institut für Rehabilitationspädagogik
E-Mail: georgtheunissen@gmx.de

(III) Arbeit mit Menschen mit besonders kritischen Formen herausfordernder Verhaltensweisen

In dem Falle wird zusätzlich zum Personzentrierten Plan und zur Positiven Verhaltensunterstützung im Einvernehmen mit der Person oder der gesetzlichen Stellvertreter*in ein interdisziplinärer Unterstützungs- und ‚Sicherheitsplan' entwickelt.

Ein solcher 'Sicherheitsplan' (einschließlich der Anwendung von restriktiven Interventionen) gilt nicht als Pädagogik, darf somit nicht die Positive Verhaltensunterstützung ersetzen, gilt nur ‚als letztes Mittel' und verlangt eine strenge Kontrolle und Überprüfung mit dem Ziel, ihn so schnell wie möglich abzubauen oder zu beenden.

Univ.-Prof. Dr. Georg Theunissen (i. R.)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät III - Erziehungswissenschaften
Institut für Rehabilitationspädagogik
E-Mail: georgtheunissen@gmx.de

Zusammenfassende Erkenntnisse und Fazit

Univ.-Prof. Dr. Georg Theunissen (i. R.)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät III - Erziehungswissenschaften
Institut für Rehabilitationspädagogik
E-Mail: georgtheunissen@gmx.de

(1) International wird das Wohnen unter präventiven Gesichtspunkten gesehen und gilt bereits als Bestandteil eines Unterstützungskonzepts zur Vermeidung, zum Abbau oder gar zur Auflösung von herausforderndem Verhalten. Diese ‚primäre Prävention' fußt auf der Erkenntnis, dass Wohn- und Lebensbedingungen auf die Entwicklung und das Verhalten eines Menschen Einfluss nehmen und dass kleinste Wohnformen mit dem höchsten Grad an Selbstbestimmungsmöglichkeiten am ehesten zur Prävention, zum Abbau oder gar zur Auflösung von herausforderndem Verhalten beitragen können.

Univ.-Prof. Dr. Georg Theunissen (i. R.)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät III - Erziehungswissenschaften
Institut für Rehabilitationspädagogik
E-Mail: georgtheunissen@gmx.de

(2) Ein angenehmes Lebensmilieu sowie ein Unterstützungskonzept, das die Achtung (Respekt) vor dem anderen, seine Stimme (Empowerment) und das Leitprinzip der Lebensqualität Wert zu schätzen weiß, hat zugleich präventiven Charakter im Hinblick auf denunzierende Einstellungen und Praktiken sowie (subtile) Gewalt gegenüber behinderten Menschen. Anders gesagt: Es trägt zum Schutz behinderter Menschen gegenüber Übergriffen durch Mitarbeiter*innen und umgekehrt zur Unterstützung und Sicherheit von Unterstützungspersonen bei. Daher kommt es z. B. auch in den kalifornischen Spezialgruppen (EBSH) auf Sicherung von Lebensqualität (Häuslichkeit) an.

(3) Ebenso haben begleitende Beratungs- oder Unterstützungsdienste (incl. Krisenintervention) für Familien und Unterstützungssysteme der Behindertenhilfe eine präventive Funktion.

(4) Das gilt gleichfalls für informelle Netzwerke im Gemeinwesen, die eine wichtige präventive Unterstützungsressource sind.

(5) Personen mit *developmental disabilities* und herausforderndem Verhalten werden in erster Linie in regulären Wohnformen unterstützt.

(6) Konzeptionell werden in der Regel nur empirisch gestützte Interventionen, vor allem die Positive Verhaltensunterstützung (mit ihrer Stärken-Perspektive) oder andere behaviorale (verhaltenstherapeutisch gelagerte) Methoden favorisiert und finanziert.

(7) Einer reaktiven, aversiven oder rein restriktiven Praxis (Timeout) wird unmissverständlich eine Absage erteilt.



Univ.-Prof. Dr. Georg Theunissen (i. R.)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät III - Erziehungswissenschaften
Institut für Rehabilitationspädagogik
E-Mail: georgtheunissen@gmx.de

(8) Daher hat die (passgenaue) Schulung von allen Mitarbeiter*innen einen wichtigen Stellenwert. Hierbei handelt es sich zumeist nicht um einschlägig ausgebildete (z. B. pädagogische) Unterstützungspersonen.

(9) Pädagogische Fachkräfte sind in einem ‚Überbau' verortet, indem sie ebenso wie Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen oder Verhaltensspezialist*innen den Unterstützungspersonen an der Basis (Wohnen) oder auch Jobcoaches (Arbeit) Praxisberatung (Coaching) anbieten.

(10) Mit diesem Ansatz geht zugleich ein kontextbezogenes und personenzentriertes Denken einher. Ausgangspunkt ist daher die Personzentrierte Planung, nach der sich alle Unterstützungsleistungen richten. Im Rahmen einer solchen Planung hat die Stimme der betroffenen Person (oder gesetzliche Vertreter*in) Gewicht. Dieser Ansatz ist mit der Bedarfserhebung und Philosophie des BTHG kompatibel.

Interessant ist an dieser Stelle ein kurzer Blick auf drei Befunde aus der Baden-Württemberg-Studie, die ebenso für NRW aufschlussreich sein können.

Univ.-Prof. Dr. Georg Theunissen (i. R.)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät III - Erziehungswissenschaften
Institut für Rehabilitationspädagogik
E-Mail: georgtheunissen@gmx.de

(1) Zu den pädagogisch-therapeutischen Methoden

Insgesamt wurden uns 55 Verfahren genannt, die in der pädagogisch–therapeutischen Arbeit in Bezug auf herausforderndes Verhalten eingesetzt wurden.

Es dominierten eindeutig reaktive Interventionen und (auch) Nachfragen vor Ort führten zu der Erkenntnis, dass zumeist tragfähige Konzepte (einschl. einer Ressourcenorientierung) fehlten oder aber (gut gemeinte) Konzeptionen unzureichend zur Anwendung kamen.

(2) Diese überwiegend reaktive und nicht selten aversiv-restriktive Praxis (Krisenintervention, Timeout) war kaum erfolgreich, indem sie nicht zu einem signifikanten Abbau an herausforderndem Verhalten führte.

Univ.-Prof. Dr. Georg Theunissen (i. R.)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät III - Erziehungswissenschaften
Institut für Rehabilitationspädagogik
E-Mail: georgtheunissen@gmx.de

(3) Nachteile der Sonderwohngruppen waren:

- Konzentration von Menschen mit schwerwiegendem herausforderndem Verhalten in (viel) zu großen Gruppen
- Daraus resultierende negative Gruppeneffekte (Potenzierung an herausforderndem Verhalten und Entwicklung neuer Auffälligkeiten)
- Dauerhaft hohe Anforderungen an das Personal (Burnout Effekte) (auch angesichts schwacher Personalbesetzung)
- Wenig zuträgliche Wohnwelten (‚gefängnisartige Lebenssituationen‘) sowie ein Durchschimmern des Charakters einer „totalen Institution“ (Goffman)
- Negative Etikettierung und damit einhergehende Schwierigkeiten, alternative Wohnformen zu finden
- Negative Synergieeffekte innerhalb der Einrichtung (‚Abschieben‘ unbeliebter oder besonders schwieriger Bewohner*innen)

Gesamtfazit

- was im Hinblick auf die internationalen Erkenntnisse für das Rheinland adaptiert werden kann

Univ.-Prof. Dr. Georg Theunissen (i. R.)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät III - Erziehungswissenschaften
Institut für Rehabilitationspädagogik
E-Mail: georgtheunissen@gmx.de

(1) Mut zur Innovation

(2) Die Optimierung präventiver Maßnahmen

Das gilt für:

- *Sicherung eines häuslichen Wohnens im Gemeinwesen* unter Berücksichtigung von Wohnungen (Wohngruppen) mit maximal vier Bewohner*innen

Dazu zählt:

- die Bereitschaft des Leistungsträgers, einen *großzügigen Reparaturfond* zur Verfügung zu stellen, damit eine Wohn- und Lebensqualität immer aufrechterhalten werden kann;

- die Erkenntnis, dass auf *Fachkräfte im alltäglichen Basisdienst durchaus verzichtet werden kann*, wenn eine praxisbezogene *Orientierung* an einem breit angelegten *Unterstützungskonzept* unter Berücksichtigung der Leitprinzipien zeitgemäßer Behindertenarbeit (Empowerment & Inklusion) *sichergestellt* ist.

Dazu zählen vor allem die Positive Verhaltensunterstützung und mobile Praxisberatung.
Für die *Umsetzung* des konkreten Unterstützungskonzepts unter Berücksichtigung des Umgangs mit herausforderndem Verhalten *müssen alle Unterstützungspersonen geschult werden*.
Untersuchungen zufolge genügt es jedoch nicht, wenn nur Fachkräfte oder einzelne Unterstützungspersonen aus dem Basisteam zum Beispiel in Positiver Verhaltensunterstützung sachkundig sind, sondern die Qualifizierung muss sich auf ein gesamtes Team erstrecken. *Ebenso zwingend ist die Sicherstellung eines PVU-sachkundigen Coaching* (durch Fachkräfte des Leistungserbringers).



Univ.-Prof. Dr. Georg Theunissen (i. R.)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät III - Erziehungswissenschaften
Institut für Rehabilitationspädagogik
E-Mail: georgtheunissen@gmx.de

Was die *mobile Praxisberatung* betrifft so ist der LVR mit dem Konsulentendienst auf dem richtigen Weg. Diese Unterstützungsressource sollte langfristig erweitert werden, vor allem auch als niedrigschwelliges Angebot für Familien und als anschlussfähiges System im Hinblick auf sozialpsychiatrische Krisendienste mit Krisenwohnplätzen.

(3) Regional Center (als staatlich finanzierte Leistungsträger und non-profit-Organisationen in Kalifornien) haben zur Organisation all dieser Angebote eine koordinierende, beratende und steuernde Funktion. Auch diesbezüglich ist der LVR mit den KoKoBe auf dem richtigen Weg.



Univ.-Prof. Dr. Georg Theunissen (i. R.)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät III - Erziehungswissenschaften
Institut für Rehabilitationspädagogik
E-Mail: georgtheunissen@gmx.de

(4) Die Priorisierung und Finanzierung empirisch gestützter pädagogischer Konzepte und psychosozialer Interventionen anstatt reaktiver Methoden oder einzelner Verfahren (z. B. nur Krisenintervention)

Dies ist der Erkenntnis geschuldet , dass

- bei herausforderndem Verhalten klinisch dimensionierte Interventionen unzureichend sind

- herausfordernde Verhaltensweisen nicht wie eng umschriebene psychische Störungen durch eine passgenaue Psychopharmakotherapie behandelt werden können und

- aversive (bestrafende) und restriktive Maßnahmen weniger effektiv sind als non-aversive (nicht-bestrafende) Strategien.

Univ.-Prof. Dr. Georg Theunissen (i. R.)
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
Philosophische Fakultät III - Erziehungswissenschaften
Institut für Rehabilitationspädagogik
E-Mail: georgtheunissen@gmx.de

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Bezugsliteratur:

(1) Theunissen, G.: Der Umgang mit Autismus in den USA, schulische Praxis, Empowerment und gesellschaftliche Inklusion. Das Beispiel Kalifornien, Stuttgart 2014 (Kohlhammer)

(2) Theunissen, G.: Behindertenarbeit vom Menschen aus. Unterstützungssysteme und Assistenzleistungen für Menschen mit Lernschwierigkeiten und komplexer Behinderung, Freiburg 2021 (Lambertus)

Prof. Dr. Georg Theunissen **(Dipl.-Päd., Heil- u. Sonderpäd.)**
Anfragen in Bezug auf Vorträge, Praxisberatung, Fort-und Weiterbildungen (Positive Verhaltensunterstützung) gerne per Email: georgtheunissen@gmx.de

Protokoll der Podiumsdiskussion im Rahmen der Fachtagung zum Thema Gewaltschutz in der Eingliederungshilfe am 7.11.2022

Teilnehmende:
Martina Wenzel-Jankowski (LR*in8), Dirk Lewandrowski (LR7), Thomas Wallenhorst (MAGS), Bärbel Brüning (Gf. Lebenshilfe NRW als Vertreterin der Selbsthilfe NRW).
Moderation: Tina Kraus

Dirk Lewandrowski antwortet auf die Frage der Moderatorin nach der neuen Aufgabe und Rolle des Leistungsträgers LVR beim Thema Gewaltschutz, dass, nachdem es die Diskussion in der Pflege schon länger gäbe, diese jetzt auch in der EGH angekommen sei. Es sei wichtig, genau hinzuschauen. Dem LVR lägen bereits rund 900 Gewaltschutzkonzepte von Leistungserbringern aus dem Bereich der Sozialen Teilhabe vor. Ein häufiger Mangel sei jedoch die fehlende oder unzureichende Risiko-Analyse.

Martina Wenzel-Jankowski ergänzt, auch als Träger des heilpädagogischen Verbundes habe der LVR sich schon länger mit Gewaltschutz beschäftigt. Nun habe man einen partizipativen Prozess gestartet, und eine partizipativ besetzte Arbeitsgruppe eingesetzt, um gemeinsam mit den Leistungsberechtigten Regeln und Verfahren zu entwickeln. Darüber hinaus solle es auch ein Benchmarking und ein Berichtswesen geben. Zudem sei die richtige Führungskultur wichtig – eine Kultur des Hinschauens und Ansprechens. Beratung und Unterstützung anzufordern sei Ausdruck von fachlicher Professionalität, kein Versagen.

Die Moderatorin fragt den Koordinator der Landesinitiative Gewaltschutz Nordrhein-Westfalen, Thomas Wallenhorst mit Blick auf den umfangreichen Katalog von Handlungsempfehlungen zum Gewaltschutz, den eine vom MAGS eingesetzte Expertenkommission vorgelegt hat und die den Ausgangspunkt der Arbeit der Landesinititiative bilden, nach seinen Prioritäten bei der Umsetzung. Thomas Wallenhorst erläutert, dass die Priorisierung eine gemeinsame Aufgabe der zahlreichen Kooperationspartner der Landesinitiative sei, und verweist darauf, dass allein 17 Institutionen zum Auftakt der Initiative eine Absichtserklärung unterschrieben haben; weitere Akteure kämen hinzu. Zu seinen Aufgaben zähle er, Beispiele guter Praxis des Gewaltschutzes zu sammeln und bekannt zu machen. Er lädt die Tagungsteilnehmer*innen dazu ein, der Geschäftsstelle der Landesinitiative im MAGS solche Beispiele zur Kenntnis zu bringen.

Bärbel Brüning begrüßt es, dass in der aktuellen Diskussion die schwer beeinträchtigten Menschen in den Blick genommen würden. Aber das Thema habe viele Aspekte, je nach Zielgruppe. Und Gewalt habe viele Facetten. Aus Sicht der betroffenen Menschen brauche es vor allem Vertrauens- und Ansprechpersonen, beim Arbeiten und im Wohnumfeld. Sie betont außerdem die Rolle von „Dialogforen" und anderen regionalen Veranstaltungen, wo Menschen mit Behinderung selbst zum Thema zu Wort kommen. Gewaltschutz-Regeln müssten partizipativ unter Beteiligung der Menschen mit Behinderung entwickelt werden.

Dirk Lewandrowski nennt als Beispiel für einen solchen Dialog-Ort die Werkstatträte-Workshops des LVR-Dezernats Soziales – ein Austausch in Leichter Sprache, bei dem zuletzt auch die Frauenbeauftragten der Werkstätten und ihre Vernetzung im Mittelpunkt gestanden hätten. Dies müsse erweitert werden für den Bereich der Wohnbeiräte.

Bärbel Brüning unterstützt dies mit Hinweis darauf, dass durch die Tradition der Werkstatträte die Ausgangssituation in den Werkstätten besser sei. Bei den Bewohnerbeiräten sei Vernetzung und Schulung wichtig, ebenso wie Anlaufstellen für Menschen mit ambulanter Unterstützung. Etwa bei Problemen mit dem oder der Bezugsbetreuer*in. Und auch zwischen Menschen mit Behinderung gäbe es Gewalt.

Auf die Frage der Moderatorin, ob die gesetzlichen Regelungen ausreichend seien, antwortet Martina Wenzel-Jankowski, dass es keinen Mangel an Regelungen gäbe, sondern es vielmehr um die partizipative Umsetzung gehe. Der HPH-Verbund habe beispielsweise die Methode „ethisches Fachgespräch" eingeführt. Dieses Instrument werde eingesetzt, um neue Wege und Möglichkeiten zu finden und damit die Anwendung freiheitsentziehender Maßnahmen zu reduzieren. Gemeinsam mit allen Beteiligten einschließlich der betroffenen Person werde die aktuelle Situation reflektiert und nach neuen Lösungen gesucht.

Dirk Lewandrowski erinnert daran, dass es auch in Werkstätten, und auch im Rheinland, schon Übergriffe gegeben habe. Die staatliche Aufsicht der WTG-Behörden wurde als Reaktion darauf geschaffen. Nun komme es auf eine enge Zusammenarbeit zwischen LVR bzw. EGH-Träger und WTG-Behörden an, wie in der Tagung bereits ausgeführt.

Er betonte zudem die Bedeutung der individuellen Bedarfsermittlung als Grundlage für die Gestaltung von passgenauen Unterstützungssettings gerade auch für Menschen mit herausforderndem Verhalten und nannte als Haupthindernis den Fachkräftemangel: Individuelle Unterstützungs-Settings scheiterten seiner Erfahrung nach meist nicht an den Finanzen, sondern am Personal. Im Kampf gegen den Fachkräftemangel brauche es eine konzertierte Aktion der Landesregierung. Eventuell sei auch über Absenkungen bei der Fachkraft-Quote zu sprechen.

Die Frage nach den wichtigsten Veränderungshebeln beantwortete Martina Wenzel-Jankowski mit Partizipation, Personenzentrierung und Empowerment. Denn dies verändere den Blickwinkel. Ebenso unverzichtbar sei ausreichendes und qualifiziertes Personal. Bei einer noch stärker dezentralen Wohn-Struktur mit zum Beispiel Vierer-Appartments müssten auch Peers und Freiwillige einbezogen werden. Es sei wichtig nach Wegen für die Entlastung des Fachpersonals zu suchen, ohne dass die Qualität leidet.

Der Forderung nach stärkerer Partizipation und mehr Empowerment der Menschen mit Behinderung schlossen sich alle Diskussionsteilnehmer*innen an.

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1658

öffentlich

Datum: 25.04.2023
Dienststelle: Fachbereich 84
Bearbeitung: Frau Schröder, Herr Dr. Baar

Krankenhausausschuss 3	**08.05.2023**	**Kenntnis**
Krankenhausausschuss 2	**09.05.2023**	**Kenntnis**
Krankenhausausschuss 4	**10.05.2023**	**Kenntnis**
Krankenhausausschuss 1	**11.05.2023**	**Kenntnis**
Gesundheitsausschuss	**12.05.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für Inklusion	**01.06.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Genesungsbegleitung im LVR-Klinikverbund: Rahmenkonzept zum Einsatz von Genesungsbegleitenden und Bericht zum Stand der Umsetzung

Kenntnisnahme:

Die Vorlage Nr. 15/1658 wird zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	ja

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

W e n z e l - J a n k o w s k i

Worum geht es hier?

In leichter Sprache

Psychisch kranke Menschen können später in einer Psychiatrie arbeiten.
Mit der Erfahrung können sie eine Ausbildung machen.
Sie sind dann Genesungsbegleiter*innen.
Dabei helfen sie anderen Patient*innen
gesund zu werden.



Es gab ein Projekt.
Das Projekt hat von 2016 bis 2021 stattgefunden.
Es wurde darin ausprobiert, ob Genesungsbegleiter*innen gut für die Patient*innen sind.
Alle Kliniken haben dabei mitgemacht.
Das Ergebnis war gut.
Es sollen noch mehr Genesungsbegleiter*innen in den Kliniken arbeiten.

Es wurden Regeln aufgeschrieben, wie die Genesungsbegleiter*innen gut arbeiten können.

Jetzt arbeiten 43 Genesungsbegleiter*innen in den Kliniken.

Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202.



Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen.

Zusammenfassung

Die Verwaltung wurde gemäß Antrag Nr. 14/71 von CDU und SPD beauftragt, den Einsatz von Genesungsbegleitenden in bis zu drei LVR-Kliniken zu testen und über die Ergebnisse zu berichten.
Hierzu wurde von März 2016 bis Dezember 2021 durch die Verbundzentrale/FB 84 ein entsprechendes Projekt durchgeführt, an dem alle Kliniken im LVR-Klinikverbund beteiligt waren. Ziele waren sowohl die Erweiterung des Angebotsspektrums in den LVR-Kliniken als auch die grundsätzliche Stärkung von Autonomie und Selbstverantwortung von Patient*innen.
Die aus dem Projekt gewonnenen Grundsätze, Rahmenbedingungen und Empfehlungen für den Einsatz von Genesungsbegleitenden im LVR-Klinikverbund wurden seitens der Projektgruppe in einem Rahmenkonzept (**Anlage**) niedergelegt.
Der aktuelle Stand in Bezug auf den Einsatz von Genesungsbegleitenden in unterschiedlichen Behandlungsformen und -settings kann nach Projektdurchführung insgesamt als positiv bewertet werden. Inzwischen sind 43 Genesungsbegleitende in den LVR-Kliniken tätig. Um die positive Entwicklung voranzutreiben und die Angebote der Genesungsbegleitung langfristig und nachhaltig zu verankern, ist zum einen eine durchgehend gesicherte Finanzierung erforderlich, zum anderen sollte im Klinikverbund selbst eine entsprechende Qualifizierung (nach dem Curriculum von EX-IN NRW bzw. EX-IN Deutschland) etabliert werden, um Genesungsbegleitende als Mitarbeitende der LVR-Kliniken gewinnen zu können.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1658:

Auftrag

Gemäß dem Antrag Nr. 14/71 von der CDU und der SPD aus dem Haushalt 2015/16 wurde die Verwaltung beauftragt, modellhaft den Einsatz von Genesungsbegleiter*innen in bis zu drei LVR-Kliniken zu erproben und über die Erfahrung zu berichten.

1. Ausgangslage: Projekt „Erprobung von Angeboten der Genesungsbegleitung in den LVR-Kliniken"

Peer-Support im Sinne von „*Genesungsbegleitung*" ist im psychiatrischen Versorgungssystem in Deutschland zum jetzigen Zeitpunkt weiterhin ein relativ junges Phänomen. Die Erprobung von Angeboten der Genesungsbegleitung im LVR-Klinikverbund – gemäß Antrag Nr. 14/71 - erfolgte mit der Zielsetzung, das Angebotsspektrum in den LVR-Kliniken zu erweitern.

Zur Umsetzung des Antrags wurde seitens des Fachbereichs 84 (Planung, Qualitäts- und Innovationsmanagement) von März 2016 bis Dezember 2021 das Projekt „Erprobung von Angeboten der Genesungsbegleitung in den LVR-Kliniken" durchgeführt, welches Corona-bedingt verlängert werden musste. Das übergeordnete Ziel bestand darin, auch auf diesem Weg Autonomie und Selbstverantwortung von Patient*innen zu stärken. Unter dieser Zielsetzung wurde der zentrale Aspekt Partizipation, welcher eine Zielrichtung des LVR-Aktionsplans darstellt, kontinuierlich mitgedacht.

Genesungsbegleiter*innen haben eine spezifische Ausbildung mit Zertifikat (UN-BRK, Leonardo da Vinci Pilotprojekt EX-IN 2005–2007) abgeschlossen. Bundesweit bestanden zu Projektbeginn bereits in mehreren psychiatrischen Kliniken Angebote der Genesungsbegleitung (z.B. UKE Hamburg-Eppendorf, LWL-Klinik Herten). In den LVR-Kliniken sollte der Einsatz von Genesungsbegleitenden in unterschiedlichen Behandlungskontexten (Umsetzungsvarianten) ebenfalls modellhaft erprobt werden. Projektbeteiligte Klinikvertreter*innen wurden in der Umsetzung des Angebotes ermutigt, sodass im Projektverlauf alle LVR-Kliniken einbezogen wurden und Erfahrungen mit dem Einsatz von Genesungsbegleitenden sammeln konnten.

In Vorbereitung auf das Projekt erfolgte Ende 2014 die Vernetzung mit dem Verein „EX-IN NRW" über die Mitwirkung der Abteilung 84.20 im EX-IN Beirat. Von Seiten der LVR-Kliniken wurden Projektverantwortliche als Ansprechpersonen und Ressourcen für die klinikinterne Begleitung und Umsetzung des Projektes bereitgestellt. Von Seiten des FB 84 erfolgte die Einrichtung eines Projektmanagements und die Etablierung von Strukturen, welche allen Projektteilnehmenden relevante Fachpublikationen, Materialien und Abstimmungsergebnisse im Projekt zugänglich machten.

Zum Zeitpunkt der Projektvorphase (September 2015 bis März 2016) verfügten die meisten der LVR-Kliniken bereits über erste Erfahrungen in der Arbeit mit Genesungsbegleiter*innen, da diese im Rahmen ihrer EX-IN-Ausbildung in den Kliniken die erforderlichen Praktika bzw. Hospitationen ableisteten und auch weiterhin ableisten.

In der Projektgruppe wurden übereinstimmend folgende Grundsätze bzw. Rahmenbedingungen benannt:

1. Die Gesamtverantwortung für die klinikinternen Angebote der Genesungsbegleitung werden multiprofessionell ausgerichtet: ärztliche und pflegerische Verantwortung.

2. Die Einstellungsvoraussetzung für Genesungsbegleitende ist der Nachweis eines Ex-IN Zertifikats.

3. Genesungsbegleitende werden sozialversicherungspflichtig (>14 Std./Wo.) beschäftigt, Ausnahmen sind im gegenseitigen Einverständnis zwischen Genesungsbegleitenden und den Kliniken möglich.

4. Die Beschäftigung von (mindestens) zwei Genesungsbegleitenden als Kleinteam/Tandem pro LVR-Klinik wird angestrebt.

Die Voraussetzung für eine gelingende Implementierung von Angeboten der Genesungsbegleitung besteht erfahrungsgemäß in einem längerfristigen Prozess von Schulungen und weiteren Maßnahmen der Bewusstseinsbildung bzw. Haltungsänderung auf Ebene aller Mitarbeitenden. Daher wurde von Seiten des zentralen Projektmanagements der Wunsch der einzelnen Kliniken nach einer sorgfältigen Vorbereitung sowie einer an die individuellen Gegebenheiten angepasste Geschwindigkeit bei der Umsetzung einzelner Entwicklungsschritte berücksichtigt und unterstützt.

2. Verlauf des Projektes

Vor dem Hintergrund der Zielsetzung wurden durch die Verbundzentrale in den vergangenen Jahren entsprechende Veranstaltungen durchgeführt bzw. Informations- und Kommunikations- und Unterstützungsstrukturen (z.B. regional etablierte klinikübergreifende Reflexionstreffen unter Leitung eines*einer externen Supervisor*in) für die Genesungsbegleitenden geschaffen.

Alle im LVR-Klinikverbund eingesetzten psychiatrieerfahrenen Mitarbeiter*innen haben mit der sogenannten „EX-IN Ausbildung" eine spezifische Qualifizierung mit Zertifikat abgeschlossen. Die Aufgaben für Genesungsbegleitende im Kontext psychiatrischer Kliniken sind vielfältig. In den LVR-Kliniken sind sie vielfach im offenen stationären Bereich sowie im Bereich der tagesklinischen und ambulanten Versorgung tätig. Der Einsatz erfolgt bereits in nahezu allen Bereichen des LVR-Klinikverbundes, auch in geschützten Bereichen gibt es bereits Erfahrungen mit dem Einsatz von Genesungsbegleitenden. Weitere Kolleg*innen arbeiten im Rahmen der Stations-äquivalenten Behandlung (StäB), in der sozialen Rehabilitation – d.h. im Bereich der Eingliederungshilfe – und in der Forensik. Die Angebote der Genesungsbegleitenden reichen von offener Beratung über die Gestaltung von bzw. Mitwirkung an psychoedukativen oder aktivitätsbezogenen Gruppenangeboten bis hin zum Einsatz bei internen Schulungen von Mitarbeitenden aller Berufsgruppen zu zentralen Themen wie Genesungsbegleitung, Salutogenese, Recovery etc.

Der Übergang von der stationär-psychiatrischen Behandlung zur Entlassung sowie in die weitere ambulante Versorgung im Sozialraum stellt eine besondere Schnittstelle dar. Der Einsatz von Genesungsbegleitung bzw. Peer-Beratung könnte hier ein Baustein sein, den stabilisierenden konstanten Bezugskontakt zu erhalten und die möglichen Hilfen beim Selbstmanagement der psychischen Erkrankung im Übergang von der klinischen Betreuung ins häusliche Umfeld zu gewährleisten[1]. Die LVR-Klinik Mönchengladbach hat ein entsprechendes Konzept erstellt und erprobte als erste LVR-Klinik seit 10/2019 modellhaft die Umsetzung (s. Vorlage Nr. 14/4147).

Im Projektverlauf wurde durch die Projektgruppe ein **Rahmenkonzept** zum Einsatz von Genesungsbegleitenden im LVR-Klinikverbund erarbeitet (siehe **Anlage**), um eine Verstetigung des durchgehend als sinnvoll erachteten Angebots zu fördern und weiter auszubauen. Das Rahmenkonzept bindet bisherige klinische Erfahrungen in Bezug auf Vorbereitung sowie Umsetzung der Implementierung des Angebotes, bietet damit einen Orientierungsrahmen für die Kliniken und soll darüber hinaus ermutigen, gemeinsam mit Genesungsbegleitenden neue Wege in der Versorgung von Patient*innen zu denken und umzusetzen.

Das am 01.04.2016 gestartete Projekt hatte eine Laufzeit von knapp sechs Jahren und endete zum 31.12.2021. Mit Stand vom 17.04.2023 sind 43[2] Genesungsbegleiter*innen in den LVR-Kliniken tätig. Alle LVR-Kliniken haben sich an der Umsetzung des Angebotes beteiligt und setzen Genesungsbegleitende in unterschiedlichem Umfang und verschiedenen Behandlungsformen ein (s. f. Abb. 1 und 2).

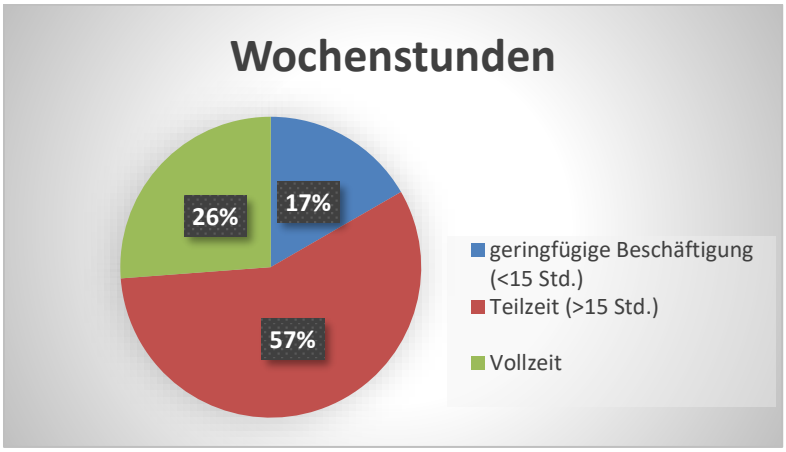


Abb. 1 Beschäftigungsumfang

[1] Hierauf wurde unter anderem von Vertreter*innen der Psychiatrieerfahrenen-Verbände im 1. LVR-Dialog-Forum Inklusion und Menschenrechte am 22.11.2017 hingewiesen.
[2] Zum 01.05. und zum 15.06.2023 werden zwei weitere Genesungsbegleitenden im Klinikverbund ihre Arbeit aufnehmen.

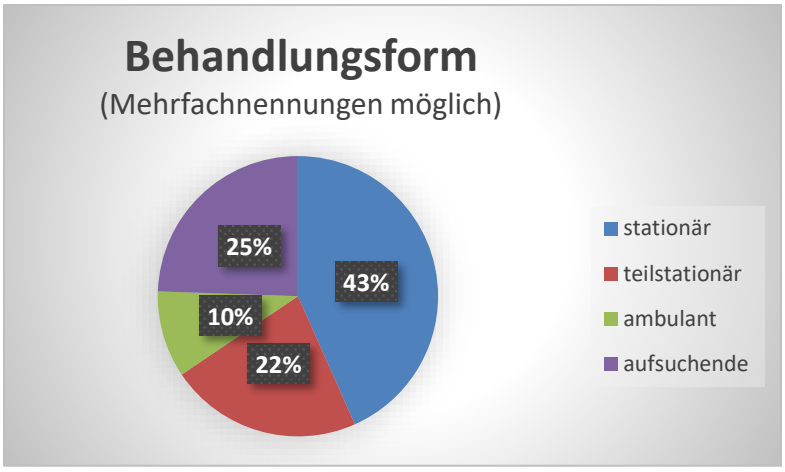


Abb. 2 Einsatzfelder der Genesungsbegleitenden

3. Ausblick und weitere Planung

Das gemeinsam mit Klinikvertreter*innen konstituierte Rahmenkonzept sieht langfristig einen Einsatz von mindestens einer*einem Genesungsbegleiter*in pro Organisationseinheit vor. Hierbei sind die klinikinternen Vernetzungsstrukturen zur Stärkung der Rolle der Genesungsbegleitenden als zentral hervorzuheben. Neben den bisherigen Erfahrungen in Bezug auf die Einsatzmöglichkeiten werden auch die Ausweitung der Einbeziehung von Genesungsbegleitenden in neue, aufsuchende Behandlungsformen hervorgehoben. Der Einsatz in geschützten Behandlungssettings sollte ebenfalls weiter forciert werden.

Die oben angeführte Zielsetzung setzt allerdings eine angemessene Refinanzierung durch die Kostenträger*innen voraus.

Die „Richtlinie über die Ausstattung der stationären Einrichtungen der Psychiatrie und Psychosomatik mit dem für die Behandlung erforderlichen therapeutischen Personal gemäß § 136a Absatz 2 Satz 1 SGB V – PPP-RL" sieht erstmals die Berufsgruppe der Genesungsbegleitenden explizit vor – auch wenn sie keine Minutenwerte im Sinne der Mindestvorgabe definiert. Gleichzeitig spricht die PPP-RL einen hohen Empfehlungsgrad zum Einsatz der Genesungsbegleitung in ihren Qualitätsempfehlungen nach § 9 aus. Nach § 2 Abs. 10 PPP-RL gehört die Genesungsbegleitung zu den gesondert zu verhandelnden Tatbeständen und ist durch die Gesetzlichen Krankenkassen zu finanzieren. Der LVR-Klinikverbund hat deshalb diesen Ausnahmetatbestand in die Budgetverhandlungen der LVR-Kliniken seit dem Jahr 2020 eingebracht, sobald ein Einsatz erfolgte. Eine Finanzierung des Teils der Peer-Beratung, der im stationären oder teilstationären Kontext der Behandlung durchgeführt wird, wird bislang durch die Kostenträger anerkannt. Allgemein anerkannte Anhaltszahlen für eine Bedarfsbemessung gibt es allerdings für den Peer-Einsatz bislang nicht.

Insgesamt kann der aktuelle Stand nach Projektdurchführung als positiv gewertet werden. Seitens des FB 84 wird hierbei vor allem die Förderung und Stärkung der „neuen" Rolle der Genesungsbegleiter*innen im klinischen Kontext als wesentliche Bestandteile hervorgehoben, die sich im Projektverlauf deutlich herauskristallisiert haben. Die Etablierung von gefestigten klinikübergreifenden Strukturen ist daher von hoher

Relevanz, weil diese weiterhin eine notwendige Unterstützung für die Genesungsbegleitenden darstellen. Daher sind die bisher etablierten klinikübergreifenden Strukturen (wie z.B. das Fachforum Genesungsbegleitung und klinikübergreifende regionale Supervisionsangebote), welche den Genesungsbegleitenden als Austauschmöglichkeit dienen, weiterhin zu fördern.

Der Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit EX-IN-Ausbildungsinstituten wird empfohlen. So können zukünftige Genesungsbegleitende die LVR-Kliniken bereits im Rahmen ihrer praktischen Einsätze kennenlernen. Die Kliniken haben die Möglichkeit, die zukünftigen Kolleg*innen gezielt anzusprechen, um sie nach absolvierter Qualifizierungsmaßnahme als Mitarbeitende zu gewinnen.

Um den Ausbau des Angebots von Genesungsbegleitenden im LVR-Klinikverbund in jeglichen Behandlungsformen wie -settings langfristig sicher zu stellen, sollte eine Qualifizierungsmaßnahme (nach dem Curriculum von EX-IN NRW bzw. EX-IN Deutschland) auch im Klinikverbund selbst etabliert werden. Diese soll sinnvollerweise in enger Kooperation mit dem LVR-IFuB (Sparte Bildung) angeboten werden. Eine entsprechende Zielvereinbarung für das Jahr 2024 wird angestrebt.
Die praktischen Einsätze im Rahmen der Qualifizierungsmaßnahme können auf diese Weise fokussierter über den Klinikverbund hinweg absolviert werden, sodass alle Kliniken von den zentralen, LVR-internen EX-IN-Kursen profitieren werden. Als ein weiterer förderlicher Faktor ist zu benennen, dass über eine solche Ausweitung der Arbeit der Genesungsbegleitenden in den Kliniken entsprechende Potenziale bei Patient*innen erkannt werden können. So könnte z.B. eine gezielte Rekrutierung von möglichen Fortbildungsinteressent*innen (Patient*innen des LVR-Klinikverbundes) erfolgen[3].

In Bezug auf die weitere Förderung der Arbeit von Genesungsbegleitenden besteht derzeit ein enger Austausch zwischen der bisherigen Projektleitung (FB 84) und dem IFuB (Sparte Forschung), um sich differenzierter mit der Frage der Wirksamkeit bzw. mit Effekten der Arbeit der Genesungsbegleitenden in den LVR-Kliniken auseinander zu setzen. Die dahinterstehenden Bemühungen sollen die Arbeit der Genesungsbegleitenden und den Ausbau der Angebote generell unterstützen.

Das Rahmenkonzept zum Einsatz von Genesungsbegleitenden im LVR-Klinikverbund soll mit zukünftigen klinischen Erfahrungen angereichert und in Revisionen fortgeschrieben werden. Dies soll helfen, Synergieeffekte im Klinikverbund ganzheitlich zu nutzen und das Angebot zielführend in der Patient*innenversorgung zu verankern und auszubauen. Darüber hinaus kann es helfen, die Attraktivität des LVR-Klinikverbunds als Arbeitgeber nicht nur für Genesungsbegleitende, sondern insgesamt zu fördern.

In Vertretung

W e n z e l – J a n k o w s k i

[3] Vgl. hierzu auch Vorlage Nr. 15/1460 (Reise des GA, Oktober 2022) zur Ausbildung von Genesungsbegleitenden im Pfalzklinikum Klingenmünster: 2.9.3 Sicht der Nutzenden – Peers und Genesungsbegleitungen

2022

Rahmenkonzept zum Einsatz von Genesungsbegleiter*innen

IM LVR-KLINIKVERBUND

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis 3
Einleitung 4
Aktueller Stand im LVR-Klinikverbund 5
Ziel und Geltungsbereich 6
Inhalte der EX-IN Ausbildung 7
Stabilisieren 7
Sensibilisieren 7
Orientieren 7
Reflektieren 8
Fürsprache 8
Aufklärungsarbeit 8
Implementierung von Angeboten der Genesungsbegleitung im LVR-Klinikverbund 8
Grundvoraussetzungen / Rahmenbedingungen 8
Einstellungsvoraussetzungen 9
Tarifliche Eingruppierung 9
Inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung der Tätigkeit als Genesungsbegleiter*in (Aufgabenprofil) 9
Vorbereitungen in der jeweiligen Organisationseinheit (zukünftiges Team) 11
Empfehlungen zu unterschiedlichen Einsatzgebieten (Behandlungssettings) im LVR-Klinikverbund 13
Fort- und Weiterbildung 15
LVR-Pflegeschulen 15
Teilnahme an Fort- und Weiterbildung 16
Supervision / Reflexionsgruppen / Vernetzungsformate 16
Trialogische Angebote und Strukturen im LVR-Klinikverbund 17
Trialog 17
(Weiter-)Entwicklung trialogischer Angebote und Strukturen 17
Zusammenfassung und Ausblick 19
Anhang 21
Beispiel einer Tätigkeitsbeschreibung „Genesungsbegleiter*in“ im LVR-Klinikverbund“ 21
Beispiel einer Stellenausschreibung für Genesungsbegleitende im LVR-Klinikverbund 23

Abkürzungsverzeichnis

Bsp. ..... *Beispiel*
bzgl. ..... *bezüglich*
bzw. ..... *beziehungsweise*
DFPP ..... *Deutsche Fachgesellschaft Psychiatrische Pflege*
DGPPN ..... *Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde*
DNQP ..... *Deutsches Netzwerk für Qualitätsentwicklung in der Pflege*
EG ..... *Entgeltgruppe*
EX-IN ..... *"experienced involvement"*
GB ..... *Genesungsbegleitung*
KIS ..... *Krankenhausinformationssystem*
LVR ..... *Landschaftsverband Rheinland*
TN ..... *Teilnehmer*innen*
UN-BRK ..... *UN-Behindertenrechtskonvention*
StäB ..... *stationsäquivalente Behandlung*
z.B. ..... *zum Beispiel*
ZV ..... *Zielvereinbarung*

Folgende Mitarbeiter*innen aus dem LVR-Klinikverbund haben an der Erstellung des Rahmenkonzeptes zum Einsatz von Genesungsbegleiter*innen im LVR-Klinikverbund im Rahmen des Projektes „*Erprobung von Angeboten der Genesungsbegleitung in den LVR-Kliniken"* unter der Leitung von Frau Schröder und Herrn Dr. Baar mitgewirkt:

Frau Brocksieper, Julia (Mönchengladbach), Herr Derissen, Stephan (ZV), Frau Franck, Claudia (Bedburg-Hau), Frau Prof. Dr. Franke, Petra (Düsseldorf), Frau Gawlak, Katharina (Düren), Herr Grell, Joergen (Bedburg-Hau), Herr Hannen, Thomas (Düren), Herr Hax-Schoppenhorst, Thomas (Düren), Frau Himmel, Claudia (Essen), Frau Jahnke, Bettina (PHG-Viersen), Frau Jäger, Doris (Köln), Frau Jansen-Ophei, Ilse (Viersen), Herr Kemmer, Holger (IFuB/Bildung), Frau Knabenschuh, Patricia (ZV), Frau Schmidt, Marlene (Essen), Frau Krings, Christine (Langenfeld), Frau Ludowisy-Dehl, Silke (Langenfeld), Herr Maas, Klemens (Düsseldorf), Herr Dr. Marggraf, Ralph (Viersen), Herr Möller, Jochen (Mönchengladbach), Frau Monheimius, Hanna (Viersen), Herr Nowack, Mark (Bonn), Frau Olschowski, Iris (Mönchengladbach), Frau Dr. Reinholz, Ulrike (Köln), Herr Schätzer, Norbert (GPR-Köln), Herr Schmitz, Stephan (ZV), Herr Schultz, Karlheinz (Langenfeld), Frau Thissen, Katrin (Bedburg-Hau), Frau Trost, Andrea (Köln), Frau Weide, Amelie (IFuB/Forschung), Herr Werner, Dirk (Bonn)

Einleitung

Peer-Support im Sinne von „Genesungsbegleitung" etabliert sich zunehmend im psychiatrischen Versorgungssystem in Deutschland. Als innovatives wie auch bereits anerkanntes Verfahren wird es in zahlreichen ambulanten und stationären Einrichtungen eingesetzt (Trachtenberg et al., 2013). Menschen, die sowohl Erfahrungen mit psychischer Erkrankungen als auch deren Behandlung gemacht haben (sogenannte Genesungsbegleiter*innen, Erfahrungsexperten oder engl. peers), können eine neue Qualität der lebensnahen, lebensorientierten, nicht-stigmatisierenden Unterstützung in psychiatrische Versorgungssysteme einbringen.

Auch in den LVR-Kliniken ist der Einsatz von Genesungsbegleitenden in unterschiedlichen Behandlungskontexten bereits seit 2015 erfolgreich erprobt worden.
Die Verbundzentrale hat den Einsatz von Genesungsbegleitenden in den institutionellen Zielvereinbarungen verankert: „Der LVR-Klinikverbund stärkt die Partizipation, Patientenautonomie und Selbstverantwortung" (ZV1/Zielbild 2020).

Dabei fokussiert die Zielsetzung auf eine positive Grundhaltung der Klinikmitarbeitenden in Richtung des LVR-Aktionsplans und der darin enthaltenen Zielrichtung „Die Partizipation von Menschen mit Behinderungen im LVR ausgestalten", in dem die Förderung von Autonomie und Partizipation der Patient*innen in der Behandlung durch Genesungsbegleitende unmittelbar positiv beeinflusst wird. Im Sinne der UN-BRK geht es hier einerseits um die Inklusion von (ehemals) seelisch erkrankten Menschen ins Arbeitsleben und andererseits um die Chance zur Verbesserung von Arbeitsergebnissen in der klinischen Behandlung der Patient*innen, zur Erleichterung ihrer Umsetzung und zur Sicherung ihrer nachhaltigen Wirkung.

Der Einbezug von speziell ausgebildeten Genesungsbegleitenden wird in der S3-Leitlinie „Psychosoziale Therapien bei schweren psychischen Erkrankungen" der Deutschen Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde ebenfalls aufgegriffen, und es wird empfohlen, dieses Versorgungsangebot in der Routinebehandlung umzusetzen. Empfehlung 9: „Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen sollte Peer-Support unter Berücksichtigung ihrer Wünsche und Bedarfe zur Stärkung des Recovery-Prozesses und zur Förderung der Beteiligung an der Behandlung angeboten werden. (...)" (DGPPN, 2018).
Mit ihrer Arbeit stärken Genesungsbegleitende die gesunden Anteile von psychisch erkrankten Menschen. Sie vermitteln Hoffnung und den Glauben an eine gute Lebensqualität trotz psychischer Erkrankung. Negative Wirkungen des Peer-Supports sind bisher nicht bekannt (DFPP, 2018).
Peer-Support nutzt die sehr individuellen und sehr unterschiedlichen Erfahrungen der (ehemals) Betroffenen, fokussiert auf Stärken und Fähigkeiten und unterstützt im Aufbau von Hoffnung, Toleranz sowie gegenseitigem Respekt und Gleichberechtigung. Es wird davon ausgegangen, dass Peer-Arbeit nicht nur einen Nutzen für die Betroffenen bringt, sondern auch förderliche Auswirkungen auf das allgemeine therapeutische Klima in Behandlungs- und Versorgungseinrichtungen haben und den Kampf gegen Stigmatisierung unterstützen kann (DGPPN, 2018). Bedingt durch den positiven Effekt auf das Behandlungsmilieu sowie auf die Haltung des multiprofessionellen Behandlungsteams sollte der Einsatz von Genesungsbegleitenden insgesamt auch als ein Element im Rahmen

von institutionellen Gewaltschutzkonzepten mitgedacht werden (LVR-Gewaltschutzkonzept, Vorlage 15/300).
Durch ihre Vorbildfunktion können Genesungsbegleitende eine Brücke in das Versorgungssystem für jene Patient*innen bauen, die (bisher) keinen Zugang hierzu finden konnten sowie Vorbehalte gegenüber dem System haben oder hier bereits schlechte Erfahrungen gemacht haben (Gillard et al, 2014; Repper & Carter, 2011).
Vor diesem Hintergrund kann angenommen werden, dass Genesungsbegleitung eine bedarfsgerechtere Inanspruchnahme sowie eine bessere Bewertung ambulanter, teil-stationärer und komplementärer Versorgungsangebote fördern kann. Die Einstellung und Integration von Genesungsbegleitenden werden vielerorts (noch) als Herausforderung erlebt und sind auch mit einer Reihe notwendiger organisatorischer Veränderungen verbunden (Utschakowski, 2015).

Genesungsbegleitung orientiert sich an den grundlegenden Konzepten von Partizipation, Empowerment und Recovery. Damit liegt der Fokus der Genesungsbegleitung auf aktiver Beteiligung, auf der Stärkung der Selbstbefähigung und der Unterstützung eines Prozesses von persönlichem Wachstum und Entwicklung der Betroffenen. In unterschiedlichen Studien konnte gezeigt werden, dass die Einführung von Genesungsbegleitung neben einer Verbesserung der individuellen Recovery zu einer Erhöhung der Recovery-Orientierung in psychiatrischen Institutionen beitragen kann (Repper & Carter, 2011) und somit über die damit einhergehende Stärkung von Patientenorientierung und –autonomie zu einer Verringerung von Zwangsmaßnahmen und zum Abbau der Stigmatisierung psychisch Erkrankter beiträgt.
Eng verbunden mit einer Verbesserung der persönlichen Recovery-Orientierung ist eine Verbesserung der Selbstwirksamkeit. So legt eine aktuellere Studie nahe, dass durch eine Ergänzung der Routinebehandlung durch speziell ausgebildete Genesungsbegleitende die allgemeine Selbstwirksamkeitserwartung als Teil einer Recovery-Orientierung bei Patient*innen erhöht werden konnte (Mahlke et al., 2017).
Insbesondere in Krisensituationen haben Genesungsbegleiter*innen vor dem Hintergrund des eigenen Erfahrungswissens eine wichtige Mittlerfunktion. Erfahrungsberichte (s. z. B. „Weddinger Modell", Mahler et al. 2013) stützen die Sinnhaftigkeit des Einsatzes bei Kriseninterventionen im Akutbereich, wobei auf größeren Aufnahmestationen der Einsatz von mindestens zwei Genesungsbegleitenden anzustreben ist.
Belege zum Rückgang von zwangsweisen Aufnahmen in psychiatrische Kliniken durch die Unterstützung von Genesungsbegleitung wurden ebenfalls bereits gefunden (Greenfield et al, 2008; Repper & Carter, 2011).

Aktueller Stand im LVR-Klinikverbund

Das Projekt „Erprobung von Angeboten der Genesungsbegleitung in den LVR-Kliniken" hat zum 01.04.2016 begonnen mit dem Ziel, Angebote der Genesungsbegleitung in unterschiedlichen Behandlungskontexten der LVR-Kliniken zu etablieren, um auf diese Weise das Angebotsspektrum in den LVR-Kliniken zu erweitern.
Das Projekt ist dem Verbundziel „Partizipation, Selbstbestimmung, Empowerment" zuzuordnen und soll zur „Stärkung der Patientenautonomie und Selbstverantwortung" beitragen.

Zu Projektbeginn wurde festgelegt, dass bei der Durchführung der modellhaften Erprobung die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der LVR-Kliniken berücksichtigt werden und der Einsatz von Genesungsbegleitenden in verschiedenen Umsetzungsvarianten möglich ist.
Die klinikspezifischen Angebote der Genesungsbegleitung sollten im Projektverlauf erprobt, evaluiert und gegebenenfalls weiterentwickelt werden.
Die Gesamtverantwortung für die klinikspezifische Umsetzung liegt beim jeweiligen Klinikvorstand. Die Verantwortung für den Einsatz und die klinikinternen Angebote der Genesungsbegleitung wird multiprofessionell wahrgenommen: hier besteht eine gemeinsame ärztliche und pflegerische Verantwortung.

Der Klinikvorstand wirkt in einem ersten Schritt darauf hin, dass mindestens zwei Genesungsbegleitende pro LVR-Klinik eingestellt werden, wobei die Erfahrungen im Laufe des Projekts deutlich gemacht haben, dass eine wirkliche Etablierung dieser besonderen Gruppe von Mitarbeitenden und der damit verbundenen Angebote erst mit einer deutlich höheren Zahl von Genesungsbegleitenden innerhalb einer Klinik erreicht werden kann. Es empfiehlt sich dringend, Genesungsbegleitung in der konzeptionellen Weiterentwicklung von Abteilungen zu berücksichtigen. Mittel- bis langfristig sollten daher mindestens zwei Genesungsbegleitende in jeder Fachabteilung eingebunden werden, wobei hier die individuelle Größe jeder LVR-Klinik wie auch die Schwerpunkte der einzelnen Fachabteilungen Berücksichtigung finden.
Genesungsbegleitende an einem Standort sollten untereinander regelhaft im Kontakt und gegenseitig als wichtige Ansprechpersonen zur Verfügung stehen. Bei einer Tätigkeit in großen Akutaufnahmestationen ist der gleichzeitige Einsatz von (mindestens) zwei Genesungsbegleitenden zur gegenseitigen Entlastung und Unterstützung besonders wünschenswert.

Im Projektverlauf wurden durch die Verbundzentrale entsprechende Veranstaltungen durchgeführt bzw. Informations-, Kommunikations- sowie Unterstützungsstrukturen geschaffen. In dem hier vorliegenden Rahmenkonzept wurden (Projektende: 31.12.2021) die klinischen Erfahrungen aus dem Projektzeitraum gebündelt, um zukünftig eine Verstetigung des durchgehend als sinnvoll erachteten Angebotes zu erreichen und weiter auszubauen.

Ziel und Geltungsbereich

Grundsätzliches übergreifendes Ziel ist die klinikweite Integration von Genesungsbegleitung als ein ergänzendes Element im gesamten Behandlungs- und Genesungsprozess.
Hiermit sind alle Behandlungssettings in allen Fachgebieten gemeint, von der Aufnahme bis zur ambulanten Nachsorge. In diesem Rahmen sollen Genesungsbegleitende, da sie beide Perspektiven kennen, als Brücke bzw. Vermittelnde zwischen Patient*innen und dem multiprofessionellen Team wirken.

Die Einbeziehung von Genesungsbegleitenden zielt ergänzend darauf ab,

- Menschen in seelischen Krisen zu unterstützen, ihre Autonomie zu stärken und ihnen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wieder zu ermöglichen und der noch immer vorhandenen Stigmatisierung entgegenzuwirken

- Patient*innen bei der Rückgewinnung von Alltagskompetenzen, der Entwicklung von Copingstrategien sowie von Wohlbefinden zu begleiten und zu unterstützen
- das Kompetenz- und Angebotsspektrum der LVR-Kliniken zu erweitern und damit strukturell zu einer Empowerment-orientierten, verbesserten psychiatrischen Behandlung beizutragen
- das multiprofessionelle Behandlungsteam um eine weitere Perspektive zu ergänzen: durch das aktive Einbringen des Erfahrungswissens soll bei den übrigen Professionen das Verständnis bzw. die Empathie für die Patient*innen und somit eine patientenzugewandte Haltung gefördert werden

Das vorliegende Rahmenkonzept soll ein Leitfaden für die praktische Umsetzung sowie Orientierung zur Implementierung von Genesungsbegleitenden in den LVR-Kliniken sein. Dies bezieht sich auf alle in den Kliniken angebotenen Behandlungsformen sowie -settings.

Inhalte der EX-IN Ausbildung

Eine erfolgreich abgeschlossene und zertifizierte einjährige EX-IN Ausbildung ("experienced involvement") zur/zum Genesungsbegleiter*in ist Einstellungsvoraussetzung für die Tätigkeit als Mitarbeitende*r in den LVR-Kliniken. Die im Folgenden ausgeführten **sechs** Kategorien leiten sich aus den Inhalten der EX-IN Ausbildung ab und bilden eine wichtige Grundlage für den klinischen Arbeitsalltag. Hierbei wird der Fokus auf eine*n akut krisenhafte*n Patient*in gelegt, in deren bzw. dessen Genesungsverlauf sich auf der Basis der EX-IN Methode vom „Ich- über das Du- zum Wir-Wissen“ verschiedene Reflexionsräume öffnen.

Stabilisieren

Zielt auf Erlangen und Erhalten von Hoffnung und Gesundheit sowie Entdecken und Mobilisieren stützender Faktoren (eigene Ressourcen und im Lebensumfeld der Patient*innen).
Themen für die Patient*innen sind hier z. B. Selbstannahme, Erkennen eigener hilfreicher Bewältigungsstrategien, Entdecken eigener Stärken und Potentiale sowie die Vorsorge und Krisenbegleitung.

Sensibilisieren

Zielt auf die Förderung einer achtsamkeitsbasierten und ressourcenorientierten Haltung.
Für die Patient*innen stehen Entdecken und Fördern der Selbstfürsorge und Selbstheilungskräfte zur Erholung, die Besserung der Gesundung, die Wiederherstellung und die Rückgewinnung eigener Stärken und Potentiale ebenso wie das Aufdecken und Überwinden von Selbst- und Fremdstigmatisierungen im Vordergrund.

Orientieren

Zielt auf eine zukunftsgerichtete, subjektive Neuaufstellung in bewusster Wahrnehmung und Anerkennung der eigenen Vulnerabilität der Patient*innen.
Thematisch werden das Selbstmanagement, die Patientenautonomie und die Selbstvertretung gefördert. Das Bewusstwerden und Artikulieren der subjektiven Bedürfnisse gegenüber medizinischen, pflegerischen, therapeutischen Akteuren stehen im Vordergrund. Weitere Themen sind:

- Eigene Vorsorge: z. B. Behandlungsvereinbarung, Frühwarnzeichen und Krisenplan
- Hilfesystem: Lotsenhilfe und Wahlmöglichkeiten schaffen, bedürfnis- und bedarfsgerechte Hilfeplanung
- Soziale Teilhabe: aktive Lebensgestaltung mit der eigenen Vulnerabilität, Integration in soziale und kulturelle Zusammenhänge des Sozialraums

Reflektieren

Zielt auf sinnstiftende und Empowerment fördernde Kontextualisierung von Lebenskrisen. Es erfolgt eine Unterstützung bei der Aufarbeitung der Lebensgeschichte, der Krankheitsgeschichte (Biografiearbeit), der inneren Einordnung und Sinngebung sowie ein Perspektivwechsel.

Fürsprache

Zielt auf die Unterstützung durch Vertretung, Vermittlung, Übersetzung, Begleitung im Kontakt mit Angehörigen (Trialog), medizinischen, pflegerischen, therapeutischen Anbietern, betreuenden psychosozialen Diensten, Behörden, Krankenkassen, Vermieter*innen, Arbeitgeber*innen etc.
Genesungsbegleitende unterstützen bei der Integration in soziale und kulturelle Zusammenhänge des Sozialraums (soziale Teilhabe).

Aufklärungsarbeit

Umfasst Schulungen für Fachkräfte im Gesundheitswesen zur Bewusstseinsbildung im Sinne einer institutionellen Recovery-Orientierung: weg von der Risiko-Aversion hin zu einem positiven Risikomanagement in enger und gleichberechtigter Absprache mit den Patient*innen.

Implementierung von Angeboten der Genesungsbegleitung im LVR-Klinikverbund

Die/der Genesungsbegleiter*in ist Mitarbeiter*in der jeweiligen Klinik, somit Teil des multiprofessionellen Behandlungsteams und in den überwiegenden Fällen einer Fachabteilung zugeordnet. Der Einsatz kann in unterschiedlichen Behandlungssettings bzw. –formen erfolgen. Hierbei ist sollte die Bereitstellung entsprechender Infrastruktur als grundsätzliche Voraussetzung für die Arbeit der Genesungsbegleitenden selbstverständlich sein. Je nach Aufgabenbereich ist hierbei die Anbindung an bzw. die feste Integration in ein Team unabdingbar.

Grundvoraussetzungen / Rahmenbedingungen

Im Rahmen der Einstellung für eine entsprechende Fachabteilung sowie im Hinblick auf die Einsatzplanung soll berücksichtigt werden, dass Genesungsbegleitende in der Regel nicht in Bereichen tätig werden, in denen sie betreut bzw. behandelt wurden. Auch sollte bei Auftreten einer erneuten Krise eine Versorgung bzw. Behandlung grundsätzlich eher nicht in der Fachabteilung erfolgen, in der die/der Genesungsbegleiter*in tätig ist.

Eine andere Betrachtungsweise ergibt sich möglicherweise aufgrund der Differenzierung zwischen festangestellten Genesungsbegleitenden als Mitarbeitende der Klinik vs. Honorarkräften.
Weiter sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, klare Regelungen bei Auftreten einer persönlichen Krise anzusprechen und abzustimmen.

Einstellungsvoraussetzungen

Wie in allen Berufsgruppen, die im klinischen Kontext tätig sind, muss auch bei den Genesungsbegleitenden eine entsprechende formale Qualifikation vorliegen.
Die Einstellungsvoraussetzung ist eine erfolgreich abgeschlossene und zertifizierte einjährige EX-IN Ausbildung ("experienced involvement") zur/zum Genesungsbegleiter*in.

Tarifliche Eingruppierung

Grundsätzlich gilt für den gesamten Klinikverbund, das Genesungsbegleitende sozialversicherungspflichtig beschäftigt werden. Ausnahmen sind im gegenseitigen Einverständnis zwischen Genesungsbegleitenden und der jeweiligen Klinik je nach persönlichen Lebensumständen möglich. Die Eingruppierung erfolgt bislang in der Vergütungsgruppe EG 3, oder behelfsweise in der P5 (Vergütungsgruppe des Pflegedienstes). Von einer Eingruppierung in die P-Tabelle wird allerdings abgeraten. Zum einen, weil es der Emanzipation der noch jungen Berufsgruppe wenig zuträglich ist, zum anderen, weil eine Höhergruppierung (höher als P5) in dieser Systematik nicht möglich ist. In Abstimmung mit den zuständigen Abteilungen der Zentralverwaltung wurde das beigefügte Aufgabenprofil anhand der Mindestanforderungen an Genesungsbegleitende erstellt und einer Stellenbewertung zugeführt. Das vorliegende Aufgabenprofil orientiert sich ausschließlich an den Mindestanforderungen, die von Genesungsbegleitenden zu erwarten sind. Diese Tätigkeiten würden nach EG 4, Fallgruppe 2 TVöD-K/VKA zu bewerten sein. Grundsätzlich ist auch eine höhere Bewertung denkbar, wenn die tarifrechtlichen Voraussetzungen dafür vorliegen. Sofern auf Kompetenzen zurückgegriffen wird, welche im Rahmen einer vorausgegangenen beruflichen Qualifizierungsmaßnahme (Grundausbildung sowie Zusatzqualifikationen) erworben wurden (persönliches professionelles Profil), und diese für die Ausübung der Tätigkeit in der Klinik relevant sind, sind diese in das Aufgabenprofil aufzunehmen. Das Aufgabenprofil sollte Grundlage für eine individuelle Stellenbewertung sein und somit auch eine Zuordnung der entsprechende Vergütungsgruppe im Rahmen der Eingruppierung ermöglichen. So können Unterschiede in Bezug auf das Aufgabenprofil und den damit verbundenen Einsatzorten in den LVR-Kliniken berücksichtigt werden. Von einer zeitlichen Befristung der Arbeitsverträge sollte abgesehen werden.

Inhaltliche und organisatorische Ausgestaltung der Tätigkeit als Genesungsbegleiter*in (Aufgabenprofil)

Grundsätzlich sind Genesungsbegleitende dahingehend qualifiziert, in der Gesundheitsversorgung als Peers vorzugsweise in multiprofessionellen Teams tätig zu werden, um auf der Basis der eigenen Erfahrungsexpertise (Durchleben seelischer Erschütterung und deren Reflexion) Patient*innen im Klinikverbund im Prozess des

Wiedererstarkens zu begleiten und zu unterstützen. Diese Ressourcen und Fähigkeiten sollen die Qualität und Effizienz der psychiatrischen Behandlung unterstützen und verbessern.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass es sinnvoll ist, Patient*innen über die Tätigkeiten sowie patientenbezogenen Angebote der Genesungsbegleitenden zu informieren[1]. Äußerst wirksam ist die Vorstellung der Angebote im persönlichen Kontakt mit den jeweiligen Genesungsbegleitenden.

Dem Anhang ist eine exemplarische Tätigkeitsbeschreibung (Aufgabenprofil) zu entnehmen. Diese soll für die Kliniken lediglich zur Orientierung dienen. Die klinik- bzw. abteilungsspezifischen Erwartungen an diese Stelle sollten sich in den klinikspezifischen Funktionsbeschreibungen wiederfinden. Darüber hinaus sollte im Rahmen des Bewerbungsverfahren auch auf die persönlichen professionellen Profile, welche im Rahmen der Ausbildung angelegt wurden, Bezug genommen werden. Hier könnten sich weitere Kompetenzen auftun, welche bislang nicht gefordert wurden, aber für die Arbeit im klinischen Kontext möglicherweise von Bedeutung sein können. Ferner stellt das Aufgabenprofil eine Abgrenzung zu übrigen Tätigkeiten dar – insbesondere im Bereich des Pflege- und Erziehungsdienstes. Darüber hinaus soll es den Stelleninhaber*innen Sicherheit und Orientierung in der Ausübung der Tätigkeit geben und helfen, sich mit der neuen Rolle im klinischen Kontext einzubringen.

Zuständigkeiten in Bezug auf die Kernprozesse

Die Ausgestaltung der Aufgaben von Genesungsbegleitung beziehen sich u. a. auf Themen wie Hoffnung, Recovery und Empowerment, innerhalb der Alltagsbegleitung oder in speziell dafür gestalteten individuellen Angeboten. Sowohl stationär als auch ambulant sollten diese Themen, im Rahmen der Kernprozesse, durch die Genesungsbegleitung, proaktiv eingebracht werden und so Berücksichtigung finden. Dies kann im Rahmen von Einzel- und Gruppengesprächen sein, aber auch über gemeinsames Handeln und Tun. Als Beispiele hierfür können u. a. psychoedukative Angebote, Genesungsgruppen oder soziotherapeutische Angebote, wie z. B. das gemeinsame Einkaufen oder Kochen, angeführt werden.

Das individuelle Vorgehen muss, analog zur Behandlungsplanung, gestaltet und abgestimmt werden und sich somit an den jeweiligen Zielen und Bedarfen der Patient*innen orientieren. Diese Planung soll sich dabei über den stationären Rahmen hinaus erstrecken und kann, je nach Ausgestaltung, im ambulanten Rahmen weitergeführt werden. Im ambulanten Setting kann ergänzend die Angehörigenarbeit, im Sinne von Vermittlung und Aufklärung, zum Bestandteil der Aufgaben von Genesungsbegleitung werden.

Die Genesungsbegleitenden sind Teil des multiprofessionellen Teams und bieten ihre persönlichen Erfahrungen den Kolleg*innen zur Reflektion ihres täglichen Tuns an und erweitern somit die Perspektive in der Arbeit mit den Patient*innen. Daher ist die Teilnahme der Genesungsbegleitenden an Teamsitzungen, Supervisionen und Visiten allgemeiner Bestandteil des Aufgabenprofils.

Der beschriebene Prozess und die damit verbundene Erweiterung der Perspektive kann die Milieugestaltung in den jeweiligen Bereichen nachhaltig positiv beeinflussen.

[1] z. B. in Vorstellungs-, Morgenrunden oder ähnliche Zusammenkünfte mit den diensthabenden Teammitgliedern und der gesamten Patient*innengruppe, Aushänge in Form von Plakaten, Flyern, Infobroschüre zum Angebot des Behandlungssettings etc.

Die erbrachten Leistungen müssen, ebenso wie bei Mitarbeitenden anderer Berufsgruppen üblich, in der jeweiligen Patient*innenakte im Krankenhausinformationssystem (KIS) dokumentiert werden. Hierfür erhalten die Genesungsbegleitenden einen KIS-Zugang. Eine separate berufsspezifische Rollendefinition (gelöst von den Rollendefinitionen, die dem Pflege- und Erziehungsdienst zugewiesen sind) im KIS wäre daher wünschenswert und wird weiterhin zeitnah angestrebt.

Ansprechpartner / verantwortliche Leitung

Die dienstrechtliche Zuständigkeit liegt bei der jeweils zuständigen Dualen Abteilungs- bzw. Stationsleitung. Darüber hinaus kann es klinikspezifische Regelungen geben, welche sich auf einen zentralen Ansprechpartner beziehen. Die Genesungsbegleitenden sind hierüber und über eine mögliche Trennung der Zuständigkeiten in Bezug auf fachliche Inhalte oder personelle Anliegen entsprechend zu informieren. Wie sonst auch, sollte diese Regelung einen verbindlichen Charakter haben. Gleiches gilt für die Regelungen von stellv. Ansprechpartner*innen.

Auch für mögliche Praktika im Rahmen der EX-IN Ausbildung und/oder des Bewerbungsverfahren sollten verantwortliche Ansprechpersonen benannt sein. Im Rahmen der Einarbeitung empfiehlt sich die Etablierung eines Paten-Systems (siehe folgendes Kapitel).

Vorbereitungen in der jeweiligen Organisationseinheit (zukünftiges Team)

Die Etablierung der Genesungsbegleitung in den einzelnen Behandlungseinheiten und Fachabteilungen bedarf vorab einer umfassenden Vorbereitung. Hierzu zählen insbesondere die umfassende Information aller Mitarbeitenden, insbesondere durch vorausgegangene Informations- und Schulungsveranstaltungen zum Thema EX-IN/Genesungsbegleitung sowie Recovery. Im Idealfall werden bereits zu diesem Zeitpunkt Genesungsbegleitende und Mitarbeitende, die bereits Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Genesungsbegleitenden haben, mit einbezogen. Empfohlen wird, dass die dualen Leitungen die Veranstaltungen begleiten, damit deutlich wird, dass die Implementierung von dieser Seite unterstützt wird, und dass Mitarbeitende aller Berufsgruppen des Behandlungsteams teilnehmen. Hierbei sollte ebenfalls Zeit und Raum für Gespräche, Diskussion und Rückfragen zur Klärung eventueller Unklarheiten, Vorbehalte oder Befürchtungen aller beteiligten Mitarbeitenden zur Verfügung gestellt werden. Es sollte im Vorfeld eine offene, neugierige und wertschätzende Haltung im Behandlungsteam vorliegen. Weiter sollte ein Rahmen ermöglicht werden, in dem ein offener Austausch stattfinden kann, damit Fragen gestellt werden können. Gerade in Bezug auf das Aufgabenfeld der Genesungsbegleitenden sollte Klarheit hergestellt werden. Weiter könnte dieser Kontext auch genutzt werden, um gegenseitige Erwartungen zu klären. Sofern nicht alle Akteur*innen des multiprofessionellen Behandlungsteams zu oben angeführten Treffen zusammenkommen können, sollte mehr als ein Termin geplant werden, damit alle Berufsgruppen bzw. Teammitglieder sich „mitgenommen" fühlen. Ziel ist es, dass die Genesungsbegleitenden als gleichwertige Kolleg*innen mit einer eigenen Expertise im multiprofessionellen Behandlungsteam aufgenommen werden. Um diesen Prozess zu begleiten bzw. zu unterstützen, bieten sich u. a. auch Konzepttage/Klausurtage und/oder Supervisionen an.

Bei der Darstellung der „neuen" Rolle ist ebenfalls darauf abzustellen, das Genesungsbegleitende Mitarbeitende der jeweiligen LVR-Klinik sind, für die analog

sämtliche Verfügungen, Regelungen und Vorgaben ebenso gelten wie für alle anderen Mitarbeitenden (z. B. Rundverfügungen des LVR, klinikinterne Regelungen wie Einarbeitungskonzepte, Dokumentationsvorgaben). Bedingt durch Einsatzort sowie -art können sich natürlich andere Arbeitsbedingungen abzeichnen als bei den übrigen Akteur*innen, worüber das jeweilige Behandlungsteam im Vorfeld umfänglich informiert werden sollte. Hierzu gehören insbesondere die Arbeitszeiten, die Funktionsbeschreibung (Aufgabenprofil) sowie die Abgrenzung zu anderen Berufsgruppen (z. B. Tätigkeiten des Pflege- und Erziehungsdienstes). Hier können Angaben zu der Finanzierung der besagten Stelle ebenfalls hilfreich sein. Um die Umsetzung des abgestimmten Aufgabengebietes des Genesungsbegleitenden umfassend sicher zu stellen, sollte im Vorfeld die entsprechende Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Hierbei sind Räumlichkeiten für Einzel- od. Gruppenangebote genauso zu berücksichtigen wie der Zugang zur elektronischen Patient*innenakte im KIS, um durchgeführte Leistungen dort zu dokumentieren und sich über die/den Patient*in umfassend informieren zu können.
In Hinblick auf die Vorbereitung kann es mitunter sinnvoll sein, wenn einzelne Mitarbeitende aus dem multiprofessionellen Behandlungsteam in Behandlungseinheiten/ Fachabteilungen hospitieren und in einen fachlichen Austausch treten, in denen bereits Genesungsbegleitende eingesetzt sind. Die Vermittlung von positiven Erfahrungen können einen positiven Einfluss auf die Akzeptanz haben. Bisherige Erfahrungen im Klinikverbund haben gezeigt, dass für die Einarbeitungsphase eine Begleitung durch eine*n bereits in der jeweiligen Klinik etablierte*n Genesungsbegleiter*in sinnvoll sein kann. Dies ermöglicht auch nach der Einarbeitungsphase einen regen Austausch unter den Genesungsbegleitenden in den unterschiedlichen Kliniken bzw. Fachabteilungen und trägt weiter zu Stärkung der Rolle bei. Um im Rahmen der Einarbeitung Kontinuität zu gewährleisten, ist der Einsatz einer Patin/eines Paten zu empfehlen, der die/den Genesungsbegleitende*n in den ersten Monaten der Einarbeitung begleitet. Sofern hierzu kein*e bereits etablierte*r Genesungsbegleiter*in zur Verfügung steht, kann diese Rolle z.B. von einer Pflegefachkraft übernommen werden. Abläufe, die sich auf die jeweilige Organisationseinheit beziehen, sowie Zuständigkeiten und Hierarchien sollten umfassend erläutert werden, um den Genesungsbegleitenden eine ausreichend gute Orientierung im neuen Arbeitsbereich zu ermöglichen. Ein regelmäßiger Austausch, auch dazu, wie die Rolle des Genesungsbegleitenden im Behandlungsteam wahrgenommen wird, kann für das neue Teammitglied ebenfalls ein wichtiger Orientierungspunkt sein.

Die Arbeit mit den Patient*innen sollte ebenfalls gemeinsam im Behandlungsteam aufgegriffen werden. Die Zielsetzung in Bezug auf das Angebot der Genesungsbegleitenden in der Station bzw. im Behandlungssetting sollte allen Teammitgliedern klar sein. Dies beinhaltet u. a. auch, wie verbindlich die Angebote von Genesungsbegleitenden mit den Patient*innen kommuniziert[2] werden oder ob dem neuen Teammitglied die Möglichkeit eingeräumt wird, sich in dieser Arbeit mit den Patient*innen zunächst „auszuprobieren". Vorbehalte in Bezug auf die EX-IN Begleitung bei „schwierigen Patient*innen" sollten im Vorfeld ausgeräumt werden, da diese als hinderlicher Faktor im Rahmen der Implementierung von Genesungsbegleitenden zu werten sind. Bürokratische Hürden bei der gemeinsamen Erarbeitung von entsprechenden Konzepten sind zu vermeiden. Weiter sollte im Kolleg*innenkreis ein Klima erzeugt werden, welches das Anzeigen von Unterstützungsbedarf ermöglicht. Wie bei allen Einarbeitungsprozessen sollte gerade in

[2] Freiwillige Teilnahmen am Therapieangebot der Genesungsbegleitenden, gemeinsam besprochener Therapieplan im Rahmen der Visite oder z. B. pflegerischen Bezugsgesprächen oder die persönliche Ansprache durch Genesungsbegleitenden selbst.

Bezug auf die Verbindung mit der Implementierung eines neuen Angebotes in der Station bzw. im Behandlungssetting eine ausreichende Fehlertoleranz sowie Geduld vorhanden sein. Gerade am Anfang können auch „Tandemprojekte" (berufsgruppenübergreifende Zusammenarbeit) einen unterstützenden Charakter haben und sich insgesamt positiv auf die Zusammenarbeit auswirken.
Fachliteratur sowie Erfahrungsberichte zu dem Themen EX-IN, Genesungsbegleitung sowie Recovery können ebenfalls eine sinnvolle ergänzende Informationsquelle für Behandlungsteams sein, die zukünftig mit Genesungsbegleitenden die Kernprozesse in den unterschiedlichen Behandlungssettings und -formen der LVR-Klinik gestalten.

Im Sinne der Förderung eines innovativen Umfeldes sollten Einschränkungen bzw. Restriktionen möglichst gering und – sofern diese vorliegen – transparent gehalten werden, damit sie nachvollziehbar sind.
Schon in der Projektzeit zur Implementierung des Angebotes von Genesungsbegleitenden im LVR-Klinikverbund hat sich gezeigt, dass es sinnvoll ist, eine*n zentrale*n und kontinuierliche*n Ansprechpartner*in in der Klinik zu benennen. Über diese*n können z.B. Informationen von extern oder aus der Verbundzentrale an alle Genesungsbegleitenden weitergeleitet werden. Darüber hinaus bietet dies die Möglichkeit, den klinikinternen Austausch der Genesungsbegleitenden unproblematisch zu organisieren.

Insgesamt wird Wert daraufgelegt, das Genesungsbegleitende genauso wahrzunehmen und zu behandeln sind wie alle übrigen Mitarbeitenden. Dennoch sollte sowohl im kollegialen Kontext wie auch auf Führungsebene ein Verständnis für eine Vulnerabilität hergestellt werden. Diplomatie und Geduld sollten daher einer direkten Konfrontation vorgezogen werden sollten. Ein offener und wertschätzender Umgang miteinander sollte im Behandlungsteam (unabhängig von der/dem Genesungsbegleitenden) grundsätzlich gefördert werden.

Empfehlungen zu unterschiedlichen Einsatzgebieten (Behandlungssettings) im LVR-Klinikverbund

Im Folgenden werden unterschiedliche Einsatzgebiete (Behandlungssettings wie -formen) dargestellt, in denen bisher Erfahrungen mit dem Einsatz von Genesungsbegleitenden gemacht wurden. Die folgende Zusammenstellung sollte jedoch nicht als Einschränkung interpretiert werden. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass Offenheit sowie die Bereitschaft von verantwortlichen Akteur*innen in Hinblick auf neue Ideen sowie Konzepte in Bezug auf die Einsatzmöglichkeiten sehr erfolgsversprechend sein kann. Da die Einsatzmöglichkeiten so mannigfaltig sind, sollten gegenseitige Erwartung sowie das offene Kommunizieren von möglichen Herausforderungen im Rahmen eines Einstellungsgespräches Berücksichtigung finden. Wie sonst auch, sollten individuelle Erfahrungen und Fertigkeiten/Kompetenzen der Genesungsbegleitenden im Rahmen der Mitarbeitendenführung gezielt angesprochen, eingesetzt und gefördert werden. Generell sollte, unabhängig vom Einsatzort, die Perspektive der Genesungsbegleitenden gezielt eingeholt werden.

Genesungsbegleitende können aufgrund ihrer Erfahrungen sehr vielseitig in psychiatrischen Behandlungssettings und -formen einsetzt werden. In der Regel werden sie gezielt in einer Station eingesetzt und dort in ein bestehendes multiprofessionelles

Behandlungsteam integriert. Darüber hinaus ist auch ein abteilungsbezogener, stationsübergreifender Einsatz von Genesungsbegleitenden denkbar. Bei dieser Form des Personaleinsatzes werden Genesungsbegleitende gezielt eingesetzt, z. B. in

- Visiten / Pflegebezugsgesprächen
- Morgenrunden
- Sprechstunden (offen oder nach Terminvereinbarung)
- Expositionstrainings, z. B. Expositionen mit Bahn, oder Exposition von Station in häusliche Umgebung anbieten

oder bieten (stationsübergreifend) unterschiedliche Gruppen für Patient*innen oder Angehörige an, wie z. B.

- Recovery-Gruppe
- Genesung/ Salutogenese
- Nachsorgegruppe für entlassene Patient*innen
- „Stimmenhörer"-Gruppe
- IWS-Programm („In Würde zu sich stehen")
- Selbsthilfe[3]

Neben den unterschiedlichen Angeboten, die mit Patient*innen individuell auch im Rahmen der Visite abgestimmt werden sollten, damit diese in den Therapieplan/-Pass aufgenommen werden, empfiehlt sich eine zentrale Anlaufstelle für das Angebot der Genesungsbegleitenden. Hierzu sollte das Angebot sowie die Kontaktmöglichkeit (u. a. auch ein Büro, in dem ungestörte Gespräche mit Patient*innen und/oder Angehörigen möglich sind) für Patient*innen zentral ausgehangen oder den Patient*innen im Rahmen der Aufnahme ausgehändigt werden.

Neben dem stationären Behandlungssetting werden Genesungsbegleitende in Tageskliniken sowie Ambulanzen oder in den Aufnahmen der LVR-Kliniken eingesetzt. Hierbei sind ebenfalls verschiedene Einsatzmöglichkeiten denkbar und mit der/dem jeweiligen Genesungsbegleitenden abzustimmen. Im ambulanten Bereich sind dies z. B. folgende Angebote:

- Offene Sprechstunden
- Individuelle Kontaktaufnahmen und Peer-Beratung
- Peerorientierte Gruppenangebote
- Unterstützung im häuslichen Umfeld

Auch mit dem Angebot einer aufsuchenden Unterstützung für bereits entlassene Patient*innen wurden gute Erfahrungen gemacht. Die vereinbarten Treffen können hierbei unterschiedlich gestaltet werden und müssen sich nicht ausschließlich auf das häusliche Umfeld der/des entlassenen Patient*in beziehen. So fanden während der Corona-Pandemie u. a. Gesprächstermine mit bereits entlassenen Patient*innen im Klinikpark statt und wurden mit einem Spaziergang verbunden.
Unter Berücksichtigung der bisherigen Erfahrungen in den LVR-Kliniken ist z.B. die Integration von Genesungsbegleitenden in ein multiprofessionelles Behandlungsteam, welches Patient*innen im Rahmen von Home Treatment, StäB oder Modellprojekten behandelt und begleitet, als sinnvoll zu erachten.

Weiterführend bietet sich neben der Arbeit mit Patient*innen in unterschiedlichen Behandlungssettings die Integration von Genesungsbegleitenden in

[3] Dies sind lediglich Beispiele zu Einsatzmöglichkeiten, die an anderer Stelle ausführlich dargestellt werden.

abteilungsübergreifenden Gremien der LVR-Kliniken an (z. B. Ethikkomitee oder projektbezogene Gremien).

Fort- und Weiterbildung

Genesungsbegleitung und Genesungsbegleitende wird/werden in der Fort- und Weiterbildung systematisch und ganzheitlich einbezogen. Angebote für Mitarbeitende, die die Themen Genesungsbegleitung und EX-IN fokussieren, werden im LVR-Klinikverbund in verschiedenen Formen und auf unterschiedlichen Ebenen unter Einbezug der Genesungsbegleitenden als Dozent*innen angeboten.
Genesungsbegleitende haben zudem die Möglichkeit, sich und ihre Expertise im Rahmen von Referent*innentätigkeiten in den verschiedenen Formaten der innerbetrieblichen Fortbildungsangebote der LVR-Kliniken, im Institut für Forschung und Bildung (Sparte Bildung, ehemals: LVR-Akademie für seelische Gesundheit) sowie im Rahmen von Fachtagungen und Kongressen einzubringen. Um Genesungsbegleitende in ihrer professionellen Rolle zu unterstützen, haben sich Bildungsformate bewährt, in denen diese ihre spezielle Rolle und die damit verbundenen fachlichen, institutionellen und persönlichen Anforderungen reflektieren können. So können Recovery-orientierte Fort- und Weiterbildungen von Genesungsbegleitenden auch im Tandem mit Angehörigen anderer Berufsgruppen angeboten werden. Zudem sind teambezogene Fort- und Weiterbildungen unter Einbezug von Genesungsbegleitenden möglich, ebenso die Begleitung bei der Implementierung neuer Modelle und deren Evaluation (z. B. Safewards, Adherencetherapie etc.).
Bereits bei der Konzeption der Fort- und Weiterbildungsangebote sowie bei der Planung von Tagungen und Kongressen sollen Genesungsbegleitende einbezogen werden, um ihre Perspektive und Expertise einzubringen. Zusätzlich bereichern Genesungsbegleitende und Psychiatrieerfahrene Menschen als Teilnehmende die Perspektiven auf unterschiedliche psychiatrische Themen der Fort- und Weiterbildung und unterstützen somit den Prozess der Entstigmatisierung.

LVR-Pflegeschulen

Die partizipative Arbeit mit Patient*innen und deren Angehörigen sowie die zunehmende Zusammenarbeit mit Genesungsbegleitenden hat, bedingt durch die Relevanz in Standards (DNQP), Leitlinie (z. B. DGPPN) sowie der Praxis auch in der Pflegeausbildung an Bedeutung zugenommen.

Bisher wurden bereits vereinzelt Patient*innen in den Unterricht integriert, um den Auszubildenden deren Erfahrungen und Perspektive näher zu bringen und eine patientenorientierte Haltung zu generieren. Eine weitere Möglichkeit, Erfahrungen und Perspektiven von Betroffenen einzubeziehen, erfolgt durch gezielte Einsätze in der psychiatrischen Praxis und/oder Vorstellungen von implementierten Prozessen (wie z. B. Safewards) der Stationen mit Beteiligung von Genesungsbegleitenden im Rahmen eines Stationsbesuches oder einer Unterrichtseinheit.
Durch die Vielfalt von Praxiseinsätzen der Auszubildenden erfahren diese bereits in den psychiatrischen Settings, wie gewinnbringend die Arbeit mit Genesungsbegleitenden für den Behandlungsprozess in der Psychiatrie sein kann.

Die Schulleitungen der LVR-Pflegeschulen stehen einer Zusammenarbeit mit Genesungsbegleitenden offen gegenüber. Die formale und inhaltliche Ausgestaltung des theoretischen Unterrichtes in Bezug auf Trialog, Partizipation, dem Einsatz von Genesungsbegleitenden im psychiatrischen Pflege- und Behandlungskontext sowie einer damit einhergehenden patientenorientierten Haltung obliegt den LVR-Pflegeschulleitungen.

Teilnahme an Fort- und Weiterbildung

Die regelmäßige Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen ist, wie bei allen anderen Mitarbeitenden, grundsätzlich verpflichtend/erforderlich. In Abstimmung mit der/dem direkten Vorgesetzten (oder zentralen Ansprechperson) sollten im Rahmen der Mitarbeitendenentwicklung gezielt Bereiche eruiert werden, in denen die/der Genesungsbegleiter*in ihre/seine Kompetenzen erweitern bzw. stärken bzw. erweitern sollte.

Supervision / Reflexionsgruppen / Vernetzungsformate

Im Rahmen der Verstetigung des Angebotes und der Unterstützung der noch jungen Profession im psychiatrischen Behandlungskontext sind unterstützende Angebote in Form von Supervisionen und Reflexionsgruppen sicher zu stellen. Hier soll den Genesungsbegleitenden ein Raum zur Verfügung gestellt werden, in dem sie sich bzgl. ihres Aufgabenprofils, aber auch bzgl. möglicher Konflikte/Akzeptanzprobleme, die sich mit Kolleg*innen aus anderen Professionen ergeben können, lösungsorientiert austauschen. Darüber hinaus sollen solche Formate dazu dienen, inhaltlich fachlich voneinander partizipieren zu können. Letzteres kann sich auf Inhalte von „therapeutischen" Formaten, oder auf die Erfahrung zu unterschiedlichen Formaten selber beziehen. Dieses Angebot kann zum Beispiel in den Kliniken abteilungsübergreifend unter der Steuerung einer zentralen Ansprechperson zur Verfügung gestellt werden.
Die im Rahmen des Projektes von der Verbundzentrale aus gesteuerten Supervisions- und Reflexionsgruppenangebote stellen eine etablierte Struktur dar, auf die im Klinikverbund zurückgegriffen werden könnte. Hierfür würde sich ein Zusammenschluss von zwei oder drei LVR-Kliniken anbieten, um regionale Supervisions- und Reflexionsgruppen zu organisieren und gemeinsam zu finanzieren. Weiter dienen diese Formen der Zusammenkunft der Vernetzung untereinander, was einen positiven Effekt auf die Behandlungseinheiten haben kann, in denen die Genesungsbegleitenden wirksam sind. Genesungsbegleitende sollen in ausreichendem Maß die Möglichkeit einer Teilnahme an spezifischen Reflexions- und Supervisionsangeboten im Rahmen ihrer Arbeitszeit haben, ebenso soll ihnen die Teilnahme an klinikinternen Team- bzw. Fallsupervisionen ermöglicht werden.
Unabhängig von dem in diesem Kapitel angeführten Maßnahmen zeigt die bisherige Erfahrung in den LVR-Kliniken, dass es sinnvoll ist, den klinikinternen Austausch der Genesungsbegleitenden (über die stations-, bzw. Abteilungsgrenzen hinaus) zu fördern und eine entsprechende Kultur des Austausches in den Kliniken zu etablieren.
Auch die Etablierung eines klinikübergreifenden Vernetzungsformats zur Förderung der Genesungsbegleitenden im LVR-Klinikverbund sollte angestrebt und umgesetzt werden.

Trialogische Angebote und Strukturen im LVR-Klinikverbund

Trialog

Die Entwicklung des Trialogs geht maßgeblich auf Dorothea Buck und Prof. Thomas Bock zurück und wurde zunächst am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) 1989 im Rahmen der „Hamburger Psychoseseminare" umgesetzt. Psychiatrie-Erfahrene und Angehörige als „Expert*innen durch Erfahrung" wurden mit Profis im psychosozialen Bereich, also mit „Expert*innen durch Ausbildung", zusammengebracht. Auch das EX-IN Ausbildungsmodul „Trialog" wurde – neben Dorothea Buck – u. a. vom Erfinder des Trialogs, Professor Thomas Bock, am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf konzipiert.

Seit den oben angeführten Anfängen dieser Entwicklung ist eine fortlaufende Weiterentwicklung der trialogische Formate zu beobachten. Heute versteht man unter Trialog die gleichberechtigte Begegnung von Erfahrenen, Angehörigen und Professionellen. Dies bezieht sich nicht nur auf die Bereiche der Behandlung (u. a. im Rahmen der Qualitätssicherung einer personenzentrierten Behandlung), sondern kann sich ebenso auf Kontexte wie die Öffentlichkeitsarbeit oder Anti-Stigma-Bewegung der Psychiatrien und auf Forschung und Lehre beziehen.
Dabei sollte Partizipation, mit Blick auf einen gelingenden Trialog, als ein wichtiger Bestandteil gesehen werden. In diesem Zusammenhang bedeutet das zum einen das Erleben und Wahrnehmen eigener, konkreter Steuerungs- und Gestaltungsmöglichkeiten („Nicht ausgeliefert sein"), trotz oder auch mit einer psychischen Erkrankung, zum anderen das (Wieder-)Erleben von Sinn und Kohärenz und die Wiederaneignung des eigenen Lebens. Beides sollte Bestandteil der Behandlung und Ausdruck der Haltung der jeweiligen Akteur*innen sein, um die Basis für den Trialog zu schaffen.

(Weiter-)Entwicklung trialogischer Angebote und Strukturen

Es gibt bereits einzelne Kliniken in Deutschland, die ihre Abläufe grundsätzlich trialogisch gestaltet haben, wie z. B. das St.-Hedwig-Krankenhaus in Berlin, welches die Arbeit an den Kernprozessen nach dem sogenannten „Weddinger Modell" (Mahler et al., 2013) ausgerichtet hat. Insgesamt besteht bundesweit bei der partnerschaftlich-trialogischen Gestaltung der alltäglichen psychiatrischen Versorgung sowie der qualitativen Weiterentwicklung von Behandlungsangeboten und –strukturen noch Entwicklungspotential.
Innerhalb des LVR-Klinikverbunds finden bereits verschiedene partizipative und trialogische Elemente Anwendung, wie z. B. unterschiedliche Angehörigengruppen.

Die übergreifende Weiterentwicklung des trialogischen Gedanken, wie z. B. im Sinne des Weddinger Modells, weist der Stärkung von Autonomie eine zentrale Rolle zu. Damit verbunden ist vor allem die Förderung der Haltung von Behandler*innen aller Berufsgruppen, die Verantwortung für den Prozess der Behandlung und Genesung, wann immer möglich, in die Hände der Patient*innen zu legen.

An dieser Schnittstelle stellt der Einsatz von Genesungsbegleitenden ein entscheidendes Qualitätsmerkmal dar. Ein in der Fachliteratur vielfach hervorgehobenes und als förderlich herausgestelltes Alleinstellungsmerkmal von EX-IN Kräften im beruflichen Alltag ist deren Vorbildrolle für andere Betroffene. Während der EX-IN Ausbildung wird das Wissen aus der Praxis dann durchgehend in größere gesellschaftspolitische Zusammenhänge - Stichworte wie „Empowerment" oder „Inklusion" weisen darauf hin - gestellt und vertieft. Eigene Erfahrungen und Tätigkeiten in der organisierten Selbsthilfe können hierbei als zusätzliches Potential gesehen werden.

Die Expertise von Genesungsbegleitenden ist nicht nur in der konkreten Begleitung von Patient*innen und in der Beratung von Fachkräften aller Berufsgruppen in den LVR-Kliniken gefragt, sondern zunehmend häufiger auch in Projekten und Prozessgestaltungen der LVR-Verbundzentrale[4].
Ihre Fachlichkeit aus Erfahrung wird häufig als partizipatives Element genutzt, um trialogische Formate zu bilden. Bei der Betrachtung der erforderlichen klinikverbundweiten Steuerungs- und Weiterentwicklungsprozesse in Bezug auf Partizipation und Trialog muss deutlich gesagt werden, dass diese keinesfalls alleine in der Verantwortung der Genesungsbegleitenden als *eine* Berufsgruppe innerhalb des LVR-Klinikverbundes liegen und auch nicht von der quantitativen Vertretung dieser Berufsgruppe abhängen können.
Insoweit hängt ihre positive Wirkung auf die Weiterentwicklung von Partizipation und Trialog im LVR-Klinikverbund davon ab, wie Rollendivergenzen ausgefüllt und Rollenkonflikte bewältigt werden können. Hierfür sind unterstützende Strukturelemente wie z. B. die im Sommer 2022 erfolgte Bildung des Fachforums Genesungsbegleitung, verbindliche Stellenbeschreibungen, regelmäßige klinikübergreifende Supervision und die Vernetzung untereinander sehr wesentlich.

Auch die EX-IN Angehörigenarbeit schreitet kontinuierlich fort. An verschiedenen Standorten im LVR-Klinikverbund werden bereits Angehörigen-Peers eingesetzt, die in eigens für die Zielgruppe der Angehörigen konzipierten EX-IN Kurse ausgebildet werden.
Unabhängig von Formalqualifikationen ist zudem bemerkenswert, dass in EX-IN Kreisen überdurchschnittlich viele betroffene Profis wirksam sind, ebenso wie Psychiatrie-Erfahrene, die selbst wiederum Angehörige von Betroffenen sind.

Erforderlich ist die weitere fachliche und organisatorische Förderung und Verankerung des trialogischen Gedankens innerhalb der psychiatrischen Versorgung des LVR-Klinikverbundes. Neben trialogischen Angeboten auf der Ebene der klinischen Versorgung ist hier die strukturelle Verankerung des trialogischen Gedankens als einer von mehreren Fach- und Qualitätsstandards und die Evaluation seines Einsatzes zu nennen. Qualitätselemente hierfür sind beispielsweise die quantitative und qualitative Stärkung der Genesungsbegleitung in den LVR-Kliniken als eine weitere fachliche Profession neben anderen Fachprofessionen oder die strukturelle (und ggf. finanzielle) Förderung von Angehörigen Begleiter*innen (z. B. EX-IN Angehörigen Begleiter*innen Kurs).
Auf der Ebene der LVR-Klinikverbundzentrale wird ab 2023 ein neu konzipierter trialogischer Beirat seine Arbeit aufnehmen[5].

[4] insb. in Bezug auf digitale Anwendungen, die zukünftig auch die Kommunikation mit Patient*innen auf den Zeitraum vor sowie nach der Behandlung auf einer anderen Ebene erweitern.
[5] Vgl. Vorlage 15/797, Seite 39 ff.

Der Einsatz für eine trialogische Haltung, die Umsetzung innerhalb der konkreten Behandlung und die Entwicklung von Strukturen zur Stärkung in steuernden Einheiten und der politischen Vertretung skizziert die Aufgabe für die nächsten Jahre. Darüber hinaus geht es ebenfalls darum, Wissen und Akzeptanz um psychiatrische Themenfelder nicht nur in der gemeindepsychiatrischen Versorgungslandschaft, sondern auch gesellschaftlich, alltagspraktisch und sozialräumlich zu fördern.

Zusammenfassung und Ausblick

In den letzten Jahren ist in Hinblick auf die Etablierung von Genesungsbegleitenden in die Behandlungsprozesse der LVR-Kliniken bereits viel passiert. Erste Erfahrungen wurden gemacht und geteilt, so das andere Kliniken bzw. Organisationseinheiten davon partizipieren konnten. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass der Einsatz von Genesungsbegleitenden in allen bisher erprobten Behandlungsformen und –settings im LVR-Klinikverbund weiterhin gefördert werden sollte. Der LVR setzt sich ein für eine quantitative Weiterentwicklung dieser noch sehr jungen Profession. Zur Förderung weiterer Einstellungen von Genesungsbegleitenden sollten Kooperationsvereinbarungen mit Ausbildungsträgern abgeschlossen werden. Es hat sich bewährt, die im Rahmen der EX-IN Qualifizierungsmaßnahme geforderten mehrwöchigen Praktika, die in den Einrichtungen des Klinikverbundes erfolgen können, zur Personalakquise zu nutzen. Darüber hinaus stellt diese Vorgehensweise sicher, dass die Praktikant*innen die Erwartungen der klinischen Arbeit kennen lernen und sich mit den entsprechenden Arbeitskontexten vertraut machen können.
Eine zentrale Aufgabe besteht darin, die im LVR-Klinikverbund noch junge Profession dahingehend zu fördern und zu stärken, dass diese als autark, losgelöst vom Pflege- und Erziehungsdienst, im multiprofessionellen Behandlungsteam wahrgenommen wird. Die Förderung der Belange dieser Profession werden daher auch zukünftig durch die Klinikverbundzentrale - in Form der Etablierung und Verstetigung von Vernetzungsformaten, wie z. B. das klinikübergreifende Fachforum *Genesungsbegleitung* - unterstützt.

Perspektivisch sollte bei bestehender Grundqualifikation auch über den Einsatz von Peers, ggf. mit EX-IN Zertifikat im Sinne einer Zusatzqualifikation, in anderen Bereichen des LVR (z. B. Qualitätsmanagement oder projektbezogene Konzeptentwicklung) nachgedacht werden („betroffene Profis"), um dem Inklusionsgedanken gesamtgesellschaftlich ebenfalls Rechnung zu tragen.
Vor diesem Hintergrund und in der Annahme, dass Genesungsbegleitende zunehmend komplexere und verantwortungsvollere Aufgaben in Form von therapeutischen Angeboten im Rahmen der Patient*innenbehandlung, jeweils entsprechend ihrer Qualifikation[6], übernehmen werden, sind Vergütungsmöglichkeiten grundsätzlich kontinuierlich mitzudenken und zu gestalten. Etablierte und erfahrene Akteur*innen können so ggf. im LVR-Klinikverbund gehalten werden.
Innerhalb der Patient*innenbehandlung gewinnt das soziale Umfeld zunehmend an Bedeutung. Es wird vermehrt deutlich, dass durch einen verstärkten Einbezug und durch Information zur vorliegenden Erkrankung ein positiver Einfluss sowohl auf die soziale

[6] oder auch Grundausbildung sowie weitere Qualifizierungsmaßnahmen, siehe Berücksichtigung des persönlichen professionellen Profils, Kap. Tarifliche Eingruppierung, S. 9

Bindung (bedingt dadurch, dass Angehörige weniger an ihre Grenzen geraten und dem Gefühl von Ohnmacht entgegengewirkt wird) als auch auf die Stabilität des Umfeldes genommen werden kann. Dies kann sich positiv auf Verweildauer sowie Wiederaufnahmeraten auswirken. Vor diesem Hintergrund sind daher auch bewährte Konzepte, welche die Beteiligung und den Einbezug der Angehörigenperspektive beinhalten, zukünftig in der Gestaltung der Patient*innenversorgung mitzudenken und zu fördern.

Um im Sinne einer sektorenübergreifenden Versorgung ein stabiles Netzwerk für Patient*innen und Angehörige zu etablieren, ist die Förderung der Vernetzung in gemeindepsychiatrische Strukturen (Fallsteuerung, Kontinuität in Bezug auf die Versorgung durch Behandler*innen) von zentraler Bedeutung und eine entsprechende Berücksichtigung in der klinischen Arbeit unerlässlich. Hier bietet sich zum einen an, alle klinikspezifischen Behandlungsformen (stationär, teilstationär, ambulant, aufsuchend in der häuslichen Umgebung od. in besonderen Wohnformen/Heimen) in Bezug auf den Einsatz von Genesungsbegleitenden mitzudenken. Darüber hinaus sind die Kooperationen mit relevanten externen Kooperationspartnern, wie z. B. SPZ, weiter auszubauen.

Anhang

Beispiel einer Tätigkeitsbeschreibung „Genesungsbegleiter*in“ im LVR-Klinikverbund“

Organisatorische Eingliederung der Tätigkeit:

Stellenbezeichnung:	Genesungsbegleiter/Genesungsbegleiterin
Vorgesetzte Stelle:	Duale Abteilungsleitung / Duale Stationsleitung
Arbeitszuweisung auch durch:	(Stellvertretende) Stationsleitung in Belangen der Organisation und des Managements Zuständige Pflegedienstleitung
Arbeitsanweisung an:	-

Zielsetzung des Aufgabenprofils:
Genesungsbegleiter*innen übernehmen typischerweise die Rolle von Übersetzer*innen bzw. Vermittler*innen zwischen dem Behandlungsteam und den Patient*innen, wobei sie fallbezogen mittelbar und unmittelbar auch als deren Fürsprecher agieren. Sie stellen ebenfalls ein wichtiges Kontakt- und Bindeglied zu den Angehörigen der Patient*innen dar. Von dieser Position aus fördern sie trialogische Prozesse. Genesungsbegleiter*innen geben Impulse im Sinne einer guten Selbstfürsorge (Salutogenese) und leisten Hilfe zur Selbsthilfe (Empowerment). Durch besondere Methoden des Erfahrungsaustausches öffnen sie neue Räume für individuelle Bewältigungsstrategien und stoßen damit ganzheitliche Genesungsprozesse an (Recovery). Darüber hinaus leisten Genesungsbegleiter*innen einen wesentlichen Beitrag zur Milieugestaltung.
Die folgenden Arbeitsschwerpunkte werden durch die Genesungsbegleitenden weitestgehend selbstständig, im Rahmen eines autonomen Handlungsfeldes geplant und durchgeführt.

Patientenbezogene Aufgaben:

- Sie/er steht den Patient*innen bei alltäglichen Aktivitäten zur Verfügung und unterstützt bei der Tagesstrukturierung sowie Freizeitgestaltung (z. B. bei Alltagsaufgaben, Spaziergängen, gemeinsamem Essen, Wahrnehmung des Behandlungsangebotes) unter Berücksichtigung von sozialen und kulturellen Aspekten.
- Sie/er bietet persönliche Gespräche mit Patient*innen und Beratung (z. B. durch Nutzung des Instruments „Das Leben wieder in den Griff bekommen“ sowie „Persönlicher Recovery-Plan“) in unterschiedlichen Formaten an.
- Sie/er unterstützt bei der Krisenintervention, der Erarbeitung wirksamer Copingstrategien und eines positiven Selbstwirksamkeitsgefühls.
- Organisation und selbstständige Leitung von - oder Mitwirkung (z. B. in Form von Tandem-Moderationen) an themenzentrierten Gruppenangeboten (u. a. Trialog, Psychoedukationsgruppen, Angehörigenarbeit).

- Sie/er wirkt als Teil des multiprofessionellen Behandlungsteams mit bei der Gestaltung und Umsetzung eines Recovery- und Empowerment-orientierten therapeutischen Klimas und entsprechenden Konzepten.
- Sie/er dokumentiert die erbrachten Leistungen in der Patient*innenakte im KIS (NEXUS).
- Sie/er berät bei der Erstellung von Genesungs- und Krisenplänen sowie Behandlungsvereinbarungen.
- Sie/er unterstützt bei der Entlassungsvorbereitung, bietet Hausbesuche nach der Entlassung an und steht für eine Übergangsbegleitung zur Verfügung.

Teambezogene Aufgaben:

- Sie/er trägt zu einer gesundheitsfördernden Atmosphäre in der Organisationseinheit bei.
- Sie/er kooperiert mit allen anderen Mitarbeiter*innen des multiprofessionellen Behandlungsteams sowie weiteren relevanten Akteuren außerhalb der Organisationseinheit.
- Sie/er zeigt Offenheit und Bereitschaft, Veränderungen konstruktiv mit zu gestalten und zu tragen.
- Sie/er nimmt an Mitarbeitenden- und Teambesprechungen (z. B. Übergaben, Teamsitzungen, Behandlungsplanungskonferenzen) teil.

Betriebsbezogene Aufgaben:

- Sie/er ist mitverantwortlich für den ökonomischen, ökologischen und sachgerechten Umgang von Arbeitsmaterial.
- Sie/er beachtet bestehende gesetzliche Regelungen in Bezug auf Hygiene, Datenschutz und die sonstigen in den Rundverfügungen und Dienst- und Verfahrensanweisungen geregelten Maßnahmen/Anforderungen.
- Sie/er ist verpflichtet, alle wichtigen Veränderungen und Beobachtungen, bezogen auf Patient*innen und deren Umfeld, an Kolleg*innen sowie an die Vorgesetzten weiter zu leiten.

Fort- und Weiterbildung:

- Sie/er bringt wertvolles Erfahrungswissen in Aus- und Fortbildungen ein.
- Sie/er bringt die Bereitschaft mit zur konzeptionellen Weiterentwicklung bestehender Angebote sowie die Entwicklung eigener, EX-IN basierter Angebote.
- Sie/er bringt die Bereitschaft zur Teilnahme an Fort- und Weiterbildungen im Rahmen der individuellen Personalentwicklung mit.
- Sie/er nimmt an Supervisionen, Behandlungsteambesprechungen sowie Fallbesprechungen teil.

Gremienaufgaben:

- Sie/er unterstützt z. B. projektbezogene Treffen, Ethikkomitee, Beiräte, Besuchskommissionen. Dabei kann sich die Arbeit in Gremien neben klinikinternen Schwerpunkten auch auf die Ebene des LVR-Klinikverbunds beziehen.
- Sie/er arbeitet bei Bedarf eng mit Kooperationspartnern im Sozialraum zusammen.

Beispiel einer Stellenausschreibung für Genesungsbegleitende im LVR-Klinikverbund

Genesungsbegleiterin / Genesungsbegleiter (m/w/d)

für die **LVR-Klinik xxx, Abteilung xxx**

Stelleninformationen	**Kontaktinformationen**
Standort:	Ansprechperson:
Befristung:	Telefon:
Arbeitszeit: **Vollzeit oder Teilzeit**	
Vergütung:	Bewerbungsfrist:

Ihre Aufgaben

- Eigenständige Gestaltung der Kontakte mit Patient*innen in Zusammenarbeit mit dem multiprofessionellen Behandlungsteam
- Unterstützung bei der Krisenintervention, der Erarbeitung wirksamer Copingstrategien und ein positives Selbstwirksamkeitsgefühl
- Begleitung der Patient*innen bei alltäglichen Aktivitäten und Unterstützung bei der Tagesstrukturierung sowie Freizeitgestaltung, (z. B. bei Alltagsaufgaben, Spaziergänge, gemeinsames Essen, Wahrnehmung des Behandlungsangebotes) unter Berücksichtigung von sozialen und kulturellen Aspekten
- Mitwirken als Teil des multiprofessionellen Behandlungsteams bei der Gestaltung und Umsetzung eines Recovery- und Empowerment-orientierten therapeutischen Klimas und entsprechenden Konzepten
- Milieugestaltung
- Fürsprache für die Patient*innen
- Übersetzende, vermittelnde Rolle zwischen Team und Patient*in und umgekehrt

Ihr Profil

Voraussetzungen für die Besetzung:

- eine erfolgreich abgeschlossene und zertifizierte einjährige EX-IN Ausbildung ("experienced involvement") zur/zum Genesungsbegleiter*in

Wünschenswert sind:

- Praxiskompetenz zur Alltagsbegleitung
- Reflexionsvermögen in Bezug auf die besondere Rolle im multiprofessionellen Team mit besonderer Schnittstellenfunktion zum Patienten in Ergänzung zu den anderen Professionen
- Bereitschaft zur konzeptionellen Weiterentwicklung bestehender Angebote sowie die Entwicklung eigener EX-IN basierter Angebote
- Gute Selbstmanagementfähigkeiten und Fähigkeit zur Selbstreflexion
- Fähigkeit, sich aktiv in verschiedene Kontexte (Patientenkontakt, Team etc.) einzubringen

- Wissen über und Anwendung von Kommunikationskompetenzen (z.B. aktives Zuhören, empathische und personenzentrierte Beziehungsgestaltung)
- Moderation von Gruppenangeboten auch im Tandem mit anderen professionellen Behandler*innen
- Bereitschaft zur kontinuierlichen Teilnahme an Team- und Fallsupervisionen sowie an regelmäßigen Fortbildungen
- Bereitschaft zum Einbringen von Erfahrungswissen in Konzepte, Teamprozesse sowie Aus- und Fortbildung

Wir bieten Ihnen

- Moderne, attraktive und familienfreundliche Arbeitsbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf
- Die üblichen Sozialleistungen für den öffentlichen Dienst
- Ein umfangreiches Fortbildungsangebot
- Betriebliche Zusatzversorgung zur Alterssicherung im Tarifbereich
- Betriebliche Gesundheitsförderung und Sozialberatung
- Freier Eintritt in die LVR-Museen
- Etc.

Menschen mit Schwerbehinderung werden bei gleicher Eignung bevorzugt eingestellt.

Bewerbungen von Frauen sind ausdrücklich erwünscht. Sie werden gemäß Landesgleichstellungsgesetz NRW bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt, sofern nicht in der Person eines Mitbewerbers liegende Gründe überwiegen.

Bewerben Sie sich jetzt!

Bitte schicken Sie Ihre Bewerbungsunterlagen gerne **mit Angaben zu Ihren Gehaltsvorstellungen** **bis zum xx.xx.xxxx** an die E-Mail-Adresse:

oder schriftlich an:

Aus Gründen des Umweltschutzes bitten wir, auf die Benutzung von Klarsichthüllen und Bewerbungsmappen zu verzichten.

Bitte fügen Sie Ihrer Bewerbung in deutscher Sprache Anschreiben, Lebenslauf, Nachweise über den Ausbildungs-/ Studienabschluss und Arbeitszeugnisse bzw. dienstliche Beurteilungen bei. **Falls Sie Ihren Studienabschluss im Ausland erlangt haben, fügen Sie bitte auch eine Zeugnisbewertung der Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen (ZAB) bei.** Weitere Informationen hierzu entnehmen Sie bitte der Internetseite www.kmk.org/zab.

Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) arbeitet als Kommunalverband mit rund 19.000 Beschäftigten für die 9,7 Millionen Menschen im Rheinland. Mit seinen 41 Schulen, zehn Kliniken, 20 Museen und Kultureinrichtungen, vier Jugendhilfeeinrichtungen, dem Landesjugendamt sowie dem Verbund Heilpädagogischer Hilfen erfüllt er Aufgaben, die rheinlandweit wahrgenommen werden. Der LVR ist Deutschlands größter Leistungsträger

für Menschen mit Behinderungen und engagiert sich für Inklusion in allen Lebensbereichen. „Qualität für Menschen“ ist sein Leitgedanke.

Die 13 kreisfreien Städte und die zwölf Kreise im Rheinland sowie die StädteRegion Aachen sind die Mitgliedskörperschaften des LVR. In der Landschaftsversammlung Rheinland gestalten gewählte Mitglieder aus den rheinischen Kommunen die Arbeit des Verbandes.

Das **LVR-Klinikum XXX** … *weitere klinikspezifische Informationen.*

Mehr Informationen über den LVR und das LVR-Klinikum xxx finden Sie unter www.lvr.de und „Homepage der entsprechenden Klinik“.

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Vorlage Nr. 15/1598

öffentlich

Datum: 11.04.2023
Dienststelle: Fachbereich 72
Bearbeitung: Herr Neise, Herr Ladatsch, Herr Schulzen

Sozialausschuss	**25.04.2023**	**Kenntnis**
Bau- und Vergabeausschuss	**24.05.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für Inklusion	**01.06.2023**	**Kenntnis**
Landschaftsausschuss	**13.06.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Inklusive Bauprojektförderung - Vergangene Projekte, Projekte in 2022, Entwicklungen

Kenntnisnahme:

Der Bericht zur inklusiven Bauprojektförderung - Vergangene Projekte, Projekte in 2022, Entwicklungen - wird gemäß Vorlage Nr. 15/1598 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

L i m b a c h

Worum geht es hier?

In leichter Sprache:



Dem LVR ist wichtig:
Menschen mit und ohne Behinderungen
sollen in ihrer eigenen Wohnung leben können.
Mit anderen Menschen mit und ohne
Behinderungen als Nachbarn.



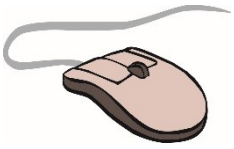
Daher gibt der LVR seit einiger Zeit Geld
für neue Häuser mit Wohnungen
für Menschen mit und ohne Behinderungen.
In schwerer Sprache heißt das Geld vom LVR:
Bau-Projekt-Förderung.

Hier wird beschrieben, was bis jetzt schon
vom LVR gefördert wurde und was für dieses
Jahr geplant ist.

Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202



Viele Informationen zum LVR in leichter Sprache
finden Sie hier: www.leichtesprache.lvr.de



Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung

Die Landschaftsversammlung Rheinland hat in ihrer Sitzung am 19.12.2018 die Satzung zur Förderung geeigneter inklusiver Wohnprojekte für Menschen mit und ohne Behinderung durch Zuschuss beschlossen. Mit der inklusiven Bauprojektförderung sollen Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen geschaffen und somit zu deren Verselbstständigung beigetragen werden. Die inklusive Bauprojektförderung soll vor allem die fehlenden Eigenmittel der fördermittelempfangenden Person ausgleichen.

Mit dieser Vorlage wird über die zurückliegende (Weiter-)Entwicklung der inklusiven Bauprojektförderung des Landschaftsverbandes Rheinland zusammenfassend informiert (u.a. die Entwicklung der Satzung und Förderrichtlinien), zurückliegende und im Jahr 2022 bewilligte Wohnprojekte werden skizziert und gegenwärtige Entwicklungen und Herausforderungen benannt.

Der geltenden Satzung und den Förderrichtlinien zur inklusiven Bauprojektförderung folgend, müssen nachfolgende Kriterien erfüllt sein, damit eine Förderfähigkeit vorliegt:

1. Vorliegen eines schriftlichen Antrags,
2. Antragsstellung durch eine natürliche oder juristische Person,
3. zu förderndes Wohnprojekt befindet sich im Zuständigkeitsbereich des LVR,
4. es muss sich um ein Wohnprojekt handeln, in dem Menschen mit und ohne wesentliche Behinderung zusammenleben; dabei müssen mindestens 30% der Bewohner*innen eine wesentliche Behinderung aufweisen (= berechtigt für Leistungen der Eingliederungshilfe im Sinne des SGB IX),
5. es darf sich nicht um Gebäude handeln, die nur eine Wohnung enthalten,
6. der zu schaffende Wohnraum muss während der Laufzeit der Zweckbindung in Anlehnung an die DIN 18040 bzw. DIN 18040 R barrierefrei sein,
7. es müssen Eigenanteile in der Finanzierung der Förderungsempfänger*innen mindestens in der Höhe der Förderung des Landschaftsverbandes Rheinland fehlen,
8. die Finanzierung des beantragten Projekts, unter Einbeziehung der Mittel des Landschaftsverbandes Rheinland, muss gesichert sein.

Im Fokus dieser Vorlage stehen die Beschreibungen dreier inklusiver Bauprojekte, die in 2022 die benannten Förderkriterien erfüllten und gefördert wurden. Die Projekte befinden sich in Mechernich, Xanten und Wermelskirchen.

Das hier beschriebene Förderprogramm betrifft die Zielrichtungen Inklusion, Partizipation, Selbstbestimmung sowie Gleichstellung des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1598:

1. Einleitung

Die Landschaftsversammlung Rheinland hat in ihrer Sitzung am 19.12.2018 die Satzung zur Förderung geeigneter inklusiver Wohnprojekte für Menschen mit und ohne Behinderung durch Zuschuss beschlossen. Mit der inklusiven Bauprojektförderung sollen Wohnmöglichkeiten für Menschen mit Behinderungen geschaffen und somit zu deren Verselbstständigung beigetragen werden. Die inklusive Bauprojektförderung soll vor allem die fehlenden Eigenmittel der fördermittelempfangenden Person (maximal 10% der anerkennungsfähigen Baukosten, max. 200.000 Euro) ausgleichen.

Im Rahmen der Weiterentwicklung des Förderprogramms wurde die inklusive Bauprojektförderung um die Möglichkeiten eines förderunschädlichen Baumaßnahmenbeginns und die Förderung technischer Gebäudeausstattung ergänzt. Im weiteren Verlauf wurden Förderhöchstgrenzen für die technische Ausstattung beschlossen, die prozentual gestaffelt sind und deren Summe progressiv berechnet wird. Des Weiteren wurde beschlossen, dass Förderentscheidungen durch die Verwaltung erfolgen und die politischen Vertretung im 1. Halbjahr des Folgejahres hierüber informiert wird.

Die aktuell geltende Satzung sowie die Förderrichtlinien gehen auf den Beschluss der Landschaftsversammlung Rheinland vom 30.9.2020 zurück (vgl. zur vertiefenden Einordnung der skizzierten Weiterentwicklungen Vorlagen Nr. 14/2024, 14/4176, 14/4003 und Antrag Nr. 14/289).

Der geltenden Satzung und den Förderrichtlinien zur inklusiven Bauprojektförderung folgend, müssen nachfolgende Kriterien erfüllt sein, damit eine Förderfähigkeit vorliegt:

1. Vorliegen eines schriftlichen Antrags,
2. Antragsstellung durch eine natürliche oder juristische Person,
3. zu förderndes Wohnprojekt befindet sich im Zuständigkeitsbereich des LVR,
4. es muss sich um ein Wohnprojekt handeln, in dem Menschen mit und ohne wesentliche Behinderung zusammenleben; dabei müssen mindestens 30% der Bewohner*innen eine wesentliche Behinderung aufweisen (= berechtigt für Leistungen der Eingliederungshilfe im Sinne des SGB IX),
5. es darf sich nicht um Gebäude handeln, die nur eine Wohnung enthalten,
6. der zu schaffende Wohnraum muss während der Laufzeit der Zweckbindung in Anlehnung an die DIN 18040 bzw. DIN 18040 R barrierefrei sein,
7. es müssen Eigenanteile in der Finanzierung der Förderungsempfänger*innen mindestens in der Höhe der Förderung des Landschaftsverbandes Rheinland fehlen,
8. die Finanzierung des beantragten Projekts, unter Einbeziehung der Mittel des Landschaftsverbandes Rheinland, muss gesichert sein.

2. Bisher geförderte Wohnprojekte

Insgesamt wurden acht Wohnprojekte durch die inklusive Bauprojektförderung gefördert. Diese werden nachfolgend tabellarisch skizziert. Die Tabelle unterscheidet dabei in das

Förderjahr, antragsstellende Person, Anschrift des (geplanten oder umgesetzten) Wohnprojekts, die anerkennungsfähigen Baukosten des Projekts, die Fördersumme durch den LVR, die Anzahl der Wohnungen in dem Gebäude, die Anzahl der Bewohnenden, die Anzahl der Bewohnenden im Leistungsbezug der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX, den Zeitpunkt der Inbetriebnahme sowie ggfls. der Nummer der jeweiligen Vorlage.

Merkmale/ AZ	73.01–IWP-01	73.01-IWP-02	73.01-IWP-03	73.70-IWP-04	73.70-IWP-05	73.70-IWP-06	73.70-IWP-07	73.70-IWP-08
Förderjahr	2019	2019	2020	2020	2021	2022	2022	2022
Antragstellende Person	Verein für körper- und mehrfachbehinderte Menschen Alsbachtal e.V.	Arbeits-gemeinschaft Hörgeschädigter e.V.	Sozialdienst katholischer Männer e.V. (SKM) Köln	Gerda & Klaus Hetzel	Ralf Seidel	Luca Arns	Hütten & Kunadt Invest GmbH	Gem. Bauverein Wermels-kirchen eG
Anschrift des Förderobjekts	Erzbergstraße 48, 46149 Oberhausen	Talbotstraße 15, 52068 Aachen	Florastraße 114-122, 50733 Köln	Emmericher Weg 48, 47574 Goch	Villa Luhns, Schwarzbach 91, 42277 Wuppertal	Hauptstraße 50, 53894 Mechernich	Hauptstraße 18b, 46509 Xanten	Schwanen 41, 42929 Wermels-kirchen
Anerkennungs-fähige Baukosten	2.557.339,00 Euro	2.109.400,00 Euro	7.763.166,00 Euro	1.610.000,00 Euro	2.701.918,00 Euro	1.763.000,00 Euro	1.983.710,00 Euro	1.701.000,00 Euro
Geförderte Summe (LVR)	200.000,00 Euro	200.000,00 Euro	200.000,00 Euro	140.000,00 Euro	200.000,00 Euro	176.300,00 Euro	198.371,00 Euro	170.000,00 Euro
Anteil (%)	7,8 %	9,5 %	2,6 %	8,7 %	7,4 %	10 %	10 %	10 % (gerundet)
Anzahl Wohnungen	12	14	37	11	6	6	15 + Gemein-schaftsraum	10 + Gemein-schaftsraum & Betreuungs-Stützpunkt
Anzahl Bewohnende	20	18	38	15	23-24 (geplant)	12-13	15 (geplant)	10
Anzahl Bewohnende im Leistungsbezug der EGH nach dem SGB IX	14	14	15	5	mindestens 7 (geplant)	4	5 (geplant)	8
Zeitpunkt der (geplanten) Inbetriebnahme	Dezember 2020	November 2019	April 2022	Dezember 2021	Dezember 2023 (geplant)	September 2023 (geplant)	Mai 2024 (geplant)	Februar 2023
Vorlagen-Nr.	Vorlagen-Nr. 14/3282	Vorlagen-Nr. 14/3135	Vorlagen-Nr. 14/3997	Vorlagen-Nr. 15/202	Vorlagen-Nr. 15/911	Vorlagen-Nr. 15/1598	Vorlagen-Nr. 15/1598	Vorlagen-Nr. 15/1598

Im Jahr 2022 konnten drei inklusive Wohnprojekte gefördert werden, die die vorgegebenen Förderkriterien erfüllen. Nachfolgend werden die drei Projekte skizziert:

73.70-IWP-06

Die privaten Investor*innen Manuela und Luca Arns setzen im Rahmen einer Elterninitiative und dem damit verbundenen Verein „Anders na und?!" ein inklusives Wohnprojekt um. Dazu wird ein inklusives Wohnhaus im Ortsteil Weyer der Stadt Mechernich errichtet. Der Ortsteil ist ländlich geprägt und mit einer Bevölkerungsdichte von 205 Einwohner pro Quadratkilometer vergleichsweise dünn besiedelt. In dem Kreisgebiet fehlt es an angemessenen Wohnangeboten für diese spezielle Zielgruppe der Eingliederungshilfe.

Zentraler Bestandteil des geplanten inklusiven Wohnhauses sind insgesamt sechs Wohnungen über drei Etagen. Das Untergeschoss besteht aus einer großen Gruppenwohnung (200 qm), in der vier junge volljährige Menschen mit einer Autismus-Spektrum-Störung und einem hohen Hilfebedarf leben werden. Diese Gruppenwohnung verfügt über einen separaten barrierefreien Eingang. Die übrigen fünf Wohnungen des geplanten Wohnhauses sollen von weiteren acht bis neun Menschen ohne eine wesentliche Behinderung bezogen werden.

Der Anteil an Menschen mit einer wesentlichen Behinderung im Sinne der Eingliederungshilfe (EGH) nach dem SGB IX beläuft sich auf mehr als 30%.
Durch gemeinsame Begegnungsflächen (gemeinsamer Garten) und Veranstaltungen (Gartenfeste, Arbeiten im Garten) soll das nachbarschaftliche Miteinander gestärkt und ein inklusives Leben ermöglicht werden.

Zur Deckung der fehlenden Eigenmittel wurde ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 176.300 Euro bewilligt.

73.70-IWP-07

Die Hütten & Kunadt Invest GmbH setzt auf dem ehemaligen Schulgelände der Grundschule in Xanten-Vynen die Schaffung eines neuen Wohnquartiers und den Umbau eines Bestandsgebäudes für die dörflichen Vereine (Dorfgemeinschaftshaus) um. Es werden insgesamt drei neue Mehrfamilienhäuser (2-geschossig mit Staffelgeschoss) errichtet.

Eines dieser entstehenden Gebäude wird im Sinne des inklusiven Wohnens umgesetzt. Es werden insgesamt 15 barrierefreie Wohnungen und ein barrierefreier Gemeinschaftsraum Platz finden. Die Bewohner*innen der Wohnungen sollen zu mindestens 30% Menschen mit Behinderung im Sinne der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX sein. Gemeinsam mit dem LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen werden für mindestens die fünf Erdgeschosswohnungen entsprechende Mieter*innen ausgesucht, die über eine (wesentliche) Behinderung verfügen. Bei weiterem Bedarf, der aktuell durch den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen abgefragt wird, sollen von den sechs Wohnungen im 1. Obergeschoss noch weitere Einheiten hinzukommen.

Um die Menschen mit und ohne Teilhabebeeinträchtigungen zusammen zu bringen und eine inklusive Gemeinschaft zu ermöglichen, soll der große Gemeinschaftsbereich im Erdgeschoss des Wohnhauses mit einer großen Terrasse sowie die Anbindung an das Dorfgemeinschaftshaus für gemeinsam geplante Feste, Bildungsangebote oder Freizeitaktionen genutzt werden. Die Nähe zum historischen Schulhaus, dem zukünftigen Vereinshaus der Vereine des Dorfes, bietet die Möglichkeit, in das Dorfgeschehen und die Dorfgemeinschaft eingebunden zu werden. Das wöchentlich stattfindende Dorfcafé bietet, ebenso wie der Wochenmarkt, entsprechende Voraussetzungen.

Hier kann durch inklusive Angebote eine selbstverständliche Teilhabe innerhalb der Nachbarschaft entstehen. Insgesamt wird ein möglichst breit gefächertes Wohnungsangebot für dieses Quartier geschaffen. Es wird eine gemischte Mieter*innen-/ Bewohner*innenstruktur erwartet: Neben jungen Menschen und Paaren, die ihre erste eigene Wohnung beziehen wollen, suchen auch ältere Menschen, die aus ihrem (z.B. nach Auszug der Kinder) für sie zu groß gewordenem Haus ausziehen möchten, eine kleinere Wohnung.

Zur Deckung der fehlenden Eigenmittel wurde ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 198.371 Euro bewilligt.

73.70-IWP-08

Der gemeinnützige Bauverein Wermelskirchen eG verfolgt die Förderung sicherer und sozial verantwortbarer Wohnraumversorgung in Wermelskirchen. Der Bauverein wird ein barrierearmes Wohnquartier, das insgesamt drei Mehrfamilienhäuser umfasst, errichten. Eines dieser Mehrfamilienhäuser (Schwanen 41) wird durch die inklusive Bauprojektförderung des LVR gefördert. Es beinhaltet zehn Wohneinheiten (Apartments).

Das Wohnangebot richtet sich insbesondere an junge Menschen mit Beeinträchtigungen. Der angedachte Leistungserbringer Hephata und der Bauverein planen, dass acht der zehn Wohneinheiten an Menschen mit einer wesentlichen Behinderung im Sinne der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX vermietet werden. Auch in den angrenzenden Häusern werden teilweise Menschen mit Beeinträchtigungen und Unterstützungsbedarf leben (können).

Das Gesamtinvestitionsvolumen des Wohnquartiers beträgt 7.957.000 Euro. Laut dem Antrag entfallen 1.894.000 Euro der Kosten (1.701.000 Euro anerkennungsfähige Kosten) auf das zu bezuschussende Bauobjekt. Damit das Bauprojekt realisierbar und refinanzierbar ist, wurde mit dem Amt für Soziales & Inklusion, Planungsstelle Inklusion, Senioren & Pflege vom Rheinisch-Bergischen-Kreis eine Kaltmiete von 8,95 €/m² zzgl. Neben- und Heizkosten für den Personenkreis mit Unterstützungsleistungen nach dem SGB IX als angemessen anerkannt, so dass die Finanzierung der Mieten gesichert ist.

Das Bauobjekt befindet sich in ruhiger Innenstadtlage mit guter infrastruktureller Einbindung (u.a. Einkaufsmöglichkeiten, medizinische Versorgung, Kirmesplatz, ÖPNV). Den unmittelbar angrenzenden und barrierefreien Nachbarschaftstreff können Gruppen unentgeltlich nutzen, in dem auch unterschiedliche Angebote stattfinden (u.a. Spiel- und

Klöntreffs). Darüber hinaus ermöglicht ein Gemeinschaftsraum und eine angrenzende Terrasse, wie auch die anschließende Grünfläche viel Platz für gemeinsame Aktivitäten und ein Zusammenleben zwischen allen Bewohner*innen des Quartiers.

Zur Deckung der fehlenden Eigenmittel wurde ein einmaliger Zuschuss in Höhe von 170.000 Euro bewilligt.

Entwicklungen

Auch für das Jahr 2023 ist mit weiteren Förderungen im Rahmen der inklusiven Bauprojektförderung zu rechnen. Aktuell sind vier Bauprojekte kurz vor Abschluss des Bewilligungsverfahrens. Die Projekte befinden sich in Kleve, Wuppertal und zwei in Aachen. Ein weiterer Antrag zur Förderung von technischer Ausstattung liegt für ein Vorhaben auf dem Gebiet der Stadt Köln vor.

Darüber hinaus sind 21 Anfragen und Erstberatungen zur inklusiven Bauprojektförderung eingegangen bzw. durchgeführt worden. Fünf dieser Anfragen wurden jedoch von Seiten der Interessent*innen aus unterschiedlichen Gründen nicht weiterverfolgt bzw. es wurde aktiv kommuniziert, dass von einem Antrag abgesehen wird. Die Gründe hierfür waren in drei Fällen, dass das Förderkriterium von mindestens 30% an Menschen mit einer wesentlichen Behinderung im Sinne der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX nicht erfüllt werden konnte. In einem Fall wurde das Projekt durch die einnehmbaren Mieten in Höhe der ortsüblichen Grundsicherung als nicht ausreichend bewertet, um das Bauvorhaben hinreichend zu refinanzieren. Im letzten Fall wurde der Antrag zurückgezogen, da der ursprünglich einzubeziehende Leistungserbringer abgesprungen ist, die einnehmbaren Mieten die Investitionskosten nicht ausreichend refinanzieren würden und die bauliche Ausstattung des Bestandsgebäudes letztlich als zu klein bewertet wurde.

Die Entwicklungen zeigen, dass die inklusive Bauprojektförderung des LVR weiterhin auf reges Interesse stößt. Es obliegt der Landschaftsversammlung Rheinland, ggf. auch die Förderkriterien niedrigschwelliger auszugestalten.

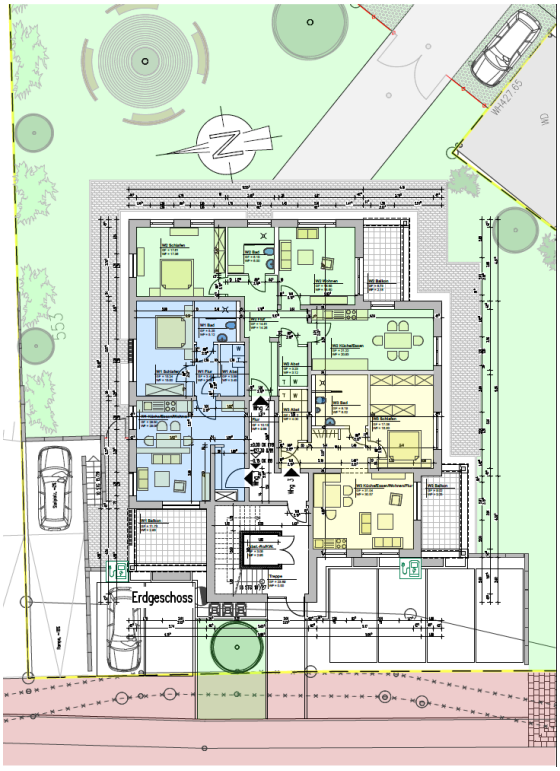
Als Anlage sind beispielhaft Bilder von den geförderten inklusiven Bauprojekten im Jahr 2022 beigefügt.

In Vertretung

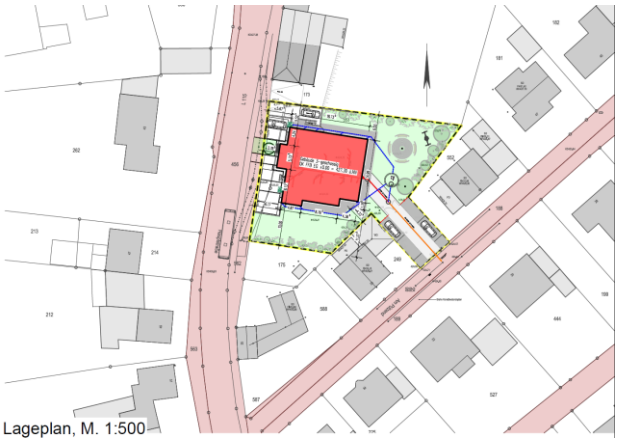
L E W A N D R O W S K I

Anhang: Bilder von den geförderten inklusiven Bauprojekten im Jahr 2022

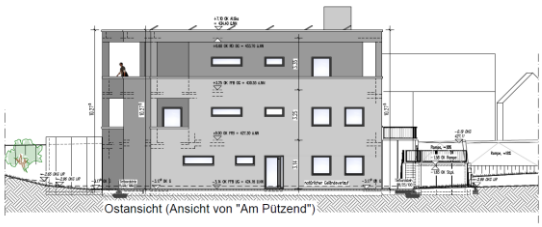
A. 73.70-IWP-06



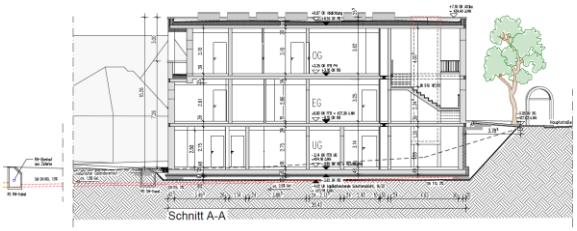
Grundriss (EG)



Lageplan

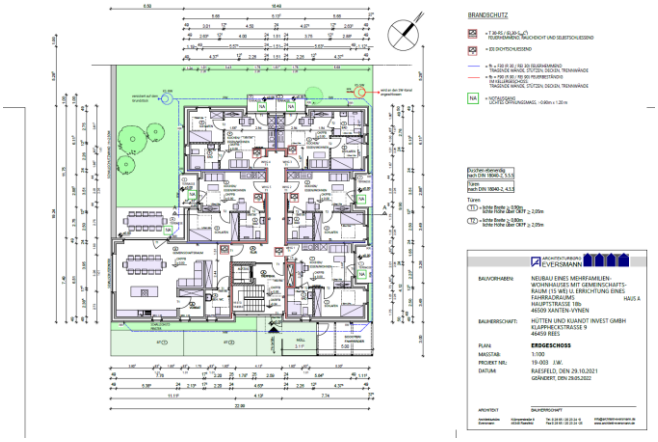


Ansicht (Ost)

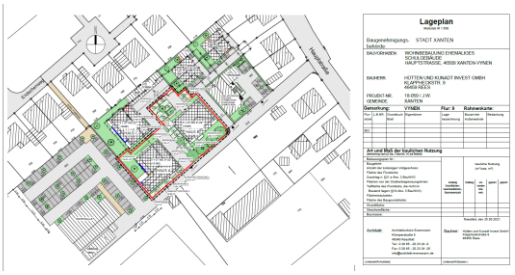


Schnitt (A-A)

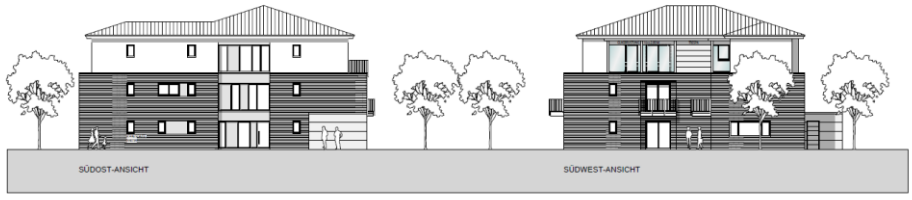
B. 73.70-IWP-07



Grundriss (EG)

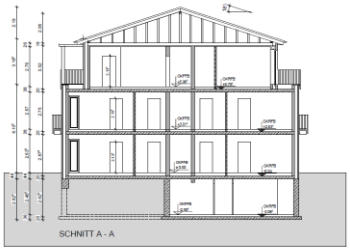


Lageplan





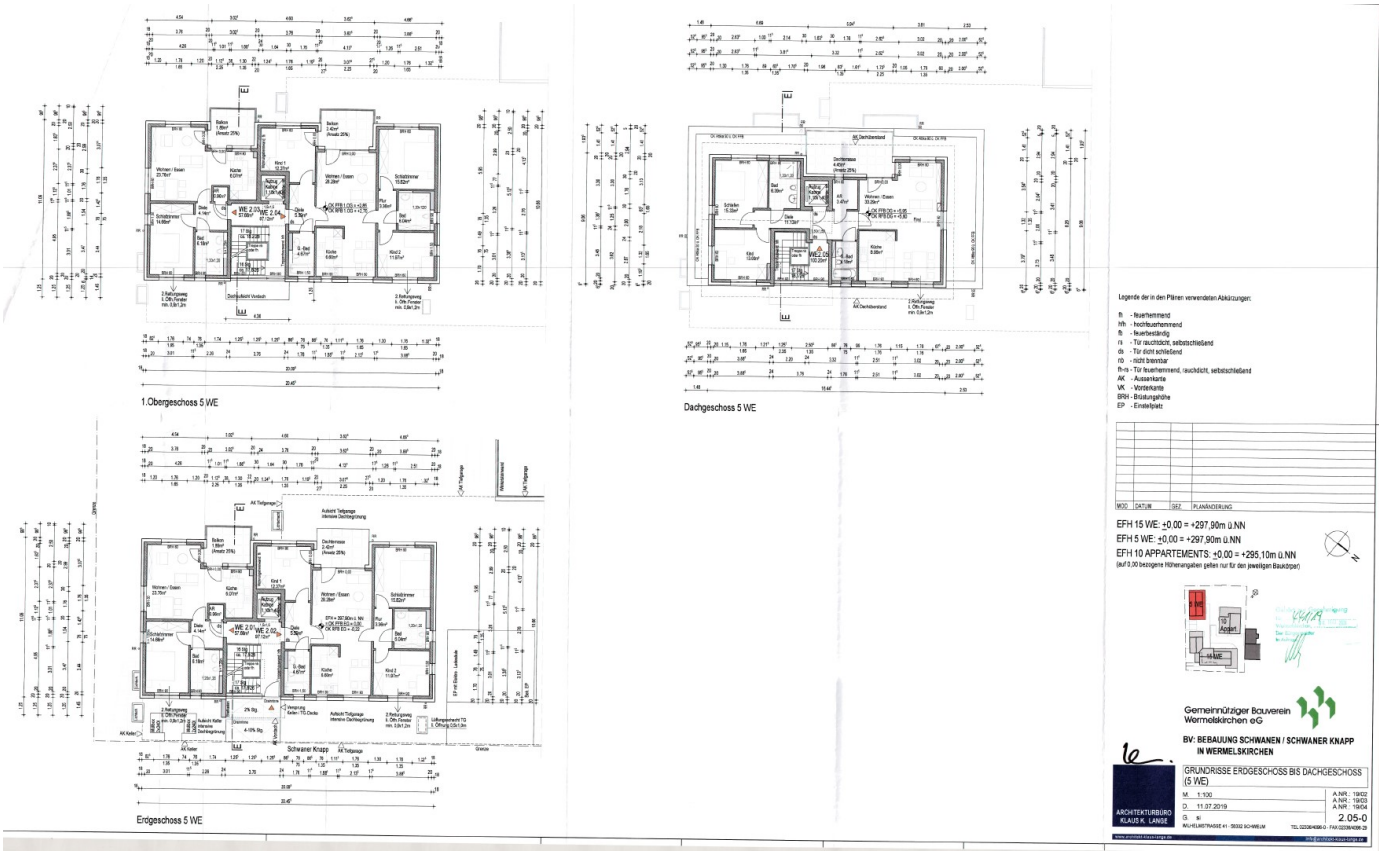
Ansichten



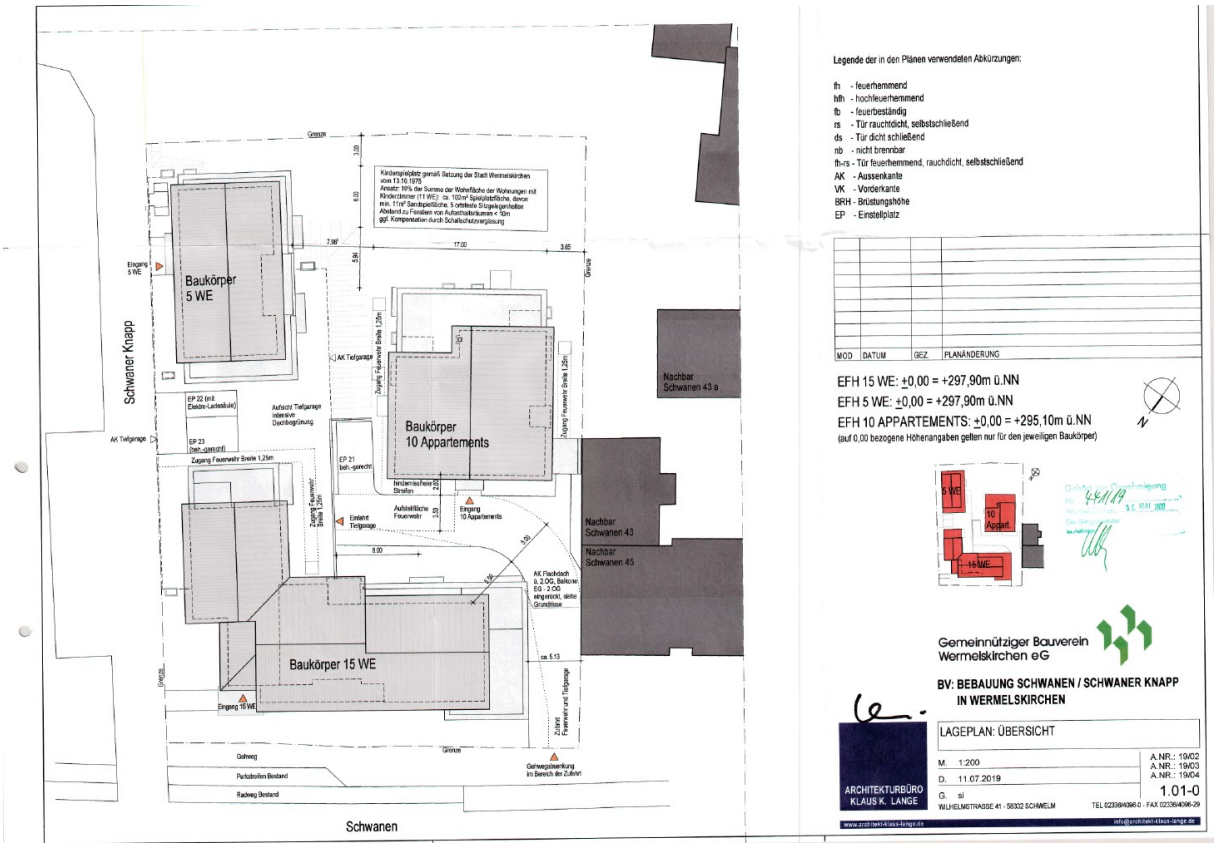


Schnitt

C. 73.70-IWP-08



Grundrisse



Lageplan



Ansichten



Schnitt

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Qualität für Menschen

Ergänzungsvorlage Nr. 15/1558/1

öffentlich

Datum: 08.05.2023
Dienststelle: Fachbereich 42
Bearbeitung: Frau Dr. Melanie Lietz

Ausschuss für Inklusion	**01.06.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Kompetenzprofil Inklusion. Qualitätsrahmen zur Qualifizierung von Fachkräften in Kindertageseinrichtungen

Kenntnisnahme:

Die Ausführung zum "Kompetenzprofil Inklusion" werden gemäß Vorlage Nr. 15/1558/1 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	nein

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

D a n n a t

Worum geht es hier?

In leichter Sprache



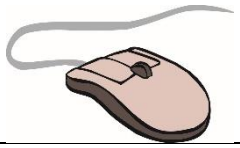
Kinder mit Behinderungen sollen gemeinsam
mit Kindern ohne Behinderungen
in den Kindergarten gehen können.

Die Betreuerinnen und Betreuer im Kindergarten
brauchen dafür gute Schulungen.
Damit die gemeinsame Betreuung im Kindergarten gelingt.

Der LVR hat nun gemeinsam mit anderen Verbänden
einen Plan für Schulungen aufgeschrieben.
In Zukunft soll es überall gute Schulungen geben.



Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202.



Viele Informationen zum LVR in Leichter Sprache finden
Sie unter https://leichtesprache.lvr.de/.

Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.

Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale LVR-Stabsstelle Inklusion – Menschenrechte – Beschwerden (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung

Seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention durch den Bundesrat und den Bundestag am 26. März 2009 garantiert der Artikel 24 in Deutschland unabhängig von den individuellen (Lern-)Voraussetzungen das Recht eines jeden Menschen auf die Teilhabe an Bildung.
Dabei ist Inklusion ein Prozess, in dem die gemeinsame Bildung von Kindern mit und ohne Behinderung auch im elementarpädagogischen Bereich umzusetzen ist. Die pädagogische Qualität, die Teamqualität sowie die Reflexions- und Fortbildungsbereitschaft der Mitarbeitenden tragen wesentlich zur inklusiven Qualität einer Tageseinrichtung für Kinder bei.
Mit der Veröffentlichung der Rheinland-Kita-Studie im Jahre 2019 wurde deutlich herausgestellt, dass die Fortbildungsangebote das notwendige Wissen zur pädagogischen Arbeit in inklusiven Settings erweitern und einer zukunftsorientierten präventiven Strategie folgen sollen und Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen eine umfassendere inklusive Handlungsorientierung benötigen, um ihre beruflichen Fähigkeiten und Kenntnisse zu ergänzen und zu vertiefen. Eine längerfristige, kompetenzorientierte Weiterbildung durch aufeinander aufbauende Module schafft die Möglichkeit, kontinuierlich an Praxisbezüge anzuknüpfen.
Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2021 eine Arbeitsgruppe gegründet. Unter Mitwirkung von Mitgliedern der Arbeitsausschüsse Bildung und Tageseinrichtungen für Kinder der Freien Wohlfahrtspflege und den Landesjugendämtern des Landschaftsverbandes Rheinland und des Landschaftsverbandes Westfalen Lippe wurde ein „Kompetenzprofil Inklusion" als Qualitätsrahmen zur Qualifikation von Fachkräften in Kindertageseinrichtungen entwickelt. Im Rahmen von Kooperationsvereinbarungen können Bildungsträger und Träger von Kindertageseinrichtungen diesen Qualifikationsrahmen kostenfrei übernehmen. Ziel ist es Bildungsträger und Träger von Kindertageseinrichtungen zu unterstützen Fortbildungsangebote flächendeckend - auch im ländlichen Raum - auszubauen und zugleich einen anerkannten Qualitätsstand in NRW zu schaffen.

Diese Vorlage berührt insbesondere die Zielrichtung Nr. Z4 (Den inklusiven Sozialraum mitgestalten).

Begründung der Vorlage Nr. 15/1558/1:

Der Ausschuss für Inklusion hat die Vorlage am 23.03.2023 auf den Sitzungstermin am 01.06.2023 verschoben.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1558:

1. Zielsetzung

Inklusion als eine Pädagogik der Vielfalt in die Fläche zu tragen und dabei ländliche Regionen ebenso gut zu erreichen wie städtische Kommunen ist einer der konzeptionellen Grundgedanken, die sich sowohl inhaltlich als auch strukturell im „Kompetenzprofil Inklusion" wiederfinden.

Die Kitalandschaft ist zunehmend heterogener. Dies spiegelt sich unter anderem in multiprofessionellen Teams wider. Mit dem „Kompetenzprofil Inklusion" wird als Qualitätsrahmen eine gemeinsame Basis geschaffen, die in einem komplexen Feld Orientierung bietet. Sowohl neue Fachschulabsolvent*innen, studierte Fachkräfte als auch Quereinsteiger*innen können das Wissen vertiefen und direkt durch einen Praxisbezug umsetzen. Zudem können weitere Kompetenzen individuell ergänzt oder vertieft werden.
Die Umsetzung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe erfordert eine Befähigung und Weiterentwicklung entsprechender Qualifizierungen der Mitarbeitenden. Konstitutiv für die Bildungs- und Erziehungsarbeit ist eine inklusive Haltung, die die Teilhabe aller Kinder unter Berücksichtigung der Kinderrechte als Grundverständnis selbstverständlich umsetzt und sich durch alle Module zieht.
Inklusion ist immer auch das Ergebnis einer systematischen Qualitätsentwicklung. Die fachliche Empfehlung gibt zu den Qualitätskriterien im „Kompetenzprofil Inklusion" eine Orientierung, sie bündelt die in der Fachdiskussion markierten Module und fasst inhaltliche Qualitätskriterien der Weiterbildungsreihe zusammen.

2. Zielgruppe

Das Kompetenzprofil Inklusion ist für zertifizierte Einrichtungen bei Bildungsträgern und vom Land anerkannte Bildungsträger entwickelt worden. Darüber hinaus können auch mit öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe mit KiBiz geförderten Kindertageseinrichtungen Kooperationsverträge abgeschlossen werden. In Ausnahmefällen können sonstige Anbieter nach Absprache mit dem jeweils zuständigen Landesjugendamt im Rheinland bzw. Westfalen-Lippe teilnehmen.
Der Qualitätsrahmen zur Qualifizierung im „Kompetenzprofil Inklusion" richtet sich an (pädagogische) Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen.

3. Struktureller und inhaltlicher Rahmen

Die Arbeitsgruppe hat sich mit den bereits vorhandenen Angebotsstrukturen und Inhalten in der Qualifizierungslandschaft mit Schwerpunkt Inklusion auseinandergesetzt. Nach einer Analyse möglicher Handlungsanforderungen im Tätigkeitsfeld wurden erforderliche und erwünschte Kompetenzen herausgearbeitet. Anschließend wurden die Lernvoraussetzungen und Lernbedürfnisse, insbesondere aufgrund einer heterogenen Teilnehmergruppe präzisiert. Die Orientierung an Kompetenzzielen ist dabei eine wichtige Voraussetzung um grundlegende Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse zu konkretisieren und ermöglicht gleichzeitig den Teilnehmenden eine persönliche Kompetenzeinschätzung vorzunehmen.
Modulare Lernformate sind vorteilhaft, da sie individuell und flexibel die Möglichkeit bieten, das eigene Kompetenzprofil passgenau auf- oder auszubauen. Das unterschiedliche Niveau des Personenkreises der Weiterbildung findet durch das modulare Baukastensystem Berücksichtigung. Es ermöglicht den Teilnehmenden sich einem neuen Themenfeld anzunähern, aber auch vorhandenes Wissen zu erweitern und zu festigen.
Die Bildungsträger können durch die modulare Struktur auf bereits vorhandene Weiterbildungsinhalte zurückgreifen und ihr Angebot ausbauen. Kooperationen zwischen Bildungsträgern werden durch die flexible und transparente Gestaltung der Module vereinfacht. Der Qualitätsrahmen „Kompetenzprofil Inklusion" stellt dabei keinen neuen Ausbildungsgang dar, sondern zeigt Mindeststandards auf, die im Tätigkeitsfeld erforderlich sind.

4. Möglichkeiten der Umsetzung des Qualitätsrahmens

4.1 Allgemeines

Die konzeptionelle und organisatorische Rahmung des Kompetenzprofils Inklusion liegt weiterhin bei den Bildungsträgern und ermöglicht einen Gestaltungsspielraum. Die modulare Ausrichtung der Weiterbildung ermöglicht eine Kooperation der Bildungsträger, so dass eine gemeinsame Planung der Module denkbar ist. Das „Kompetenzprofil Inklusion" ist als ***Empfehlung*** zu verstehen, es gibt einen ***Mindestrahmen*** vor, um Anforderungen in inklusiven Settings besser umsetzen zu können. Die Bildungsträger können sich an diesen Mindeststandard für eine inklusive Weiterbildung orientieren, sie aber auch um Bedarfe vor Ort ergänzen. Wie häufig die Module angeboten werden, ist abhängig von Bedarfen und Strukturen vor Ort. Die Modulstruktur beschreibt als Unterrichtseinheit einen zeitlichen Umfang von 45 Minuten.
Eine individuelle Beratung der Teilnehmenden zur Aufstellung eines persönlichen Modulplans sollte schon vor Beginn der Weiterbildung ermöglicht werden. Eine regelmäßige und aktive Teilnahme an der Weiterbildung ist nicht nur Voraussetzung für

die abschließende Modulbescheinigung, sondern auch um die Vernetzung sowie Anschlussfähigkeit der Inhalte im eigenen Berufsfeld zu gewährleisten. Für jedes Modul wird den Teilnehmenden eine Modulbescheinigung mit den erworbenen Leistungspunkten ausgestellt.

4.2 Präsenzlernen, Distanzlernen, Blended-Learning

Die Qualifizierung kann sowohl in Präsenz als auch im Distanz-Lernen mittels Selbstlerneinheiten oder aber digitale Formen des Lernens/Lehrens umgesetzt werden. Angepasst an die örtlichen Begebenheiten und unter Berücksichtigung der berufsbegleitenden Ausrichtung der Module ist das Angebot variabel gestaltbar.

4.3 Praxistransfer und Methodenvielfalt

Durch eine praxisorientierte Umsetzung mittels Fallbeispielen und Lernsituationen können theoretische Inhalte anschaulich vermittelt werden und anschließend in den Arbeitsprozess des eigenen Teams in der Kindertageseinrichtung eingebunden werden. Die Weiterbildung sollte sich daher an Mitarbeitende in Kindertageseinrichtungen richten, die die Module ***berufsbegleitend*** besuchen.

4.4 Selbstlernportfolios

Ein ***Selbstlernportfolio*** kann als Instrument der Theorie-Praxis-Verzahnung genutzt werden. Es ist sinnvoll, Zeit für die Erarbeitung von eigenen Lernzielen/Umsetzungszielen und anschließender Reflexion nach der Praxisphase zu berücksichtigen.
Ebenso kann ein ***persönliches Kompetenzbuch***, das den Teilnehmenden Raum zur Selbstreflexion gibt, eigene Ziele und ein Resümee über erworbene Fähigkeiten, Fertigkeiten, Wissen und Entwicklungsbedarfe abbilden.
Die Festlegung, welche Themen im Verlauf der Weiterbildung individuell von den Teilnehmenden gewählt werden, können sich durch solche Reflexionselemente verändern, da Bedarfe erst durch den Transfer in die Praxis sichtbar werden können.

4.5 Modulabschluss

Beim Abschluss eines Moduls handelt es sich nicht um eine Prüfung, sondern vielmehr um die Reflexion der eigenen Kompetenzbilanzierung, die dynamische Lernentwicklungen und Lernwege aufzeigt. In diesem Sinne ist der Abschluss des Moduls durch eine individuelle Präsentation in unterschiedlichen Formaten möglich und kann auch als Gruppenarbeit erfolgen. Die jeweils für die Lerngruppe geeignete Form wählt der jeweilige Bildungsträger aus und kann diese bedarfs- und adressat*innenorientiert anpassen. Mögliche Modulabschlüsse sind zum Beispiel die Abschlussarbeit, ein Beratungsgespräch und Reflexion, ein E-Portfolio, eine Einsendeaufgabe, die Erarbeitung eines Konzeptes, eine Lern- und Reflexionsaufgabe, ein Fachgespräch, eine Projektarbeit, eine Posterpräsentation, ein Praxisbericht, ein Referat, ein Rollenspiel oder anderes.

Wichtig ist, dass der gewählte Modulabschluss inhaltlich anschlussfähig an das Berufsfeld der Teilnehmenden ist und Inklusionsbezug hat.

4.6 Beispiele für Szenarien zur Umsetzung der modularen Struktur

Die Angaben der Stundenumfänge in den Modulen sind als empfehlende Mindestangabe zu verstehen. Darüber hinaus kann immer mehr angeboten werden. Es ist dem Bildungsträger möglich, die modulare Struktur in einem reinen Präsenzformat, einem reinen digitalen Format oder einem Blended-Learning-Format anzubieten. Oben benannte Möglichkeiten lassen sich in Form von Selbstlerneinheiten und Präsenzeinheiten (Kontaktzeit in Präsenz oder aber in der Kontaktzeit in digitaler Form) auf die gesamte modulare Struktur oder aber einzelne Module beziehen. Kern der Entscheidung für die Form des Angebotes sollte das Erreichen der Adressat*innen in der Fläche sein, unabhängig davon, ob diese in ländlichen oder städtischen Regionen auf das Bildungsangebot zugreifen.

Ein Bildungsträger kann die modulare Struktur allein vorhalten oder aber sich mit weiteren Bildungsträgern zusammenschließen:

- Beispiel 1: Bildungsträger 1 kooperiert mit Bildungsträger 2 und teilt sich die Umsetzung der Module auf.
- Beispiel 2: Bildungsträger 1 bietet die Module 1 bis 3 an und gibt Hinweise, welche Angebote zum Modul 4 entsprechend der empfohlenen Stundenumfänge besucht werden können.
- Beispiel 3: Bildungsträger 1 bietet Modul 1 an, Bildungsträger 2 bietet Modul 2 an, Bildungsträger 3 bietet Modul 3 an. Spezifische Themen, die im Modul 4 angeboten werden, können bei den Bildungsträgern 1 bis 3 abgerufen werden.

Das Angebotsspektrum ist der Adressat*innengruppe transparent zu machen.

5. Voraussetzung zum Abschluss von Kooperationsvereinbarungen

Kooperationsvereinbarungen können durch vom Land anerkannte Bildungsträger oder durch zertifizierte Einrichtungen eine vom Land anerkannter Bildungsträger geschlossen werden.
Kooperationsvereinbarungen können ebenso geschlossen werden mit öffentlichen und freien Trägern der Jugendhilfe mit KiBiz geförderten Kindertageseinrichtungen. In Ausnahmefällen können sonstige Anbieter nach Absprache mit dem jeweils zuständigen Landesjugendamt im Rheinland oder Westfalen-Lippe teilnehmen.
Besteht bei einem Bildungsträger Interesse an dem Schließen eines Kooperationsvertrages und erfüllt dieser die oben benannten Voraussetzungen, dann nimmt der Bildungsträger aktiv Kontakt zum jeweils zuständigen Landesjugendamt auf

und signalisiert das Interesse an einer Kooperationsvereinbarung zum „Kompetenzprofil Inklusion".
Das Landesjugendamt prüft, ob der Bildungsträger anerkannt ist oder ob es sich um einen öffentlichen oder freien Träger der Jugendhilfe mit KiBiz geförderten Einrichtungen handelt. Ist der Bildungsträger nicht eindeutig einer dieser Gruppen zuzuordnen, berät das Landesjugendamt sich mit den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „Kompetenzprofil Inklusion".
Das Landesjugendamt vereinbart einen Termin mit dem Bildungsträger und berät zu den Rahmenbedingungen. Im Anschluss kann eine Kooperationsvereinbarung geschlossen werden. Die erforderlichen Unterlagen erhält der Kooperationspartner im Anschluss.

6. Anlagen:

Anlage: Die modulare Struktur

In Vertretung

D a n n a t

Anlage 1: Die modulare Struktur

Modul 1: Inklusive Grundlagen kennen (16 UE à 45 Minuten)
M 1.1. Inklusion und gesetzliche Grundlagen -
Historische und aktuelle Aspekte (6 UE)
M 1.2. Barrieren aufspüren – Teilhabe ermöglichen (10 UE)
Zusätzlich: 4 UE im Selbstlerneinheiten

Empfehlung zur Teilnahme
(erst M.1.1. dann M 1.2.)

Modul 1: Inklusive Grundlagen kennen			
[Modulkürzelt]		**[Modulverantwortlichkeit]**	**[Pflichtmodul/Wahlmodul]**
M1		Vom jeweiligen Bildungsträger zuzuordnen	Pflichtmodul
Kompetenzziele			
WISSEN UND VERSTEHEN Was erwirbt die teilnehmende Person an Wissen (Mehrwert und eigenes Verständnis) im M1?	In dem ersten Modul werden Grundkenntnisse erworben und reflektiert, um aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen sowie die rechtlichen Rahmungen der Inklusion in Kindertageseinrichtungen nachzuvollziehen und einzuordnen. Das Verstehen inklusiver Entwicklungen bildet den Kern, um inklusive Prozesse anzustoßen.		
METHODENEINSATZ UND ERZEUGUNG VON WISSEN Welche Methoden werden eingesetzt, um den Wissenstransfer zu unterstützen?	Die Entwicklung des Inklusionsbegriffs von der Exklusion über die Integration hin zur Inklusion unter Berücksichtigung des jeweiligen historischen Kontextes, der jeweils aktuellen Gesetzgebung und der Entwicklung des Menschenbildes wird näher beleuchtet. Der Blick in die eigene Institution und die Reflexion der eigenen pädagogischen Praxis im Hinblick auf Barrieren und Ressourcen (als kursbegleitende „Methode" bzw. Handwerkszeug) bilden die Klammer und können fortlaufend als Methode eingesetzt werden. Zum Transfer in die Praxis dienen die Methoden der Biografiearbeit und des Perspektivenwechsels.		
KOMMUNIKATION UND TRANSFER IN DEN ARBEITSKONTEXT	Ausgehend vom zugrunde gelegten Menschenbild und dem aktuellen Inklusionsverständnis folgt der inklusive Blick in die eigene pädagogische Praxis und den jeweiligen Arbeitskontext.		

Welchen Mehrwert hat das erworbene Wissen für den Praxistransfer?	Das erworbene Wissen erweitert die inklusive Sicht auf das System Kita. Somit können Situationen unter einem inklusiven Blickwinkel eingeordnet werden. Die pädagogische Angebotsplanung wird in Hinblick auf individuelle Teilhabe ausgerichtet, um den Bedarfen aller Kinder gerecht zu werden.
SELBSTVERSTÄNDNIS UND PROFESSIONALITÄT Welchen Mehrwert hat das erworbene Wissen für die individuelle Weiterentwicklung?	Durch die Reflexion des eigenen pädagogischen Handelns werden strukturelle Ressourcen und individuelle Kompetenzen bewusst. Mittels Bewusstwerdung ergeben sich Anknüpfungspunkte für die pädagogische Arbeit, zum Beispiel ein inklusiv ausgerichtetes Grundverständnis sowie die Erweiterung der auf Teilhabe ausgerichteten Handlungsmöglichkeiten. Das vermittelte Wissen stärkt die eigene Rolle und unterstreicht den Beitrag frühkindlicher Bildung im gesamtgesellschaftlichen Kontext inklusiver Entwicklungen.
Lehr-/ Lerninhalte	
M 1.1 Inklusion und gesetzliche Grundlagen - Historische und aktuelle Aspekte	• Vor welchem gesetzlichen Hintergrund handeln wir? (Relevante Auszüge der UN-Behindertenrechtskonvention, Kinderrechtskonvention, Grundgesetz, Kinderbildungsgesetz, SGB VIII, SGB IX, Bundesteilhabegesetz, Landeskinderschutzgesetz; Wissen zum Eingliederungshilferecht, Bundesgleichstellungsgesetz) • Mit welchem Selbstverständnis gestalte ich die pädagogische Praxis (Was ist mein Auftrag? Was ist meine Rolle? Welche Konsequenzen aus dem erworbenen Wissen ergeben sich für mein professionelles Handeln?) • Kenntnis und Reflexion historischer und aktueller gesellschaftlicher Entwicklungen mit Blick auf den Umgang mit Kindern mit Behinderung • Biographiearbeit als Methode zur Reflexion des eigenen professionellen Selbstverständnisses
M 1.2 Barrieren aufspüren – Teilhabe ermöglichen	• Index für Inklusion kennen und für sich alltagspraktisch nutzen • Auseinandersetzung mit potentiellen Barrieren in der eigenen Einrichtung (z.B. strukturell, räumlich, individuell) • Transferaufgabe: Barrieren aufspüren in meiner Einrichtung ggf. anhand einer oder mehrerer Indexfragen • Biografiearbeit als Methode zur Reflexion des eigenen professionellen Selbstverständnisses (Stichwort: Perspektivenwechsel)

Modul 2: Eine inklusive Kultur entwickeln (32 UE à 45 Minuten)
M 2.1: Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF) und Förder- und Teilhabeplan (16 UE)
M 2.2: Inklusives Selbstverständnis als pädagogische Fachkraft (8 UE)
M 2.3: Vertiefung (thematisch optional): Inklusive Kultur im Sozialraum „Kita" (8UE)
Zusätzlich: 8 UE im Selbstlerneinheiten

Modul 2: Eine Inklusive Kultur entwickeln			
[Modulkürzelt]		**[Modulverantwortlichkeit]**	**[Pflichtmodul/Wahlmodul]**
M 2.1		Vom jeweiligen Bildungsträger zuzuordnen	Pflicht
M 2.2		Vom jeweiligen Bildungsträger zuzuordnen	Pflicht
M 2.3		Vom jeweiligen Bildungsträger zuzuordnen	Wahlpflicht
Kompetenzziele			
WISSEN UND VERSTEHEN Was erwirbt die teilnehmende Person an Wissen (Mehrwert und eigenes Verständnis) im M2?	Im zweiten Modul wird ein Grundverständnis von Inklusion im Kontext des bio-psycho-sozialen Modells erworben. Auf dieser Grundlage findet die Vermittlung von teilhabeorientierten Arbeitsweisen sowie von Anwendungswissen zum Förder- und Teilhabeplan statt. Die Reflexion des eigenen inklusiven Selbstverständnisses bildet den Kern, um mit Blick auf den eigenen Arbeitskontext für die Entwicklung inklusiver Kulturen sensibilisiert zu sein.		
METHODENEINSATZ UND ERZEUGUNG VON WISSEN Welche Methoden werden eingesetzt, um den Wissenstransfer zu unterstützen?	Auf der Basis der Philosophie der ICF wird die Förder- und Teilhabeplanung anhand von Fallbesprechungen aus der Praxis erprobt. Die eigene Haltung im Umgang mit Vielfalt wird mittels Selbstreflexion und Methoden der Biografiearbeit bewusst und kritisch geprüft (Reflexion des eigenen professionellen Selbstverständnisses).		
KOMMUNIKATION UND TRANSFER IN DEN ARBEITSKONTEXT Welchen Mehrwert hat das erworbene Wissen für den Praxistransfer?	Die Kenntnis des bio-psycho-sozialen Modells sowie der ICF unterstützt bei der Wahrnehmung von Teilhabebedarfen und einer darauf abgestimmten pädagogischen Praxis- und Angebotsgestaltung. An beispielhaften Fällen wird das Arbeiten mit dem Förder- und Teilhabeplan eingeübt.		

	Das erworbene Wissen sowie die Reflexion der eigenen Norm- und Wertvorstellungen erweitern die Sicht auf das einzelne Kind in seinem Umfeld. Der Blick auf die Wechselwirkung der Faktoren, die eine Teilhabe des Kindes einschränken, wird bewusst. Diese Perspektive hat Auswirkungen auf das Bild vom Kind und ist somit handlungsleitend für die pädagogische Arbeit. Der Blick wird geschärft für haltungsbedingte und strukturelle Barrieren. Durch die individuelle Schwerpunktsetzung ist der Transfer auf weitere Vielfaltsdimensionen im Sozialraum „Kita" geschaffen.
SELBSTVERSTÄNDNIS UND PROFESSIONALITÄT Welchen Mehrwert hat das erworbene Wissen für die individuelle Weiterentwicklung?	Der veränderte Blickwinkel auf das Kind und auf strukturelle Barrieren eröffnet Möglichkeitsräume für das pädagogische Handeln. Die ICF-orientierte Förder- und Teilhabeplanung ist an den individuellen Bedarfen des Kindes ausgerichtet. Das erworbene Wissen stärkt die eigene professionelle Fachlichkeit in der Arbeitsumgebung.
Lehr-/ Lerninhalte	
Internationale Klassifikation der Funktionsfähigkeit, Behinderung und Gesundheit (ICF)	• Das bio-psycho-soziale Modell kennen • Den Behinderungsbegriff gem. § 2 SGB IX inhaltlich erschließen • Die Philosophie der ICF kennen und verstehen • Die Teilhabedimensionen der ICF kennen und alltagspraktisch nutzen • Das Festlegen kleinschrittiger Teilhabeziele erproben • Konsequenzen für die pädagogische Arbeit ableiten können • Schnittstellenkommunikation auf Grundlage der ICF
Förder- und Teilhabeplan	• Den Förder- und Teilhabeplan in seiner Systematik kennen (Grundlagenwissen) • Den Förder- und Teilhabeplan anwenden können (Anwendungswissen) • Mittels Fallbesprechungen den Förder- und Teilhabeplan im eigenen Arbeitskontext nutzen können (Transfer) • Transferaufgabe: Fallbezogene Bearbeitung des Förder- und Teilhabeplans in der eigenen Einrichtung
Biografiearbeit: Inklusives Selbstverständnis als pädagogische Fachkraft	• Sich mit biografisch erworbenen Annahmen über „Behinderung" oder „Anders-Sein" kritisch auseinandersetzen • Auftretende Gefühle in der Konfrontation mit „Behinderung" oder anderen Vielfaltsdimensionen

	○ reflektieren, normalisieren und einordnen (Angst, Ekel, Widerstände, negative Gefühle und Assoziationen) ○ in Bezug setzen mit Praxiserfahrungen, Ausnahmen und positiven Begegnungen • Gemeinsame Reflexion der bisherigen Modulinhalte: ○ Was hat sich im Hinblick auf mein Verständnis von Inklusion und von Behinderung bereits verändert? ○ Mit welchem Selbstverständnis gestalte ich die pädagogische Praxis (Was ist mein Auftrag? Was ist meine Rolle? Welche Konsequenzen aus dem erworbenen Wissen ergeben sich für mein professionelles Handeln?) • Transferaufgabe am Ende des Moduls: Wie hat sich meine Sicht auf „Behinderung" verändert?
Vertiefung - Inklusive Kultur im Sozialraum „Kita"	• Ein Schwerpunkt aus dem Themenpool des Moduls 4 wird gewählt • Individuelle Vertiefung am Bedarf des eigenen Arbeitskontextes orientiert, um das Entstehen einer inklusiven Kultur im Sozialraum „Kita" anzustoßen und weiterzudenken.

3. Modul: Inklusive Praxis leben (16 UE à 45 Minuten)
M 3.1. Vernetztes Wissen und Partner im Sozialraum (8 UE)
M 3.2.: Inklusive Erziehungspartnerschaft (8 UE)
Zusätzlich: 4 UE im Selbstlerneinheiten

Empfehlung zur Teilnahme
(frühestens parallel zu M 2; spätestens nach Absolvieren des M 2)

Modul 3: Inklusive Praxis leben			
[Modulkürzelt]		**[Modulverantwortlichkeit]**	**[Pflichtmodul/Wahlmodul]**
M 3.1.		Vom jeweiligen Bildungsträger zuzuordnen	Pflichtmodul
M 3.2.		Vom jeweiligen Bildungsträger zuzuordnen	Pflichtmodul
Kompetenzziele			
WISSEN UND VERSTEHEN Was erwirbt die teilnehmende Person an Wissen (Mehrwert und eigenes Verständnis) im M3?	Im dritten Modul steht die Vernetzung und der Austausch der pädagogischen Mitarbeitenden im Vordergrund, um den Blick explizit auf das vernetzte Wissen, auf die Partner im Sozialraum sowie inklusive Erziehungspartnerschaften zu richten. Es wird Grundlagenwissen erworben, um eine inklusive Erziehungspartnerschaft auf Augenhöhe zu gestalten, die für eine empathische Begleitung notwendig ist. Das Kennen der Möglichkeiten der Vernetzung und des Austausches im Sozialraum bilden den Kern, um die inklusive und am Kind orientierte Grundhaltung in das System Kita zu tragen.		
METHODENEINSATZ UND ERZEUGUNG VON WISSEN Welche Methoden werden eingesetzt, um den Wissenstransfer zu unterstützen?	Grundlagen der Auseinandersetzung mit dem Sozialraum (Begrifflich, Formen der Aneignung und Gestaltung von Sozialräumen) sind bekannt. Um den Transfer des erworbenen Wissens zu unterstützen, werden ausgewählte Methoden der Sozialraumanalyse, des Perspektivenwechsels sowie der Methoden einer vom Kind ausgehenden lösungs- und bedarfsorientierten Gesprächsführung mit Eltern eingesetzt. Mittels des kollegialen Austausches wird der eigene Kenntnisstand zum Sozialraum in der eigenen Arbeitsumgebung reflektiert und erweitert.		

KOMMUNIKATION UND TRANSFER IN DEN ARBEITSKONTEXT Welchen Mehrwert hat das erworbene Wissen für den Praxistransfer?	Die Hilfestrukturen, Wege und Ansprechpersonen zur Beratung von Personensorgeberechtigten (Eltern) sind bekannt. Als Beratungsgrundlage ist es zentral, die Sozialraum-Partner*innen vor Ort zu kennen, die im Beratungsprozess der Förder- und Teilhabeplanung wichtig sind. Darüber hinaus kann eine Verweisberatung mittels Kenntnis der sozialräumlich relevanten Infrastruktur erfolgen. Die Erweiterung des eigenen professionellen Selbstverständnisses und die Kommunikation auf Augenhöhe mit den Personensorgeberechtigten bieten die Basis für eine langfristige Erziehungspartnerschaft.
SELBSTVERSTÄNDNIS UND PROFESSIONALITÄT Welchen Mehrwert hat das erworbene Wissen für die individuelle Weiterentwicklung?	Das vermittelte Wissen trägt zu einer Rollen- und Auftragsklärung bei • „Ich kenne meinen Auftrag!" • „Ich kenne meinen Arbeitsbereich und kann diesen abgrenzen!" • „Ich weiß, an wen ich beratend im Sozialraum bzw. innerhalb des eigenen Arbeitskontextes lotse!" Auf diese Weise wird die eigene Rolle sowie die Rolle im System bewusst! Der Wert und die Wirkung des eigenen professionellen Handelns werden reflektiert.
Lehr-/ Lerninhalte	
Vernetztes Wissen und Partner im Sozialraum	• Was ist mein Auftrag? • Wer ist für welche Anliegen in meinem Arbeitskontext zuständig? • Wie kann ich mich entsprechend meiner Rolle und Zuständigkeit abgrenzen und lotsen? • Wer sind meine Partner*innen im Sozialraum (z.B. Sozialpädiatrische Zentren, Frühförderzentren, Jugendamt, Familienzentren, Ärzt*innen und Therapeut*innen, weitere Beratungsstellen …) • Welche Angebote sind passgenau für die jeweilige Familie im Sozialraum vorhanden? • Sozialraumspezifische Schwerpunktsetzungen unter Berücksichtigung einer intersektionalen Perspektive sind möglich. • Transferaufgabe: Mittels einer Sozialraumbegehung im Team das Angebotsspektrum erfassen (Stadtteilbegehung)
Inklusive Erziehungs-partnerschaft	• Familie als System verstehen und in seiner Vielfalt begreifen.

	• Hintergrundwissen zum Umgang mit Widerständen bei Erziehungssorgeberechtigten (Eltern) • Wissen über Verarbeitungsprozesse seitens der Erziehungssorgeberechtigten vom Anfangsverdacht einer (drohenden) Behinderung bis hin zur Diagnosemitteilung • Grundtechniken kennen zur Gestaltung einer vertrauensvollen und partnerschaftlichen Zusammenarbeit im Dialog mit den Erziehungssorgeberechtigten (Eltern) • Kenntnis der Schritte zur Beantragung und der Unterstützungsmöglichkeiten zur Beantragung von Leistungen der Eingliederungshilfe

4. Modul: Inklusive Schwerpunkte setzen (16 UE à 45 Minuten)
M 4.1. Erster Schwerpunkt (bedarfsorientiert und individuell) (8 UE)
M 4.2. Zweiter Schwerpunkt (bedarfsorientiert und individuell) (8UE)
Zusätzlich: 4 UE im Selbstlerneinheiten

Modul 4: Inklusive Schwerpunkte setzen			
[Modulkürzelt]		**[Modulverantwortlichkeit]**	**[Pflichtmodul/ Wahlmodul]**
M 4.1.		Vom jeweiligen Bildungsträger zuzuordnen	Wahlpflichtmodul
M 4.2.		Vom jeweiligen Bildungsträger zuzuordnen	Wahlpflichtmodul
Kompetenzziele			
WISSEN UND VERSTEHEN Was erwirbt die teilnehmende Person an Wissen (Mehrwert und eigenes Verständnis) im M4?		Im vierten Modul setzen die Teilnehmenden individuelle Schwerpunkte und wählen thematische Vertiefungen, die idealerweise anschlussfähig im Arbeitskontext sind. Das in den vorangegangenen Modulen erworbene Wissen kann so gefestigt werden (Qualitätsrahmen). Im Sinne des Life-Long-Learning-Prinzip wird einer individuellen Schwerpunktsetzung begegnet. Die flexible Gestaltung des Modul 4 schafft eine hohe Anschlussfähigkeit individueller Fortbildungsbedarfe der Teilnehmenden. Der Transfer des erworbenen Wissens in die Praxis wird unterstützt.	
METHODENEINSATZ UND ERZEUGUNG VON WISSEN Welche Methoden werden eingesetzt, um den Wissenstransfer zu unterstützen?		Zur Erzeugung von vertieftem Wissen und Verstehen werden je nach fachlichem Schwerpunkt geeignete Methoden und Verfahren ausgewählt.	
KOMMUNIKATION UND TRANSFER IN DEN ARBEITSKONTEXT Welchen Mehrwert hat das erworbene Wissen für den Praxistransfer?		Die Auswahl von persönlichen oder fachlichen Schwerpunkten im Rahmen des „Kompetenzprofil Inklusion" erfolgt in Absprache mit der Einrichtungsleitung oder in Rücksprache mit dem Träger, um neben den Individuellen, auch die Bedarfe der jeweiligen Einrichtung mitzudenken.	

	Das erworbene Fach- und Handlungswissen aus Modul 4 befähigt pädagogische Mitarbeitende dazu inklusive Strukturen anzustoßen, Barrieren abzubauen und Teilhabe für alle Kinder und Familien zu ermöglichen.
SELBSTVERSTÄNDNIS UND PROFESSIONALITÄT Welchen Mehrwert hat das erworbene Wissen für die individuelle Weiterentwicklung?	Die individuelle Schwerpunktsetzung ermöglicht die Aneignung von Expert*innenwissen. Aufgrund der Schärfung inklusiver Blickwinkel und des Erwerbs weiterer pädagogisch-fachlicher Handlungsoptionen erfahren sich pädagogische Mitarbeitende als inklusiv kompetent und gestärkt in ihrer professionellen Fachlichkeit.
Lehr-/ Lerninhalte	
Beispiele für fachthemenspezifische mögliche Vertiefungen	- Umgang mit medizinischen Diagnosen in der inklusiven Praxis - Vorurteilsbewusste Bildung und Erziehung - Anti-Bias - Geschlechtliche Vielfalt / Diversität - Gesprächsführung mit Eltern - Mehrsprachigkeit - Umgang mit Intersektionalität - Migration und Behinderung - Armutssensibilität - Kinderrechte und Partizipation - Diskriminierungssensible Beschwerdeverfahren - Schutzkonzepte unter besonderer Berücksichtigung der Bedarfe von Kindern mit (drohender Behinderung) - etc.

Die Direktorin des Landschaftsverbandes Rheinland

Vorlage Nr. 15/1586

öffentlich

Datum: 31.03.2023
Dienststelle: Fachbereich 53
Bearbeitung: Frau Ries

Schulausschuss	**24.04.2023**	**Kenntnis**
Sozialausschuss	**25.04.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für den LVR-Verbund Heilpädagogischer Hilfen	**28.04.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für Digitale Entwicklung und Mobilität	**17.05.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für Inklusion	**01.06.2023**	**Kenntnis**
Ausschuss für Personal und allgemeine Verwaltung	**05.06.2023**	**Kenntnis**

Tagesordnungspunkt:

Aktueller Stand des Modellvorhabens „Weiterentwicklung des digitalen Jobcoaches „InA.Coach" als technisches Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung - Überführung von der Forschung in die Praxis"

Kenntnisnahme:

Die Ausführungen zum Modellvorhaben „Weiterentwicklung des digitalen Jobcoaches „InA.Coach" als technisches Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung - Überführung von der Forschung in die Praxis" werden gemäß Vorlage Nr. 15/1586 zur Kenntnis genommen.

UN-Behindertenrechtskonvention (BRK):

Diese Vorlage berührt eine oder mehrere Zielrichtungen des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der BRK.	ja

Gleichstellung/Gender Mainstreaming:

Diese Vorlage berücksichtigt Vorgaben des LVR-Gleichstellungsplans 2025.	ja

Finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt (lfd. Jahr):

Produktgruppe:	
Erträge: Veranschlagt im (Teil-)Ergebnisplan	Aufwendungen: /Wirtschaftsplan
Einzahlungen: Veranschlagt im (Teil-)Finanzplan Bei Investitionen: Gesamtkosten der Maßnahme:	Auszahlungen: /Wirtschaftsplan
Jährliche ergebniswirksame Folgekosten:	
Die gebildeten Budgets werden unter Beachtung der Ziele eingehalten	

In Vertretung

D r. S c h w a r z

Worum geht es hier?

In leichter Sprache:



Dem LVR ist wichtig:
Menschen mit Behinderungen
sollen gute Arbeitsplätze finden.



Um ihre Arbeit zu erledigen
brauchen Menschen mit Behinderung
manchmal Hilfe.



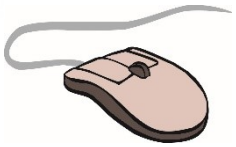
Daher gib es eine neue App für Handys.
Die App heißt „InA.Coach".
Sie ist eine digitale Arbeits-Assistenz.
Sie unterstützt Menschen mit Behinderung
bei ihrer Arbeit.



Das Inklusions-Amt beim LVR gibt Geld
für dieses Projekt.
Zunächst für 2,5 Jahre.



Haben Sie Fragen zu diesem Text?
Dann können Sie beim LVR in Köln anrufen:
0221-809-2202



Viele Informationen zum LVR in leichter Sprache
finden Sie hier: www.leichtesprache.lvr.de

Der Zusatztext in leichter Sprache soll zum einen die Verständlichkeit der Vorlage insbesondere für Menschen mit Lernschwierigkeiten konkret verbessern, zum anderen für die Grundsätze der Zugänglichkeit und Barrierefreiheit im Bereich Information und Kommunikation im Sinne der Zielrichtungen 6 und 8 des LVR-Aktionsplans zur UN-Behindertenrechtskonvention sensibilisieren.
Mit der Telefonnummer 0221-809-2202 erreicht man die zentrale Stabsstelle Inklusion und Menschenrechte (00.300). Sie gibt oder vermittelt bei Bedarf gern weitere Informationen. Bilder: © Reinhild Kassing.

Zusammenfassung:

Im September 2021 hat der Sozialausschuss mit der Vorlage 15/433 dem Modellvorhaben „Weiterentwicklung des digitalen Jobcoaches „InA.Coach" als technisches Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung - Überführung von der Forschung in die Praxis" zugestimmt.

Ziel des Modellvorhabens ist es, mit der InA.Coach App eine Aufgaben-Assistenz in Form eines digitalen Hilfsmittels (App) zu entwickeln. Die App kann die Arbeits- und Alltagsprozesse von Menschen mit Behinderung begleiten, sie entspricht dabei den Prinzipien der modernen Softwareentwicklung.

Seit Juni 2022 ist die App in den bekannten App-Stores derzeit kostenfrei verfügbar. Sie verzeichnet bereits über 1000 Downloads.
Die App richtet sich an alle Menschen, die sich bei der Erledigung ihrer Aufgaben Struktur und Stabilität wünschen. Sie zerlegt komplexe, für den Beruf typische Aufgaben in kleine, überschaubare Einheiten und erinnert die Nutzenden an wichtige Arbeitsschritte. Die Anwendung ist von vornherein inklusiv gestaltet, so dass sie Menschen mit Behinderungen im Alltag unterstützt und damit ihre Beschäftigungssituation auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt nachhaltig verbessern kann. InA.Coach kann überall, online und offline, eingesetzt werden. Neue Arbeitsabläufe – aber auch bereits erlernte – lassen sich detailliert beschreiben und mit Fotos, Sprachaufnahmen sowie Bewegtbild ergänzen.

Die Entwicklerfirma steht über die gesamte Projektlaufzeit in engem Austausch mit den Nutzenden, um deren Bedarfe zu erkennen und die App dementsprechend weiter zu entwickeln. Die nächsten Updates werden beispielsweise eine Browseranwendung und eine Quiz-Funktion beinhalten.

Das Modellvorhaben wird von dem IT-Unternehmen BOS Connect GmbH als Projektträger durchgeführt. Die Gesamtkosten des Modellprojektes belaufen sich auf 275.100 € und werden aus Mitteln der Ausgleichsabgabe finanziert. Die Projektlaufzeit beträgt 2,5 Jahre.

Diese Vorlage berührt insbesondere die Zielrichtungen Z1 (Die Partizipation von Menschen mit Behinderung ausgestalten), Z2 (Die Personenzentrierung weiterentwickeln), Z9 (Menschenrechtsbildung systematisch betreiben) des LVR-Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und trägt zur Bewusstseinsförderung in den tertiären Bildungseinrichtungen im Rheinland bei.

Begründung der Vorlage Nr. 15/1586

1. Hintergrund

Mit der Vorlage 15/433 hat der Sozialausschuss im September 2021 dem Modellvorhaben „Weiterentwicklung des digitalen Jobcoaches „InA.Coach" als technisches Hilfsmittel für Menschen mit Behinderung - Überführung von der Forschung in die Praxis" zugestimmt. Im Rahmen des Projektes beabsichtigt die BOS Connect GmbH, den in der Forschung entwickelten digitalen Jobcoach auf den regulären Markt zu überführen. Grundlage für das Vorhaben sind die Ergebnisse der Projekte „ejo – mobiler elektronischer Jobcoach" und das Nachfolgeprojekt „miTAS - multimediales individuelles Trainings- und Arbeitsassistenz-System", die beide von der Technischen Universität Dortmund durchgeführt wurden.

Ziel des Modellvorhabens ist es, mit der InA.Coach App, eine Aufgaben-Assistenz in Form eines digitalen Hilfsmittels (App) für die Begleitung von Arbeits- und Alltagsprozessen von Menschen mit Behinderung zu entwickeln, die den Prinzipien der modernen Softwareentwicklung entspricht. Über ein geeignetes Endgerät können Nutzende jederzeit Handlungsabläufe abrufen und schrittweise selbstständig ausführen.

Das IT-Unternehmen BOS Connect GmbH steht seit 2013 für eine nutzerzentrierte Entwicklung von ganzheitlichen Prozessen. Das interdisziplinäre Team setzt sich zusammen aus Entwicklern, Ingenieuren und Technologen. Das Modellvorhaben wird in enger Zusammenarbeit mit dem LVR-Inklusionsamt durchgeführt.

2. Projektablauf

Im Mai 2021 stellte die Firma BOS Connect beim LVR-Inklusionsamt einen Antrag auf Förderung des hier dargestellten Modellprojektes aus den Mitteln der Ausgleichsabgabe. Nach Zustimmung des Sozialausschusses ist das Modellprojekt im Oktober 2021 mit einer Projektlaufzeit von 2,5 Jahren erfolgreich gestartet.
In den ersten Projektmonaten wurde intensiv an der Entwicklung der App gearbeitet. Neben Gesprächen mit den Verantwortlichen der Vorgängerprojekte wurden Workshops mit dem LVR-Inklusionsamt und verschiedenen Jobcoaches zur Erhebung der Kundenbedarfe durchgeführt. Die gewonnenen Erkenntnisse wurden zeitnah in der Programmierung der App berücksichtigt. Die Teilnehmenden der Workshops durften die App vor der Implementierung mit ihren Klient*innen testen.

Seit dem 20. Juni 2022 steht die App im Apple App Store und Google Play Store kostenfrei zum Download zur Verfügung. Um die App vollumfänglich nutzen zu können, muss zunächst eine kurze Registrierung bei BOS Connect GmbH erfolgen. Eine Demoversion kann ohne Registrierung direkt in der App verwendet werden.

Während der aktuell laufenden zweiten Projektphase wird die InA.Coach App zum einen in die praktische Arbeit der Jobcoaches integriert und zum anderen fortlaufend weiterentwickelt. BOS Connect stellt die Aktualität und Kompatibilität der Applikation sicher, behebt Fehler und erweitert die Applikation um sinnvolle Funktionen.

Mit Stand 06.03.2023 verzeichnete die InA.Coach App 401 registrierte Nutzenden-Accounts. Die App wurde bereits über eintausendmal heruntergeladen: 489 Downloads auf IPhones, 135 Downloads auf IPads und 380 Downloads auf Android-Geräten.

3. Funktionen der App

Die neue App ist eine Aufgaben-Assistenz für den Arbeitsalltag, die Nutzenden hilft, ihre Aufgaben strukturiert zu erledigen. Sie zerlegt komplexe, für den Beruf typische Aufgaben in kleine, überschaubare Einheiten und erinnert die Nutzenden an wichtige Arbeitsschritte. Die Anwendung ist von vornherein so inklusiv gestaltet, dass sie Menschen mit Behinderungen im Alltag unterstützt und damit ihre Beschäftigungssituation auf dem ersten Arbeitsmarkt nachhaltig verbessern kann.

InA.Coach kann überall, online und offline eingesetzt werden. Neue Arbeitsabläufe – aber auch bereits erlernte - lassen sich detailliert beschreiben und mit Fotos, Sprachaufnahmen sowie Bewegtbild ergänzen. Jobcoaches können ihre Klient*innen so mit passgenauen und leicht verständlichen Anleitungen unterstützen.

Im Sommer 2022 ist die App mit folgenden Funktionen gestartet:

- Nutzende können ihr eigenes Profilbild hochladen und ihren Wunschnamen ändern.
- Mit dem Telefon-Button können Nutzende die Person anrufen, deren Nummer hinterlegt ist und die ihnen bei Hindernissen weiterhelfen kann. Diese Person kann zum Beispiel ihr Jobcoach oder eine andere Vertrauensperson sein.
- In der Aufgabenliste sind alle Aufgaben zu finden. Es kann eine Aufgabe ausgewählt, die dazugehörigen Schritte angesehen und über den Button «Aufgabe starten» die Aufgabe gestartet werden. Die Nutzenden werden Schritt für Schritt durch die Aufgabe geführt.
- Neue Aufgaben anlegen und Schritte gestalten: Jede Aufgabe hat einen Titel und eine kurze Beschreibung und enthält beliebig viele, jedoch mindestens einen Aufgabenschritt. Jeder Schritt ist einer von vier Kategorien zugeordnet und kann mit eigenen Fotos oder kurzen Videos individuell gestaltet werden.
- Nach erfolgreicher Registrierung erhalten die Nutzenden ein Startpaket. Es enthält neben einem Login-Schlüssel für die App alle wichtigen Informationen und erleichtert den Einstieg in die Nutzung der App.

Mit dem Update v2.0.2 der InA.Coach App im Februar 2023 wurden neue Funktionen in der App freigeschaltet:

- Nutzende können sich nun mit anderen InA.Coach Nutzenden verknüpfen und Ihre Aufgaben mit anderen teilen.
- Ebenso können die Aufgaben nun in einem Kalender organisiert und so im Arbeitsalltag bequem eingeplant werden.
- Des Weiteren lassen sich nun die Anweisungen der Aufgaben einfach von der App vorlesen, während die Nutzenden ihre Aufgaben erledigen.

4. Zielgruppe der InA.Coach App

Die App ist für alle Menschen, die sich bei der Erledigung ihrer Aufgaben Struktur und Stabilität wünschen. Mit ihrer Hilfe werden komplexe Aufgaben in kleine, überschaubare Schritte zerlegt, so dass nichts vergessen werden kann und sich schnell motivierende Erfolge einstellen.

Menschen mit Lernschwierigkeiten und kognitiven Beeinträchtigungen werden durch leichte Sprache sowie Bilder, Videos und Sprachaufnahmen besonders unterstützt.

Jobcoaches profitieren in vielfältiger Weise von der App, denn sie bekommen damit ein flexibles Hilfsmittel an die Hand, mit dem sie Aufgaben für ihre Klienten einfach und ansprechend gestalten und exakt auf ihre Bedürfnisse anpassen können. Gemeinsam mit

ihren Klient*innen legen sie fest, worauf es bei den Aufgaben ankommt, verfolgen ihre Fortschritte und können bei Problemen schnell unterstützen.

5. Öffentlichkeitsarbeit

Zum Release der InA.Coach App wurde eine *Webseite* (https://ina.coach) bereitgestellt. Auf dieser Webseite können sich zukünftige Nutzende von InA.Coach über die Funktionen der InA.Coach App informieren. Weiter finden sich dort tagesaktuelle Informationen, Installationsanleitungen, Antworten auf häufig gestellte Fragen und eine niederschwellige Kontaktmöglichkeit zum InA.Coach Support. Auf der Webseite ist auch die Anmeldung zum quartalsweise erscheinenden *Newsletter* möglich.

Auf *Instagram* und *Facebook* wurden eigene Profil angelegt (@inacoachapp). Hier gibt es aktuelle Neuigkeiten und Infos rund um die InA.Coach App. Es werden Einblicke hinter die Kulissen gewährt und Sneak Previews auf ganz neue Funktionen gezeigt. Es konnten bereits über 300 User bei Instagram und knapp 500 User bei Facebook erreicht werden.

Einmal im Monat findet das *InA.Coaching* statt. Hier werden alte und neue Funktionen der App vorgestellt und es findet ein Erfahrungsaustausch mit den Nutzenden statt. Seit September 2022 wurden fünf InA.Coachings mit insgesamt 43 Teilnehmenden durchgeführt. Die aktuellen Termine und Veranstaltungen werden unter https://ina.coach/aktuelles bekannt gegeben.

Darüber hinaus bietet BOS Connect persönliche Online-*Schulungen* und für Gruppen und Organisationen Vor-Ort-Schulungen an. Es wurden bereits 25 Personen online und 45 Personen vor Ort in Präsenz geschult.

BOS Connect stellt die App auf verschiedenen *Veranstaltungen* wie Fachtagungen, Messen etc. vor. So war die App Teil des Messestandes des LVR-Inklusionsamtes und LWL-Inklusionsamtes Arbeit auf der Messe „Zukunft Personal" in Köln im September 2022 oder wurde auf dem Aachener Barcamp „Digitalisierung Soziale Arbeit" vorgestellt.

6. Support und Service

Eine Hotline mit festen Erreichbarkeiten stellt sicher, dass Nutzende unkompliziert Hilfestellungen bekommen und keine Nutzungshemmnisse entstehen. Der InA.Coach Support ist per Mail unter hallo@ina.coach und montags bis freitags von 09:00 bis 13:00 Uhr unter der +49 7171 9789988 erreichbar. Außerhalb der festen Servicezeiten können Nachrichten auf einer Mailbox hinterlassen werden. Ein Rückruf erfolgt zeitnah innerhalb der Servicezeiten.
Weiterführende Support-Gespräche (für Produkthilfe oder Diagnosen) wurden als Online-Meeting zu einem vereinbarten Zeitpunkt durchgeführt.

7. Projektorganisation

Die App wird von dem jungen Unternehmen BOS Connect GmbH mit ihren Software-Entwickler*innen und Gestalter*innen zusammen mit interessierten Jobcoaches, Wissenschaftler* innen und dem LVR-Inklusionsamt entwickelt. Es besteht ein regelmäßiger Austausch zwischen BOS-Connect und dem LVR-Inklusionsamt.

Die Gesamtkosten des Forschungsprojektes belaufen sich auf 275.100,00 € und werden aus Mitteln der Ausgleichsabgabe bis Dezember 2023 finanziert.

8. Zukünftige Funktionen / Ausblick

BOS Connect GmbH arbeitet nach der Implementierung der App stetig an der Weiterentwicklung der InA.Coach App. Neue Funktionen werden in zukünftigen Versionen zunächst von Tester*innen getestet und anschließend in die produktive App in die App-Stores überführt.

In der Planung für die kommenden Updates sind unter anderem folgende Funktionen:

- *Planen für Kontakte:* Nutzende können Aufgaben für deren Kontakte planen. Aufgaben für den aktuellen Tag werden dem Kontakt im Planer und auf dem Home-Bildschirm angezeigt.
- *QR-Starter:* Nutzende können für ihre Aufgaben QR-Codes erstellen und diese ausgedruckt zum Beispiel an die Spülmaschine kleben. InA.Coach Nutzende können den QR-Code dort scannen und die Aufgabe starten. Sie teilen die Aufgabe damit „öffentlich" unter den InA.Coach Nutzenden.
- *InA.Studio – Die Browseranwendung:* Nutzende können Aufgaben bequem in der InA.Studio Browseranwendung am Computer erstellen. Auch das Verwalten von Kontakten und Aufgabenplanen wird im InA.Studio möglich sein.
- *Quiz–Funktion*: Nutzende können sich und ihre Kontakte durch Quiz-Fragen fördern und fordern. Das ermöglicht ein abwechslungsreiches und spielerisches Erledigen von Aufgaben.

Nach Projektablauf wird BOS Connect die App weiter in den App Stores zur Verfügung stellen. Die App soll als Hilfsmittel aus Mitteln der Ausgleichsabgabe für Arbeitnehmer* innen mit Schwerbehinderung finanziert werden. Die App wird derzeit im Bereich „Arbeit" erprobt, ist aber so konzipiert, dass sie auch in anderen Bereichen, wie z.B. Schule, Leben, Haushalt einsetzbar ist. Die ersten Anfragen aus anderen Bereichen sind bereits eingetroffen. Die App wurde beispielweise schon im Verbund Heilpädagogischer Hilfen des LVR vorgestellt.

Nach Abschluss der zweijährigen Test- bzw. Erprobungsphase soll die InA.Coach App mit einem nachhaltigen Betriebsmodell weiter betrieben werden.

Die Vorlage wird anhand einer Präsentation vorgestellt.

In Vertretung

D r. S c h w a r z

InA.Coach

Die digitale Aufgaben-Assistenz

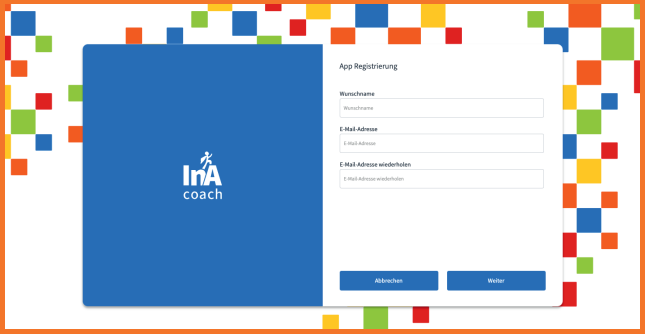


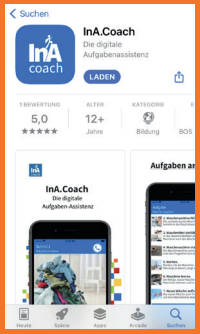
Anleitung

Sie sind neu bei InA.Coach? Sie wollen eigene Aufgaben erstellen und wissen nicht, wie das geht? Sie wissen nicht, wie man in der App navigiert?

Hier haben wir die wichtigsten Informationen für Sie zusammengefasst.

Installation





Registrieren

Um die App nutzen zu können, registrieren Sie sich auf unserer Webseite (https://ina.coach). Sie werden durch den Prozess geführt.

Herunterladen

Laden Sie sich die App im Google Play Store oder im Apple App Store herunter. Die Links dazu finden Sie auf unserer Webseite.

Anmelden

Sie können sich mit Ihrer Mailadresse und Ihrem Passwort einloggen. Alternativ scannen Sie einfach den QR-Code aus Ihrer Registrierungsmail und melden sich so in der App an.

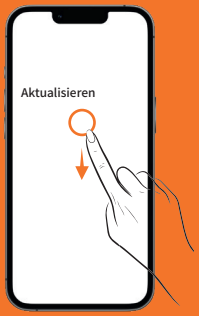
Profilbild hinzufügen

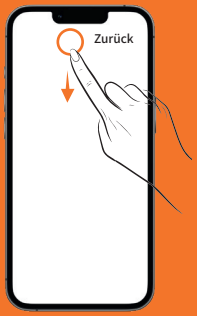
In der App haben Sie die Möglichkeit, in den »App Einstellungen« ein eigenes Profilbild einzufügen.

Bedienungshilfen









Einstellungen

Wenn Sie in der farbigen Kopfzeile der App von links nach rechts wischen, erreichen Sie das Einstellungsmenü der App. Sind Sie auf dem Home-Bildschirm, können Sie auch das Profilbild anklicken. Tippen Sie außerhalb des geöffneten Menüs, schließt sich das Menü wieder.

Aktualisieren

Um Aufgaben mit dem Server zu synchronisieren, wischen Sie in der Aufgabenliste von oben nach unten. Für diesen Datenaustausch muss Ihr Smartphone mit dem Internet verbunden sein.

Löschen

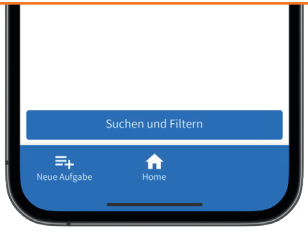
Sie können Aufgaben oder Schritte löschen, indem Sie auf dem Element, das Sie löschen möchten, von rechts nach ganz links wischen.

Zurück

Sie gelangen jederzeit zum vorherigen Bildschirm zurück, indem Sie in der farbigen Kopfzeile von oben nach unten wischen.

Neue Aufgabe erstellen

1



In der Aufgabenliste drücken Sie auf »Neue Aufgabe«, um eine Aufgabe neu anzulegen.

2



Geben Sie einen Titel und eine Beschreibung ein und fügen Sie nach Wunsch ein Titelbild hinzu. Drücken Sie anschließend den Button »Schritt zufügen«.

3



Jeder Schritt muss zunächst einer der vier Kategorien – Machen, Holen, Warten, Entscheiden – zugeordnet werden. Gestalten Sie Schritte bunt und motivierend, indem Sie Bilder/Videos hinzufügen.

4



Timer- und Entscheidungsschritte helfen Ihnen dabei, auch komplexe Abfolgen in einer Aufgabe abzubilden.

5

Möchten Sie beim Erstellen einer neuen Aufgabe die Reihenfolge der Schritte ändern, drücken Sie einfach lange auf ein Listenelement und schieben es an die gewünschte Stelle.

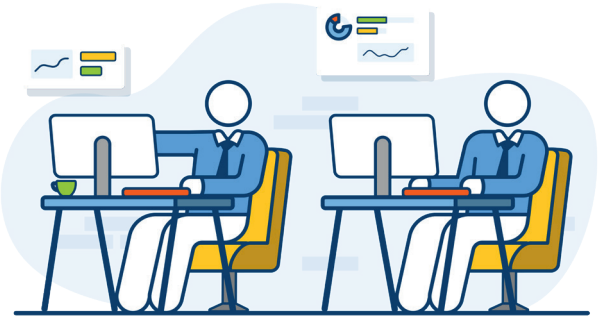


6



Sie können jederzeit die Erstellung der Aufgabe unterbrechen. Ihre Arbeit ist sofort gespeichert. Bearbeiten Sie die Aufgabe erneut, indem Sie auf den »Bearbeiten« Button drücken.

Schulungen



Einmal im Monat findet unser InA.Coaching statt. Wir stellen alte und neue Funktionen der App vor und laden Sie ein, Ihre Erfahrungen mit uns zu teilen.

Sie haben Interesse an einer persönlichen Online-Schulung zur InA.Coach App? Melden Sie sich gerne bei uns! Für Gruppen bieten wir auch Vor-Ort-Schulungen an.

Termine zu unseren Coachings und Veranstaltungen finden Sie auf unserer Webseite unter »Aktuelles«

https://ina.coach/aktuelles

hallo@ina.coach
Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail.

Kontakt

Unseren InA.Coach Support erreichen Sie

montags bis freitags von 9 Uhr bis 13 Uhr

(ausgenommen sind bundesweite gesetzliche Feiertage).


07171 978 99 88


https://ina.coach

InA.Coach

Die digitale Aufgaben-Assistenz



Sie wollen typische Arbeitsabläufe schnell und einfach in einer App festhalten? Sie brauchen eine App, die Sie an wichtige Arbeitsschritte erinnert? Sie wollen als Job-Coach Ihre Klienten mit leicht verständlichen Anleitungen unterstützen?



Dann holen Sie sich die InA.Coach App auf Ihr Smartphone.



Was kann die App?

Erstellen Sie einfache Anleitungen für Arbeitsabläufe im Handumdrehen. Sie können beliebig viele Aufgaben erstellen und diese mit Bildern und Text bunt und motivierend gestalten. Das kann auch zusammen mit einem Job-Coach geschehen. Checklisten, Timer und Überprüfungsfunktion helfen Ihnen dabei.

Die Aufgaben zu erledigen, ist super einfach. Sie müssen dafür nicht mit dem Internet verbunden sein.



JETZT BEI Google Play

Laden im App Store

Um die App vollständig nutzen zu können, müssen Sie sich zunächst über unsere Webseite https://ina.coach registrieren.
Unsere Demoversion können Sie gerne ohne Registrierung verwenden.
Den Zugang dazu finden Sie direkt in der App.

Google Play und das Google Play-Logo sind Marken von Google LLC. App Store und das Apple Logo sind Marken von Apple Inc.

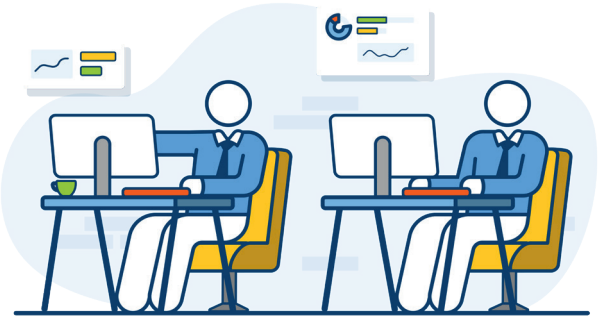
Für wen ist die App?

Die App ist für alle Menschen, die sich bei der Erledigung ihrer Aufgaben Struktur und Stabilität wünschen. Mit ihrer Hilfe werden komplexe Aufgaben in kleine, überschaubare Schritte zerlegt, so dass nichts vergessen werden kann und sich schnell motivierende Erfolge einstellen.

Dabei ist die App so inklusiv gestaltet, dass sie auch Menschen mit Behinderungen im Alltag unterstützen und so ihre Beschäftigungssituation auf dem ersten Arbeitsmarkt nachhaltig verbessern kann.

Job-Coaches profitieren in vielfältiger Weise von der App, denn sie bekommen damit ein flexibles Hilfsmittel an die Hand, mit dem sie Aufgaben für ihre Klienten einfach und ansprechend gestalten und exakt auf ihre Bedürfnisse anpassen können. Gemeinsam mit ihren Klienten legen sie fest, worauf es bei den Aufgaben ankommt, verfolgen ihre Fortschritte und können bei Problemen schnell unterstützen.

Von wem ist die App?



Das InA.Coach Team ist ein junges Unternehmen aus Software-Entwicklern und Designern. Uns liegt es am Herzen, Projekte und Produkte zu gestalten, die für Menschen einen Mehrwert schaffen.

Die Idee der InA.Coach App gefiel uns von Anfang an gut. Gemeinsam mit Job-Coaches, Wissenschaftlern und dem LVR-Inklusionsamt haben wir die InA.Coach App entwickelt: Sie ist die digitale Aufgaben-Assistenz für Ihren Arbeitsalltag.

Wir entwickeln die App stetig weiter und stellen dabei die Bedürfnisse unserer Nutzer immer in den Mittelpunkt.

hallo@ina.coach
Schreiben Sie uns gerne eine E-Mail.

Kontakt

Unseren InA.Coach Support erreichen Sie

montags bis freitags von 9 Uhr bis 13 Uhr

(ausgenommen sind bundesweite gesetzliche Feiertage).


07171 978 99 88


https://ina.coach

TOP 8 Anfragen und Anträge

TOP 9 Bericht aus der Verwaltung

TOP 10 Verschiedenes